TECHNISCHE UNIVERSITÄT DRESDEN

STIFTUNG MERCATOR

CORONA UND RECHTSPOPULISMUS

MIDEM JAHRESSTUDIE 2021

MIDEM MERCATOR FORUM MIGRATION UND DEMOKRATIE

IMPRESSUM

ISSN 2750-3461

Herausgeber:
Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden
Institut für Politikwissenschaft/
Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung
Philosophische Fakultät
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811
midem@mailbox.tu-dresden.de
www.forum-midem.de

Redaktion:
Dr. Oliviero Angeli
Johanna Haupt

Gestaltung:
Vollblut GmbH & Co. KG

© MIDEM 2021

MIDEM ist ein Forschungszentrum der Technischen Universität Dresden, gefördert durch die Stiftung Mercator.

Zitiervorschlag:
MIDEM 2021: Corona und Rechtspopulismus. Jahresstudie, Mercator Forum Migration und Demokratie, hrsg. von Hans Vorländer, Dresden.

MERCATOR FORUM MIGRATION UND DEMOKRATIE

CORONA UND RECHTSPOPULISMUS

MIDEM JAHRESSTUDIE 2021

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT 6

ERGEBNISSE 8

A EINLEITUNG

Corona und Rechtspopulismus 10

Daten und Methoden 18

B VERSCHWÖRUNGSDENKEN IN DER CORONAKRISE

Empirische Befunde aus Sachsen 22

C RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN IN ZEITEN DER PANDEMIE

1 Dänemark 42

2 Deutschland 56

3 Frankreich 72

4 Italien 84

5 Niederlande 96

6 Polen 110

7 Portugal 126

8 Schweden 140

9 Slowakei 152

10 Spanien 168

11 Tschechien 182

12 Ungarn 198

ABBILDUNGSVERZEICHNIS 214

ANNEX 222

AUTORINNEN UND AUTOREN 226

IMPRESSUM 227

VORWORT

Krisenzeiten sind immer Einfallstore für Unzufriedenheit und Protest. Der Zweifel an der Handlungsfähigkeit der Regierung wächst, der Kontrollverlust wird als Bedrohung des gesellschaftlichen und persönlichen Alltags wahrgenommen. Da haben politische Kräfte leichtes Spiel, Sorgen, Ängste und Ressentiments zu schüren und Eliten, Institutionen oder ein ganzes System an den Pranger zu stellen. So war es infolge der Migrationskrise. Aber sind rechtpopulistische Gruppierungen auch Profiteure der Coronapandemie?

Die MIDEM Jahresstudie 2021 zeichnet kein einheitliches Bild. Es hängt davon ab, ob Rechtspopulisten in der Regierungsverantwortung stehen oder ob sie sich in der Opposition befinden. Und dann lässt sich beobachten, dass sie anfänglich überwiegend harte Einschränkungen befürworteten, dann aber, wo sie nicht an der Regierung beteiligt waren, auf die Seite der härtesten Kritiker wechselten und ihre Chance in der Krise darin sahen, einmal mehr den politischen und medialen Eliten Versagen vorzuwerfen. Dass dabei vielfach die Bedrohung durch das Virus mit der durch Migration gleichgestellt, ja auch die Zuwanderung als Gesundheitsgefahr für die Bevölkerung apostrophiert wurde, schließt den Kreis zur Kommunikationsstrategie in der Migrationskrise.

Doch profitierten die Rechtspopulisten keineswegs überall von der Coronakrise. Sie taten sich schwer, den mobilisierenden Zugriff zu finden. Indes konnten sie insbesondere dort mit ihrer Strategie reüssieren, wo sie schon bestehende Entfremdungserfahrungen einzelner Bevölkerungsgruppen mit ihrer populistischen Eliten-, Institutionen- und Systemkritik aufzugreifen und zuzuspitzen vermochten. Das zeigt die MIDEM Jahresstudie an empirischen Befunden für Sachsen.

In zwölf europäischen Ländern wurden die Kommunikationsstrategien rechtspopulistischer Gruppierungen untersucht, wie sie sich auf den offiziellen Facebook-Seiten darstellten. Die quantitative Auswertung wurde in die Analyse des politischen Verhaltens dieser Parteien und in den diskursiven Kontext nationaler Maßnahmen zur Eindämmung des Virus eingebettet. Dabei konnte MIDEM sich wieder auf die Expertise von Mitgliedern seines internationalen Forschungsnetzwerks stützen. Allen Beiträgerinnen und Beiträgern ist Dank für die konzentrierte Arbeit bei Recherche und Auswertung der Daten sowie der Verfertigung der Textfassungen zu sagen. Das Team von Redaktion, Lektorat und Herstellung hat wieder in bewährter Weise den arbeitsreichen Prozess zu einem guten Ende gebracht. Dankbar sind wir für die stete, generöse und vertrauensvolle Unterstützung der Stiftung Mercator und der TU Dresden.

Die Jahresstudie 2021 wird zu einem Zeitpunkt vorgelegt, in dem die Infektionszahlen erneut und in sehr dramatischer Weise ansteigen. Damit wird die Untersuchung zu einer kritischen Zwischenbilanz. Corona und Rechtspopulismus – das ist ein Zusammenhang, der mit dem Jahr 2021 nicht erledigt sein wird.

Prof. Dr. Hans Vorländer
Direktor
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)
TU Dresden

ERGEBNISSE

ERGEBNISSE

■ Es gibt zwei Antworten rechtspopulistischer Parteien auf die Pandemie: Während Rechtspopulisten in der Regierung darauf bedacht sind, das Thema Corona zu entpolitisieren, nutzen rechtspopulistische Parteien in der Opposition die Pandemie zur Schärfung ihres populistischen Profils.

■ Auf ihren offiziellen Kanälen sprechen Rechtspopulisten das Thema Corona meist nicht häufiger an als andere Parteien. Die Art der Kommunikation hebt sich jedoch von der anderer Parteien deutlich ab: Staatliche Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung sind in den sozialen Medien vieler rechtspopulistischen Parteien zu einer Projektionsfläche für polemisch und emotional aufgeladene Regierungskritik geworden.

■ Um sich glaubhaft als Alternative zu den etablierten Parteien zu empfehlen, vollzogen oppositionelle Rechtspopulisten einen radikalen Kurswechsel zu Beginn der Pandemie: von Befürwortern zu scharfen Kritikern der Schutzmaßnahmen. Auf diese Weise bleiben sie ihrer Anti-Establishment-Haltung treu und inszenieren sich als Sprachrohr eines von den Corona-Maßnahmen gebeutelten ‚Volkes'.

■ Die Ablehnung der staatlichen Infektionsschutzmaßnahmen begründen Rechtspopulisten mit den Auswirkungen auf die Wirtschaft einerseits und auf individuelle Freiheiten andererseits. So wird etwa vor einer drohenden Pleitewelle und dem Zusammenbruch der Wirtschaft gewarnt. Auch sehen viele Rechtspopulisten Infektionsschutzmaßnahmen wie Kontaktbeschränkungen als ungerechtfertigten Eingriff in die Grund- und Freiheitsrechte.

■ Das Thema Migration bleibt für Rechtspopulisten auch während der Pandemie wichtig. Dies gilt insbesondere für rechtspopulistische Parteien in Nord- und Westeuropa – weniger für Rechtspopulisten in Ostmitteleuropa sowie in Südeuropa. Oft werden Corona und Migration verknüpft, etwa wenn von der Verbreitung des Virus durch irreguläre Migration gewarnt wird.

■ Die Kritik an der Europäischen Union entzündet sich an unterschiedlichen Fragen. So fordern mittel- und osteuropäische Rechtspopulisten eine Rückbesinnung auf nationale Souveränität statt europäischer Zusammenarbeit, während bei Rechtspopulisten in den Niederlanden und Schweden vor allem die Maßnahmen der EU zur wirtschaftlichen und finanziellen Bewältigung der Corona-Krise in der Kritik stehen.

■ Fachliche Expertise zur Pandemie stellen Rechtspopulisten nicht grundsätzlich in Frage. Vielmehr versuchen sie in ihren offiziellen Kommunikationskanälen das Meinungsspektrum selektiv zu erweitern. Dabei geht es meist nicht um die Verbreitung von Verschwörungsmythen, sondern darum, auf angebliche ‚blinde Flecken' in der Corona-Debatte hinzuweisen. Verschwörungserzählerische Inhalte finden meist auf anderen rechtspopulistischen und rechtsextremen Plattformen Verbreitung.

■ Im Zuge der Pandemie verloren rechtspopulistische Parteien im Durchschnitt zunächst leicht an Zustimmung, stabilisierten sich dann auf Vorkrisenniveau. Dort, wo Rechtspopulisten die Regierung stellen, verloren deren Parteien – nach einem kurzen Anstieg zu Beginn der Krise – meist etwas stärker an Zustimmung.

■ Mit Fortdauer der Pandemie kann die Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement anwachsen und von Rechtspopulisten aktiv zur Vertiefung politischer und gesellschaftlicher Spaltungen genutzt werden. Auch können die längerfristigen sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise leicht als Projektionsfläche für populistische Regierungskritik dienen.

■ Mit Blick auf die AfD in Deutschland kann davon ausgegangen werden, dass vor allem ihr populistischer Stil ausschlaggebend ist, dass sich zahlreiche radikale ‚Coronaskeptiker' hinter der Partei versammeln. Wie die Auswertung der repräsentativen Erhebung zu den Corona-Maßnahmen in Sachsen zeigt, steht die Neigung zur scharfen bis hin zur verschwörungsmythisch aufgeladenen Kritik an den Infektionsschutzmaßnahmen vor allem mit populistischen Orientierungen in der Bevölkerung im Zusammenhang.

EINLEITUNG

CORONA UND RECHTSPOPULISMUS

KRISEN ALS EINFALLSTORE FÜR POPULISTEN

Krisenzeiten sind die Stunde der Populisten. Während die Finanzkrise den Links- wie den Rechtspopulisten Zulauf bescherte, gab die Migrationskrise vor allem den Rechtspopulisten Auftrieb. Beide Krisen hatten den Eindruck eines Politikversagens hervorgerufen und eine wachsende Unzufriedenheit mit den demokratisch gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten erkennen lassen. Sie waren Einfallstore für Populisten, deren politisches Geschäftsmodell es ist, Zweifel an Handlungsfähigkeit, Responsivität und Legitimation von politischen und medialen Eliten zu schüren und Sorgen, Ängste und Ressentiments der Bevölkerung zu mobilisieren. Dabei sind populistische Strömungen und Parteien nicht nur Krisenprofiteure. Populisten können maßgeblich zur pointierten Wahrnehmung beitragen, sie drastisch ins öffentliche Bewusstsein heben, sie sind aber maßgeblich auch daran beteiligt, Krisen zu verschärfen, Gesellschaften zu spalten. Befeuert wird beides durch den gängigen populistischen Politikmodus, scharfe Unterscheidungen zwischen dem ‚guten' Volk und der ‚korrupten' Elite in ein Narrativ zu kleiden, welches die Entmächtigung repräsentativ verfasster Institutionen und die Ermächtigung autokratischen Führungshandelns im Bild der unmittelbaren Durchsetzung eines authentischen, homogenen und unverfälschten Volkswillens zusammenführt (Vorländer 2019; 2020; 2021).

RECHTSPOPULISTEN BEI DEN CORONA-DEMONSTRATIONEN DABEI

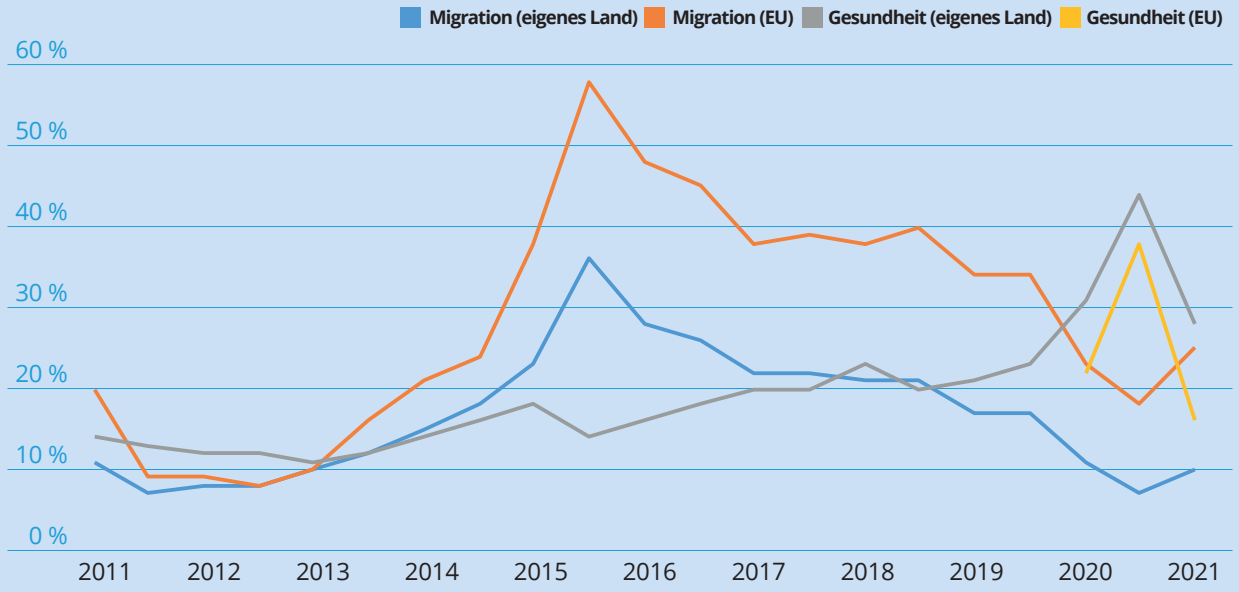
Während die hohe öffentliche und mediale Bedeutung des Themas Migration es Rechtspopulisten in den vergangenen Jahren leicht machte, ihre Wählerschaft zu mobilisieren (MIDEM 2018; 2019; Angeli/Otteni 2022), ist weniger klar, ob die Coronakrise in gleicher Weise von Populisten zur Steigerung von öffentlicher Aufmerksamkeit und politischer Mobilisierungsfähigkeit genutzt werden konnte und kann: Ist die Pandemie Chance oder Risiko für Rechtspopulisten? Vieles spricht für die Annahme, dass es gerade rechtspopulistische Strömungen vermögen, die Unzufriedenheit mit dem Corona-Management von Regierungen auf ihre Fahnen umzulenken. Auch lässt sich beobachten, dass Anti-Corona-Demonstrationen teilweise direkt von rechtspopulistischen Parteien (so in Spanien) organisiert worden sind. Und dort, wo es ‚hybride' Protestveranstaltungen gegen Beschränkungen oder Impfkampagnen gab, die sehr unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen umfassten, waren unverkennbar rechtspopulistische (und rechtsextreme) Kräfte beteiligt, die versuchten, Einfluss zu gewinnen und den Protest für ihre Anliegen zu nutzen. Unbestritten ist auch, dass in den sozialen Medien Falschinformationen sowohl über die Gefährlichkeit des Virus wie über vermeintliche Nebenwirkungen von Vakzinen verbreitet wurden, die rechtspopulistischen Kräften in die Hände spielen. So lassen sich, wie eine Analyse für Deutschland zeigt, pandemiekritische Positionen mit einer pauschalen Kritik am liberal-demokratischen System, an Politik, öffentlich-rechtlichen Medien und Regierungshandeln, verbinden (vgl. Guhl / Gerster 2020).

PANDEMIE STELLT RECHTSPOPULISTEN VOR HERAUSFORDERUNGEN

Auf den zweiten Blick aber könnte die Coronakrise für die rechtspopulistische Instrumentalisierung auch problematisch sein, aus zwei Gründen: Zum einen passt die breit geteilte Forderung nach einer stärkeren Berücksichtigung von medizinischem Fachwissen in politisch relevanten Entscheidungen nicht zur anti-elitären Protesthaltung rechtspopulistischer Parteien. Tatsächlich bestimmen im Verlauf der Pandemie eine Vielzahl an sozial- und gesundheitspolitischen Themen die politische und mediale Agenda, die nicht zum Themenprofil rechtspopulistischer Parteien gehören. Fragen rund um Migration und Zugehörigkeit, die typischerweise im Themenspektrum rechtspopulistischer Parteien beheimatet sind, erfuhren auch nicht mehr annähernd dieselbe öffentliche und mediale Resonanz wie zuvor (vgl. Abb. 1). Damit verblasste auch die mediale Strahlkraft rechtspopulistischer Kernbotschaften. Zum anderen ertönte mit dem Ausbruch der Pandemie

schnell der Ruf nach der starken und handlungsfähigen Regierung, die wirksam gegen die Ausbreitung des Virus vorgeht. In Ländern wie Deutschland stieg das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Bundesregierung zu Beginn der Pandemie auf einen Rekordwert.[1] Rechtspopulisten haben es unter solchen Umständen schwer, aus der allgemeinen Verunsicherung Profit zu schlagen. Mit scharfer Regierungskritik geraten sie leicht in den Verdacht, unverantwortlich und unsolidarisch zu handeln. Hinzu kommt, dass nationale Regierungen nach Ausbruch der Pandemie oftmals genau das getan haben, was Rechtspopulisten lange gefordert hatten: die Grenzen zu schließen. Ausgangssperren und Lockdowns dürften auch als Formen jenes entschlossenen und konsequenten staatlichen Handelns interpretiert werden, die typischerweise in autoritär gesinnten Wählerschichten Anklang finden (Klein 2020).[2]

Abb. 1: Salienz von Migration und Gesundheit



Anmerkung: Anteil der Befragten in der Europäischen Union, die Migration oder Gesundheit als eines der beiden wichtigsten Probleme für ihr eigenes Land oder die EU nennen; Bei der Frage auf europäischer Ebene wurde die Antwortmöglichkeit ‚Gesundheit' erstmals mit dem Standard-Eurobarometer 93 eingeführt.

Quellen: Europäische Kommission 2018, 2019, 2020, 2021 / Eigene Darstellung

KEIN AUFWÄRTSTREND, ABER AUCH KEIN ABWÄRTSTREND

Sind Rechtspopulisten also Nutznießer der Coronakrise oder können sie nicht davon profitieren? Anhand von Umfragen und Wahlergebnissen zeichnet sich ab, dass die Krise den Rechtspopulisten zwar kaum Zulauf beschert, doch auch keinen Abwärtstrend ausgelöst hat. Zuwächse verzeichnen indes vor allem Parteien, die relativ neu auf dem politischen Parkett sind (wie Fratelli d'Italia in Italien oder Chega in Portugal). Regional ist das Bild mitunter etwas uneinheitlicher: So verzeichnete die Alternative für Deutschland vor allem in Regionen Erfolge, wo die pandemiebeschränkenden Maßnahmen besonders kritisch betrachtet und die Impfquoten auffallend niedrig sind (Vorländer/Herold/Otteni 2021: 22; vgl. auch S. 22 in dieser Studie). Auch kann vermutet werden, dass mit der Fortdauer der Pandemie und wieder steigenden Inzidenzen Unzufriedenheit und Misstrauen gegenüber den

1 Ähnliche Entwicklungen sind auch in anderen Ländern beobachtbar (Europäische Kommission 2021).

2 Auch in der MIDEM-Studie „COVID-19 in Sachsen" fand - bei aller Kritik an den Maßnahmen und Einschränkungen - eine relative Mehrheit von 49 Prozent der Befragten es zugleich schade, „dass die Politik bei der Bekämpfung der Pandemie nicht härter durchgegriffen" hat. Ganze 60 Prozent hielten es außerdem für richtig, „dass der Staat zum Schutz der Gesundheit seiner Bürger notfalls auch private Freiheiten einschränkt" (Vorländer/Herold/Otteni 2021: 22).

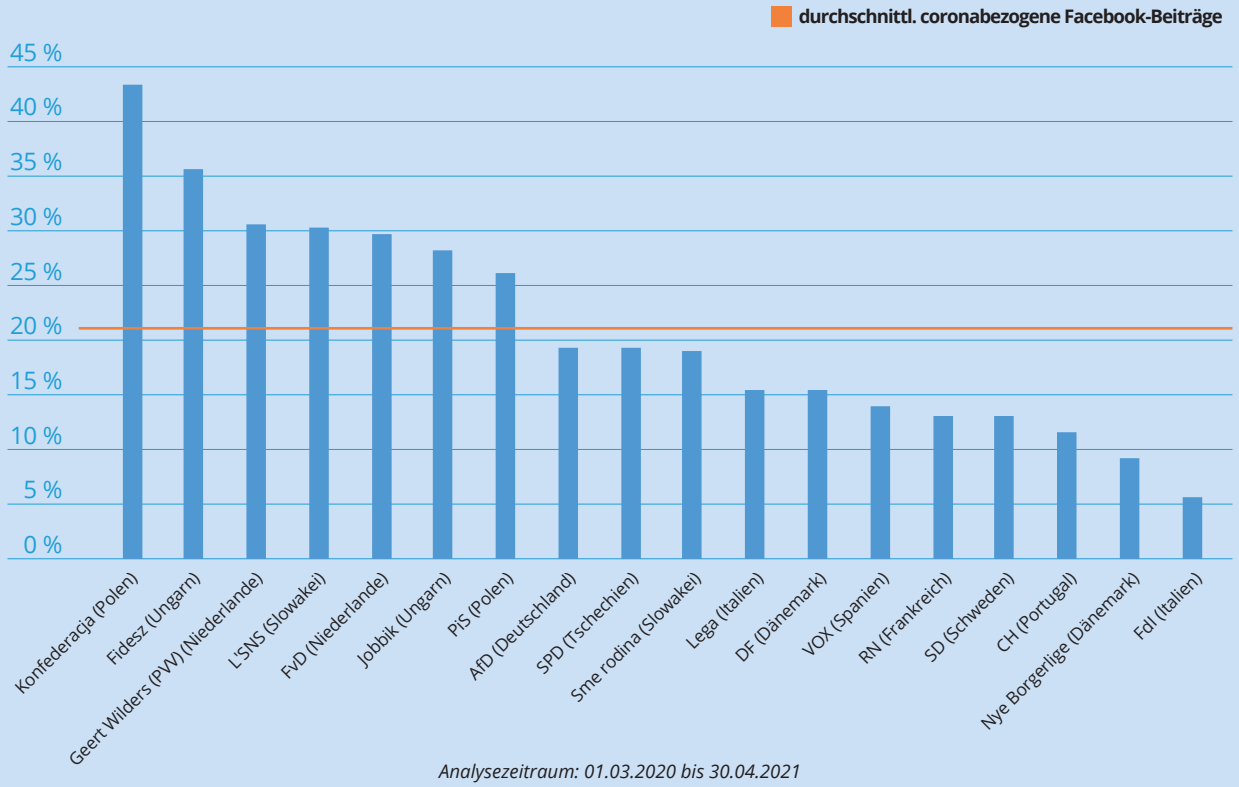
Regierungen zunehmen und es zu weiteren Protestaktionen gegen Infektionsschutzmaßnahmen kommt. Diese können von Rechtspopulisten zur Vertiefung politischer und gesellschaftlicher Spaltungen genutzt werden. Auch lassen sich die längerfristigen sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise leichter den aktuellen Regierungen zuschreiben und als nützliche Projektionsfläche für populistische Regierungskritik verwenden. Populistische Kritik entfaltet vor dem Hintergrund der anhaltenden Pandemie eine zusätzliche Resonanz und ist geeignet, grundsätzliche und pauschale Kritik an der liberalen und repräsentativen Demokratie zu verstärken.

Die MIDEM Jahresstudie 2021 geht diesen Zusammenhängen nach. Sie fragt danach, ob und wie Rechtspopulisten das Thema Corona häufiger als andere Parteien adressiert haben. Und wie beurteilten sie die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, die Lockdowns, die Beschränkungen von Grundrechten und die Impfkampagnen? Waren sie in der Lage, die Coronakrise so zu politisieren und polarisierende Effekte zu erzielen, wie es in der Migrationskrise gelang?[3] Die Studie liefert ein vergleichendes und differenziertes Bild rechtspopulistischer Strategien und Narrative in Europa. Untersucht wurden die *offiziellen Facebook-Accounts* rechtspopulistischer Parteien in zwölf europäischen Ländern.

CORONA: KEIN THEMA VON HERAUSRAGENDER PRIORITÄT

Als erste Erkenntnis aus der Analyse lässt sich festhalten, dass das Thema Corona in den sozialen Medien rechtspopulistischer Parteien nicht häufiger Erwähnung findet als bei anderen Parteien. Tatsächlich widmen die rechtspopulistischen Parteien ihm in acht von zwölf Ländern der Pandemie weniger Aufmerksamkeit als die etablierten Parteien. Zwar gibt es Aus-

Abb. 2: Anteil coronabezogener Facebook-Beiträge rechtspopulistischer Parteien in Europa



Analysezeitraum: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Anmerkung: Mi Hazánk (Ungarn) ist in dieser Abbildung nicht aufgeführt, da Daten erst ab Februar 2021 verfügbar sind und somit kein direkter Vergleich mit anderen Parteien erfolgen kann.
Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

3 Vgl. auch Bobba/Hubé 2021.

nahmen (wie Polens Konfederacja), doch das Gros der Rechtspopulisten scheint dem Thema Corona nicht mehr Beachtung als die anderen Parteien zu schenken. Beispielsweise tauchen coronabezogene Themen in den offiziellen Social Media-Kanälen der spanischen VOX oder des französischen Rassemblement National in weniger als 15 Prozent der Beiträge auf (vgl. Abb. 2). Dagegen fokussieren Rechtspopulisten, die sich in Regierungspositionen befinden (wie die polnische PiS-oder die ungarische Fidesz-Partei), überdurchschnittlich häufig auf das Thema Corona. Es findet sich also ein entscheidender Unterschied darin, ob Rechtspopulisten Regierungsverantwortung tragen oder sich in der Opposition befinden.

UNTERSCHIED ZWISCHEN RECHTSPOPULISTEN AN DER REGIERUNG UND IN DER OPPOSITION

Markante Differenzen im Umgang mit der Pandemie gehen auch aus der Inhaltsanalyse der coronabezogenen Beiträge rechtspopulistischer Parteien hervor. Dabei tritt erneut der Unterschied zwischen Rechtspopulisten an der Regierung und in der Opposition zutage: So waren rechtspopulistische Parteien in Regierungsämtern zumeist bemüht, das Thema Pandemie zu versachlichen und zu entpolitisieren, um so den Eindruck der Verlässlichkeit und Professionalität zu erzeugen. Die regierende PiS-Partei in Polen zum Beispiel hat in ihrer Social Media-Kommunikation strikt gemieden, das Thema zum Gegenstand politischer Kontroversen zu machen. Entsprechend werden Oppositionsparteien in der Coronafrage an keiner Stelle erwähnt.

KURSWECHSEL IN DER ANFANGSPHASE

Ganz anders rechtspopulistische Oppositionsparteien: Sie hatten deutlich mehr Mühe, einen klaren Kurs in der Coronafrage zu fahren. So sprachen sich die meisten von ihnen in der Anfangsphase der Pandemie für härtere und umfassendere Infektionsschutzmaßnahmen aus und kritisierten das Regierungshandeln als lasch und zögerlich. Nur wenige Monate später klang die Regierungskritik jedoch ganz anders: Corona-Maßnahmen wurden in den sozialen Medien trotz steigender Infektionszahlen zumeist als überzogen bzw. unverhältnismäßig kritisiert. Von Panikmache und ‚Corona-Hysterie' war oftmals die Rede.

Dieser plötzliche Sinneswandel kommt nicht von ungefähr: Er geht in den meisten europäischen Ländern mit einer veränderten Stimmungslage in den Bevölkerungen einher. Ein Grund hierfür ist die zunehmende Thematisierung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie (Stern 2021), die auch das Vertrauen in die Regierungen nach dem anfänglichen starken Anstieg wieder sinken lässt. Diesen Stimmungsumschwung machen sich oppositionelle Rechtspopulisten zunutze, indem sie sich zum einen als Sprachrohr der von den Corona-Maßnahmen gezeichneten, hart arbeitenden Mehrheit der Gesellschaft und zum anderen als Verteidiger der von den Corona-Maßnahmen eingeschränkten Freiheitsrechte inszenieren. Dabei unterscheiden sie sich jedoch in Art und Ausmaß ihrer Regierungskritik: Während sie in einigen Fällen die Pandemie nutzten, um ihre Opposition zu radikalisieren (z. B. Vox in Spanien), fiel die Kritik in anderen Fällen relativ milde aus (z. B. Dansk Folkeparti in Dänemark).

SELEKTIVER GEBRAUCH VON EXPERTENMEINUNGEN

Es ist ein typisches Merkmal der populistischen Kommunikation, dass der öffentlichen Meinung mehr Bedeutung beigemessen wird als der wissenschaftlichen Expertise bzw. den Ergebnissen der empirischen Forschung (vgl. Wondreys/Mudde 2020). Dennoch sind die rechtspopulistischen Parteien während der Pandemie auffallend darauf bedacht, in ihren offiziellen Kommunikationskanälen kein Misstrauen gegen Expertenmeinungen zu säen. Die Meinungen von Gesundheitsexperten und -expertinnen werden in den seltensten Fällen grundsätzlich in Frage gestellt. Vielmehr versuchen Rechtspopulisten das Meinungsspektrum um wissenschaftliche Positionen zu erweitern, die angeblich kaum Gehör finden und ihre Regierungskritik stützen. Verschwörungsmythen kommen dabei selten zum Einsatz. Das zeigt der Befund für die offiziellen Accounts. Die

Verbreitung verschwörungstheoretischer Inhalte in den rechten sozialen Medien ist zwar weit verbreitet, erfolgt jedoch zumeist über die persönlichen Accounts einzelner Politikerinnen und Politiker.

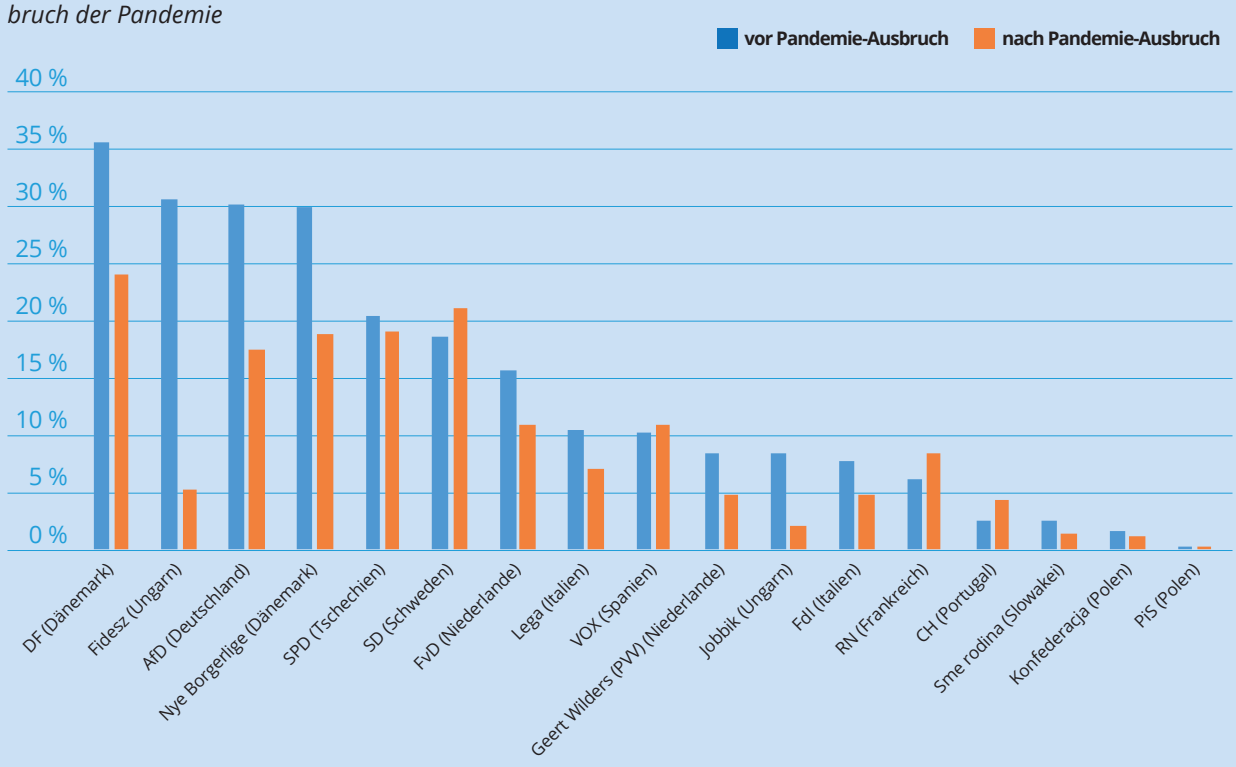
CORONA UND MIGRATION WERDEN VERKNÜPFT

Wenig überraschend ist der Umstand, dass Rechtspopulisten versucht haben, das Thema Corona mit ihren ‚Lieblingsthemen' zu verknüpfen, insbesondere mit dem Thema Migration. Neben der allgemeinen Darstellung der Migration als kulturelle, sicherheitspolitische und wirtschaftliche Bedrohung wurde im Zusammenhang mit der Pandemie eine neue Art von Bedrohung in das populistische Narrativ aufgenommen: die Gefahr für die Gesundheit der autochthonen Bevölkerung durch Migrantinnen und Migranten. So wurde beispielsweise häufig über Fälle von Infektionen unter Zugewanderten und Menschen mit Migrationshintergrund berichtet, die als Beweis dafür galten, dass sie Träger des Virus sind oder gegen Lockdowns verstoßen. Der traditionelle Gegensatz zwischen Einheimischen und Zugewanderten, begünstigt von einer politischen ‚Elite', die Letztere zulasten der Ersteren privilegiert, war auch während der gesamten Pandemie in der rechtspopulistischen Kommunikation präsent. Wiederholt war auch von dem „chinesischen Virus" die Rede, wobei keine europäische Partei diesen Konnex so häufig herstellte wie der ehemalige US-amerikanische Präsident Trump (Woods et al. 2020).

CORONA VERDRÄNGT MIGRATION NICHT

Die quantitative Analyse der sozialen Medien hat gezeigt, dass der Anteil der Beiträge, der sich mit migrationsbezogenen Themen befasst, nach wie vor hoch ist (vgl. Abb. 3). Dies gilt insbesondere für die nordeuropäischen Länder, wo diese Parteien die Migration stärker betonen als im Süden und Osten Europas. Bei der Beurteilung der Frage, ob Corona dazu beigetragen hat, die Bedeutung des Themas Migration von rechtspopulistischen Parteien geringer veranschlagen zu lassen, zeigen Ergebnisse

Abb. 3: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge rechtspopulistischer Parteien in Europa vor und nach Ausbruch der Pandemie



vor Pandemie-Ausbruch: 01.01.2019 bis 29.02.2020
nach Pandemie-Ausbruch: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

ein gemischtes Bild. Während in einer Hälfte der untersuchten Länder die Bedeutung der Migration in etwa gleichblieb oder sogar zunahm (so etwa in Spanien, Schweden oder Frankreich), nahm sie in anderen Ländern ab (wie in Deutschland, den Niederlanden oder Italien).

Rechtspopulisten in der Opposition bringen die Pandemie zwar gern mit Themen wie Migration in Verbindung, allerdings folgt die Kritik der staatlichen Corona-Maßnahmen nicht primär einer ethnonationalistischen Logik. Vielmehr dient sie zur Schärfung ihres populistischen Profils. Vor allem der anfängliche Kurswechsel vieler rechtspopulistischer Oppositionsparteien – von Befürwortern zu scharfen Kritikern der Infektionsschutzmaßnahmen – deutet darauf hin, dass es ihnen in erster Linie darum ging, als (einzige) Alternative zur Pandemiepolitik der etablierten Parteien wahrgenommen zu werden. Dabei ist die Kritik an den Infektionsschutzmaßnahmen keine Besonderheit rechtspopulistischer Parteien. Die Besonderheit besteht in der aggressiven und populistischen Art, in der die Kritik vorgetragen wird. So ist sie oft mit dem Anspruch verbunden, die Interessen und Meinungen des Volkes gegen eine abgehobene politische Elite zu verteidigen.

ABLEHNUNG MIT CORONA-MASSNAHMEN UND POPULISTISCHEN EINSTELLUNGEN VERKNÜPFT

Diese enge Verknüpfung zwischen radikalen Formen der Kritik an den staatlichen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung einerseits und einem populistischen Politikverständnis andererseits lässt sich auch aus einer repräsentativen Befragung ableiten, die MIDEM im Mai 2021 in Zusammenarbeit mit dem Meinungsforschungsinstitut dimap durchgeführt hat. Die Ergebnisse zeigen, welche Art der Social Media-Kommunikation in coronaskeptischen Teilen der Bevölkerung Anklang findet. Denn, wie die Auswertung der Erhebung zeigt, steht die Neigung zur scharfen bis hin zur verschwörungstheoretisch aufgeladenen Kritik an den staatlich angeordneten Infektionsschutzmaßnahmen nicht direkt mit ethnozentrisch-nativistischen oder autoritären Einstellungen im Zusammenhang. Vielmehr sind populistische Orientierungen (etwa fehlendes Grundvertrauen in die Verlässlichkeit politischer Institutionen und Eliten) ein weitaus zuverlässigerer Prädiktor für coronabezogenes Verschwörungsdenken. Auch Deprivationsgefühle, sprich die Wahrnehmung, im Verhältnis zu anderen zurückgesetzt und nicht fair behandelt zu werden, können insgesamt als ein wichtiger Erklärungsfaktor für die radikale Ablehnung von staatlichen Corona-Maßnahmen gelten. Mit Blick auf die AfD in Deutschland kann daher davon ausgegangen werden, dass vor allem ihr populistischer Stil ausschlaggebend ist, dass sich zahlreiche radikale ‚Coronaskeptiker' hinter der Partei versammeln.

LITERATUR

Angeli, Oliviero / Otteni, Cyrill 2022: Migration und Wahlverhalten in Deutschland; in: Brinkmann, Heinz Ullrich / Reuband, Karl-Heinz (Hg.): Rechtspopulismus in Deutschland: Wahlverhalten in Zeiten politischer Polarisierung; Wiesbaden: Springer.

Bobba, Giuliano / Hubé, Nicolas 2021: Populism and the Politization of the COVID-19 Crisis in Europe; Palgrave Macmillan, London, UK.

Europäische Kommission 2018: Standard-Eurobarometer 90 – Herbst 2018: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Erste Ergebnisse; verfügbar unter: https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=67765 (letzter Zugriff: 11.11.2021).

Europäische Kommission 2019: Standard-Eurobarometer 92 – Herbst 2019: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Erste Ergebnisse; verfügbar unter: https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=71688 (letzter Zugriff: 11.11.2021).

Europäische Kommission 2020: Standard-Eurobarometer 93 – Sommer 2020: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Erste Ergebnisse; verfügbar unter: https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=73670
(letzter Zugriff: 11.11.2021).

Europäische Kommission 2021: Standard Eurobarometer 95 – Frühjahr 2021: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Erste Ergebnisse; verfügbar unter: https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=76727 (letzter Zugriff: 11.11.2021).

Guhl, Jakob / Gerster, Lea 2020, Crisis and Loss of Control: German-Language Digital Extremism in the Context of the COVID-19 Pandemic; verfügbar unter: https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2020/12/ISD-Mercator-Report-English.pdf (letzter Zugriff: 08.11.2021).

Ivaldi, Gilles 2021: Will the Covid-19 crisis Mark the Decline of the Populist Right?; in: COGITO Research Magazine, May 17, 2021; available at: https://www.sciencespo.fr/research/cogito/home/will-the-covid-19-crisis-mark-the-decline-of-the-populist-right/?lang=en (letzter Zugriff: 08.11.2021).

Klein, Ofra 2020: How Is the Far Right Capitalizing on COVID-19?; in: Centre for Analysis of the Radical Right Insight blog; verfügbar unter: https://www.radicalrightanalysis.com/2020/04/10/how-is-the-far-right-capitalizing-covid-19 (letzter Zugriff: 19.10.2021).

MIDEM 2018: Migration und Populismus. Jahresbericht 2018, Dresden; verfügbar unter: https://forum-midem.de/cms/data/fm/download/TUD_MIDEM_Jahresbericht2018_WEB_RZ_2.pdf (letzter Zugriff: 19.10.2021).

MIDEM 2019: Migration und Europa. Jahresbericht 2019, Dresden: verfügbar unter: https://forum-midem.de/cms/data/fm/user_upload/Projekte/TUD_MIDEM_Jahresbericht2019_Web.pdf (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Stern, Verena 2021: Die Profiteure der Angst? Rechtspopulismus und die COVID-19-Krise: in Europa Ein Überblick; Friedrich-Ebert-Stiftung; verfügbar unter: http://library.fes.de/pdf-files/dialog/17736-20210512.pdf
(letzter Zugriff: 08.11.2021).

Vorländer, Hans 2019: Populism and Modern Democracy - An Outline; in: Paul, Heike / Prutsch, Ursula / Jürgen Gebhardt *(Hg.)*: The Comeback of Populism. Transatlantic Perspectives; Universitätsverlag Winter, Heidelberg, S. 13-28.

Vorländer, Hans 2020: Die Krisen und der Populismus. Wie belastbar ist die liberale Demokratie?; in: Münch, Ursula / Kalina, Andreas (Hg.): Demokratie im 21. Jahrhundert. Theorien, Befunde, Perspektiven; Nomos Verlag, Baden-Baden, S. 13-34.

Vorländer, Hans 2021: Wie belastbar ist die Demokratie; verfügbar unter: https://zeitung.faz.net/faz/politik/2021-08-09/44f748c3b9ba2e2fbc6c75761aca0ecc/?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE
(letzter Zugriff: 08.11.2021).

Vorländer, Hans / Herold, Maik / Otteni, Cyrill 2021: COVID-19 in Sachsen. Sozialräumliche und politisch-kulturelle Rahmenbedingungen des Pandemiegeschehens, Dresden; verfügbar unter: https://forum-midem.de/cms/data/fm/user_upload/Publikationen/TUD_MIDEM_Studie_2021-1_RZ-print.pdf (letzter Zugriff: 08.11.2021).

Wondreys, Jakub / Mudde, Cas 2020: Victims of the Pandemic? European Far-Right Parties and COVID-19; in: Nationalist Papers, S. 1–34.

Woods, Eric / Schertzer, Robert / Greenfeld, Liah / Hughes, Chris / Miller-Idriss, Cynthia 2020: COVID-19, Nationalism, and the Politics of Crisis: A Scholarly Exchange; in: Nations and Nationalism 26, S. 807-825.

EINLEITUNG

DATEN UND METHODEN

Im Rahmen der MIDEM Jahresstudie wurden politisch relevante Parteien untersucht, die in der internationalen Forschung überwiegend als *populist far right* klassifiziert werden (Roodujin et al. 2019). Im Folgenden ist vereinfachend von ‚rechtspopulistisch' die Rede, obwohl sich darunter auch Parteien befinden können, die in der deutschsprachigen Literatur möglicherweise auch als ‚rechtsextrem' bezeichnet werden.

Tab.1: Übersicht der untersuchten rechtspopulistischen Parteien

Land	Name	Abkürzung
Dänemark	Dansk Folkeparti Nye Borgerlige	DF
Deutschland	Alternative für Deutschland	AfD
Frankreich	Rassemblement National	RN
Italien	Fratelli d'Italia Lega	FdI Lega
Niederlande	Forum voor Democratie Partij voor de Vrijheid	FvD PVV
Polen	Konfederacja Wolność i Niepodległość Prawo i Sprawiedliwość	 PiS
Portugal	Chega	CH
Schweden	Sverigedemokraterna	SD
Slowakei	Kotleba – Ľudová strana Naše Slovensko Sme rodina – Boris Kollár	ĽSNS Sme rodina
Spanien	VOX	VOX
Tschechien	Svoboda a přímá demokracie	SPD
Ungarn	Fidesz – Magyar Polgári Szövetség Jobbik Magyarországért Mozgalom Mi Hazánk Mozgalom	Fidesz Jobbik Mi Hazánk

Die Fallstudien zu einzelnen europäischen Staaten in dieser Studie basieren auf quantitativen Analysen von Facebook-Beiträgen. Gerade wenn es darum geht, die thematische Ausrichtung von rechten Parteien während der Pandemie zu verfolgen, erweisen sich die offiziellen Socia Media-Accounts im Vergleich zu anderen Quellen der Parteikommunikation als wesentlich umfangreichere und erkenntnisträchtigere Datenquelle. Hier verfügen die Parteien in der Regel über ein größeres Publikum und können unmittelbar mit ihren Anhängerinnen und Anhängern kommunizieren. Für die Analyse wurde die Plattform Facebook ausgewählt, weil hier im gesamteuropäischen Vergleich mehr Inhalte als anderswo kommuniziert wurden. Die Daten wurden mit Hilfe von CrowdTangle - einem ebenfalls zu Meta (ehemals Facebook Inc.) gehörendem Tool – extrahiert (CrowdTangle Team 2021). In ihnen wurde ermittelt, wie viel Gewicht die jeweils untersuchten Parteien[1] auf zwei bestimmte Themen legen: die Pandemie (Kategorie *Corona*) und das Problemfeld Migration (Kategorie *Migration*). Die Fragestellungen der Einzelbeiträge weisen entsprechend in eine zweifache Richtung: (1) Wie viel Gewicht legen rechtspopulistische Parteien auf Corona, und (2) hat sich ihr

1 Im Fall der Niederlande wurde die Analyse mit Blick auf das offizielle Konto von Geert Wilders durchgeführt. Der Grund dafür ist, dass seine Partij voor de Vrijheid (PVV) in besonderer Weise auf Wilders als Vorsitzenden und einziges Mitglied zugeschnitten ist. Entsprechend bedeutungsvoller und produktiver zeigt sich deshalb auch das Facebook-Profil von Wilders.

traditioneller Schwerpunkt auf Migration während der Pandemie verändert? Bei der Auswertung der Social Media-Beiträge kam ein Verfahren der computergestützten Inhaltsanalyse auf Basis eines Wörterbuchs (Liste an Schlagwörtern) zum Einsatz (vgl. Rooduijn/Pauwels 2011). Dabei wurde für jede der beiden Analysekategorien (hier: Corona und Migration) zunächst eine Liste mit einschlägigen Begriffen erstellt. Diese Begriffe wurden auf der Grundlage einer Kombination aus theoretischen Überlegungen und empirischen Kriterien ausgewählt. Für die Kategorie *Corona* zählten dazu Zeichenfolgen wie ‚covid', ‚corona', ‚pandemic', ‚virus' oder ‚lockdown', für die Kategorie *Migration* waren es u.a. ‚migration', ‚migrant', ‚asylum' oder ‚refugee'. Zur Verbesserung der Validität wurden alle Wörterbucheinträge nochmals manuell auf Vollständigkeit, Präzision und Eindeutigkeit geprüft. Begriffe etwa, die sich im Verlauf der empirischen Analyse als irrelevant erwiesen, wurden aus den Wörterbüchern ausgeschlossen. Begriffe, die nicht im vordefinierten Wörterbuch aufgeführt waren, aber bei der Ansprache der beiden Analysekategorien häufig Verwendung fanden, wurden hinzugefügt. Weitere Validitätsprüfungen, bei denen kleinere Stichproben von Beiträgen zusätzlich manuell kodiert und mit dem Ergebnis der computergestützten Analyse verglichen wurden, konnten die Qualität dieser Vorgehensweise bestätigen. Der so erstellte Datensatz wird in den einzelnen Fallstudien als „Eigene Daten auf Grundlage von Facebook" zitiert. Alle Wörterbücher können im Annex eingesehen werden.

Jede europäische Fallstudie enthält außerdem eine Übersicht mit coronabezogenen Informationen sowie eine Darstellung der gemeldeten Corona-Fallzahlen und -Todesfälle im Zeitverlauf (siehe COVID-19-Statistik & Abb. 1 in jedem Beitrag). Die Grundlage bilden die von dem *Center for Systems Science and Engineering* (CSSE) der Johns Hopkins University bereitgestellten frei zugänglichen Daten (Dong/Du/Gardner 2020). Die aufgezeigten Werte sind gerundet und können von anderen Veröffentlichungen, auch nationalen, abweichen, da sich CSSE unterschiedlicher Datenquellen bedient (vgl. Johns Hopkins University & Medicine 2021). Für einen länderübergreifenden Vergleich wurden – soweit sinnvoll – die Angaben unter Verwendung von Bevölkerungszahlen aus 2020 auf 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner umgerechnet (Weltbank 2021). Der in der COVID-19-Statistik zusätzlich angegebene Fall-Verstorbenen-Anteil entspricht dem Quotienten aus den Todesfällen und der Anzahl der gemeldeten Fälle.[2] Die Abbildung 1 illustriert die Entwicklung der Corona-Situation im Zeitverlauf vom 1. Februar 2020 bis zum 30. September 2021. Um die Vergleichbarkeit von Fall- und Todeszahlen zu gewährleisten, sind beide Werte als 7-Tage-Inzidenz angegeben. Zur Berechnung dieser 7-Tage-Inzidenzen werden für jeden Tag im betrachteten Zeitraum die gemeldeten Fälle- und Todesfälle der letzten 7 Tage aufsummiert und auf 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner berechnet.

Die Untersuchung von MIDEM zu den sozialräumlichen und politisch-kulturellen Rahmenbedingungen des Pandemiegeschehens in Sachsen (S. 22 ff.) basiert auf den Ergebnissen einer repräsentativen Erhebung, die in Zusammenarbeit mit dem Meinungsforschungsinstitut *dimap* im Mai 2021 durchgeführt wurde. Hierbei konnten unter allen wahlberechtigten Sächsinnen und Sachsen ab 18 Jahren insgesamt 1.008 Personen nach ihrer Einschätzung der Corona-Politik, ihren im Kontext der Pandemie erlebten Belastungen sowie nach Einstellungen zu Demokratie, Impfungen und Protesten befragt werden.

2 Für die Prozentangabe wird das Ergebnis wiederum mit 100 multipliziert.

LITERATUR

CrowdTangle Team 2021: Crowd Tangle. Facebook, Menlo Park, California, United States.

Dong, Ensheng / Du, Hongru / Gardner, Lauren 2020: An Interactive Web-Based Dashboard to Track COVID-19 in Real Time; in: The Lancet Infectious Diseases 20 (5), S. 533-534. doi: 10.1016/S1473-3099(20)30120-1
(letzter Zugriff: 08.11.2021).

Johns Hopkins University & Medicine 2021: COVID-19 MAPS: COVID-19 MAP FAQ; verfügbar unter: https://coronavirus.jhu.edu/map-faq (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Rooduijn, Matthijs / Pauwels, Teun 2011: Measuring Populism: Comparing Two Methods of Content Analysis; in West European Politics, 34(6), S. 1272-1283.

Roodujin, Mathjis / Van Kessel, Stijn / Froio, Caterina / Pirro, Andreas / De Lange, Sarah / Halikiopoulou, Daphne / Lewis, Paul / Mudde, Cas / Taggart, Paul 2019: The PopuList: An Overview of Populist, Far Right, Far Left and Eurosceptic Parties in Europe; verfügbar unter: www.popu-list.org (letzter Zugriff: 14.09.2021).

Weltbank 2021: Data. Population, total; verfügbar unter: https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL?most_recent_value_desc=true (letzter Zugriff 03.08.2021).

VERSCHWÖRUNGSDENKEN IN DER CORONAKRISE

EMPIRISCHE BEFUNDE AUS SACHSEN

Zusammenfassung

Verschwörungstheoretisch aufgeladene Positionen haben an Bedeutung gewonnen. Sie beinhalten eine besonders radikale Form der Kritik an den staatlichen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung.

Eine Untersuchung der politisch-kulturellen Hintergründe zeigt: Die Neigung zu einem coronabezogenen Verschwörungsdenken wird von populistischen Orientierungen und subjektiven Deprivationsgefühlen, nicht aber von ethnozentrisch-nativistischen und autoritären Einstellungen befördert.

Dies deutet darauf hin, dass die Kritik an den Schutz- und Hygieneregeln nicht entlang der klassischen ideologischen Unterscheidungen mobilisierbar ist. Weniger die politische Verortung des Einzelnen zwischen ‚rechten' und ‚linken', ‚kosmopolitischen' und ‚ethnozentrischen' Positionen hat in der Pandemie also die Neigung zu einer verschwörungsmythisch aufgeladenen Corona-Kritik beeinflusst, sondern das Vertrauen gegenüber dem Wirken politischer Eliten und Institutionen, das Maß an Zutrauen in die eigene politische Selbstwirksamkeit sowie das Gefühl, gegenüber anderen zurückgesetzt zu sein und nicht gerecht behandelt zu werden.

Mit Blick auf die AfD ist deshalb davon auszugehen, dass bei der Bundestagswahl 2021 weniger die thematisch-inhaltliche Aufstellung der Partei, sondern ihr ‚populistisches' Profil entscheidend dafür war, Teile eines Milieus radikaler Corona-Skeptikerinnen und -Skeptiker hinter sich zu versammeln.

„Wir kämpfen nicht nur gegen eine Epidemie, sondern auch gegen eine Infodemie", so lautete am 15. Februar 2020 die Diagnose von WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus (Zarocostas 2020). Mit seiner auf der Münchner Sicherheitskonferenz ausgesprochenen Warnung sollte er Recht behalten, denn schon bald stellte sich heraus, dass neben dem Virus selbst vor allem Unkenntnis und Falschinformation einer schnellen Eindämmung der Pandemie im Wege standen. Auch in Deutschland formierten sich bereits im Frühjahr 2020 die Skeptikerinnen und Skeptiker sowie Kritikerinnen und Kritiker der Einschränkungen zur Bekämpfung von COVID-19. Unter ihnen lehnten viele die Schutz- und Hygienemaßnahmen ab, hielten Warnungen vor dem Virus für übertrieben und zeigten eine tiefe Ablehnung gegenüber den Vertreterinnen und Vertretern von Politik, Medien und Wissenschaft sowie den von ihnen repräsentierten Institutionen. Andere wiederum führten zur Begründung ihrer Ablehnung krude Theorien über die Ursprünge des Virus, irrwitzige Empfehlungen zu dessen Abwehr oder dezidierte Falschinformationen ins Feld. In den sozialen Medien, in Chatgruppen, Onlineforen und Twitter-Bubbles, aber auch auf der Straße, etwa bei Protestkundegebunden und Umzügen der, in Stuttgart gegründeten, ‚Querdenken-Initiative' – überall dort fanden auch verschwörungstheoretisch aufgeladene Parolen rasche Verbreitung. Dabei zeigte sich, dass Elemente eines derartigen Verschwörungsglaubens in der Bevölkerung weit verbreitet sind. So glaubte noch im Jahr 2020 jeder fünfte Deutsche an „geheime Organisationen" und hielt – ausweislich von Umfragedaten der Mitte-Studie 2020/21 – „Politiker und andere Führungspersönlichkeiten" für „Marionetten dahinterstehender Mächte" (Lamberty/Rees 2021: 290 ff).

CORONA-PROTEST IN SACHSEN

In diesem Zusammenhang geriet auch Sachsen in die Schlagzeilen. Als während der zweiten großen Infektionswelle im Winter 2020/2021 vor allem der Osten Deutschlands betroffen war, schien gerade dort der Umgang der Bevölkerung mit den Hygienevorschriften vielen Beobachtenden eher durch eine gewisse Sorglosigkeit und Renitenz gekennzeichnet. Der Freistaat wurde als „Land der Verharmloser" tituliert, in dem sich inzwischen ‚die Särge stapeln' würden (Bohr et al. 2020; Malzahn 2020).[1] Wegen besonders niedriger Impfquoten und bemerkenswert hoher Teilnehmerzahlen bei Anti-Corona-Demonstrationen stand Sachsen dann im Frühsommer 2021 erneut am Pranger. Bis heute bildet der Freistaat mit einem Anteil von 58,5 Prozent mindestens einmalig geimpfter Einwohnerinnen und Einwohner das Schlusslicht unter den deutschen Bundesländern (Stand 18.10.2021). Auch stand Sachsen seit Beginn der Pandemie immer wieder als Ort von Protest und öffentlicher Empörung im Fokus von Medien und Öffentlichkeit.[2] So versammelten sich zwischen Sommer 2020 und Herbst 2021 an Sonntagen regelmäßig hunderte Menschen entlang der Bundesstraße 96 zwischen Bautzen und Zittau, um mit Plakaten, Spruchbändern und Fahnen gegen die staatlichen Hygieneschutz und Pandemiebekämpfungsmaßnahmen zu protestieren. Am 7. November 2020 kam es am Rande einer ‚Querdenken'-Demonstration mit über 20.000 Teilnehmern in Leipzig nicht nur zu massiven Verstoße gegen die Schutz-Auflagen, sondern auch zu gewalttätigen Ausschreitungen, die bundesweit für Schlagzeilen sorgten. Am 13. März 2021 fand in Gegenwart der „Identitäre(n) Bewegung" wiederum ein Marsch durch die Innenstadt von Dresden statt, wo seitdem auch PEGIDA zur Teilnahme an den Corona-Protesten aufruft.

CORONA-VERSCHWÖRUNG UND RECHTSPOPULISMUS

Bei diesen und anderen Veranstaltungen zeigten sich viele der in Wortmeldungen, Symbolen und Parolen artikulierten institutionen- und elitenkritischen Einstellungen der Demonstrierenden, oft in besonderer Weise von Verschwörungsmythen durchsetzt. Mit Schlagworten wie „Großer Austausch", „QAnon", „Deep State" oder „Great Reset" wurde dabei auch an weltweit verbreitete Narrative über geheime Machenschaften, verborgene Netzwerke und weitreichende Umgestaltungspläne der nationalen und internationalen Eliten in Politik, Gesellschaft und Medien angeknüpft (Brieger 2021). Weil die Protestkundgebungen zugleich von zahlreichen Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten besucht und erfolgreich als Bühne zur Verbreitung ihrer Botschaften genutzt wurden, der Freistaat Sachsen zudem seit Jahren als Hotspot rechtsextremer und rechtspopulistischer Gesinnungen in Erscheinung getreten war, begannen Beobachtende bald auch über grundlegende Zusammenhänge zwischen Corona-Skepsis und politisch-kulturellen Einstellungen zu mutmaßen. Gerade das starke Abschneiden der AfD bei den zurückliegenden Wahlen sollte dabei als Indikator eines bestimmten Umgangs mit der Pandemie gelten und damit auch die in bestimmten Regionen besonders hohen Infektionszahlen erklären. Virusinzidenz und AfD-Wahl schienen in einem unmittelbaren Kausalzusammenhang zu stehen und wurden schließlich gar mit den hohen Todesraten in bestimmten Regionen in Verbindung gebracht (Beltermann et al 2020; Leipziger Volkszeitung 2020b: 6).

Ein empirischer Nachweis derartiger Überlegungen gestaltet sich jedoch als schwierig. Gesundheitswissenschaftliche Untersuchungen und epidemiologische Modellierungen bilden zwar Infektionsverläufe ab, können aber kaum politisch-kulturelle Einflussfaktoren auf das Infektionsgeschehen erfassen. Sozialwissenschaftliche Analysen konnten auf der Ebene von Aggregatdaten zumindest für bestimmte Zeiträume und Phasen des Pandemiegeschehens

1 Nichtsdestotrotz ergaben deutschlandweite Befragungen zur Bewertung der COVID-19-Maßnahmen auch für den Osten Deutschlands immer wieder hohe und stabile Zustimmungswerte (Bertelsmann Stiftung 2020; Leipziger Volkszeitung 2020a).

2 Zum Protestgeschehen in Sachsen 2020-2021 vgl. Panreck 2021.

Zusammenhänge zwischen Corona-Inzidenzwerten und AfD-Stimmenanteilen ermitteln (Reuband 2021, Richter et al. 2021). Untersuchungen aber, welche im Kontext des Pandemiegeschehens weiterführende Aussagen über die Rolle politisch-kultureller Einstellungsmuster als Prädiktoren von Maßnahmenkritik, Impfskepsis und Verschwörungsdenken erlauben , liegen bis heute keine vor[3] - wenngleich in deutschlandweiten Erhebungen im gesamten Verlauf der Pandemie etwa regelmäßig nach den Sorgen der Bürgerinnen und Bürger gefragt wurde (vgl. nur Betsch 2021). Auf der anderen Seite legen aktuelle Untersuchungen zum Thema jedoch nahe, dass die Neigung zur ‚Corona-Skepsis' weniger durch sozioökonomische als vielmehr durch bestimmte politisch-kulturelle Dispositionen bestimmt wird. So zeigte sich etwa, dass weder das Bildungsniveau, noch die (lokalen) Infektionszahlen oder Sorgen über die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, sondern vor allem der Grad des Vertrauens in öffentliche Einrichtungen das Ausmaß an Ablehnung der Menschen gegenüber den Corona-Maßnahmen beeinflusst, wobei Ostdeutsche insgesamt deutlich kritischer eingestellt sind als Westdeutsche (Diehl/Wolter 2021 sowie, ähnlich, Grande et al. 2021). Umfragedaten, welche hier genauere Untersuchungen ermöglichen würden, Daten also, die sowohl coronabezogene Orientierungen als auch politisch-kulturelle Einstellungsmuster auf der Individualebene erfassen und so miteinander vergleichbar machen, gibt es bis heute allerdings nur wenige.[4]

MIDEM-STUDIE: COVID-19 IN SACHSEN

Um diese Forschungslücke zu schließen, haben wir in Zusammenarbeit mit dem Meinungsforschungsinstitut *dimap* eine für Sachsen repräsentative Erhebung durchgeführt (vgl. Infobox). Die hier gezogene Stichprobe ermöglichte es, Einschätzungen zur Corona-Politik, Einstellungen zu Demokratie, Impfungen und Protesten sowie die im Kontext der Pandemie erlebten Belastungen in repräsentativer Weise darstellbar zu machen. Eine knappe Mehrheit der sächsischen Bevölkerung zeigte sich dabei mit dem Corona-Management von Bundesregierung und sächsischer Landesregierung zufrieden. Rund die Hälfte bedauerte es gar, dass die Politik bei der Bekämpfung der Pandemie „nicht härter durchgegriffen" hat. Allerdings erwies sich auch das Lager der Corona-Kritikerinnen und -Kritiker als stark. Knapp die Hälfte der Befragten war mit dem staatlichen Corona-Management unzufrieden. 30 Prozent der Sächsinnen und Sachsen bewerteten die seit Anfang 2020 ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus als „nicht sinnvoll". 42 Prozent zeigten Verständnis für die Corona-Proteste, 20 Prozent wollten sich „eher nicht" oder „auf keinen Fall" gegen COVID-19 impfen lassen. Bemerkenswert war weiterhin, dass die Urteile über Corona-Maßnahmen, Impfung und Regierungshandeln je nach Region, sozialer Gruppe und politischer Orientierung höchst unterschiedlich ausfielen. Insbesondere Ost- und Südwestsachsen zeigte hier sich deutlich kritischer (Vorländer/Herold/Otteni 2021).

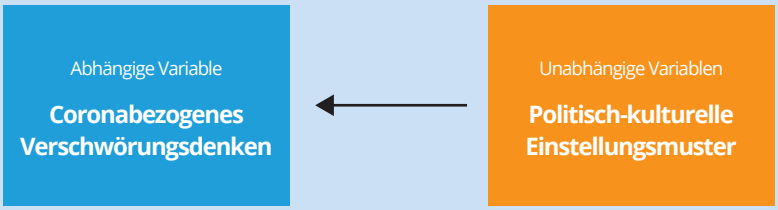
FRAGESTELLUNG, FORSCHUNGSDESIGN UND METHODIK

Offen blieb bisher jedoch die Frage nach der Erklärung dieses Denkens und der besonderen Rolle, die anderen soziokulturellen und politisch-kultureller Einstellungen dabei zukommt. Tatsächlich ist zu vermuten, dass insbesondere die radikaleren Formen der Corona-Kritik, etwa die Neigung zu einem coronabezogenen Verschwörungsdenken, mit besonderen Einstellungsmustern in der Bevölkerung zusammenfällt. Doch welche Zusammenhänge können hier beobachtet werden? Welcher (direkte) Zusammenhang besteht zwischen coronabezogenem Verschwörungsdenken und politisch-kulturellen Einstellungen in der sächsischen Bevölkerung? Welchen relativen Einfluss haben politisch-kulturelle Einstellungen im Vergleich zu anderen (potenziellen) Bestimmungsfaktoren?

3 Ausnahmen stellen die Beiträge von Schließler/Hellweg/Decker 2020 sowie von Küppers/Reiser 2021 dar.

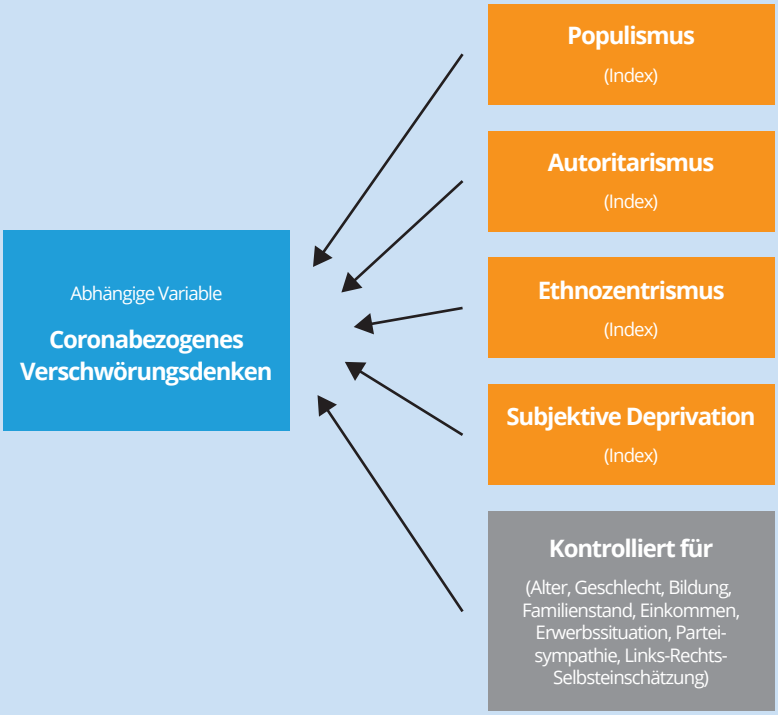
4 Neben der diesem Beitrag zugrunde liegenden Erhebung zu Covid-19 in Sachsen stellt der Thüringen-Monitor 2020 dabei eine Ausnahme dar (vgl. Reiser et al. 2020).

Abb. 1: Welche politisch-kulturellen Einstellungsmuster erklären ein coronabezogenes Verschwörungsdenken?



Diese Fragen sollen im Folgenden beantwortet werden (Abb. 1). Als Grundlage dienen dabei selbstgewonnene Umfragedaten, welche im Mai 2021 mit Hilfe einer Kombination aus Telefoninterviews (CATI) und Online-Interviews (CAWI) in der sächsischen Bevölkerung als repräsentative Stichprobe erhoben wurden (Netto-Stichprobenumfang: n=1.008 Befragte). Der Fragebogen umfasste dabei zwei Teile: Einen, der die Menschen nach ihren Einstellungen zur Corona-Politik sowie den damit verbundenen Maßnahmen und Einschränkungen befragte und einen zweiten Teil, der sich auf Einstellungen zur Demokratie sowie andere politisch-kulturelle Orientierungen konzentrierte. Mit den so erhobenen Daten wird im Folgenden mit Hilfe statistischer Verfahren (lineare Regressionsmodelle) der Zusammenhang zwischen coronabezogenen Verschwörungsdenken und ausgewiesenen politisch-kulturellen Orientierungen geprüft. Als abhängige Variable dient dabei ein Index, der auf einer Skala von 1-10 die Neigung zu „coronabezogenen Verschwörungsdenken" angibt. Als unabhängige Variablen werden Messungen zu politisch-kulturellen Einstellungsmustern herangezogen, die in den vergangenen Jahren typischerweise zur Erklärung von emotionalisiertem Bürgerprotest und der Wahl radikaler Parteien herangezogen wurden: Populismus, Autoritarismus, Ethnozentrismus und subjektive Deprivation (Abb. 2). Um für weitere Effekte aus soziodemographischen Merkmalen

Abb. 2: Erklärungsmodell zur Wirkung politisch-kultureller Einstellungen auf coronabezogenes Verschwörungsdenken



zu korrigieren, werden auch verschiedene Kontrollvariablen in das Modell mit

aufgenommen.[5] Daneben können weitere politische Merkmale der Befragten in der Analyse mit berücksichtigt werden: die Selbstverortung auf einer Links-Rechts Skala sowie die ermittelte Sympathie gegenüber einzelnen Parteien.

Ist die Neigung zu diesen Verschwörungstheorien also etwa durch autoritäre, ethnozentrische oder populistische Einstellungen prädisponiert? Spielt ein subjektives Deprivationsgefühl hier eine Rolle? Dies gilt es im Folgenden zu klären. Mit Blick auf die einzelnen Personen und deren Einstellungen lassen sich zusammenfassend folgende Hypothesen formulieren:

H1: Je stärker die populistische Orientierung, umso stärker die Neigung zu einem coronabezogenen Verschwörungsdenken.

H2: Je stärker die Sympathie für autoritäre Positionen, umso stärker die Neigung zu einem coronabezogenen Verschwörungsdenken.

H3: Je stärker die Sympathie für ethnozentrische, d.h. fremdenfeindliche und nationalistische Positionen, umso stärker die Neigung zu einem coronabezogenen Verschwörungsdenken.

H4: Je stärker subjektive Gefühle einer politisch-kulturellen Benachteiligung bzw. Deprivation, umso stärker die Neigung zu einem coronabezogenen Verschwörungsdenken.

INFOBOX – Datengrundlage

Empirische Grundlage der Studie ist eine Befragung, die vom 10. bis 15. Mai 2021 unter wahlberechtigten Sächsinnen und Sachsen ab 18 Jahren erfolgte. Hierfür wurden in Zusammenarbeit mit dem Meinungsforschungsinstitut dimap insgesamt 1.008 Personen befragt. Die Erhebung war für Sachsen sowie vier Regionen innerhalb Sachsens repräsentativ. Mittels Gewichtungen nach Alter, Geschlecht, Bildung und Population können somit verlässliche Aussagen für die jeweiligen Teilregionen sowie für Gesamtsachsen getroffen werden.

Als Methode der Befragung diente ein Mixed Mode-Ansatz, bei dem ein Teil der Interviews mittels computergestützter Telefoninterviews (CATI) (60% aller Interviews) und ein Teil mittels Online-Interviews (CAWI) durchgeführt wurde (40% aller Interviews). Die telefonischen Befragungen dauerten im Schnitt 11 Minuten. Da bei Stichproben mit regionalen Grenzen (wie Sachsen oder den einzelnen Teilregionen) via Mobiltelefon befragte Personen erst nach dem Anruf einer Region zugeordnet werden können, wurden nur Festnetzanschlüsse gewählt. Um dennoch alle Teilgruppen der Bevölkerung zu erreichen, wurde dies mit einer Onlinebefragung kombiniert. Derartige Mixed Mode-Befragungen haben in den vergangenen Jahren nicht nur in der wissenschaftlichen Umfrageforschung deutlich an Bedeutung gewonnen. Ein Grund hierfür ist, dass durch die Kombination verschiedener Methoden die Erreichbarkeit von Befragungspersonen oder bestimmter Teilgruppen in der Bevölkerung erhöht werden und sich dies positiv auf die Teilnahmebereitschaft an einer Studie auswirken kann. Gleichzeitig definieren Mixed Mode-Studien anspruchsvolle surveymethodische Herausforderungen, um mögliche Effekte des Erhebungsmodus zu reduzieren und eine konsistent hohe Datenqualität zu erreichen.

5 Alter, Geschlecht, Bildung, Familienstand, Einkommen, sowie die Erwerbssituation.

1. PANDEMIE UND VERSCHWÖRUNG

WAS IST CORONABEZOGENES VERSCHWÖRUNGSDENKEN?

Der Begriff des ‚Verschwörungsdenkens' wird typischerweise mit Vorstellungen assoziiert, die davon ausgehen, dass wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Verantwortungstragende ihre Macht für nicht öffentlich ersichtliche Vorteilserwägungen, verborgene Bestrebungen oder böswillige Machenschaften ausnutzen, dabei ihr Tun verbergen und mit Lügen abzusichern versuchen (vgl. nur Sutton/Douglas 2014). Vor diesem Hintergrund kann ein *coronabezogenes Verschwörungsdenken* ebenfalls als Neigung verstanden werden, dem Handeln von politischen und gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren in der Pandemie zu misstrauen, ihnen gar eine derartige ‚geheime Agenda' zu unterstellen. Auch in der MIDEM-Erhebung zu den sozialräumlichen und politisch-kulturellen Rahmenbedingungen der Corona-Pandemie in Sachsen fand diese Überzeugung Berücksichtigung. Um zugrundeliegende Verschwörungsüberzeugungen zu erfassen, wurden den Befragten dabei Aussagen vorgelegt, zu denen sie sich im Rahmen einer vierstufigen Antwortskala jeweils verhalten konnten, indem sie angaben, ob sie jeweils „voll und ganz", „eher", „eher nicht" oder „überhaupt nicht" zustimmen. Zum Einsatz kamen dabei drei, in der Forschung etablierte und in anderen Erhebungen bereits getestete Items, die jeweils auf unterschiedliche Zielbereiche möglicher Verschwörungen verweisen (vgl. Sciences Po/CEVIPOF 2021; Reiser et al. 2020: 46 ff.).

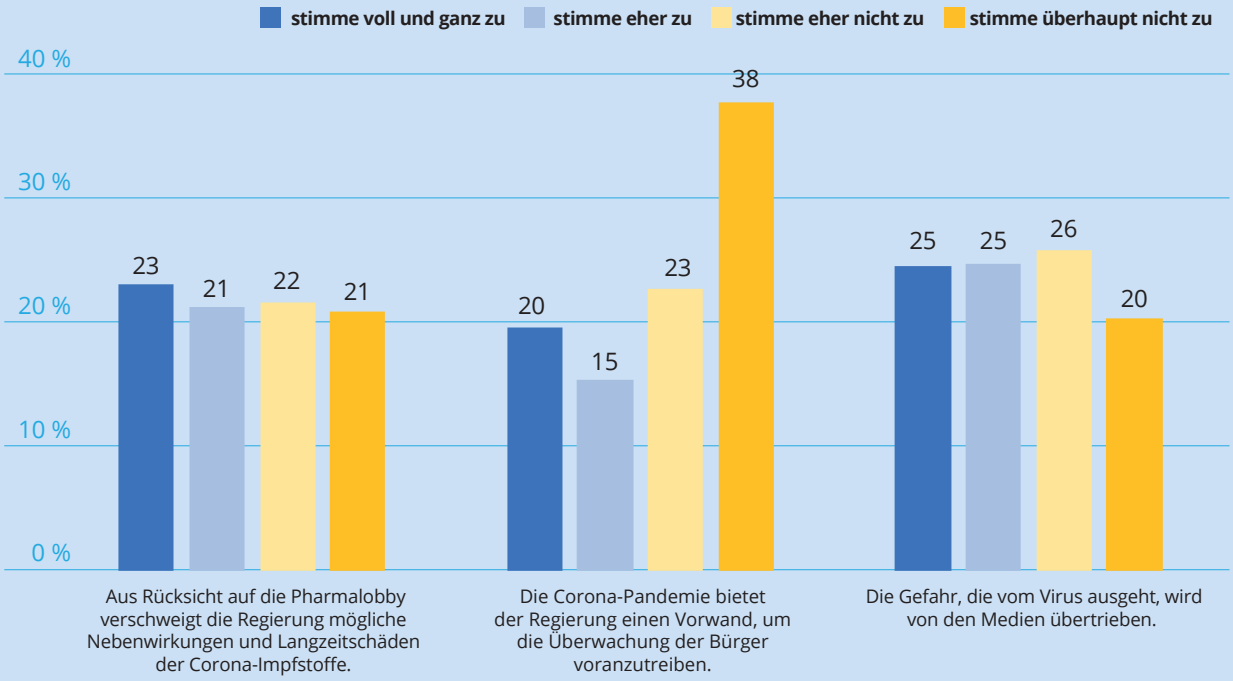
- Das erste Item bezog sich dabei (indirekt) auf den Bereich der *Wirtschaft* und zielte auf den klassischen Gegensatz zwischen ökonomischen Eigeninteressen und bürgerschaftlichen Gemeinwohlerwägungen. Hier wurde behauptet, dass die Regierung „aus Rücksicht auf die Pharmalobby [...] mögliche Nebenwirkungen und Langzeitschäden der Corona-Impfstoffe" verschweigt.

- Das zweite Item, zu dem sich die Befragten verhalten sollten, verwies auf die *Politik* und deren Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger. Erneut wurden dem Handeln des Staates in der Pandemie dabei böswillige Absichten und verborgene Ziele unterstellt, denn schließlich - so die Aussage - nutze die Regierung die Pandemie letztlich nur als Vorwand, um mit ihren Anti-Corona-Maßnahmen zugleich „die Überwachung der Bürger voranzutreiben".

- Das dritte Item nahm schließlich die Rolle der *Medien* in den Blick, deren Berichterstattung in den Jahren 2020 und 2021 ebenfalls regelmäßig zum Anknüpfungspunkt für verschwörungstheoretisch untersetzte Anwürfe geworden waren. Die vorgelegte These unterstellte hier in pauschaler Weise, dass „die Gefahr, die vom Virus ausgeht" von den Vertreterinnen und Vertretern der Medien in absichtsvoller Weise „übertrieben" wird.

Das Ergebnis der Befragung brachte schließlich für die sächsische Bevölkerung die in Abb. 3 dargestellte Verteilung hervor. Demnach stimmten rund 44 Prozent der Sachsen der Aussage „voll und ganz" oder „eher" zu, dass die Regierung „aus Rücksicht auf die Pharmalobby [...] mögliche Nebenwirkungen und Langzeitschäden der Corona-Impfstoffe" verschweigt. 35 Prozent waren der Meinung, die Regierung nutze die Pandemie als Vorwand, „um die Überwachung der Bürger voranzutreiben". Etwa die Hälfte der Sachsen glaubt außerdem, dass „die Gefahr, die vom Virus ausgeht" in den Medien „übertrieben" wird (Abb. 3). Vergleichbare Untersuchungen kommen hier zu uneinheitlichen Ergebnissen. Einige ermittelten mit ähnlichen Items zum Teil deutlich niedrige, andere hingegen deutlich höhere Zustimmungswerte (vgl. Rees et al. 2020; Schließler et al. 2020: 301 ff.). Im Thüringen-Monitor stimmten zuletzt im Herbst 2020 ebenfalls 49 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass „die Gefahr, die vom Virus ausgeht" in den Medien „stark

Abb. 3: Zustimmung zu Aussagen eines coronabezogenen Verschwörungsdenkens in Sachsen



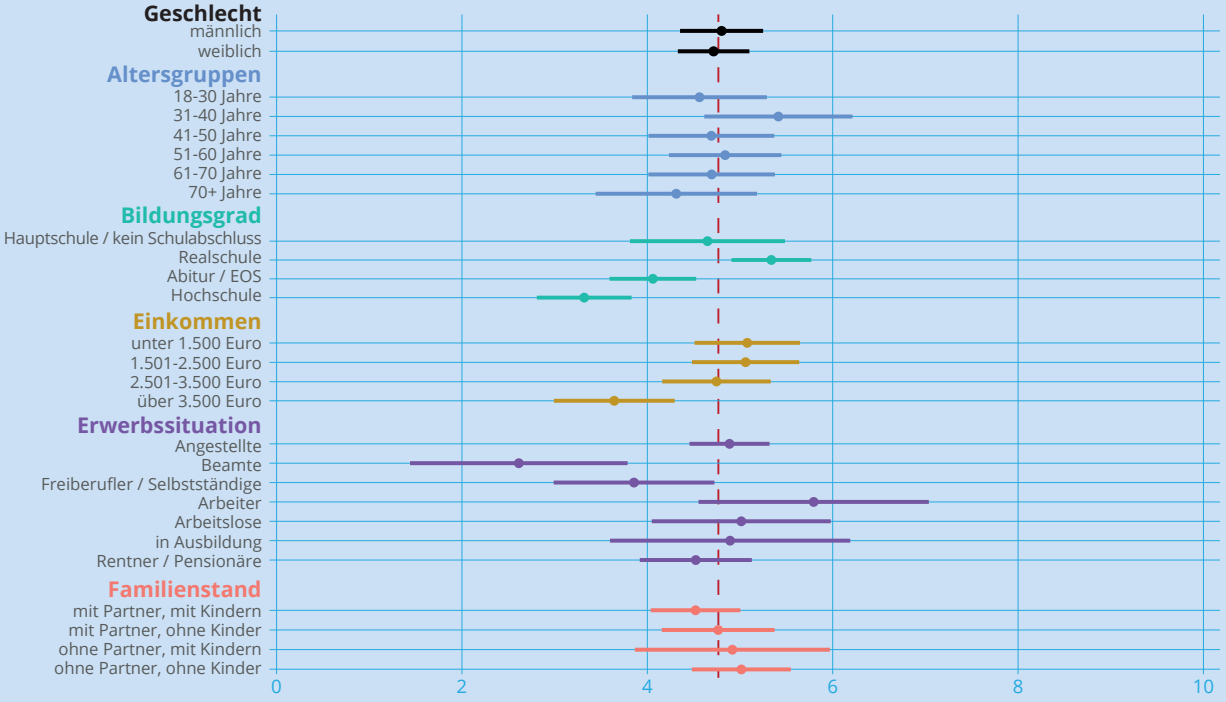
Anmerkung: Die Balken zeigen die Anteile derjenigen Personen an, die der jeweilige Aussage „voll und ganz", „eher", „eher nicht" oder „überhaupt nicht" zustimmen. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet (fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe, n = 1.008).
Quelle: Eigene Erhebung / dimap

übertrieben" wird (Reiser et al. 2020: 179). Im Rahmen des *Baromètre de la confiance politique* wurden im Mai 2021 für Frankreich Zustimmungswerte von 47 Prozent zur Aussage über die „Überwachung der Bürger" und 39 Prozent zur Aussage über den „Einfluss der Pharmalobby" ermittelt (Sciences Po/CEVIPOF 2021).

Auf der Grundlage von Verteilungs- und Faktorenanalysen lassen sich diese Ergebnisse zu einem Index zusammenfassen, der insgesamt die Neigung zu einem „coronabezogenem Verschwörungsdenken" zum Ausdruck bringt. Hinsichtlich der Ausprägung in einzelnen Teilen der sächsischen Bevölkerung ergibt sich dabei das in Abb. 4 und 5 dargestellte Bild. Hieran wird erkennbar, dass die Gruppe derjenigen, die in Sachsen einem coronabezogenen Verschwörungsdenken zuneigen, durchaus heterogen ist. Zugleich werden aber auch deutliche Prädiktoren beschreibbar, die zum Teil weitaus häufiger mit einer derartigen Neigung einhergehen.

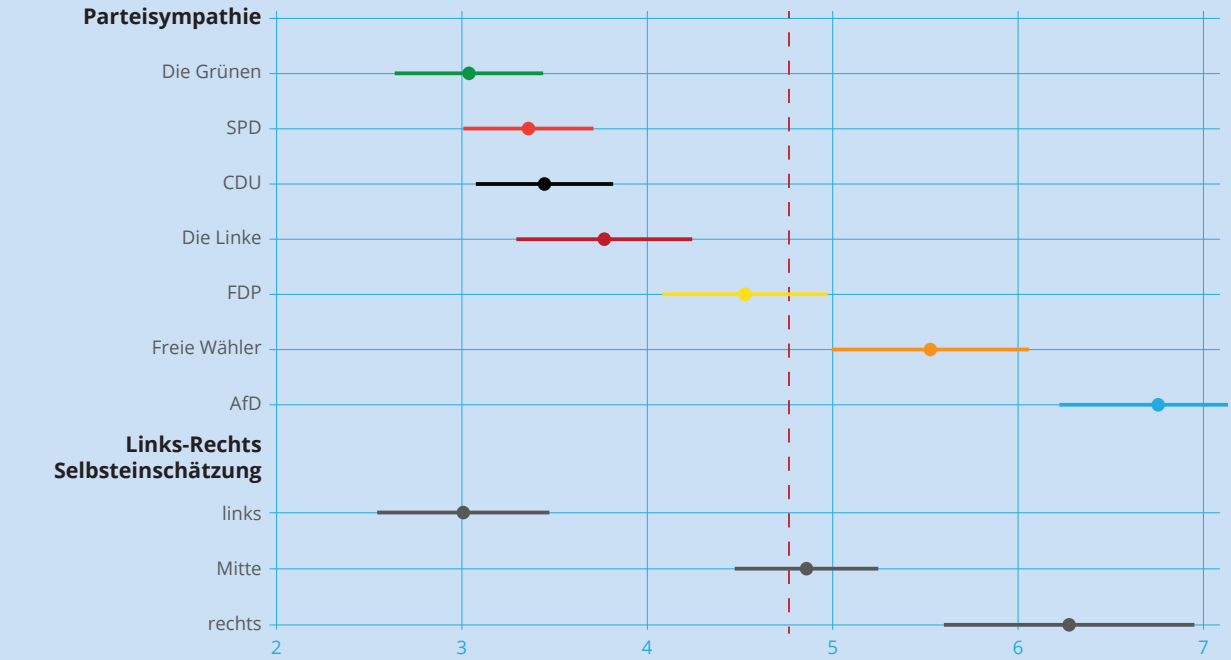
So sind eher Männer als Frauen (4,90 gegenüber 4,42), eher Arbeiter als Selbstständige (3,91 gegenüber 5,64), eher Menschen ohne Kinder als mit Kindern im Haushalt für coronabezogenes Verschwörungsdenken anfällig (4,79 gegenüber 4,50). Personen der Altersgruppe zwischen 31 und 40 Jahren sowie mit Realschulabschluss zeigen sich besonders exponiert. Hinsichtlich der Bewertung einzelner Parteien sind es die Sympathisierenden der AfD, die den entsprechenden Aussagen am deutlichsten zustimmen (6,67) - was in gleicher Weise für jene zutrifft, die die eigene politische Einstellung klar rechts der Mitte verorten (Abb. 4 und 5).

Abb. 4: Coronabezogenes Verschwörungsdenken nach soziodemographischen Merkmalen der Befragten



Anmerkung: Die Punkte zeigen die Indexmittelwerte mit zugehörigen Konfidenzintervallen in unterschiedlichen Gruppen der sächsischen Bevölkerung. Je höher der Wert, umso stärker neigen die Mitglieder der entsprechenden Gruppe einem coronabezogenem Verschwörungsdenken zu. Die senkrechte rote Linie markiert den Mittelwert für Sachsen insgesamt (4,67). Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet
Quelle: Eigene Erhebung / dimap

Abb. 5: Coronabezogenes Verschwörungsdenken nach politischen Merkmalen der Befragten



Anmerkung: Die Punkte zeigen die Indexmittelwerte mit zugehörigen Konfidenzintervallen in unterschiedlichen Gruppen der sächsischen Bevölkerung. Je höher der Wert, umso stärker neigen die Mitglieder der entsprechenden Gruppe einem coronabezogenem Verschwörungsdenken zu. Die senkrechte rote Linie markiert den Mittelwert für Sachsen insgesamt (4,67). Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet.
Quelle: Eigene Erhebung / dimap

INFOBOX – Erstellung der Indizes

Um Konzepte wie ‚coronabezogenes Verschwörungsdenken', ‚Populismus', ‚Autoritarismus', ‚Ethnozentrismus' oder ‚subjektive Deprivation' messbar zu machen, wurden im Rahmen der Analyse verschiedene Items als Indizes zusammengeführt. Dabei wurde angenommen, dass unterschiedliche Aussagen jeweils in eine ähnliche Richtung weisen, ein ähnliches Antwortverhalten evozieren und dabei die verschiedenen Dimensionen eines latenten Konstrukts messbar machen. Mittels statistischer Verfahren und der Berechnung bestimmter Maßzahlen (Faktorenanalysen, Cronbachs Alphas) wurde der Index schließlich auf interne Konsistenz und Reliabilität geprüft. Alle so konstruierten Indizes finden sich in diesem Beitrag auf eine 10-Punkte Skala umgerechnet und abgebildet.

2. POLITISCH-KULTURELLE EINSTELLUNGSMUSTER IN SACHSEN

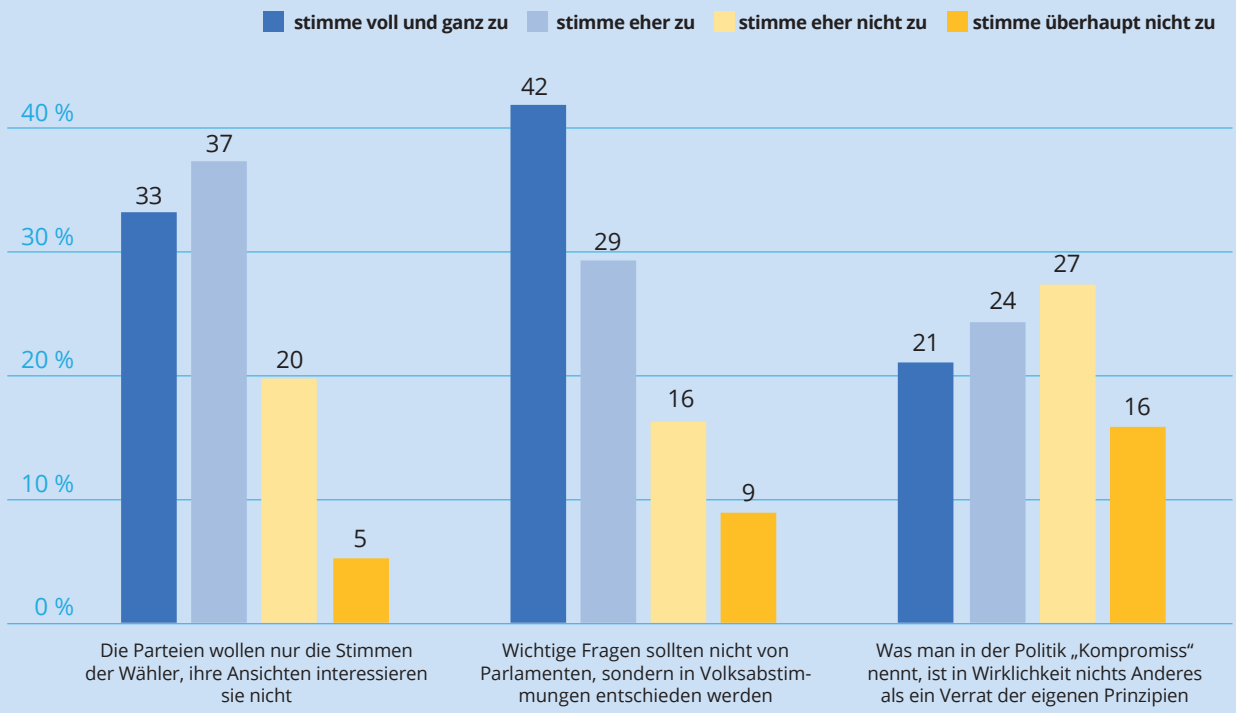
Wie in Abbildung 2 dargestellt, werden mit Populismus, Autoritarismus, Ethnozentrismus und subjektiver Deprivation vier verschiedene politisch-kulturelle Einstellungsmuster als unabhängige Variablen in die Analyse einbezogen. Dabei handelt es sich um Faktoren, die in den vergangenen Jahren typischerweise bei der Erklärung von emotionalisiertem Bürgerprotest und der Wahl radikaler Parteien Verwendung fanden. Sie sollen im Folgenden kurz beschrieben werden.

KONZEPTUALISIERUNG VON POPULISMUS

Idee und Begriff des Populismus verweisen auf eine Orientierung, bei der die Unterscheidung von „Elite" und „Volk " und ihre Darstellung als zwei homogene und antagonistische Gruppen im Zentrum steht. Auf dieser Grundlage zeichnen sich populistische Bewegungen weltweit dadurch aus, dass sie die Idee unmittelbarer Volkssouveränität in den Vordergrund stellen und gegen die Institutionen der repräsentativen Demokratie in Stellung bringen. In der polemischen Abgrenzung von scheinbar abgehobenen, korrupten und moralisch degenerierten Eliten in Politik, Medien, Wirtschaft und Gesellschaft, kultivieren sie zugleich eine typische Anti-Establishment-Haltung. Schließlich ist beides in der Regel mit Vorstellungen verkoppelt, welche die Pluralität unterschiedlicher Interessen, Weltdeutungen und Identitätsmuster in der Bevölkerung typischerweise ignorieren, stattdessen mit Kollektivsingularen und Homogenitätsbehauptungen über „das Volk" oder „die Normalbürger" überspielen und so in eine exkludierende Differenz zwischen „wir" und „den anderen" überführen (Mudde/Kaltwasser 2012; Akkerman/Mudde/Zaslove 2014; Vorländer 2016). Diese drei Merkmale, Pro-Volkssouveränität, Anti-Establishment und Anti-Pluralismus, bilden den Kern einer empirischen Populismus-Definition, die in unterschiedlichen Variationen auch in Deutschland als Orientierungspunkt für die Konzeptualisierung von Skalen zur Erforschung eines typisch populistischen bzw. Populismus-affinen Einstellungsmusters dient (vgl. zuletzt Vehrkamp/Merkel 2020).

Auch in der Erhebung zu ‚Covid-19 in Sachsen' wurde auf eine derartige Skala zurückgegriffen. Die Neigung zu einer populistischen Sichtweise wurde dabei aus den Zustimmungswerten zu drei Aussagen ermittelt: eine Aussage, die eine übersteigerte Wertschätzung von „Volkssouveränität" in Entgegenstellung zum Prinzip repräsentativ-demokratischer Institutionen zum Ausdruck bringt („Wichtige Fragen sollten nicht von Parlamenten, sondern in Volksabstimmungen entschieden werden"), eine Aussage als Indikator für eine Anti-Establishment-Haltung („Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht") und einer Aussage, die in der empirischen Populismusforschung typischerweise dem Bereich anti-pluralistischer Orientierungen zugerechnet wird („Was man in der Politik ‚Kompromiss' nennt, ist in Wirklichkeit nichts Anderes als ein Verrat der eigenen Prinzipien").

Abb. 6: Zustimmung zu Indikatoraussagen einer Messung von Populismus



Anmerkung: Die Balken zeigen die Anteile derjenigen Personen an, die der jeweilige Aussage „voll und ganz", „eher", „eher nicht" oder „überhaupt nicht" zustimmen. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet (fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe, n = 1.008).
Quelle: Eigene Erhebung / dimap

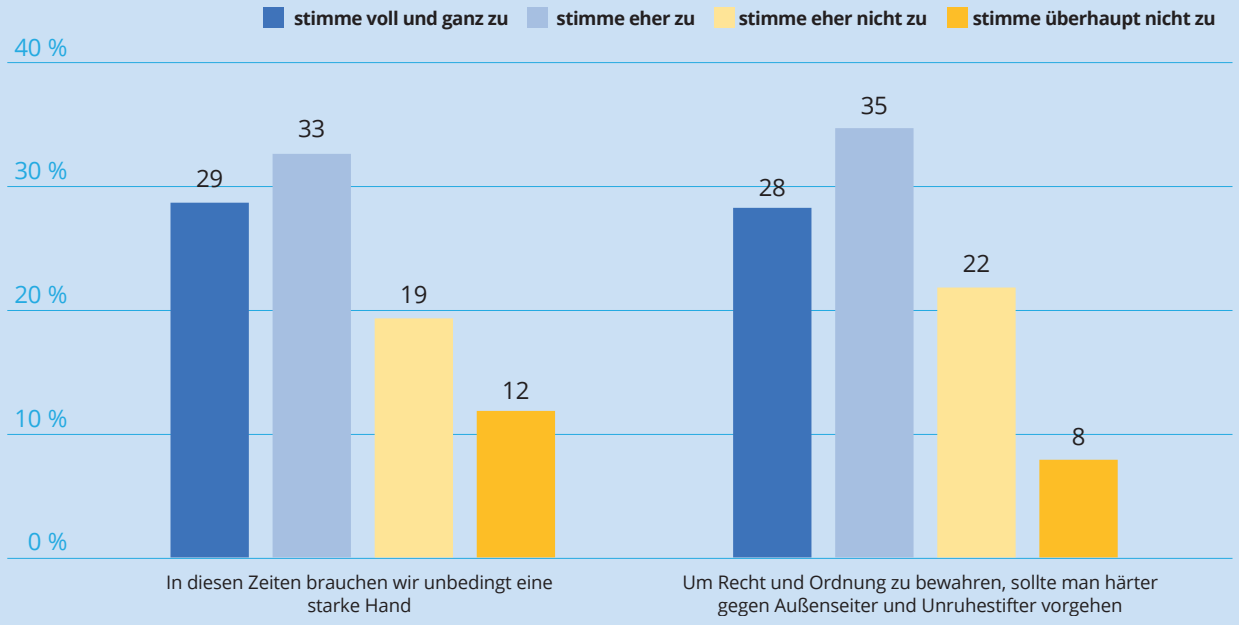
Die Antwortverteilung für Sachsen zeigt hier eine durchweg ausgeprägte Zustimmung zu den einzelnen Indikatoraussagen des populistischen Orientierungsmusters (Abb. 6). Über 70 Prozent der repräsentativ befragten Sächsinnen und Sachsen stimmten etwa der Aussage zu, dass die Parteien letztlich nur an Wählerstimmen interessiert seien, und gaben damit eine gewisse Anti-Establishment-Haltung zu erkennen. Ebenso viele unterstützten die Forderung, mit Hilfe von Volksabstimmungen die Macht der Parlamente einzuschränken. Lediglich eine relative Mehrheit von 45 Prozent waren hingegen der Ansicht, dass Kompromisse in der Politik nur den „Verrat der eigenen Prinzipien" bedeuteten.

KOZEPTUALISIERUNG VON AUTORITARISMUS

Ein weiteres politisch-kulturelles Einstellungsmuster, das typischerweise als Teil antidemokratischer Orientierungen gilt und in der öffentlichen Diskussion der vergangenen beiden Jahre mit Impfskepsis, Maßnahmenrenitenz und coronabezogenem Verschwörungsdenken in einen Zusammenhang gestellt wird, ist Autoritarismus. Autoritarismus verweist auf die Vorstellung einer streng hierarchisch geordneten Welt und beschreibt dabei sowohl die Bereitschaft zur eigenen Unterordnung unter höher stehende Personen und Institutionen als auch die Einforderung von Gehorsam gegenüber jenen, die als inferior wahrgenommen werden. Oft ist dies zugleich mit einem aggressives Vorgehen gegen jene verbunden, die diese politischen und sozialen Hierarchien ignorieren und etwa den Gehorsam verweigern (Dimap 2020: 80). Autoritäre Orientierungen scheinen dabei auch mit Populismus verbunden, denn der Ruf nach Freiheit vom schädlichen Einfluss korrupter und moralisch degenerierter Eliten verbindet sich in der populistischen Weltsicht oft mit der Sehnsucht nach einer starken Staatsmacht, die die Interessen des ‚einfachen Volkes', die Anliegen der ‚normalen Bürger' endlich wieder zur Geltung bringt.

In der MIDEM-Erhebung zu COVID-19 in Sachsen wurde Autoritarismus mit zwei Items ermittelt, die beide in großen Befragungsreihen regelmäßig Verwendung finden (vgl. Küpper et al. 2021; Reiser et al. 2020). Die Antwortverteilung deutet dabei auf ein starkes Aufkommen autoritärer Prägungen in der sächsischen Bevölkerung hin: 61 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass unser Land in diesen Zeiten „unbedingt eine starke Hand" bräuchte, 63 Prozent forderten gar, dass man „härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen" müsse (Abb. 7). Zum Vergleich: Der erstgenannten Aussage stimmten im Herbst 2020 ebenfalls 63 Prozent der im Rahmen des Thüringen-Monitors befragten Thüringerinnen und Thüringer „eher" oder „voll und ganz" zu (Reiser et al. 2020: 200). Die zuvor aktuellsten Zahlen für Sachsen aus dem Jahr 2018 wiesen für die Aussage zur „starken Hand" innerhalb des Freistaats wiederum eine Zustimmungsrate von 56 Prozent, für die zweite Aussage eine Zustimmung von 77 Prozent aus (Dimap 2018: 37). Deutschlandweit wurde die Aussage zu ‚Außenseitern und Unruhestiftern' auch in der sogenannten Mitte-Studie erhoben. Hier stimmten zum Jahresbeginn 2021 gerade einmal 35 Prozent zu.

Abb. 7: Zustimmung zu Indikatoraussagen einer Messung von Autoritarismus



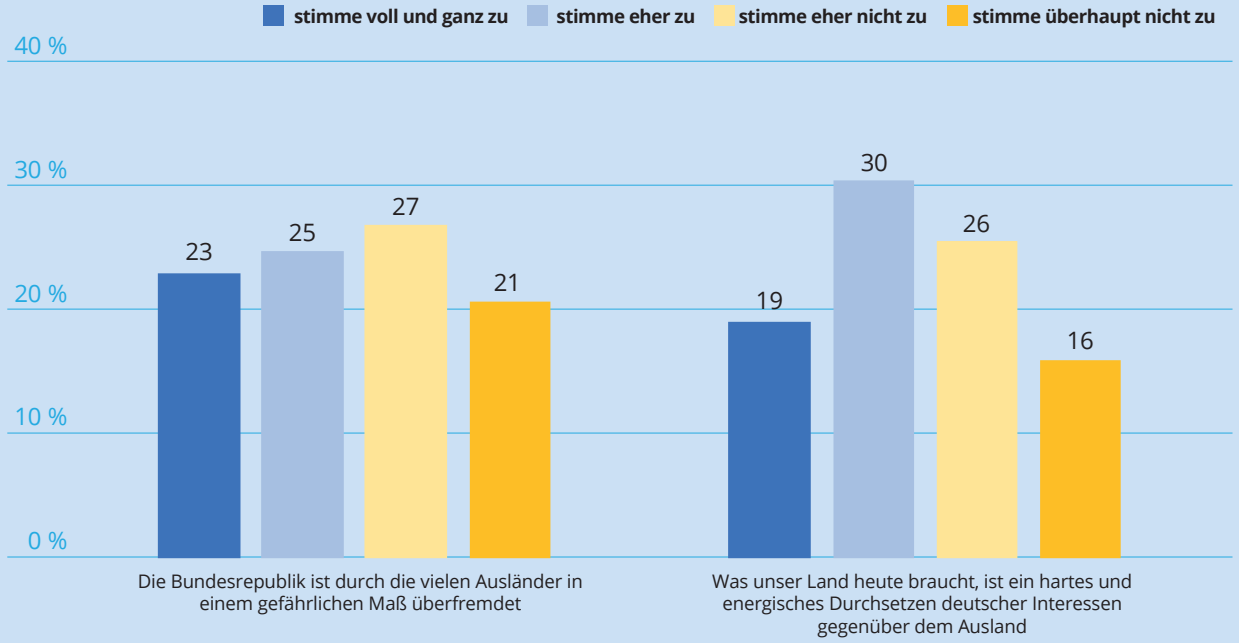
Anmerkung: Die Balken zeigen die Anteile derjenigen Personen an, die der jeweilige Aussage „voll und ganz", „eher", „eher nicht" oder „überhaupt nicht" zustimmen. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet (fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe, n = 1.008).
Quelle: Eigene Erhebung / dimap

KONZEPTUALISIERUNG VON ETHOZENTRISMUS

Auch nationalistische und fremdenfeindliche Orientierungen stehen im Verdacht, mit einer übersteigerten Skepsis und Renitenz gegenüber den staatlichen Corona-Maßnahmen zu korrespondieren. Gerade im Frühjahr 2021 waren die Diskussionen über regionale Überschneidungen von hohen Virusinzidenzen und AfD-Sympathiewerten auch von Überlegungen geprägt, welche etwa die Rücksichtslosigkeit gegenüber Asylsuchenden auch mit einer gewissen Rücksichtslosigkeit gegenüber vulnerablen Gruppen der Bevölkerung beim (Nicht)Einhalten von Hygieneregeln und Infektionsschutzmaßnahmen in Verbindung brachten. Im Rahmen der MIDEM-Erhebung zu den sozialräumlichen und politisch-kulturellen Rahmenbedingungen der Corona-Pandemie in Sachsen wurden beide Dimensionen mit jeweils einer Aussage berücksichtigt. Als Gradmesser für Fremdenfeindlichkeit diente dabei die These „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet". Rund 47 Prozent der Sächsinnen und Sachsen

konnten hier „voll und ganz“ oder „eher“ zustimmen (Abb. 8). Die Werte für Sachsen waren damit mit jenen vergleichbar, wie sie etwa im Herbst 2020 in Thüringen (44 Prozent Zustimmung) oder im Frühsommer 2020 für ganz Deutschland (53 Prozent) ermittelt wurden (Reiser et al. 2020: 71; Decker et al. 2020: 43). Eine Tendenz zu ‚Nationalismus‘ wurde ebenfalls an der Zustimmung zu einer in der Forschung etablierten Indikatoraussage abgeschätzt: „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“. Hier stimmten insgesamt 49 Prozent der Befragten zu - erneut ähnlich viele wie 2020 in Thüringen (50 Prozent) bzw. Gesamtdeutschland (50 Prozent).

Abb. 8: Zustimmung zu Indikatoraussagen einer Messung von Ethnozentrismus



Anmerkung: Die Balken zeigen die Anteile derjenigen Personen an, die der jeweilige Aussage „voll und ganz“, „eher“, „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ zustimmen. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet (fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe, n = 1.008).
Quelle: Eigene Erhebung / dimap

In der empirischen Demokratieforschung wird die Zustimmung zu derartigen Items aus den Bereichen „Fremdenfeindlichkeit“ sowie „Nationalismus/Chauvinismus“ wiederum als Hinweis auf ein einheitliches Orientierungsmuster verstanden, dass mit dem Begriff des Ethnozentrismus bzw. Nativismus zusammengefasst wird. Es steht für ein besonders ausgeprägtes Denken in den Kategorien eines „Wir“ versus „die Anderen“, wobei die Eigengruppe in der Regel als positiver Referenzmaßstab verstanden und zur indirekten Abwertung von Fremdgruppen verwendet wird. In dieser Hinsicht gilt ‚Ethnozentrismus‘ auch als Dimension, Vorstufe oder Nährboden rechter bzw. rechtsextremistischer Gesinnungen (Best/Salomo 2014: 59 ff.; Vorländer/Herold/Schäller 2018: 129 ff.).

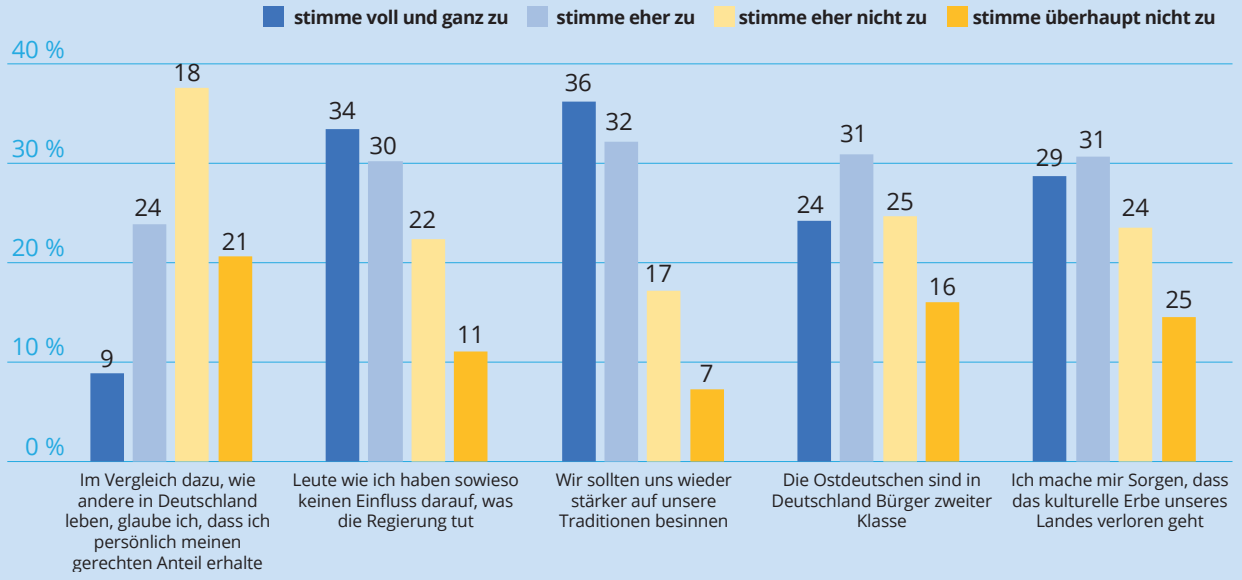
SUBJEKTIVE DEPRIVATION

Als letzter Erklärungsfaktor wird schließlich auch die subjektive Deprivation der Befragten in die Analyse zu den politisch-kulturellen Bestimmungsfaktoren von coronabezogenem Verschwörungsdenken mit einbezogen. So ist bekannt, dass auch für die Neigung zur Wahl rechtspopulistischer Parteien nicht nur der objektive soziale Status, sondern auch dessen subjektive Wahrnehmung von entscheidender Bedeutung ist. Dabei steht oft ein Vergleich mit anderen Personen oder Gruppen im Zentrum, dessen negatives Ergebnis die eigene Lage als prekär, problematisch und Folge einer Benachteiligung erscheinen lässt. Gerade im Kontext der Covid-19-Pandemie steht zu

vermuten, dass derartige Einschätzungen die Beurteilung des Regierungshandelns sowie das den politischen Akteuren entgegengebrachte Vertrauen negativ beeinflusst haben.

Unter Verwendung von in der Forschung etablierten Items hat die MIDEM-Erhebung zu Covid-19 in Sachsen diesen Vorstellungen deshalb in vierfacher Hinsicht Rechnung getragen (vgl. Dimap 2018: 15, 29; Reiser et al. 2020: 80 ff.). Mit der Einschätzung des ‚persönlichen gerechten Anteils' wurde zunächst das Ausmaß eines *gesellschaftlichen* Benachteiligungsgefühls erfasst. Die Aussage „Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut" ist hingegen als etablierter Gradmesser für die subjektive Einschätzung *politischer* Deprivation – eines mangelnden politischen Selbstwirksamkeitsgefühls – bekannt. Weitere Aspekte subjektiver Deprivation beziehen die eigene Benachteiligung wiederum stärker auf den Kontext einer für die eigene Identität zentralen Gruppe und bringen dabei etwa den Wunsch nach deren Bewahrung zum Ausdruck. Mit Hilfe der Aussagen „Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen" und „Ich mache mir Sorgen, dass das kulturelle Erbe unseres Landes verloren geht" konnte hier eine Form des ‚kulturellen Deprivationsgefühls' ermittelt werden. Schließlich wurde auch die in den vergangenen Jahren immer wieder intensiv diskutierte „Ostdeprivation" berücksichtigt. Die befragten Sächsinnen und Sachsen mussten sich dabei zur Aussage verhalten, dass „die Ostdeutschen" in Deutschland nach wie vor nur „Bürger zweiter Klasse" sind.

Abb. 9: Zustimmung zu Indikatoraussagen einer Messung von subjektiver Deprivation



Anmerkung: Die Balken zeigen die Anteile derjenigen Personen an, die der jeweilige Aussage „voll und ganz", „eher", „eher nicht" oder „überhaupt nicht" zustimmen. Die Ergebnisse sind nach Alter, Geschlecht, Bildung und Region gewichtet (fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe, n = 1.008).
Quelle: Eigene Erhebung / dimap

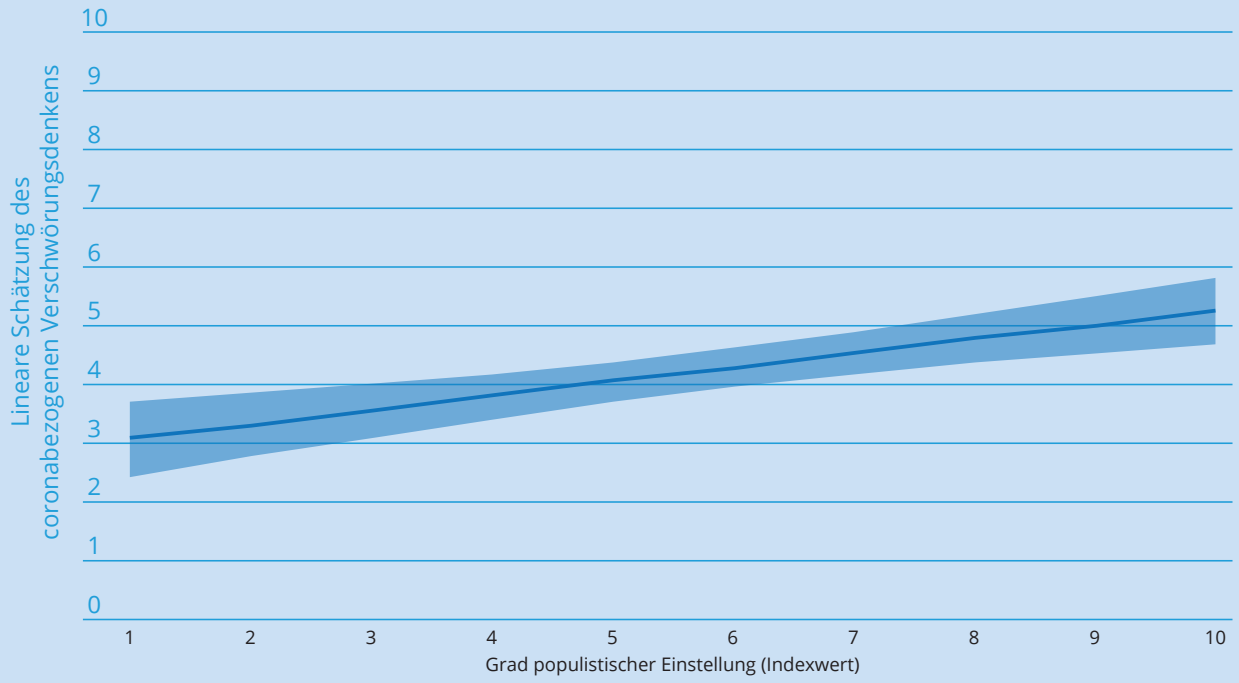
Im Ergebnis zeigte sich hier ein durchaus heterogenes Antwortverhalten (Abb. 9). Während sich etwa nur jeder Dritte Befragte in ökonomischer Hinsicht zurückgesetzt fühlte, erkannten fast doppelt so viele (64 Prozent) das in politischer Hinsicht als zutreffend an. Die höchsten Zustimmungsraten konnten allerdings im Bereich kultureller Deprivation ermittelt werden: Fast 70 Prozent der Sächsinnen und Sachsen waren der Meinung, dass man sich wieder stärker auf die eigenen Traditionen besinnen sollte und knapp 60 Prozent machten sich Sorgen, „dass das kulturelle Erbe unseres Landes verloren geht". Bei einer vergleichbaren Erhebung in Thüringen im Herbst 2020 brachten ebenfalls 49 Prozent in ökonomischer Hinsicht („Glauben

Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten?"), 65 Prozent in politischer Hinsicht („Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut") und 70 Prozent in kultureller Hinsicht („Wir sollten uns wieder stärker auf unsere Traditionen besinnen") subjektive Benachteiligungsgefühle zum Ausdruck (Reiser et al. 2020). In Sachsen sahen zuletzt im Sommer 2018 rund 52 Prozent der Befragten die Ostdeutschen als „Bürger zweiter Klasse" (Dimap 2018: 15). Insgesamt ergaben die auf diese Fragen erhaltenen Antworten ein konsistentes Bild, das ebenfalls in Form eines Index zusammengefasst und in die Analyse einbezogen werden konnte. Deren Zahlenwerte geben auf einer 10-Punkte Skala zum Ausdruck, wie stark sich die Befragten insgesamt, also über alle Dimensionen hinweg, benachteiligt fühlen.

3. EMPÖRUNG JENSEITS IDEOLOGISCHER SCHRANKEN: VERSCHWÖRUNG ALS POLITISCHES META-NARRATIV?

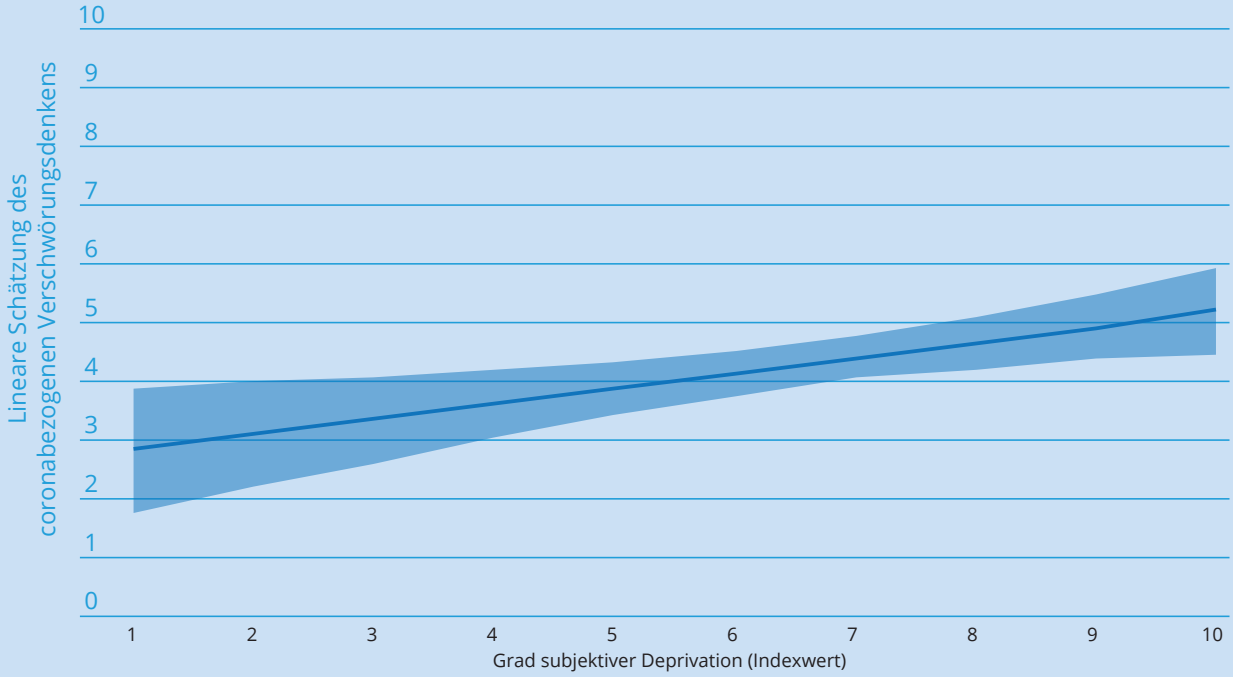
Inwiefern können diese politisch-kulturellen Einstellungsmuster aber mit einem coronabezogenem Verschwörungsdenken in einen erklärenden Zusammenhang gestellt werden? Betrachtet man die Ergebnisse der Regressionsanalyse, so zeigt sich, dass in der sächsischen Bevölkerung Populismus und Deprivationsgefühle die Neigung zu coronabezogenem Verschwörungsdenken deutlich verstärken. Sächsinnen und Sachsen, die sich also in sozioökonomischer, politischer und kultureller Hinsicht benachteiligt fühlen, den Institutionen und Verfahren der repräsentativen Demokratie misstrauen, sind eher dazu geneigt auch in der Pandemie, dem Agieren politischer und gesellschaftlicher Eliten Eigensinn, bösartige Absichten und eine geheime Agenda zu unterstellen. Bemerkenswert ist auch: autoritäre Prägungen sowie fremdenfeindliche und nationalistische Orientierungen können in diesem Zusammenhang keinen signifikanten Einfluss entfalten. Beide Variablen, sowohl Autoritarismus als auch Ethnozentrismus, zeigen sich in der Analyse als insignifikant (vgl. Tab. 1 im Anhang).

Abb. 10: Zusammenhang zwischen populistischen Einstellungen und coronabezogenem Verschwörungsdenken (OLS-Regression)



Quelle: Eigene Erhebung / dimap

Abb. 11: Zusammenhang zwischen wahrgenommener Deprivation und coronabezogenem Verschwörungsdenken (OLS-Regression)



Quelle: Eigene Erhebung / dimap

In den Abbildungen 10 und 11 lassen sich die beobachteten Zusammenhänge graphisch nachvollziehen, die entsprechenden Tabellen finden sich im Anhang. Dabei zeigt sich: Ein um einen Punkt höherer Wert auf der 10-Punkte-Skala des Populismusindex führt zu einem durchschnittlich um 0,33 Punkte höheren Indexwert beim coronabezogenen Verschwörungsdenken (Abb. 10). Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man den Einfluss von Deprivationsgefühlen betrachtet. Ein Anstieg um einen Punkt auf dem Deprivationsindex ist dabei mit einem um durchschnittlich 0,26 Punkte höheren Indexwert beim coronabezogenen Verschwörungsdenken verbunden (Abb. 11).

Beim Vergleich der beiden Koeffizientenstärken wird weiterhin deutlich, dass Deprivationsgefühle und populistische Orientierung in sehr ähnlichem Maße mit coronabezogenen Verschwörungsdenken interagieren: Mit einer Erhöhung der Werte von Populismusindex bzw. Deprivationsindex um eine Standardabweichung steigt der Wert des coronabezogenen Verschwörungsdenkens jeweils um durchschnittlich 0,28 bzw. 0,20 Standardabweichungen.

Diese Ergebnisse legen die Vermutung nahe, dass nicht etwa die politisch-ideologische Gesinnung, nicht Autoritarismus oder Ethnozentrismus, sondern populistische Orientierungen und Deprivationsgefühle die Neigung zu einem coronabezogenen Verschwörungsdenken verstärkt haben. Veranschlagt werden müssen ein grundlegendes Misstrauen gegenüber dem Wirken politischer Eliten sowie den Institutionen der repräsentativen Demokratie, aber auch mangelndes Zutrauen in die eigene politische Selbstwirksamkeit sowie das Gefühl, gegenüber anderen zurückgesetzt zu sein und nicht gerecht behandelt zu werden. Von den eingangs formulierten Hypothesen konnten somit zwei (H1 und H4) bestätigt, die anderen beiden (H2 und H3) hingegen zurückgewiesen werden (vgl. ähnliche Ergebnisse bei Eberl/Huber/Greussing 2021 sowie Oliver/Wood 2014).

Insbesondere die statistisch ermittelte Nähe zwischen Populismus und coronabezogenem Verschwörungsdenken erscheint dabei durchaus sinnfällig, denn das Grundmuster verschwörungstheoretisch strukturierter Er-

zählungen kann tatsächlich auch als eine Steigerung der Logik populistischer Argumentationen beschrieben werden: In deren Zentrum steht die dichotome Gegenüberstellung zwischen „Volk" und „Elite", die jedoch im typischen Narrativ von Verschwörungstheorien weiter übersteigert und mit entsprechender Phantasie um zahllose ‚Plots' konkretisiert, erweitert und zugespitzt wird: Den ‚korrupten Eliten' werden dabei nicht nur einfache Egoismen, sondern umfassendere Pläne und Machenschaften unterstellt. Die Vermutung ist dabei, dass sie ihre ‚wahren Ziele' nicht nur im Geheimen verfolgen, sondern sie zugleich mit großem Aufwand durch Tricks und Ablenkungsmanöver zu verschleiern versuchen. Die dadurch geblendete Öffentlichkeit ist wiederum nicht von selbst – etwa durch ihren Common Sense oder die Rückbesinnung auf Solidarität und Identität – zur Aufklärung in der Lage, sondern auf die Erkenntnis einiger weniger angewiesen, die zufällig einen Einblick in die dunklen Machenschaften erhalten haben und nun darum bemüht sind, die Menschen ‚wachzurütteln' (vgl. hierzu Brieger 2021, zum generellen Verhältnis zwischen Populismus und Verschwörungsdenken außerdem Castanho Silva 2017; Bergmann 2018; van Prooijen 2018). Umgekehrt ist wiederum zu vermuten, dass insbesondere die staatlichen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung aufgrund ihrer besonderen politischen Konsensfindungs- und Entscheidungsprozesse besonders leicht als elitengesteuerte Hinterzimmerabsprachen zwischen Pharmakonzernen, Journalisten und politischen Entscheidungsträgern wahrgenommen werden konnten. Wie die Geschichte zeigt, waren es oft gesellschaftliche Krisensituationen wie die COVID-19-Pandemie, in denen Verschwörungstheorien besonders schnell Verbreitung fanden (van Prooijen/Douglas 2017).

ERFOLGSREZEPT: EMPÖRUNG UND BENACHTEILIGUNGSGEFÜHLE

Das Ergebnis wirft deshalb auch die Frage nach der grundsätzlichen Wechselwirkung von politischen Mobilisierungsstrategien und ideologisch aufgeladener Corona-Skepsis sowie nach der mittelfristigen Wirkung der beiden vergangenen Pandemiejahre auf die Erfolgsaussichten rechtspopulistischer Parteien in Europa auf. Obwohl es etwa auch im Bundestagswahlkampf 2021 vor allem rechte und rechtsextreme Akteure waren, die aktiv die Verbreitung von coronabezogenen Verschwörungstheorien befördert haben, legt die empirische Analyse nahe, dass diese Form der Corona-Kritik kaum auf die klassische Strategie der extremen Rechten – die erfolgreiche Ansprache fremdenfeindlicher Ressentiments, nationalistischer Gesinnungen und autoritärer Prägungen – einzahlen konnte. Dass die AfD in Sachsen also – ausweislich der erhobenen Umfragedaten zu ‚COVID-19 in Sachsen' (Vorländer/Herold/Otteni 2021) – auch im Milieu von Corona-Verschwörungstheoretikern, Impfskeptikern und ‚Querdenkern' hohe Sympathiewerte geniest, könnte weniger von ihrer Programmatik sondern vielmehr von ihrer Fähigkeit abhängig sein, auch unter den Bedingungen der Pandemie populistische Empörung und subjektive Benachteiligungsgefühle gezielt anzusprechen. In der Unzufriedenheit mit der Corona-Politik sowie den damit verbundenen Maßnahmen und Einschränkungen scheint jedenfalls auch die AfD in Sachsen neue Wege gefunden zu haben, jenseits der klassischen ideologischen Differenzen zwischen ‚rechten' und ‚linken', ‚marktliberalen' und ‚sozialen', ‚kosmopolitischen' und ‚ethnozentrisch-migrationsfeindlichen' Positionierungen ein breites Spektrum an eliten-, institutionen- und systemkritischen Ressentiments an sich zu binden und in Stimmenanteile umzusetzen. Gerade in Sachsen konnte dies zur Bundestagswahl am 26. September 2021 beobachtet werden, als die AfD vor dem Hintergrund einer im Vergleich zu 2017 völlig veränderten Debattenlage erneut stärkste Kraft wurde.

LITERATUR

Akkerman, Agnes / Mudde, Cas / Zaslove, Andrej 2014: How Populist Are the People? Measuring Populist Attitudes in Voters, in: Comparative Political Studies 47, Nr. 9, S. 1324–1353.

Beltermann, Eric / Lehmann, Hendrik / Meidinger, David / Wittlich, Helena 2020: Hängen AfD-Hochburgen und hohe Coronazahlen zusammen?; in: Tagesspiegel, 12. Dezember 2020, verfügbar unter: https://interaktiv.tagesspiegel.de/lab/hotspots-und-rechte-haengen-afd-hochburgen-und-corona-hotspots-zusammen (letzter Zugriff: 18.10.2021).

Bergmann, Eiríkur 2018: Conspiracy and Populism. The Politics of Misinformation; Palgrave Macmillan, Cham.

Bertelsmann Stiftung 2020: Spaltet Corona die Gesellschaft? – Wie Demokratie sich in Zeiten von Corona bewähren kann. Ergebnisse einer Repräsentativen Bevölkerungsumfrage; Gütersloh.

Best, Heinrich / Salomo, Katja 2014: Güte und Reichweite der Messung des Rechtsextremismus; Jena.

Betsch, Cornelia 2021: COSMO: COVID-19 Snapshot Monitoring, Erfurt; verfügbar unter: https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/explorer/ (letzter Zugriff: 18.10.2021).

Bohr, Felix / Dambeck, Holger / Wassermann, Andreas 2020: Im Land der Verharmloser stapeln sich jetzt die Särge, in: Spiegel Online, 23. Dezember 2020; verfügbar unter: https://www.spiegel.de/panorama/corona-hochburg-sachsen-wein-party-und-saerge-a-00000000-0002-0001-0000-000174629124 (letzter Zugriff: 18.10.2021).

Brieger, Stefan 2021: „Die Maske ist der Stern" – Verschwörungsnarrative im Kontext der Corona-Proteste; verfügbar unter: https://haitblog.hypotheses.org/1813 (letzter Zugriff: 18.10.2021).

Castanho Silva, Bruno / Vegetti, Federico / Littvay, Levente 2017: The Elite Is Up to Something: Exploring the Relation Between Populism and Belief in Conspiracy Theories, in: Swiss Political Science Review 23, Nr. 4, S. 423–443.

Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Schuler, Julia / Handke, Barbara / Pickel, Gert / Brähler, Elmar 2020: Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf; in: Decker, Oliver / Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments - neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020; Psychosozial-Verlag, Gießen, S. 27–88.

Diehl, Claudia / Wolter, Felix 2021: Attitudes About Containment Measures During the 2020/2021 Coronavirus Pandemic: Self-Interest, or Broader Political Orientations?; in: Research & Politics, July 2021, doi:10.1177/20531680211035319.

Dimap 2018: Sachsen-Monitor 2018. Ergebnisbericht; Bonn, Berlin.

Eberl, Jakob-Moritz / Huber, Robert A. / Greussing, Esther 2021: From Populism to the "Plandemic": Why Populists Believe in COVID-19 Conspiracies; in: Journal of Elections, Public Opinion and Parties 31, Nr. 1, S. 272–284.

Grande, Edgar / Hutter, Swen / Hunger, Sophia / Kanol, Eylem 2021: Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland; DIskussionspapier, Berlin, verfügbar unter: https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2021/zz21-601.pdf (letzter Zugriff: 18.10.2021).

Kailitz, Steffen (Hrsg.) 2021: Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen, Dresden.

Küpper, Beate / Berghan, Wilhelm / Zick, Andreas / Rump, Maike 2021: Volkes Stimme - antidemokratische und populistische Einstellungen in: Zick, Andreas / Küpper, Beate (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Dietz, Bonn, S. 43–74.

Küppers, Anne / Reiser, Marion 2021: 'It is Not Worse than a Flu'. COVID-19 Scepticism and the Role of Trust and Far-Right Attitudes in Germany. Preprint, Jena.

Lamberty, Pia / Rees, Jonas H. 2021: Gefährliche Mythen: Verschwörungserzählungen als Bedrohung für die Gesellschaft; in: Zick, Andreas / Küpper, Beate (Hrsg.): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Dietz, Bonn, S. 283–300.

Leipziger Volkszeitung 2020a: Umfrage der LVZ: Mehrheit der Sachsen lehnt Corona-Proteste ab; in: Leipziger Volkszeitung, 17. Dezember 2020, verfügbar unter: https://www.lvz.de/Region/Mitteldeutschland/Umfrage-der-LVZ-Mehrheit-der-Sachsen-lehnt-Corona-Proteste-ab (letzter Zugriff: 18.10.2021).

Leipziger Volkszeitung 2020b: Trägt die AfD Mitschuld an der Ausbreitung von Corona?; in: Leipziger Volkszeitung, 22. Dezember 2020, verfügbar unter: https://www.lvz.de/Region/Mitteldeutschland/Sachsen-Ist-die-AfD-an-Corona-schuld (letzter Zugriff: 18.10.2021).

Malzahn, Claus C. 2020: Erschreckend viele Ostdeutsche tun so, als gäbe es keine Pandemie. Interview mit Ostbeauftragtem Marco Wanderwitz; in: Welt Online, 29. Dezember 2020, verfügbar unter: https://www.welt.de/politik/deutschland/plus223355018/Ostbeauftragter-Wanderwitz-Erschreckend-viele-Ostdeutsche-tun-so-als-gaebe-es-keine-Pandemie.html
(letzter Zugriff: 18.10.2021).

Mudde, Cas / Kaltwasser, Rovira 2012: Populism and (Liberal) Democracy: a Framework for Analysis; in: Mudde, Cas / Rovira Kaltwasser, Pablo (Hrsg.): Populism in Europe and the Americas. Threat or Corrective for Democracy?; Cambridge University Press, Cambridge, New York, Melbourne, Madrid, Cape Town, Singapore, São Paulo, Delhi, Mexico City, S. 1–26.

Oliver, Eric / Wood, Thomas J. 2014: Conspiracy Theories and the Paranoid Style(s) of Mass Opinion, in: American Journal of Political Science 58, Nr. 4, S. 952–966.

Panreck, Isabelle-Christine 2021: Corona-Proteste in Sachsen; in: Kailitz, Steffen (Hrsg.): Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Sachsen. Dresden, S. 109–118.

Rees, Jonas H. / Papendick, Michael / Rees, Yann / Wäschle, Franziska / Zick, Andreas 2020: Erste Ergebnisse einer Online-Umfrage zur gesellschaftlichen Wahrnehmung des Umgangs mit der Corona-Pandemie in Deutschland; verfügbar unter: https://pub.uni-bielefeld.de/record/2942930 (letzter Zugriff: 18.10.2021).

Reiser, Marion / Küppers, Anne / Hebenstreit, Jörg / Salheiser, Axel / Vogel, Lars 2020: Die Corona-Pandemie in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2020; Jena.

Reuband, Karl-Heinz 2021: Regionale AfD-Milieus und die Dynamik der Corona-Ausbreitung. Eine Analyse auf der Basis kreisfreier Städte und Landkreise in Sachsen; in: Zeitschrift für Parteienwissenschaften, Nr. 1, S. 1–14.

Richter, Christoph / Wächter, Maximilian / Reinecke, Jost / Salheiser, Axel / Quent, Matthias / Wjst, Matthias 2021: Politische Raumkultur als Verstärker der Corona-Pandemie? Einflussfaktoren auf die regionale Inzidenzentwicklung in Deutschland in der ersten und zweiten Pandemiewelle 2020. Erweiterte Fassung; in: Zeitschrift für Rechtsextremismusforschung 1, Nr. 2, S. 1-39.

Schließler, Clara / Hellweg, Nele / Decker, Oliver 2020: Aberglaube, Esoterik und Verschwörungsmentalität in Zeiten der Pandemie; in: Decker, Oliver / Brähler, Elmar (Hrsg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments - neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020, Psychosozial-Verlag, Gießen, S. 283–308.

Sciences Po/Centre d'Étude pour la Vie Politique Française (CEVIPOF) 2021: Baromètre de la confiance politique, Mai 2021, Paris; verfügbar unter: https://www.opinion-way.com/en/opinion-political-surveys/published-surveys/opinionway-pour-le-cevipof-barometre-de-la-confiance-en-politique-vague12b-mai-2021/download.html
(letzter Zugriff: 18.10.2021).

Sutton, Robbie M. / Douglas, Karen M. 2014: Examining the Monological Nature of Conspiracy Theories; in: van Prooijen, Jan-Willem / van Lange, Paul A. M. / Andeweg, Rudy B. (Hrsg.): Power, Politics, and Paranoia. Why People Are Suspicious of Their Leaders, Cambridge University Press, Cambridge, UK, S. 254–272.

van Prooijen, Jan-Willem 2018: Populism as Political Mentality Underlying Conspiracy Theories; in: Rutjens, Bastiaan T. / Brandt, Mark J. (Hrsg.): Belief Systems and the Perception of Reality; Routledge Taylor and Francis Group, London, New York.

van Prooijen, Jan-Willem / Douglas, Karen M. 2017: Conspiracy Theories as Part of History: The Role of Societal Crisis Situations; in: Memory Studies 10, Nr. 3, S. 323–333.

Vehrkamp, Robert / Merkel, Wolfgang 2020: Populismusbarometer 2020. Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2018; Gütersloh.

Vorländer, Hans 2016: Wenn das Volk gegen die Demokratie aufsteht. Die Bruchstelle der repräsentativen Demokratie und die populistische Herausforderung; in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Vielfalt statt Abgrenzung. Wohin steuert Deutschland in der Auseinandersetzung um Einwanderung und Flüchtlinge?; Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, S. 61–76.

Vorländer, Hans / Herold, Maik / Schäller, Steven 2018: PEGIDA and New Right-Wing Populism in Germany; Springer International Publishing, Cham.

Vorländer, Hans / Herold, Maik / Otteni, Cyrill 2021: Covid-19 in Sachsen. Sozialräumliche und politisch-kulturelle Rahmenbedingungen des Pandemiegeschehens; Forum MIDEM, Dresden.

Zarocostas, John 2020: How to Fight an Infodemic; in: The Lancet 395, Nr. 10225, S. 676.

ANHANG

Tabelle 1: Zusammenhang zwischen coronabezogenem Verschwörungsdenken und politischen Einstellungen

	SES	Populismus	Deprivation	Autoritarismus	Ethnozentrismus	Volles Modell
Populismus		0.77 (0.05)***				0.33 (0.09)***
Subjektive Deprivation			0.84 (0.05)***			0.26 (0.06)***
Autoritarismus				0.23 (0.06)***		-0.09 (0.05)
Ethnozentrismus					0.51 (0.05)***	0.13 (0.07)
Alter	0.01 (0.05)	0.07 (0.05)	-0.10 (0.05)*	-0.01 (0.05)	-0.06 (0.05)	-0.09 (0.05)
Alter²	-0.00 (0.00)	0.00 (0.00)	0.00 (0.00)*	0.000 (0.10)	0.000 (0.10)	0.00 (0.00)
weiblich	-0.17 (0.31)	-0.60 (0.25)*	-0.50 (0.24)*	-0.30 (0.30)	-0.11 (0.28)	-0.18 (0.23)
Bildung (ref. kein/Hauptschule)						
Realschule	0.85 (0.52)	0.63 (0.44)	0.47 (0.44)	0.52 (0.53)	0.48 (0.45)	0.35 (0.42)
Abitur	-0.10 (0.55)	-0.20 (0.44)	-0.11 (0.46)	-0.08 (0.57)	-0.48 (0.46)	0.34 (0.46)
Universität	-0.47 (0.57)	-0.07 (0.48)	-0.03 (0.51)	-0.35 (0.59)	-0.12 (0.50)	0.23 (0.49)
Einkommen (ref. unter 1500 Euro)						
1501-2500 Euro	-0.23 (0.45)	-0.14 (0.38)	-0.00 (0.39)	-0.20 (0.46)	0.04 (0.41)	-0.17 (0.34)
2501-3500 Euro	-0.50 (0.48)	-0.14 (0.42)	-0.11 (0.45)	-0.62 (0.49)	-0.43 (0.46)	-0.65 (0.37)
Über 3500 Euro	-1.28 (0.59)*	-0.72 (0.46)	-0.21 (0.49)	-1.30 (0.58)*	-0.67 (0.58)	-0.67 (0.44)
Erwerbssituation (ref. Angestellte)						
Beamte	-1.83 (0.74)*	-0.92 (0.34)	-0.59 (0.44)	-1.55 (0.59)*	-0.81 (0.47)	-0.05 (0.38)
Selbständige	-0.80 (0.53)	-0.56 (0.45)	-0.27 (0.52)	-0.70 (0.54)	-0.44 (0.50)	-0.07 (0.43)
Arbeiter	0.54 (0.69)	0.13 (0.47)	0.25 (0.53)	0.67 (0.69)	0.60 (0.53)	0.54 (0.40)
Arbeitslose	-0.40 (0.59)	-0.46 (0.51)	-0.26 (1.45)	-0.26 (0.61)	-0.01 (0.52)	0.04 (0.45)
Auszubildende	-0.50 (0.90)	-0.18 (0.74)	0.06 (1.01)	-0.17 (0.94)	-0.53 (0.97)	0.07 (0.97)
Pensionäre	-0.29 (0.60)	-0.44 (0.52)	-0.42 (0.49)	-0.34 (0.61)	-0.34 (0.50)	-0.62 (0.53)
Haushalt (ref. mit Partner, mit Kindern)						
Mit Partner, ohne Kinder	0.05 (0.40)	-0.47 (0.34)	-0.20 (0.32)	-0.23 (0.40)	-0.11 (0.34)	-0.52 (0.29)
Ohne Partner, mit Kindern	-0.28 (0.63)	-0.56 (0.45)	-0.46 (0.50)	-0.61 (0.64)	-0.39 (0.68)	-1.40 (0.41)**
Ohne Partner, ohne Kinder	0.08 (0.41)	0.28 (0.35)	0.15 (0.36)	-0.23 (0.42)	-0.20 (0.37)	-0.71 (0.32)*
Links-Rechts (ref. links)						
Mitte						0.22 (0.31)
rechts						0.16 (0.46)
Parteienbewertung (ref. negative)						
CDU						
neutral						-0.16 (0.41)
positiv						-1.10 (0.36)**
SPD						
neutral						-0.52 (0.44)
positiv						-0.78 (0.36)*
Grüne						
neutral						-0.02 (0.50)
positiv						-0.28 (0.29)
FDP						
neutral						-0.12 (0.38)
positiv						0.21 (0.30)
Linke						
neutral						0.39 (0.34)
positiv						0.13 (0.29)
AfD						
neutral						1.30 (0.43)**
positiv						0.97 (0.39)**
Freie Wähler						
neutral						0.32 (0.30)
positiv						0.63 (0.31)*
Constant	5.02 (1.40)***	2.24 (1.33)**	2.31 (1.31)**	4.34 (1.46)**	3.69 (1.45)**	3.57 (1.39)*
Adjusted R-squared	0.1	0.5	0.4	0.1	0.3	0.6
N			856			

Anmerkungen: Ergebnisse verschiedener linearer Regressionsanalysen (OLS); Robuste Standardfehler in Klammern.
*** p<0.001, ** p<0.01, * p<0.05.
Quelle: Eigene Berechnung, eigene Erhebung.

RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN IN ZEITEN DER PANDEMIE

1 DÄNEMARK

ENTWICKLUNG DER PANDEMIE

Die Zahl der bestätigten Infektions- und Todesfälle macht deutlich: Dänemark war von der COVID-19-Pandemie vergleichsweise gering betroffen. Mit 46 Todesfällen pro 100.000 Einwohner (Stand: 30. September 2021) bleibt Dänemark damit eines der europäischen Länder, das bislang am besten durch die Pandemie gekommen ist. Zwar wurde im Herbst und Winter 2020 ein sprunghafter Anstieg der Infektions- und Todesfälle verzeichnet (Abb. 1), da das Land jedoch während des gesamten Jahres 2020 eine niedrige Sterblichkeitsrate aufwies und die Grippesaison aufgrund der geltenden Beschränkungen praktisch ‚übersprungen' wurde, verbuchte es sogar eine negative Sterblichkeitsrate.[1]

Für die sozialdemokratisch geführte Regierung war dieser ‚Erfolg' im Kampf gegen COVID-19 das Ergebnis der rasch erlassenen restriktiven Corona-Maßnahmen, die von den Grundsätzen der Vorsicht und Solidarität geleitet wurden (Frederiksen 2020). Mitte März hatte Dänemark bereits seine Grenzen geschlossen und eine Reihe von Beschränkungen angeordnet (Nielsen/Lindvall 2021). Kritiker der Regierung argumentierten, dass die Maßnahmen zwar die Ausbreitung des Virus erfolgreich eindämmen konnten, aber entweder zu restriktiv waren oder zu lange aufrechterhalten wurden (Foss 2020; Baun 2021; Holstein 2021; Holck 2021). Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern waren die Restriktionen in Dänemark jedoch weniger streng (Scheinin/Molbaek-Steensig 2021; Scheinin 2021; Hale et al. 2020).

DIE REGIERUNGSPARTEI ERLEBTE EINEN ‚RALLY 'ROUND THE FLAG'-EFFEKT

Die COVID-19-Pandemie erwies sich zunächst als ‚Segen' für die regierende Partei *Socialdemokraterne* (S, dt.: Sozialdemokraten), deren Beliebtheit in Meinungsumfragen nach dem 11. März 2020 sprunghaft angestiegen war. Der ‚Rally-'round-the-flag'-Effekt sorgte dafür, dass die Wahlabsicht für die Partei einen deutlichen Zuwachs erfuhr: von 27 Prozent auf 34 Prozent (Politico 2021). Im Spätjahr 2020, als die Zahl der Neuinfektionen in Dänemark ihren Höhepunkt erreichte, nahm jedoch die Popularität von

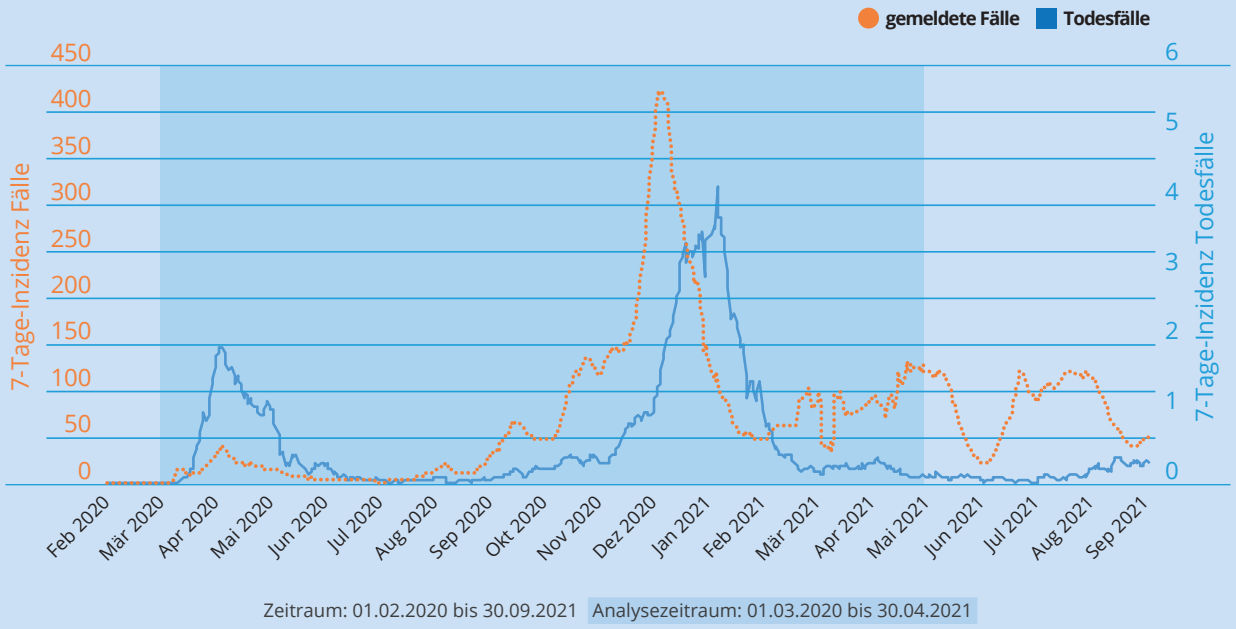
COVID-19-Statistik für Dänemark (Stand: 30. September 2021)

Bevölkerungszahl	5.831.400
Bestätigte Fälle	360.550
Bestätigte Fälle pro 100.000	6.183*
Todesfälle	2.658
Todesfälle pro 100.000	46*
Fall-Verstorbenen-Anteil	0,7 %*

*Quellen: Weltbank 2021 & Dong/Du/Gardner 2020 / *Eigene Berechnung*

1 Das bedeutet, dass im Jahr 2020 weniger Menschen starben als im Durchschnitt der Vorjahre (Vestergaard et al. 2020).

Abb. 1: 7-Tage-Inzidenzen der gemeldeten Fälle sowie Todesfälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Dänemark



Zeitraum: 01.02.2020 bis 30.09.2021 Analysezeitraum: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quellen: Weltbank 2021 & Dong/Du/Gardner 2020 / Eigene Berechnung

Socialdemokraterne wieder ein wenig ab. Die stärksten Einbußen aber erlitt die Mitte-rechts-Partei *Venstre* (V, dt.: Liberale Partei Dänemarks), die bis zu den Wahlen im Mai 2019 die Regierungsverantwortung innehatte. Abgesehen von der Regierungspartei waren die anderen ‚Gewinner' in den Meinungsumfragen die konservative Partei *Det Konservative Folkeparti* (K, dt.: Konservative Volkspartei), deren Zustimmungswerte doppelt so hoch waren wie bei der Wahl 2019, und die rechtspopulistische *Nye Borgerlige* (D, dt.: Neue Bürgerliche), die im Herbst 2020 die *Dansk Folkeparti* (DF, dt.: Dänische Volkspartei) in der Popularität überholte. Die Partei Nye Borgerlige, die nur vier Abgeordnete im Parlament hat, wäre laut der Umfragen nun auf 12 bis 16 Sitze gekommen, während Dansk Folkeparti (mit derzeit 16 Sitzen) etwa 9 bis 11 Parlamentssitze ergattert hätte (Stand Mai 2021).

Neben den veränderten Zustimmungswerten für die Parteien im Herbst 2020 konnte auch eine deutliche Verschiebung hinsichtlich des Vertrauens der Öffentlichkeit in das politische System konstatiert werden. Im Sommer 2020 vertrauten 78 Prozent der Befragten der dänischen Regierung, und 95 Prozent waren mit dem Zustand der Demokratie zufrieden, der höchste Wert innerhalb der europäischen Länder. Im Winter 2020 war das Vertrauen in die Regierung auf 65 Prozent und die Zufriedenheit mit der Demokratie auf 87 Prozent gesunken, während das Vertrauen in die Europäische Union im gleichen Zeitraum unverändert bei 62 bis 63 Prozent lag (Europäische Kommission 2021: 67, 71, 249).

Der vorliegende Bericht widmet sich der Frage, welchen Stellenwert COVID-19 in der Kommunikation der rechtspopulistischen Parteien in Dänemark hatte und ob versucht wurde, die Pandemie mit dem bereits stark politisierten Thema der Migration zu verknüpfen. In Dänemark gibt es zwei größere Parteien, die als rechtspopulistisch bezeichnet werden können: Dansk Folkeparti und Nye Borgerlige. Mit ihrer nativistischen Agenda und populistischen Rhetorik entsprechen sie der klassischen Definition rechtspopulistischer Parteien (Mudde/Rovira Kaltwasser 2017: 3). Während Nye Borgerlige erst 2015 gegründet wurde und 2019 ins Parlament einzog, existiert Dansk Folkeparti bereits seit Mitte der 1990er-Jah-

re und hat im Laufe der Zeit immer wieder die Arbeit der Mitte-rechts-Regierungen unterstützt. Im Gegenzug wurden der Partei bei einigen ihrer Hauptforderungen Zugeständnisse gemacht, was erklärt, warum Dänemark eine der strengsten Einwanderungsbestimmungen in Europa hat. Bei den Parlamentswahlen 2015 wurde Dansk Folkeparti die stärkste Rechtspartei (21 Prozent), zeigte aber überraschenderweise kein Interesse an einer Regierungsbeteiligung. Im Jahr 2019 sank ihr Stimmenanteil auf nur noch 8,7 Prozent. Dies fiel zusammen mit dem Einzug von Nye Borgerlige ins Parlament (2,4 Prozent) und einer zunehmend harten Haltung der etablierten Parteien zu Einwanderungsfragen.

Der Hauptunterschied zwischen Dansk Folkeparti und Nye Borgerlige liegt in ihrer wirtschaftspolitischen Ausrichtung. Die Basis von Dansk Folkeparti besteht aus älteren Wählerinnen und Wählern mit niedrigem Bildungsniveau und leicht unterdurchschnittlichem Monatseinkommen, von denen 40 Prozent Rentnerinnen und Rentner sind (Holst 2020). Dementsprechend ist Dansk Folkeparti, obwohl sie nominell eine rechtsgerichtete Partei ist, eine starke Befürworterin des Wohlfahrtsstaates. Die Rhetorik von Nye Borgerlige setzt dagegen auf persönliche Freiheit und Verantwortung, die Partei plädiert für niedrigere Steuern und weniger ‚Almosen'. Die Wählerinnen und Wähler dieser Partei sind eine heterogene Gruppe aus Personen mit hohem bzw. niedrigem Bildungsstand und Einkommen (ebd.). Beide Parteien konzentrieren sich hauptsächlich auf die Migrations- und Asylpolitik, wobei sich die Partei Nye Borgerlige zugleich als Gegnerin der #MeToo-Bewegung und grüner Politik positioniert.

Tab. 1: Relevante politische Parteien in Dänemark

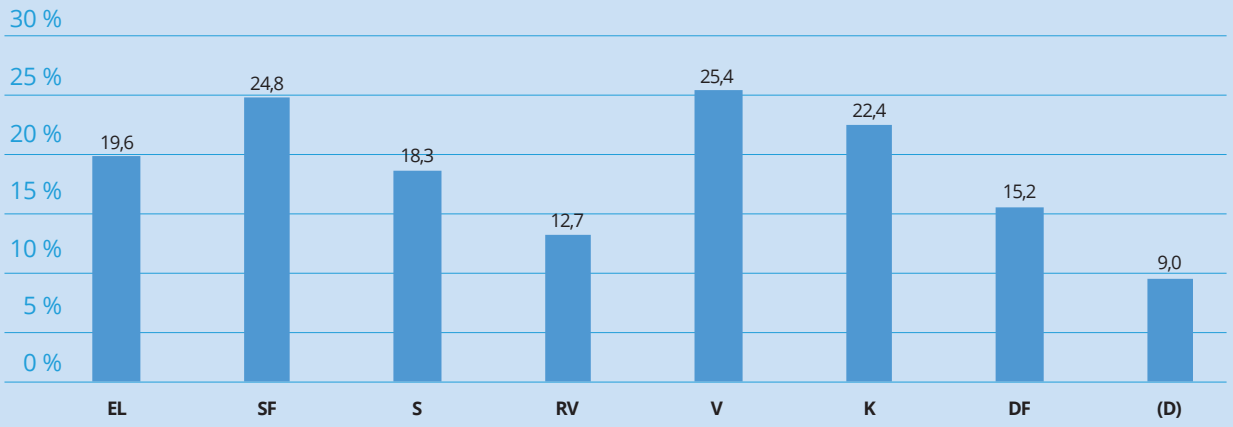
Parteien	Abkürzung*	Zugehörigkeit zur Fraktion im EU-Parl.	Politische Ausrichtung	Ergebnisse der letzten Parlamentswahl (2019)
Enhedslisten – De rød-grønne	EL (Ø)	GUE/NGL	Sozialistisch, ökosozialistisch, euroskeptisch	6,9 %
Socialistisk Folkeparti	SF (F)	G/EFA	sozialdemokratisch, Grüne Politik	7,7 %
Social-demokraterne	S (A)	S&D	sozialdemokratisch	25,9 %
Det Radikale Venstre	RV (B)	Renew Europe	Linksliberal, zentrisch	8,6 %
Venstre, Danmarks Liberale Parti	V (V)	Renew Europe	Konservativ-liberal	23,4 %
Det Konservative Folkeparti	K (C)	EVP	Konservativ-liberal	6,6 %
Dansk Folkeparti	DF (O)	ID	rechtspopulistisch, nationalistisch, euroskeptisch	8,7 %
Nye Borgerlige	- (D)	-	Nationalistische Rechte, rechtspopulistisch, wirtschaftsliberal, euroskeptisch	2,4 %

** In Dänemark werden entweder die Abkürzungen verwendet, welche aus den Parteinamen oder der Wahlliste (in Klammern) abgeleitet werden.*

BEITRÄGE IN SOCIAL MEDIA – CORONA UND MIGRATION IM VERGLEICH

Die Pandemie war natürlich eines der meistdiskutierten Themen in den sozialen Medien der Parteien in den Jahren 2020 und 2021. Auch die dänischen Rechtspopulisten beteiligten sich an der COVID-19-Debatte, doch wesentlich seltener als die meisten Mitte-links Parteien (Abb. 2). Während die anderen Parteien im Durchschnitt 20 Prozent ihrer Facebook-Beiträge coronabezogenen Themen widmeten, waren es bei Dansk Folkeparti nur etwa 15 Prozent und bei Nye Borgerlige nur 9 Prozent. Über mehrere Monate hinweg veröffentlichte Nye Borgerlige überhaupt keine Beiträge zur Pandemie. Zu den politischen Kräften, die am häufigsten über COVID-19 berichteten, gehörten die Parteien der vorherigen Regierungskoalition (Venstre und Det Konservative Folkeparti). Sie sprachen sich schnell für eine Lockerung der Beschränkungen aus, die über das hinausging, was die Regierung geplant hatte. Interessanterweise schenkten diese Parteien der Pandemie mehr Aufmerksamkeit als die regierende Partei Socialdemokraterne. Ansonsten gibt es kein klares Links-Rechts-Gefälle in Bezug auf die Aufmerksamkeit, die dem Thema COVID-19 gewidmet wurde.

Abb. 2: Anteil coronabezogener Facebook-Beiträge nach Parteien



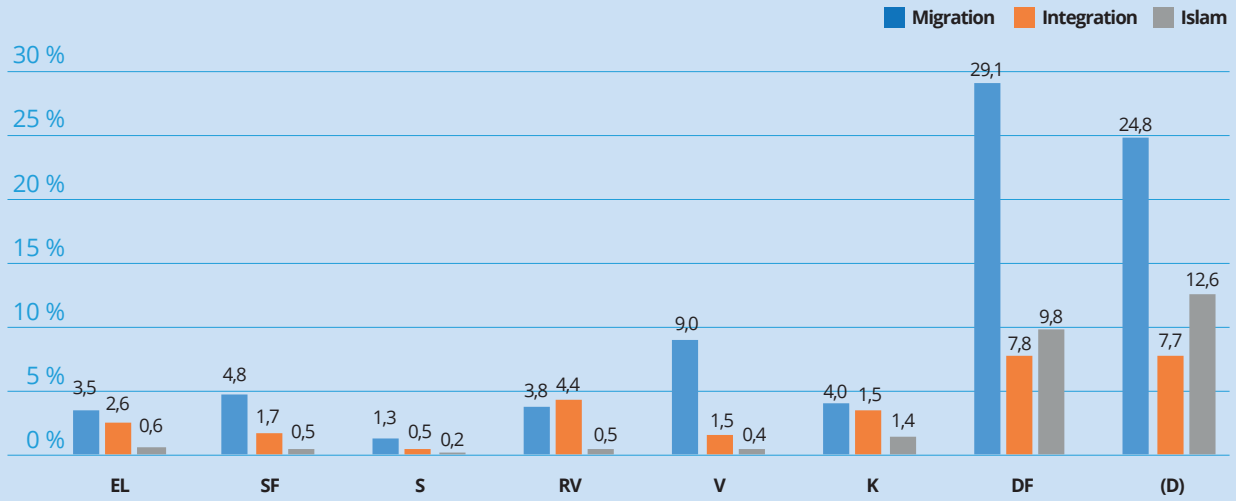
Analysezeitraum: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

Die Themen Einwanderung und Asyl bilden Schwerpunkte auf der politischen Agenda von Dansk Folkeparti und Nye Borgerlige. Abbildung 3 zeigt den prozentualen Anteil der Facebook-Beiträge verschiedener Parteien, die sich von Januar 2019 bis April 2021 mit den Themen Migration, Integration und Islam befassten. Es wird deutlich, dass die beiden rechtspopulistischen Parteien diesen Themen unverhältnismäßig viel Aufmerksamkeit schenkten und ihnen somit einen hohen Stellenwert einräumten. Insbesondere das Thema Migration war vor der Pandemie in mindestens um 30 Prozent der Facebook-Posts der rechtspopulistischen Parteien präsent. Interessant ist zugleich die Beobachtung, dass die relative Aufmerksamkeit dieser Parteien für die Themen Migration, Integration und Islam während der Pandemie abgenommen hat, wenngleich ihnen noch immer ein großes Gewicht eingeräumt wird, insbesondere seitens der Partei Dansk Folkeparti (Abb. 4).

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die geringe Anzahl von Beiträgen der großen Parteien zum Thema Migration nicht zwangsläufig bedeutet, dass diese sich gänzlich der Debatte entziehen. Vielmehr überlässt man gerne ganz bestimmten Sprechern die migrationsfeindliche Rhetorik. Auf diese Weise werden einwanderungsfeindliche Stimmungen bedient, während man

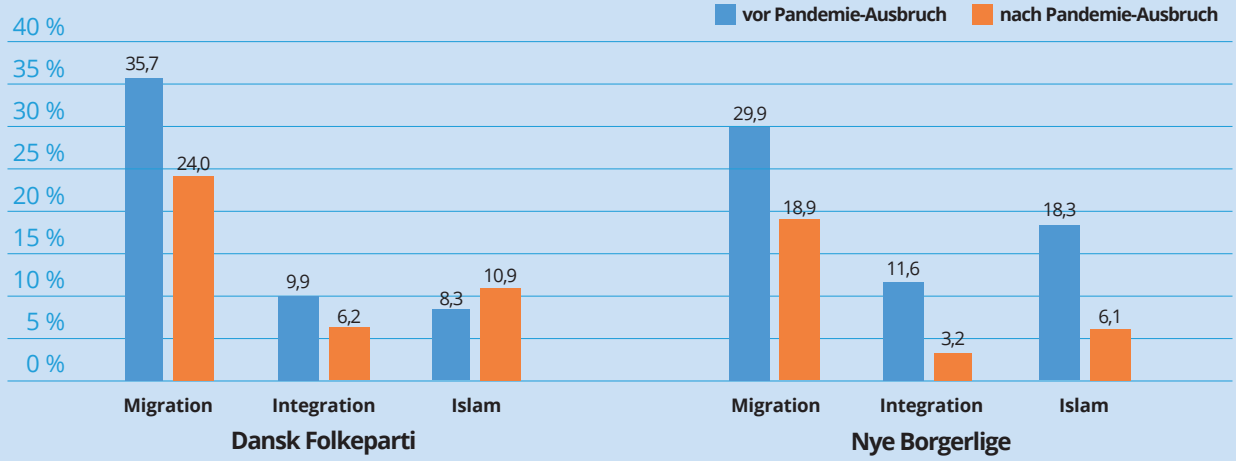
Abb. 3: Anteil Facebook-Beiträge mit Bezug auf Migration, Integration oder Islam nach Parteien



Beobachtungszeitraum: 01.01.2019 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

Abb. 4: Anteil Facebook-Beiträge mit Bezug auf Migration, Integration oder Islam von Dansk Folkeparti und Nye Borgerlige vor und nach Ausbruch der Pandemie



vor Pandemie-Ausbruch: 01.01.2019 bis 29.02.2020
nach Pandemie-Ausbruch: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

gleichzeitig sicherstellt, die gemäßigten Wähler nicht zu brüskieren, sollte einer der Abgeordneten mit seiner Rhetorik den Bogen überspannen. Während des analysierten Zeitraums machte insbesondere Socialdemokraterne von dieser Strategie Gebrauch. Die Partei selbst nahm nur 13 Mal zum Thema Migration oder Integration Stellung, während sich der Sprecher für Einwanderung und Integration, Rasmus Stoklund, 163 Mal dazu äußerte, und zwar unverblümt und in einem scharfen Kommunikationsstil, der dem von Dansk Folkeparti ähnelt. Die Beiträge konzentrieren sich häufig auf die ethnische Zugehörigkeit der Personen, gegen die Stoklund Vorwürfe erhebt (jüngste Beispiele für diesen Kommunikationsstil sind z. B. Stoklund 5. Juni 2021, 16. Juni 2021, 20. Juni 2021).[2]

2 Rasmus Stoklund am 20. Juni 2021: „Polizist von verrücktem Fahrer angefahren, vermutlich aus dem Nahen Osten", https://www.facebook.com/1675976205990131/posts/2924482851139454; am 16. Juni 2021: „Liebe syrische Männer in diesem Video, vielleicht ist es bei euch üblich, aber hier in Dänemark gilt es als unhöflich, vom Auto aus zu hupen und mit Fahnen zu winken", https://www.facebook.com/1675976205990131/posts/2921479018106504; am 5. Juni 2021: „Es verletzt unser Rechtsempfinden, wenn ein zur Ausreise verurteilter Somalier nicht unverzüglich abgeschoben wird", https://www.facebook.com/1675976205990131/posts/2913904925530580.

RECHSPOPULISTISCHE DISKURSE

Als die COVID-19-Beschränkungen zum ersten Mal in Kraft traten, verkündeten alle etablierten Parteien ihre Einigkeit und Unterstützung für die Maßnahmen der Regierung. Dansk Folkeparti und Nye Borgerlige schlossen sich dem Konsens an, indem sie den Umgang der Regierung mit der Pandemie befürworteten und die Bevölkerung aufforderten, den Empfehlungen zu folgen (Dansk Folkeparti 6. März 2020; Nissa/Siim 2021). Je länger die Pandemie andauerte, desto ambivalenter wurden jedoch die Haltungen der Parteien.

Dies gilt vor allem für die Partei Nye Borgerlige und ihre Vorsitzende Pernille Vermund, die sich wesentlich kritischer zur Lockdown-Politik der Regierung äußerte als ihr Amtskollege von Dansk Folkeparti. Nye Borgerlige veröffentlichte weitaus weniger Beiträge zu COVID-19-Themen als alle anderen Parteien, was darauf hindeutet, dass die Partei nicht versucht hat, über dieses Thema eine breitere Unterstützung zu mobilisieren. Allerdings war die Parteivorsitzende Vermund in diesem Punkt deutlich aktiver. Mit einer Rhetorik, bei der „Freiheit" und „Bürgervertrauen" im Mittelpunkt standen, wandte sie sich gegen die Verlängerung der Lockdown-Maßnahmen mit der Begründung, dass diese zu weit gingen und die Dänen „ärmer und unfreier" machten. Sie ging sogar noch einen Schritt weiter und brachte die Corona-Maßnahmen mit dem „Wunsch" der Linken in Verbindung, „unser Leben und unsere Bewegungen zu kontrollieren" (Vermund 29. Mai 2020). Die Partei schien jedoch keine klare Strategie zu verfolgen und wechselte zwischen Phasen, in denen sie sich überhaupt nicht zur Pandemie äußerte, und solchen, in denen sie sich auf die Seite derjenigen stellte, die gegen die Maßnahmen protestierten, aber – und das steht in klarem Widerspruch dazu – auch zur Solidarität aufrief und Impf-Selfies postete.

Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass keine der beiden großen rechtspopulistischen Parteien das Risiko der Pandemie herunterspielte. Auch Expertenmeinungen wurden nicht infrage gestellt. Der einzige Punkt, bei dem Dansk Folkeparti ganz klar in Opposition zur Mehrheitsmeinung ging, war das Thema Mund-Nasen-Schutz. Angesichts steigender Infektionszahlen wurde das Tragen von Masken im Oktober 2020 in Geschäften und öffentlichen Innenräumen zur Pflicht. Die Partei sprach sich jedoch gegen diese Maßnahme aus. Als Begründung hieß es, dass Belege fehlten, die die Wirksamkeit und somit Verwendung von Gesichtsmasken rechtfertigten (Dansk Folkeparti 27. Oktober 2020). Damit vertrat sie die Position einiger lautstarker Maskenverweigerer, die behaupteten, dass die Masken nicht funktionierten oder dass es schädlich sei, sie zu tragen. Abgesehen von diesem bemerkenswerten Fall unterstützte Dansk Folkeparti jedoch im Allgemeinen die Maßnahmen der Regierung. Erst Anfang 2021 schloss sich die Partei dem wachsenden Chor der Stimmen an, die eine schnellere und ‚sinnvolle' Aufhebung der Beschränkungen forderten.

NERZ-SKANDAL BEENDET DEN KONSENS ÜBER DEN UMGANG MIT COVID-19

Im November 2020 war dann jedoch ein Punkt erreicht, an dem ein allgemeiner Konsens über den Umgang mit der Pandemie nicht mehr zu erzielen war, und zwar aufgrund des ‚Nerz-Skandals': Die Entdeckung von Mutationen des COVID-19-Virus in Nerzfarmen und die Befürchtung, dass diese die Entwicklung von Impfstoffen gefährden könnten, veranlassten den Ministerpräsidenten, die Tötung aller Nerze in Dänemark anzuordnen, unabhängig davon, ob die Tiere infiziert waren oder nicht. Als sich herausstellte, dass es keine Rechtsgrundlage für diese Anordnung gab, geriet die Regierung sowohl von der Rechten als auch von der Linken unter heftigen Beschuss, der zuständige Minister musste zurücktreten. Natürlich schlossen sich Nye Borgerlige und Dansk Folkeparti den kritischen Stimmen an, forderten den Rücktritt des Premierministers und machten die Regierung für die Zerstörung der Nerzindustrie verantwortlich (Nye Borgerlige 11. Ok-

tober 2020). Infolge des Skandals dauerten die Verhandlungen über das neue Seuchengesetz länger, zudem enthält es mehr ‚Checks and Balances' bezüglich des Umgangs der Regierung mit der Pandemie.

DANSK FOLKEPARTI BEFÜRWORTET IMPFUNGEN, NYE BORGERLIGE STELLT SICH DAGEGEN

Als sich der Schwerpunkt der Debatte in den ersten Monaten des Jahres 2021 auf Fragen der Impfung und der schrittweisen Wiedereröffnung verlagerte, wurde die Kluft zwischen den beiden rechtspopulistischen Parteien deutlicher. Während sich Dansk Folkeparti bei den Verhandlungen über die Aufhebung der Corona-Maßnahmen auf die Seite der anderen Oppositionsparteien stellte, nahm Nye Borgerlige eine eher konfrontative Haltung ein. Ein strittiger Punkt war die Einführung des ‚Grünen Passes' (der zum Zeitpunkt der Diskussion in erster Linie als Nachweis für einen kürzlich durchgeführten Test mit negativem Ergebnis dienen sollte). Diese Lösung wurde von Dansk Folkeparti unterstützt. Nye Borgerlige hingegen verließ die Verhandlungen mit dem Argument, dass die Einführung eines Corona-Passes keine Gesundheitspolitik sei, sondern „eine Politik der Kontrolle" (Nye Borgerlige 16. März 2021). Da Nye Borgerlige die Partei Dansk Folkeparti in den Meinungsumfragen inzwischen überholt hatte, nutzte Dansk Folkeparti diese Gelegenheit, um Nye Borgerlige in die Ecke der Verschwörungstheoretiker zu stellen und sich selbst als verantwortungsvollere und vernünftigere Alternative zu präsentieren: „Dänemark ist nicht Nazi-Deutschland, und es wurde kein Impfpass eingeführt, wie einige Parteien den Wählern weismachen wollen" (Dansk Folkeparti 26. März 2021).

VERKNÜPFUNG VON MIGRATION UND PANDEMIE

Abgesehen von diesen Differenzen agierten beide Parteien ziemlich ähnlich, indem sie die COVID-19-Krise mit Kernthemen ihrer politischen Programme verknüpften. So wurde die Pandemie von beiden Parteien dazu genutzt, um Minderheiten abzustempeln und um ihre einwanderungsfeindliche Agenda voranzutreiben. Beispiele dafür finden sich zuhauf in der Kommunikation der Parteien in den sozialen Medien, schon in den ersten Tagen der Pandemie. Um nur einige Beispiele zu nennen: Nye Borgerlige nutzte die Gelegenheit, um erneut den Stopp der Annahme von Asylanträgen zu fordern (Nye Borgerlige 11. März 2020). Zugleich versuchte die Partei, Migration und Gesundheit miteinander zu verknüpfen, indem sie behauptete, dass „Migranten eine echte Infektionsgefahr darstellen" (Nye Borgerlige 17. März 2020). Dansk Folkeparti plädierte für Einschränkungen der Bewegungsfreiheit von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern: „Alle Bewohner von Asylzentren sollten unter Verschluss gehalten werden. Schließlich wissen wir nicht, ob sie in einem Hochrisikogebiet waren" (Dansk Folkeparti 13. März 2020). Die Partei plädierte auch für die Ausweisung von Menschen, die coronabezogene Straftaten begangen hatten (Dansk Folkeparti 2. April 2020). Es überrascht in diesem Kontext kaum, dass es häufig zur Gegenüberstellung des angeblich schlechten Verhaltens von Minderheiten mit dem vermeintlich guten Verhalten ethnischer Däninnen und Dänen kam. Als Beispiel verbreitete Dansk Folkeparti ein Bild von einer Beerdigung und fragte: „Wo ist die Logik? Wir können zu Ostern nicht in die Kirche gehen… aber heute waren auf dem islamischen Friedhof viele Menschen versammelt" (Dansk Folkeparti 9. April 2020). Nachdem sich im August 2020 in einigen Städten Corona-Hotspots gebildet hatten, wurden erneut Minderheiten beschuldigt, ihrer Bürgerpflicht nicht nachgekommen zu sein. Dansk Folkeparti behauptete, „die Infektionen könnten sich auf mehreren Festlichkeiten anlässlich des islamischen Opferfestes ausgebreitet haben" (Dansk Folkeparti 10. August 2020). Nye Borgerlige schrieb, dass „zwei von drei Infizierten in Aarhus einen somalischen Hintergrund" hätten, und dass die Dänen „nicht unter den unverantwortlichen Handlungen der Nicht-Integrierbaren leiden" (Nye Borgerlige 5. August 2020) sollten. Diese Behauptungen wurden aufgestellt, obwohl offizielle Stellen darauf hingewiesen hatten, dass die höhere Inzidenz in den besagten Gebieten eher darauf zurückzuführen sei, dass mehr Personen im primären Sektor tätig und die Haushalte größer seien (Statens Serum Institut 2020).

Auch richteten sich die Parteien gegen internationale Hilfe und bedienten sich dabei einer ‚Denmark first'-Rhetorik. Das Geld, so hieß es, werde im eigenen Land benötigt: „Dansk Folkeparti hat sich nicht an der Vereinbarung beteiligt, 650 Millionen [Kronen] zur Bekämpfung von COVID-19 nach Afrika zu schicken! Viele Dänen verlieren in diesen Tagen ihre Arbeit. Deshalb sollten wir sicherstellen, dass wir gut aus der Krise kommen, bevor wir Corona-Hilfspakete nach Afrika schicken" (Dansk Folkeparti 2. April 2020).

DIE PANDEMIE ALS VORWAND, UM EUROPASKEPSIS ZU VERBREITEN

Neben ihrer nativistischen, einwanderungsfeindlichen Agenda, die bei beiden Parteien eindeutig im Vordergrund steht, nutzten die Parteien Dansk Folkeparti und Nye Borgerlige die COVID-19-Pandemie auch, um einige ihrer anderen Lieblingsthemen aufzugreifen und voranzutreiben, darunter die Euroskepsis. Die EU-Verhandlungen über den Europäischen Aufbauplan waren in dieser Hinsicht eine willkommene Gelegenheit.

Nye Borgerlige argumentierte zunächst, dass das Scheitern der Einigung auf ein Konjunkturpaket – „nicht einmal für die am stärksten betroffenen Länder Spanien und Italien" – bedeute, dass die „EU ein Fiasko ist und sich selbst zerreißen wird" (Nye Borgerlige 3. April 2020). Dansk Folkeparti zeigte sich trotz der Notlage Italiens weniger solidarisch und erklärte stattdessen: „Die Kommission schlägt vor, in unserem Namen 5.600 Milliarden Kronen zu leihen, um sie an Länder in Südeuropa zu verschenken. Sogar an Italien, das niedrigere Steuern als Dänemark hat und ernsthaft in Erwägung zieht, das Geld zu verwenden, um die Steuern noch weiter zu senken" (Dansk Folkeparti 14. Juni 2020).

RECHTSPOPULISTEN POSITIONIERTEN SICH WIRTSCHAFTSFREUNDLICH

Darüber hinaus nutzten die Parteien natürlich die COVID-19-Krise, um ihre Sozialpolitik zu kommunizieren und ihre bevorzugten Wählergruppen anzusprechen. Im Einklang mit anderen wirtschaftsfreundlichen rechten Parteien wandte sich Nye Borgerlige gegen den sogenannten Klimapopulismus und schlug vor, Unternehmen während der Pandemie von Umweltsteuern zu befreien (Nye Borgerlige 11. März 2020). Die Parteivorsitzende von Nye Borgerlige versuchte, ihre Partei als einzige Verfechterin der Rechte von Unternehmen darzustellen und verlangte einen vollständigen finanziellen Ausgleich (Vermund 25. Juli 2020); zugleich wandte sie sich gegen staatliche Maßnahmen mit der Begründung, dass diese die am stärksten betroffenen Branchen nicht vollständig entschädigten und insbesondere Selbstständige und kleine/mittlere Unternehmen benachteiligten (Vermund 20. Dezember 2020). Die Partei Dansk Folkeparti hingegen nutzte die Pandemie schon früh, um für ihre Sozialpolitik zu werben, die Unterstützung für Obdachlose, Arbeitslose und Rentner versprach (z. B. Dansk Folkeparti 12. März 2020, 17. März 2020).

AUSBLICK

Zum Zeitpunkt der Erstellung des vorliegenden Berichts kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die Pandemie die migrationsfeindliche Ausrichtung der beiden rechtspopulistischen Parteien nicht verändert hat. Stattdessen waren Nye Borgerlige und Dansk Folkeparti schnell dabei, die Pandemie zu politisieren, indem die Parteien sie in ihre bestehenden einwanderungs- und islamfeindlichen Narrative einbanden, Gruppen von Minderheiten sowie Asylsuchende ins Visier nahmen und sie als Gesundheitsgefahr brandmarkten. Beide Parteien nutzten die Pandemie auch, um die EU zu kritisieren und sich gegen internationale Institutionen zu stellen. Somit machten sowohl Dansk Folkeparti als auch Nye Borgerlige opportunistisch Gebrauch von der Pandemie, in erster Linie, um ihre politische Kernagenda voranzutreiben.

Keine der beiden Parteien hat dabei der Versuchung nachgegeben, das Risiko der Pandemie herunterzuspielen, den Corona-Leugnern oder Impfver-

weigerern das Wort zu geben. Dies überrascht nicht, wenn man bedenkt, dass der Umgang der Regierung mit der Pandemie von einer großen Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen wurde. 79 Prozent der Befragten gaben an, dass sie im Großen und Ganzen mit den getroffenen Maßnahmen einverstanden waren, der höchste Wert in der EU (Europäische Kommission 2021: 92). Mit zunehmender Dauer der Pandemie und den damit einhergehenden Ermüdungserscheinungen wurde die Kommunikation der rechtspopulistischen Parteien jedoch ambivalenter. Man versuchte, sowohl diejenigen Wählerinnen und Wähler anzusprechen, die Beschränkungen befürworten, als auch diejenigen, die den Corona-Maßnahmen eher skeptisch gegenüberstehen. Zu Letzterem tendiert vor allem die Nye Borgerlige-Vorsitzende, deren Rhetorik sich gezielt auf den Freiheitsgedanken fokussierte, was der wirtschaftsliberalen Ausrichtung der Partei entspricht. Nichtsdestotrotz hat die Pandemie deutlich gemacht, dass die radikale Rechte an ihrer ethno-nationalistischen Agenda festhält, auch wenn es neue polarisierende Themen gibt, denen man sich zuwenden könnte.

Und dies, obwohl die radikale Rechte im Laufe der Zeit in puncto Migration ihre Themenhoheit verloren hat, da die etablierten Parteien in Dänemark längst eine restriktive Einwanderungspolitik verfolgen. Selbst unter der derzeitigen sozialdemokratischen Regierung gelten für das Land einige der strengsten Einwanderungs- und Asylgesetze in Europa. Den politischen Erfolg der radikalen Rechten schmälert diese Tatsache nicht. Die mittlerweile von einem Großteil der Gesellschaft übernommene einwanderungsfeindliche Rhetorik und der Aufstieg von Nye Borgerlige weiter rechts von der Partei haben Dansk Folkeparti allerdings in eine schwierige Lage gebracht, denn es gibt im Parteiengerangel um die radikalsten Positionen gegen Einwanderung auch Grenzen.

LITERATUR

Baun, Johannes 2021: Tre debattører: Proportionerne er fuldstændig røget i coronapolitikken; in: Kristeligt Dagblad, 8. Januar 2021; verfügbar unter: https://www.kristeligt-dagblad.dk/debat/tre-debattoerer-proportionerne-er-fuldstaendig-roeget-i-coronapolitikken (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Berger, Miriam 2021: Denmark faces criticism after pushing to send refugees back to Syria; in: The Washington Post, 21. April 2021; verfügbar unter: https://www.washingtonpost.com/world/2021/04/21/denmark-syria-refugees-deportation-assylum/ (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Danish National Broadcaster (Danmarks Radio) 2021: Meningsmålinger; dr.dk, Denmark; verfügbar unter: https://www.dr.dk/nyheder/politik/meningsmaalinger (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Dansk Folkeparti 2020, 10. August: Dybt, dybt uansvarligt! Omkring 70 procent af de 756 coronasmittede herhjemme den seneste uge har indvandrerbaggrund...; Facebook Dansk Folkeparti; verfügbar unter: https://www.facebook.com/520449347983427/posts/4006246126070381 (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Dansk Folkeparti 2020, 12. März: Coronavirussen kan også smitte de hjemløse...; Facebook Dansk Folkeparti; verfügbar unter: https://www.facebook.com/520449347983427/posts/3499859690042363 (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Dansk Folkeparti 2020, 13. März: Dansk Folkeparti bakker op om de tiltag, som regeringen hidtil har iværksat i kampen mod coronavirussen. Men vi mener samtidig, at der er brug for yderligere tiltag. Det gælder bl.a. et asylstop, udgangsforbud på asylcentre og forbud mod besøgende i fængsler.; Facebook Dansk Folkeparti; verfügbar unter: https://www.facebook.com/520449347983427/posts/3502706073091058 (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Dansk Folkeparti 2020, 14. Juni: EU bevæger sig i den helt forkerte retning. Derfor skal modstanden skærpes...; Facebook Dansk Folkeparti; verfügbar unter: https://www.facebook.com/520449347983427/posts/3792163994145263 (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Dansk Folkeparti 2020, 17. März: EU bevæger sig i den helt forkerte retning. Derfor skal modstanden skærpes...; Facebook Dansk Folkeparti; verfügbar unter: https://www.facebook.com/520449347983427/posts/3792163994145263 (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Dansk Folkeparti 2020, 2. April: Dansk Folkeparti er ikke med i aftalen om en pulje på 650 mio. kr....; Facebook Dansk Folkeparti; verfügbar unter: https://www.facebook.com/520449347983427/posts/3566554660039532 (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Dansk Folkeparti 2020, 2. April: GOD NYHED! Et flertal i Folketinget støttede Dansk Folkepartis forslag om, at udlændinge nu kan udvises, hvis de begår coronakriminalitet!...; Facebook Dansk Folkeparti; verfügbar unter: https://www.facebook.com/520449347983427/posts/3566655986696066 (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Dansk Folkeparti 2020, 27. Oktober: Mette Frederiksen, det er en ommer! Vi skal håndtere corona-krisen i fællesskab...; Facebook Dansk Folkeparti; verfügbar unter: https://www.facebook.com/520449347983427/posts/4293412020687122 (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Dansk Folkeparti 2020, 6. März: Coronavirussen er over os. Vi bør ikke gå i panik, men holde hovedet koldt og følge myndighedernes anvisning...; Facebook Dansk Folkeparti; verfügbar unter: https://www.facebook.com/520449347983427/posts/3481909471837385 (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Dansk Folkeparti 2020, 9. April: HVOR ER LOGIKKEN? Vi skal holde afstand, vi må ikke gå i kirke...; Facebook Dansk Folkeparti; verfügbar unter: https://www.facebook.com/520449347983427/posts/3588663907828607 (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Dansk Folkeparti 2021, 22. März: Danmark er ikke Nazi-Tyskland og der er ikke indført et vaccinepas...; Facebook Dansk Folkeparti; verfügbar unter: https://www.facebook.com/520449347983427/posts/4725473994147587 (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Dong, Ensheng / Du, Hongru / Gardner, Lauren 2020: An Interactive Web-Based Dashboard to Track COVID-19 in Real Time; in: The Lancet Infectious Diseases 20 (5), S. 533-534. doi: 10.1016/S1473-3099(20)30120-1

Europäische Kommission 2021: Standard Eurobarometer 94, Winter 2020-2021: Public Opinion in the European Union, Annex; verfügbar unter: https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=76407 (letzter Zugriff: 11.11.2021).

Foss, Nicolai 2020: Coronaen og forsigtighedsprincippet; in: Berlingske, 18. April 2020; verfügbar unter: https://www.berlingske.dk/business/coronaen-og-forsigtighedsprincippet (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Frederiksen, Mette 2020: Prime Minister's New Year's Speech December 31st 2020; in: Statsministeriet, 1. Januar 2021; verfügbar unter: https://www.stm.dk/statsministeren/taler/statsminister-mette-frederiksens-nytaarstale-den-1-januar-2021/ (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Hale, Thomas / Petherick, Anna / Phillips, Toby / Webster, Samuel 2020: Variation in Government Responses to COVID-19; in: Blavatnik school of government working paper 31; verfügbar unter: https://www.bsg.ox.ac.uk/sites/default/files/2020-09/BSG-WP-2020-032-v7.0.pdf (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Hartmann, Jacques 2017: A Danish Crusade for the Reform of the European Court of Human Rights; in: EJIL: talk, 14. November 2017; verfügbar unter: https://www.ejiltalk.org/a-danish-crusade-for-the-reform-of-the-european-court-of-human-rights/ (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Holck, Louise 2021: KRONIK: Man gik faktisk for langt; in: Institut for menneskerettigheder, 15. April 2021; verfügbar unter: https://menneskeret.dk/nyheder/kronik-gik-faktisk-langt (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Holst, Emma Q. 2018: Hvem stemmer på Vermund og co.? Her er arketypen på en NB-vælger; in: Altinget, 27. Oktober 2018; verfügbar unter: https://www.altinget.dk/artikel/hvem-stemmer-paa-vermund-og-co-her-er-arketypen-paa-en-nb-vaelger (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Holst, Emma Q. 2020: Hvem stemmer på Dansk Folkeparti? Her er partiets typiske vælgere; in: Altinget, 28. November 2020; verfügbar unter: https://www.altinget.dk/artikel/hvem-stemmer-paa-dansk-folkeparti-her-er-partiets-typiske-vaelgere (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Holstein, Erik 2021: Partilederdebat: Mette Frederiksen under pres for genåbningsplan; in: Altinget, 12. März 2021; verfügbar unter: https://www.altinget.dk/artikel/mette-frederiksen-under-pres-for-genaabningsplan (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Ministry of immigration (Denmark). 2018: Udrejsecenter Lindholm; Denmark; verfügbar unter: https://uim.dk/nyheder/2018/2018-11/finanslovsaftale-sikrer-fortsat-stram-udlaendingepolitik-1/udrejsecenter-lindholm (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Mudde, Cas / Rovira Kaltwasser, Cristóbal. 2017: Populism: A Very Short Introduction; Oxford University Press, New York.

Mudde, Cas 2016: Introduction to the Popu List Radical Right; in: Mudde, Cas (Hrsg.): The Populist Radical Right; Routledge, S. 19-28; https://doi.org/10.4324/9781315514574

Murray, Adrienne 2021: Denmark Asylum: The Syrian Refugees no Longer Welcome to Stay; BBC; verfügbar unter: https://www.bbc.com/news/world-europe-57156835 (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Nielsen, Julie H. / Lindvall, Johannes 2021: Trust in Government in Sweden and Denmark During the COVID-19 Epidemic; in: West European Politics 1-25.

Nissen, Anita / Siim, Birte 2021: The Danish 'New Right': Replacing 'Old' Welfare Chauvinism with a Neoliberal Far Right Agenda; in: C-REX - Center for Research on Extremism University of Oslo, 15. April 2021; verfügbar unter: https://www.sv.uio.no/c-rex/english/news-and-events/right-now/2021/the-danish-new-right.html (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Nye Borgerlige 2020, 11. März: Der er ALTID dumt at indføre klimaskatter og klimaafgifter... link to blog.; Facebook Nye Borgerlige; verfügbar unter: https://www.facebook.com/646746285466931/posts/1685708178237398 (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Nye Borgerlige 2020, 17. März: Når Holland kan indføre et asylstop med henvisning til corona-krisen, så kan Danmark også... link to blog.; Facebook Nye Borgerlige; verfügbar unter: https://www.facebook.com/646746285466931/posts/1691044024370480 (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Nye Borgerlige 2020, 5. April: Coronakrisen har bevist, at EU ikke kan levere fælles europæiske svar....; Facebook Nye Borgerlige; verfügbar unter: https://www.facebook.com/646746285466931/posts/1709817699159779 (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Nye Borgerlige 2020, 5. August: To ud af tre af Covid-smittede i Aarhus har somalisk baggrund....; Facebook Nye Borgerlige; verfügbar unter: https://www.facebook.com/646746285466931/posts/1826794367462111 (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Nye Borgerlige 2020, 6. März: Et coronapas i Danmark er ikke sundhedspolitik - det er kontrolpolitik...; Facebook Nye Borgerlige; verfügbar unter: https://www.facebook.com/646746285466931/posts/2029174923890720 (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Politico 2021: Denmark – National Parliament Voting Intention; in: Politico: Poll of Polls; verfügbar unter: https://www.politico.eu/europe-poll-of-polls/denmark/ (letzter Zugriff: 11.10.2021).

Reuters 2021: Denmark Passes Law to Relocate Asylum Seekers Outside Europe; in: The Guardian, 3. Juni 2021; verfügbar unter: https://www.theguardian.com/world/2021/jun/03/denmark-passes-law-to-let-it-relocate-asylum-seekers-outside-europe (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Ritchie, Hannah / Ortiz-Ospina, Esteban / Beltekian, Diana / Mathieu, Edouard / Hasell, Joe / Macdonald, Bobbie / Giattino, Charlie / Roser, Max 2020: Our World in Data: Statistics and Research Coronavirus (COVID-19); verfügbar unter: https://ourworldindata.org/coronavirus/country/denmark (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Scheinin, Martin / Molbaek-Steensig, Helga 2021: Pandemics and Human Rights: Three Perspectives on Human Rights Assessment of Strategies Against COVID-19; in: EUI Department of Law Research Paper (01).

Scheinin, Martin 2021: Health Resilience Requires Rigorous Human Rights Assessment; in: EUI School of Transnational Governance; STG Resilience Papers; verfügbar unter: https://cadmus.eui.eu/bitstream/handle/1814/71701/Scheinin_2021.pdf?sequence=1(letzter Zugriff: 19.10.2021).

Statens Serum Institut/Sundheds- og Ældreudvalget 2020: COVID-19 i Danmark: Epidemologisk trend og fokus: Herkomst(etnicitet). Denmark; verfügbar unter: https://www.ft.dk/samling/20191/almdel/suu/spm/995/svar/1664280/2199182.pdf (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Stoklund Rasmus 2021, 16. Juni: Kære syriske mænd i denne video... Facebook Rasmus Stoklund; verfügbar unter: https://www.facebook.com/1675976205990131/posts/2921479018106504 (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Stoklund Rasmus 2021, 20. Juni: En politibetjent er brutalt blevet kørt ned af en hensynsløs flugtbilist.; Facebook Rasmus Stoklund; verfügbar unter: https://www.facebook.com/1675976205990131/posts/2924482851139454 (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Stoklund Rasmus 2021, 5. Juni: Jeg har netop haft besøg af TV2, som havde talt med en løsladt terror- og udvisningsdømt somalier, der ikke fortryder sin handling...; Facebook Rasmus Stoklund; verfügbar unter: https://www.facebook.com/1675976205990131/posts/2913904925530580 (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Vermund 2020, 10. November: LOVBRUD OG LØGN - MISTILLIDSVOTUM! Regeringen har brudt loven. Det er alle vist klar over...; Facebook Pernille Vermund; verfügbar unter: https://www.facebook.com/113158773469624/posts/369896621129170 (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Vermund 2020, 20. Dezember: POLITIKERNE SVIGTER SELVSTÆNDIGE, SMÅ OG MELLEMSTORE VIRKSOMHEDER...; Facebook Pernille Vermund; verfügbar unter: https://www.facebook.com/113158773469624/posts/399384534847045 (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Vermund 2020, 25. Juli: Ministre skal under alle omstændigheder fortælle sandheden...; Facebook Pernille Vermund; verfügbar unter: https://www.facebook.com/113158773469624/posts/284069146378585 (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Vermund 2020, 29. Mai: VI SKAL IKKE LUKKES INDE UDEN GRUND Jeg vil ikke leve mit liv efter en socialdemokratisk målestok, hvor tillid måske er godt, men kontrol er meget bedre....; Facebook Pernille Vermund; verfügbar unter: https://www.facebook.com/113158773469624/posts/243167293802104 (letzter Zugriff: 19.10.2021).

Vestergaard, Lasse S. / Nielsen, Jens / Richter, Lukas / Schmid, Daniela / Bustos, Natalia et al. 2020: Excess All-Cause Mortality During the COVID-19 Pandemic in Europe–Preliminary Pooled Estimates from the EuroMOMO Network 2020. Utilised by the Economist.; in: Eurosurveillance 25 (26); https://doi.org/10.2807/1560-7917.ES.2020.25.26.2001214

Weltbank 2021: Data. Population, total; verfügbar unter: https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL?most_recent_value_desc=true (letzter Zugriff 03.08.2021).

RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN IN ZEITEN DER PANDEMIE

2 DEUTSCHLAND

ENTWICKLUNG DER PANDEMIE

PANDEMIE ALS BELASTUNGSPROBE FÜR DAS GESUNDHEITSSYSTEM

Die Corona-Pandemie hat das deutsche Gesundheitssystem auf eine enorme Belastungsprobe gestellt. Allerdings hat sie andere Länder noch deutlich härter getroffen. In Spanien etwa, wo rund 47 Millionen Menschen leben, liegt die Zahl der bestätigten Infektionen pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland. Ein ähnliches Bild zeigen die Todesfälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner: Dieser Wert beträgt in Deutschland 113, in Spanien dagegen 182.

Der Verlauf der Pandemie entspricht dem der meisten europäischen Staaten: In der ersten Welle im Frühjahr 2020 war die 7-Tage-Inzidenz vergleichsweise niedrig und schwächte sich dann in der Sommerperiode noch deutlich ab. Ab Oktober baute sich die zweite Welle auf: Die 7-Tage-Inzidenz stieg und übertraf die aus dem Frühjahr. Nicht zuletzt auf Grund der ergriffenen Maßnahmen sanken die Ansteckungszahlen etwa ab Februar 2021 signifikant, bevor sie kurz darauf erneut deutlich anstiegen. Erst im Mai 2021 gingen die hohen Werte wieder zurück (Abb. 1).

Die Zahl der Todesfälle innerhalb von sieben Tagen folgte dem Verlauf der 7-Tage-Inzidenz: Bei steigenden Infektionszahlen nahmen mit einer Verzögerung von etwa zwei bis drei Wochen auch die Todesfälle zu. Erst ab März 2021 entkoppelte sich die Entwicklung dieser beiden Werte: Mit der aufkommenden Virusmutation schnellten zwar die Ansteckungszahlen erneut nach oben, die Todeszahlen stiegen aber nicht in gleichem Maße. Diese Entwicklung dürfte darauf zurückgehen, dass besonders in den Risikogruppen die Impfkampagne voranschritt (Abb. 1).

AUCH IN DEUTSCHLAND EINE WICHTIGE MASSNAHME: DER LOCKDOWN

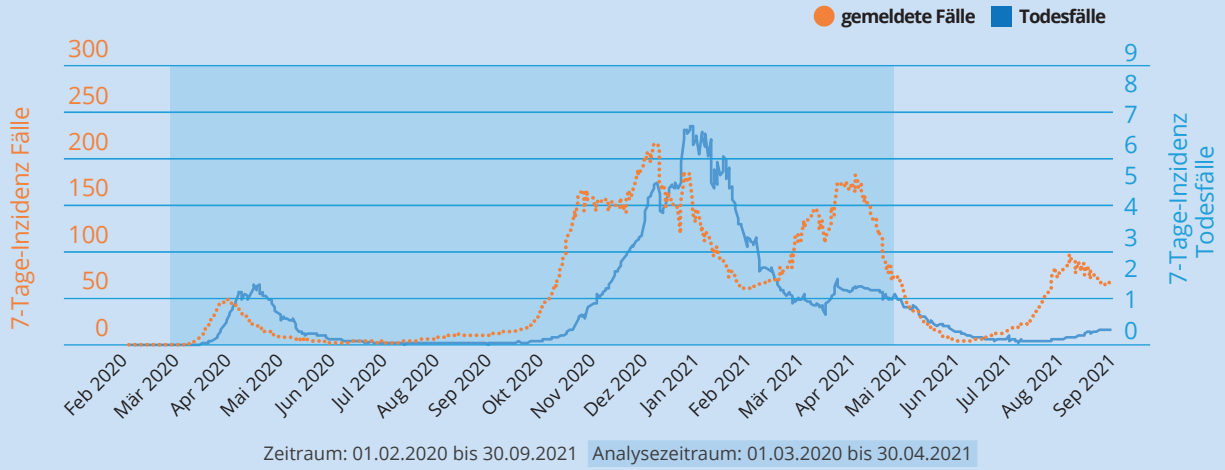
Angesichts der allgemeinen Entwicklung der Pandemie ergriff die deutsche Regierung ab Februar 2020 Maßnahmen, die als ‚Lockdown' bezeichnet wurden. Der erste Lockdown im März 2020 wurde nicht zuletzt unter dem Eindruck der dramatischen Bilder aus Norditalien beschlossen. Der zweite Lockdown trat ab November 2020 als Reaktion auf die erneut ansteigenden Infektionszahlen in Kraft. In der Folge gingen die Zahlen wieder zurück. Jedoch begann ab Februar 2021 eine ansteckendere Mutation

COVID-19-Statistik für Deutschland (Stand: 30. September 2021)

Bevölkerungszahl	83.240.520
Bestätigte Fälle	4.239.773
Bestätigte Fälle pro 100.000	5.093*
Todesfälle	93.715
Todesfälle pro 100.000	113*
Fall-Verstorbenen-Anteil	2,2 %*

*Quellen: Weltbank 2021 & Dong/Du/Gardner 2020 / *Eigene Berechnung*

Abb. 1: 7-Tage-Inzidenzen der gemeldeten Fälle sowie Todesfälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Deutschland



Zeitraum: 01.02.2020 bis 30.09.2021 Analysezeitraum: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quellen: Weltbank 2021 & Dong/Du/Gardner 2020 / Eigene Berechnung

des Virus dominant zu werden, die sich zunächst in Großbritannien ausgebreitet hatte. Deswegen schloss ein dritter Lockdown unmittelbar an den zweiten an.

Bei der politischen Unterstützung der Corona-Maßnahmen zeigte sich ein Muster, das bereits aus den Migrationsdebatten vertraut ist: Die Frage, wie mit den Herausforderungen der Pandemie angemessen umzugehen ist, bildete im Parteiensystem eine Konfliktlinie, bei der auf einer Seite die *Alternative für Deutschland* (AfD) stand und auf der anderen Seite alle anderen im Bundestag vertretenen Parteien. Letztere äußerten sich zwar zum Teil auch kritisch zu den Beschränkungen, im Großen und Ganzen unterstützten sie aber die Regierungspolitik zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Die AfD ihrerseits hatte offenbar zunächst Schwierigkeiten, eine einheitliche und klare Haltung zu entwickeln. Anfangs forderte sie strenge Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung. Doch schon wenig später ging sie dazu über, die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie scharf zu kritisieren, zum Teil in populistischer Weise. Jedoch konnte die Partei nicht an ihre Erfolge anschließen, die sie 2015 mit ihrer Haltung zu Einwanderung erzielt hatte. Das schlug sich nicht zuletzt in den Umfragewerten nieder, die die AfD ab den ersten Berichten über die Ausbreitung des Virus erreichte: Mitte Dezember 2019 lagen ihre Zustimmungswerte bei der Sonntagsfrage noch um 15 Prozent (Infratest dimap 2021a). Ab Februar 2020 sanken sie sukzessive bis auf 9 Prozent im Dezember, bevor sie sich etwa ab Mai 2021 bei 11 bis 12 Prozent einpendelten.

WENIGER VERTRAUEN IN PARTEIEN UND INSTITUTIONEN

Das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen unterlag im Verlauf der Pandemie einem Stimmungswandel. Zwischen dem Sommer 2020 und dem Winter 2020/21 sank das Vertrauen in die Bundesregierung um sieben Prozentpunkte, in die öffentliche Verwaltung um fünf Prozentpunkte und in den Bundestag sowie in die Parteien um jeweils drei Prozentpunkte. (Europäische Kommission 2021: 54, 62, 67, 69). Noch größer war der Einbruch bei den Zustimmungswerten, wenn direkt nach der Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement von Bund und Ländern gefragt wurde: Zu Beginn der Pandemie im April 2020 zeigten sich damit rund 75 Prozent der Befragten zufrieden oder sehr zufrieden; etwa 25 Prozent waren weniger oder gar nicht zufrieden. Ein Jahr später verkehrte sich das Bild ins Gegenteil: Nun waren 79 Prozent der Befragten mit dem Krisenmanagement von Bund und Ländern weniger oder gar nicht zufrieden, und nur noch 19 Prozent der Befragten zeigten sich zufrieden oder sehr zufrieden (Infratest dimap 2021b).

Tab. 1: Relevante politische Parteien in Deutschland

Parteien	Abkürzung	Zugehörigkeit zur Fraktion im EU-Parl.	Politische Ausrichtung	Ergebnisse der letzten Bundestags-wahl (2021)
DIE LINKE	-	GUE/NGL-Fraktion	Sozialismus, demokratisch	4,9 %
Bündnis 90/Die Grünen	-	Grüne/EFA	Ökologie, linksliberal	14,8 %
Sozialdemokratische Partei	SPD	S&D	Sozialdemokratie, progressiv	25,7 %
Freie Demokraten	FDP	Renew Europe	Liberalismus föderalistisch	11,5 %
Christlich Demokratische Union Deutschlands/ Christlich-Soziale Union in Bayern	CDU/CSU	EVP	Christdemokratie, konservativ	18,9 %
Alternative für Deutschland	AfD	ID	Rechtspopulismus, nationalistisch	10,3 %

BEITRÄGE IN SOCIAL MEDIA – CORONA UND MIGRATION IM VERGLEICH

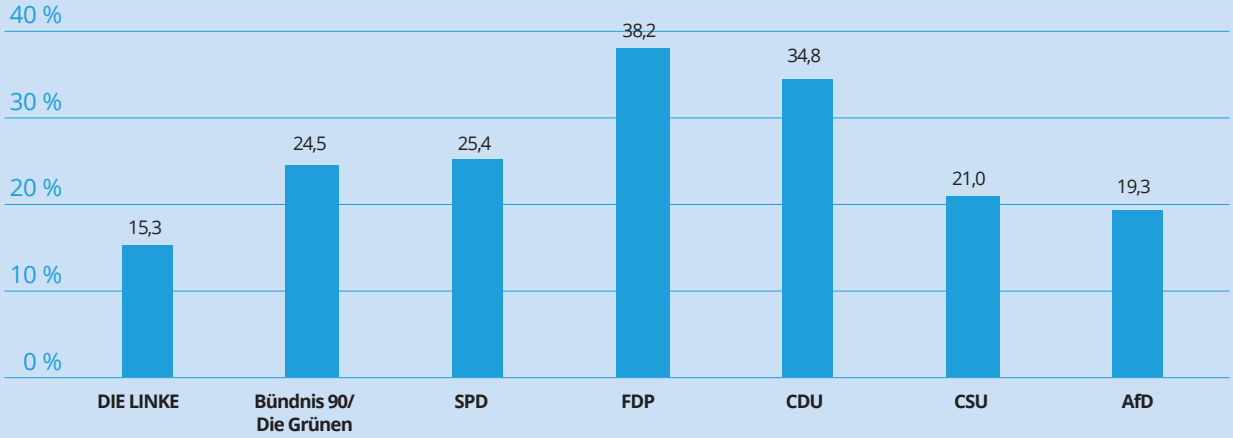
In welchem Maß hat die AfD in den sozialen Medien das Thema COVID-19 aufgegriffen und für ihre Sicht auf den politischen Umgang mit der Pandemie geworben? Aufschlussreich ist hier sowohl ein Vergleich mit den anderen Parteien als auch ein Vergleich mit anderen Themen, die für die AfD erfolgversprechend sind, etwa ihrem bisherigen Gewinnerthema Migration.

In absoluten Zahlen hat die AfD im Analysezeitraum vom 1. März 2020 bis zum 30. April 2021 das Thema Corona in 218 Facebook-Beiträgen behandelt. Damit steht sie von allen hier betrachteten Parteien an dritter Stelle. Einen höheren Wert hat nur die CDU mit 351 Beiträgen und die FDP mit 284 Beiträgen; auf dem vierten Platz folgt die CSU mit 201 Beiträgen. Die Grünen dagegen veröffentlichten in diesem Zeitraum nur 80 Beiträge zu Corona. Diese Rangfolge ist jedoch nur bedingt aussagekräftig, denn die Beiträge zu diesem Thema bilden nur einen Teil der gesamten Facebook-Kommunikation der Parteien. Setzt man die Beiträge über Corona ins Verhältnis zu allen Beiträgen, die die Parteien im Analysezeitraum jeweils gepostet haben (Abb. 2), ändert sich das Bild: In dieser Perspektive hat die AfD das Thema von allen Parteien mit am seltensten behandelt, nämlich nur in etwa 19 Prozent ihrer Beiträge.

MIGRATION BLEIBT FÜR AFD EIN WICHTIGES THEMA

Um einen Eindruck davon zu bekommen, welche Bedeutung die Parteien dem Thema COVID-19 im Verhältnis zu anderen Themen beimessen, wurde zusätzlich für den Zeitraum vom 1. Januar 2019 bis zum 30. April 2021 die Zahl ihrer Facebook-Beiträge zum Thema Migration erhoben. Die absoluten Zahlen zu diesem Thema sind aufgrund der unterschiedlichen Beobachtungszeiträume nicht direkt mit jenen zu COVID-19 vergleichbar. Aufschlussreich sind aber die Unterschiede zwischen den Parteien: Die AfD belegte mit 362 Beiträgen zum Thema Migration bei Weitem den Spitzenplatz. Alle anderen Parteien haben sich mit dem Thema dagegen nur am Rande befasst, etwa die FDP in 46 Beiträgen oder die CDU in 33. Dieses Bild bleibt auch bestehen, wenn man die Zahl der migrationsbezogenen Beiträge zu allen Facebook-Beiträgen der Parteien ins Verhältnis setzt (Abb. 3): Der Anteil

Abb. 2: Anteil coronabezogener Facebook-Beiträge nach Parteien



Analysezeitraum: 01.03.2020 bis 30.04.2021

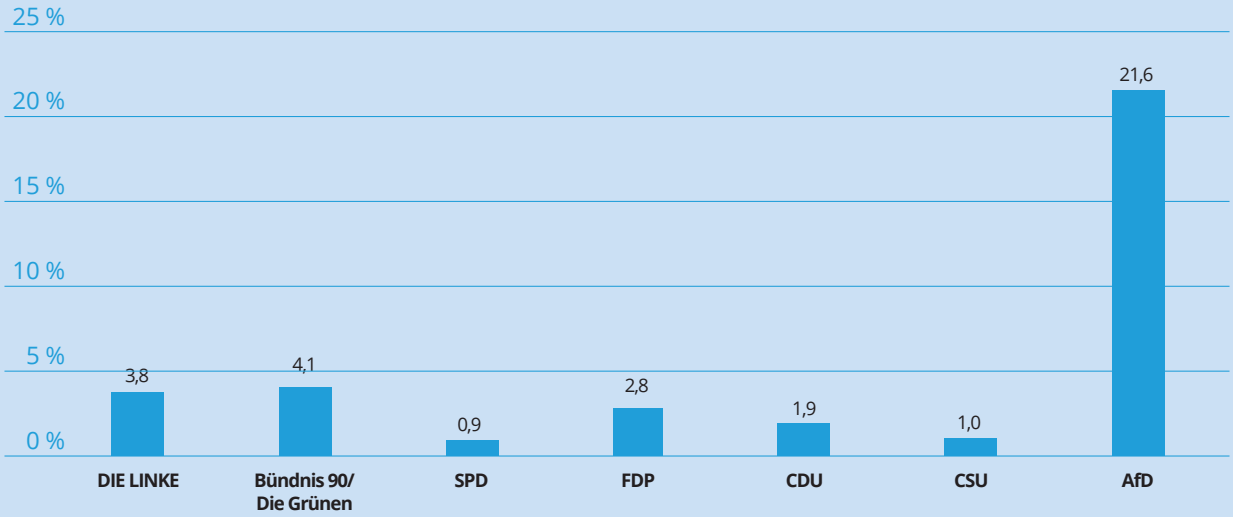
Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

entsprechender Beiträge lag bei allen Parteien (zum Teil weit) unter fünf Prozent, nur bei der AfD erreichte er 21,6 Prozent und lag damit etwas höher als der Anteil ihrer Beiträge zu COVID-19.

GESTEIGERTE AKTIVITÄTEN AUF FACEBOOK

Weiterhin wurde betrachtet, wie sich der Anteil der migrationsbezogenen Beiträge der AfD über den gesamten Beobachtungszeitraum entwickelt hat. Dieser umfasst einen Zeitraum von 14 Monaten vor Corona (1. Januar 2019 bis 29. Februar 2020) und einen Zeitraum von 14 Monaten unter den Bedingungen von Corona (1. März 2020 bis 30. April 2021). Wie die Analyse zeigt, ging der Anteil der Beiträge der AfD zum Thema Migration an allen Beiträgen der Partei nach Ausbruch der Pandemie von 30,1 Prozent auf 17,5 Prozent deutlich zurück (Abb. 4). Das neu hinzugekommene Thema COVID-19 hat das Themenspektrum der AfD zwar erheblich erweitert, erklärt diese Verschiebung aber nicht vollständig. Die absoluten Zahlen weisen auf andere Faktoren hin:

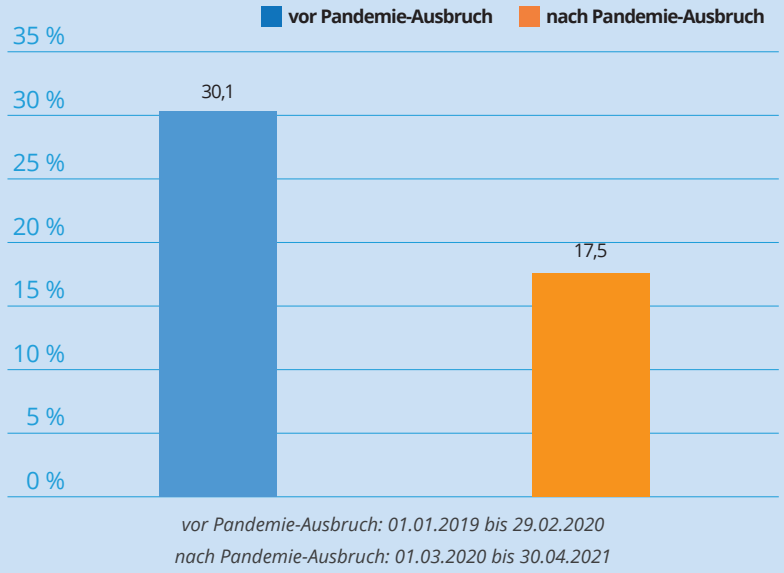
Abb. 3: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge nach Parteien



Beobachtungszeitraum: 01.01.2019 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

Abb. 4: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge der AfD vor und nach Ausbruch der Pandemie



vor Pandemie-Ausbruch: 01.01.2019 bis 29.02.2020
nach Pandemie-Ausbruch: 01.03.2020 bis 30.04.2021

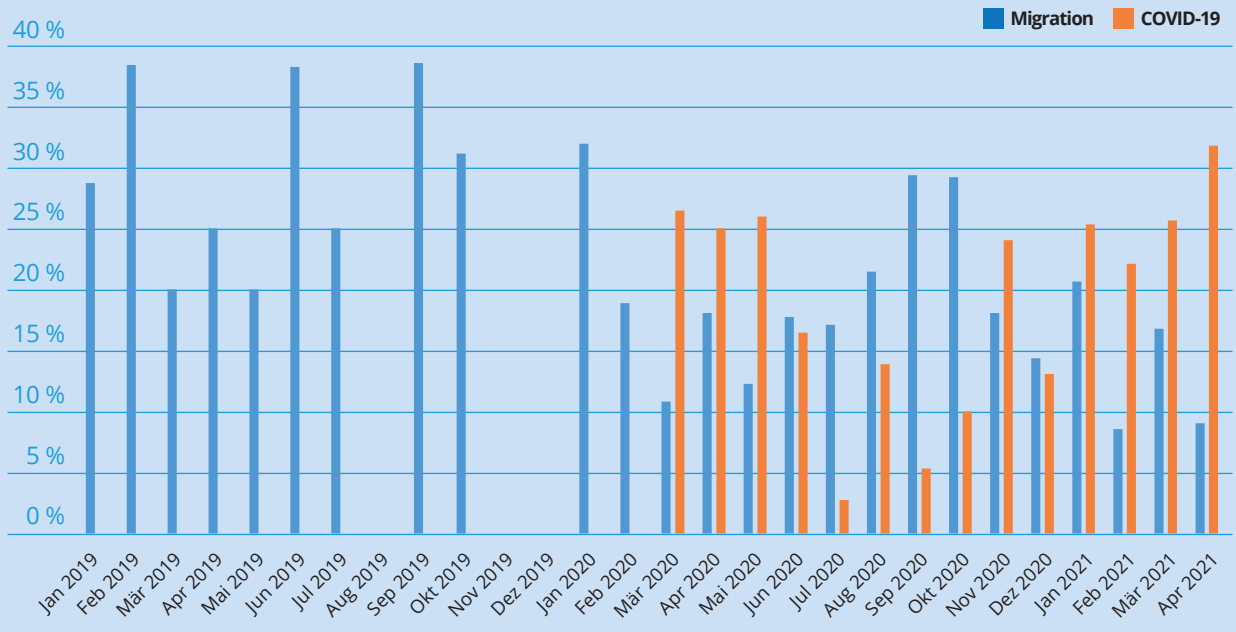
Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

Die AfD veröffentlichte in den 14 Monaten vor der Corona-Pandemie 164 Facebook-Beiträge zum Thema Migration. Im Zeitraum nach dem Ausbruch der Pandemie stieg die Zahl auf 198. Gleichzeitig nahm aber auch die Aktivität der AfD auf Facebook insgesamt massiv zu: Die Zahl ihrer Beiträge stieg von 544 auf 1.130. Diese Faktoren lassen sich mit den vorliegenden Daten nicht erklären. Es erscheint aber plausibel, dass die AfD ihre Strategie der öffentlichen Kommunikation geändert hat.

Angesichts der gestiegenen Facebook-Aktivität der AfD im Beobachtungszeitraum empfiehlt sich ein genauerer Blick darauf, wie sich die Beiträge mit Migrations- und Coronabezug in den beiden Beobachtungszeiträumen über die einzelnen Monate verteilen (Abb. 5). Die Analyse zeigt erstens, dass der Anteil der migrationsbezogenen Beiträge im Februar, Juni und September 2019 über 38 Prozent lag. Nach dem Ausbruch der Pandemie erreichte er solche hohen Werte nicht mehr. In dieser Phase wurden, zum Teil mit deutlichem Abstand, mehr Beiträge mit Coronabezug veröffentlicht. Zweitens waren im Beobachtungszeitraum nach Ausbruch der Pandemie die Zeiten, in denen die AfD mehr Beiträge zu Migration als zu Corona publizierte, die Sommermonate (also die Zeit, als die erste Welle abgeklungen war und die zweite Welle noch weit entfernt schien). Drittens zeigt die Häufigkeit coronabezogener Beiträge deutliche Parallelen zu den öffentlichen Debatten: Die Anteile entsprechender Beiträge waren immer dann besonders hoch, wenn viel über einschränkende Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie diskutiert wurde. Das waren zuletzt vor allem die Monate Januar bis April 2021. In dieser Zeit bezog sich zum Teil bis zu einem Drittel aller AfD-Beiträge auf Corona. Somit liegt die Vermutung nahe, dass die AfD Kritik an den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie im Vorfeld der Bundestagswahl zu einem ihrer zentralen Themen machen wollte.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die AfD auch in Zeiten der Pandemie am Thema Migration festhielt. Sie erweiterte aber ihr Themenspektrum. Corona wurde neben Migration zum zweiten wichtigen Thema der Partei, das phasenweise auch dominierte. Im europaweiten Vergleich liegt die Partei mit den Anteilen ihrer Beiträge zu den beiden Themen im Mittelfeld.

Abb. 5: Anteil migrations- und coronabezogener Facebook-Beiträge der AfD im Zeitverlauf



Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

An diese Befunde schließt nun die Frage an, in welcher Weise die AfD das Thema Corona behandelt hat. Ist sie ihrem Stil der politischen Kommunikation treu geblieben und hat versucht zu polarisieren, oder agierte sie zurückhaltender und sachlicher? Erlauben die Beiträge womöglich auch Rückschlüsse auf die innere Einheit der Partei beim Thema Corona? Dringen beispielsweise vermittelnde Stimmen durch, die darauf schließen lassen, dass es beim Thema Corona in der AfD unterschiedliche Haltungen gibt?

RECHTSPOPULISTISCHE DISKURSE

Die Analyse der Beiträge auf dem Facebook-Account der AfD zeigt nicht nur, dass die Partei einem populistischen Stil verpflichtet bleibt. Innerhalb der coronabezogenen Beiträge offenbart sich auch eine gewisse inhaltliche Vielfalt. Dies beschränkt sich nicht auf den Strategiewechsel, den die AfD vornahm, als sie von der anfänglichen Forderung nach Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung dazu überging, ebenjene Maßnahmen scharf zu kritisieren.

POLARISIERUNG UND EMOTIONALISIERUNG

Der allgemeine Sprachstil, den die AfD in ihrem offiziellen Facebook-Account pflegte, ähnelte mit seiner aggressiven Ausdrucksform zunächst dem anderer rechtspopulistischer Parteien. So bezeichnete sie etwa andere Politikerinnen und Politiker als „globalistisches Establishment“ (AfD 5. Februar 2021), „Dilettantengruppe“ (AfD 9. Februar 2021) und „Fachkräfte für Verbaldiarrhoe“ (AfD 20. Dezember 2020), die den „mühsam erarbeiteten Wohlstand“ und die „Interessen der Deutschen“ auf dem „Altar“ wahlweise einer „hysterischen Klimareligion“ (AfD 12. Juni 2020) oder der EU opferten (vgl. AfD 4. Dezember 2020, AfD 19. April 2020). Ihre Beiträge waren insgesamt durch einen emotionalen Stil gekennzeichnet. Sie sprachen gezielt Ängste, Sorgen und Frustrationen an, die mit der Corona-Krise verbunden sind. Durch komplexitätsreduzierende Schlagwörter wurden Inhalte vereinfacht und mit Nachdruck vorgetragen, konkrete Argumente rückten dagegen in den Hintergrund. Die polarisierende Sprache diente nicht zuletzt auch dazu, die Resonanz und Reichweite der

Beiträge in den sozialen Medien zu erhöhen.[1]

POSITIONSWECHSEL

Bezüglich der Corona-Pandemie positionierte sich die AfD unterschiedlich. Auffällig ist insbesondere, dass sich in der frühen Phase des Pandemiegeschehens ihre Forderungen an die Politik stark veränderten. Das lässt sich gut anhand der „Kolumne" des Parteivorsitzenden Jörg Meuthen nachvollziehen,[2] die auf dem offiziellen Facebook-Account der AfD regelmäßig verlinkt wird: Anfangs wurden in den Beiträgen zur Kolumne noch drastische Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie gefordert, etwa „Deutschland in einen absoluten Minimalbetrieb zu versetzen" (AfD 14. März 2020). Doch bereits ab April 2020 schlug die Argumentation ins Gegenteil um; die dabei verwendeten Ausdrücke reichten von „unverhältnismäßige[r] Corona-Politik" (AfD 6. November 2020) bis zu „Panikmache" und „quasi staatliche[n] Fake News" (AfD 11. Mai 2020). Letzteres bezog sich auf die von der AfD häufiger geäußerte Annahme, dass die Folgen der Regierungsmaßnahmen vergleichsweise schlimmer seien als der Schaden, den das Virus hätte verursachen können:

> *Laut Analyse ist der bereits eingetretene Schaden für die heimische Wirtschaft schon höher und wird der dadurch zu erwartende Verlust an Menschenleben und an Lebenserwartung größer sein, als es durch das Virus selbst überhaupt möglich wäre. Und mit jedem Tag, den die Maßnahmen weiter aufrechterhalten werden, vergrößere sich der Schaden.* (AfD 11. Mai 2020)

Die Abkehr von der Forderung strenger Corona-Schutzmaßnahmen war im Mai 2020 vollzogen. Ab diesem Zeitpunkt postete die AfD vermehrt Beiträge, in denen sie die grundlegenden Freiheitsrechte betonte und sich als Hüterin von Meinungs-, Informations- und Versammlungsfreiheit positionierte. Entsprechend warnte sie in den sozialen Medien auch nicht mehr vor den Gefahren der Corona-Pandemie. Im Gegenteil überwogen im Untersuchungszeitraum deutlich Beiträge, die die Gefahren durch COVID-19 herunterspielten. Ein gängiges Schlagwort war etwa „Corona-Hysterie" (u.a. AfD 18. April 2021).

POPULISMUS ALS MERKMAL DER AFD-KRITIK

Über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg wurde die Kanzlerschaft von Angela Merkel scharf kritisiert, etwa auch mit dem Vorwurf der „Krisenuntauglichkeit" (AfD 28. April 2020) der großen Koalition. Die Kritik der AfD an den Corona-Maßnahmen trug teilweise auch populistische Züge: Die politischen Eliten hätten nicht nur keine Vorstellung vom alltäglichen Leben und den Problemen der normalen Leute, sie gängelten diese auch mit nicht nachvollziehbaren Maßnahmen (vgl. AfD 30. April 2020). Das folgende Beispiel veranschaulicht die populistische Form der Elitenkritik, die die AfD in ihrer Kommentierung der Tagespresse übte: Darin hielt sie dem bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder entgegen, sein Vorwurf der „Unvernunft" offenbare ein mangelndes Verständnis der Lage der Bürger und Bürgerinnen.

---

1 Die AfD ist sich der Bedeutung der Kommunikation in den sozialen Medien sehr bewusst. Das wird im Wahlkampfleitfaden der Partei von 2021 deutlich (vgl. AfD 2021: 48ff.). Dieser betont die Langlebigkeit von Äußerungen im Internet und gibt praktische Tipps zum Verfassen von Beiträgen. Beispielsweise rät er dazu, die Beiträge in den sozialen Medien nach Form und Inhalt zu prüfen und freizugeben (vgl. ebd.). Zudem wird entsprechend der Funktionslogik der Plattformen erklärt, wie Beiträge eine größere Reichweite erlangen und mehr Resonanz erzeugen können. Hier wird eine emotionale und polarisierende Sprache angeraten, aber auch empfohlen, Netzwerke zu bilden, um gegenseitig Likes zu tauschen, die „wichtigste Währung" (AfD 2021: 48) für größere Sichtbarkeit. „Verwenden Sie ‚Triggerwörter': Es gibt eine Vielzahl polarisierender Vokabeln, die, richtig eingesetzt, sofort gute Reichweiten versprechen. Kopftuch, Merkel, Masken-Skandal u. v. m." (AfD 2021: 52). Dabei soll stets darauf geachtet werden, bestimmte qualitative Maßstäbe einzuhalten und „sich selbst als aktiv und positiv darzustellen" (ebd.).

2 Meuthens „Kolumne" erscheint regelmäßig auf seinem Facebook-Account und ordnet aktuelle Fragen aus der Sicht des Parteivorsitzenden der AfD ein (vgl. Meuthen 2021).

> *Aha – die Bürger, die ihr altes Leben zurückhaben wollen und zunehmend weniger an die große Bedrohung durch Corona glauben, sind also ‚unvernünftig' – eine Aussage, die stellvertretend ist für all die anderen uns hier schon viel zu lange Regierenden, die offenbar Gefallen am jederzeit überprüfbaren Gehorsam ihrer Untertanen gefunden haben.* (AfD 12. September 2020)

In populistischer Manier inszenierte sich die AfD als Sprachrohr derjenigen, die nicht gehört würden: Unter dem Aufruf „Eure Stimme gegen den Lockdown!" (AfD 6. November 2020) warb sie um Zuschriften und weitere Beiträge gegen Regierungsmaßnahmen und versprach: „Wir geben denen eine Stimme, die von der Politik nicht beachtet werden." (ebd.)

SACHLICHKEIT UND EXPERTOKRATIE

Obwohl die AfD sich populistischer Argumentationsfiguren bediente, bemühte sie sich doch zumeist, Sachlichkeit zu vermitteln. So forderte sie neben der Beendigung des Lockdowns auch, zur Bekämpfung der Pandemie die Gesundheits- und Krankenhausinfrastruktur auszubauen und zu stärken sowie Risikogruppen zu schützen (vgl. u.a. AfD 25. März 2021a). Um Regierungsmaßnahmen zu delegitimieren, kritisierte sie häufig die Art und Weise, wie sie zustande gekommen waren. So forderte sie etwa, die Regierung müsse neben den angehörten Experten und Expertinnen auch davon abweichende Meinungen einbeziehen (vgl. u.a. AfD 6. April 2021). Mit dieser Strategie konnte sie Expertisen hinterfragen, die die Regierungsmaßnahmen stützten, ohne wissenschaftliche Erkenntnis als Entscheidungsgrundlage des Regierungshandelns grundsätzlich infrage zu stellen.

Den Vorwurf, nützliche Expertise zu missachten und sogar bestimmte Expertenmeinungen gezielt auszublenden, richtete die AfD auch ganz allgemein an die Medien: Sie kritisierte, dass „unzählige Experten-Stimmen […] kaum in den Medien vorkommen und von der Politik systematisch ignoriert" würden (ebd.). Die AfD sei die einzige Partei, die diesen Stimmen zur Geltung verhelfe.

Die AfD pflegte jedoch ihrerseits auch einen strategischen Umgang mit Expertenmeinungen, wenn sie etwa von „echte[n] Experten" sprach:

> *Kritiker mahnen längst, dass stattdessen andere Indikatoren heranzuziehen sind! Davon will die Endlos-Kanzlerin aber nichts hören – wie immer, wenn echte Experten ihre Meinung nicht bestätigen wollen. Da zerstört Merkel lieber unser Land noch weiter mit ihrem drohenden Lockdown-Automatismus.* (AfD 17. April 2021)

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE POSITIONIERUNG

Mit Blick auf den wirtschaftspolitischen Ansatz der AfD im Kontext der Pandemie zeigt sich, dass dieser vor allem zu Beginn der Pandemie interventionistische Maßnahmen umfasste. So forderte etwa das Spitzenkandidaten-Duo Tino Chrupalla und Alice Weidel im März 2020 ein 5-Punkte-Sofortprogramm (AfD 18. März 2020). Nur eine Woche später schlug Chrupalla den Deutschland-Pakt vor (AfD 25. März 2020a). Die AfD ist wirtschaftspolitisch uneinig (vgl. Becker/Eberhardt/Kellershohn 2019). Insofern überrascht es wenig, dass diese Forderungen vorsichtig formuliert waren und die AfD darauf verwies, dies könnten nur äußerst kurzfristige Ansätze sein, die alsbald zurückgenommen werden müssten. Jörg Meuthen etwa bestritt nicht, dass die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung sinnvoll sind, er betonte aber, bei einem solchen „planwirtschaftliche[n] Eingriff" (AfD 28. März 2020) sei Kürze geboten. Daneben erhob die AfD prozesspolitische Forderungen, die auf den Schutz der Unternehmen zielten, etwa die Insolvenzantragspflicht weiter auszusetzen (vgl. AfD 26. April 2021) oder

eine Möglichkeit zur Stundung der Sozialversicherungsbeiträge[3] parlamentarisch zu beschließen (AfD 18. April 2021). Auch bei Plädoyers für die Rücknahme von Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung wurden die Interessen der Wirtschaft betont. Dabei wurden häufig auch die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen rhetorisch einbezogen:

> *Und es garantiert uns damit auch die Möglichkeit, uns wirtschaftlich zu betätigen, um damit ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Das gilt für Arbeitnehmer wie Unternehmer. Das gilt beispielsweise für den Kellner im Restaurant wie auch für den Inhaber dieses Restaurants.* (AfD 30. April 2020)

POPULISMUS: EU-KRITIK UND ‚GREAT RESET'

Besonders stark kritisiert wurde der Wiederaufbaufonds der EU: Damit würden unter dem Vorwand der Corona-Hilfe Eurobonds eingeführt, und Deutschland müsse künftig für die Schulden anderer Länder aufkommen, meinte u.a. Jörg Meuthen (AfD 20. Mai 2020). Der thüringische Landesvorsitzende Björn Höcke bezeichnete die EU als „teures Hobby" (Höcke 24. März 2020). Mit dieser Argumentationsfigur reihte sich die AfD in einen populistischen Diskurs ein, den bereits andere rechtspopulistische Parteien in Europa geführt hatten. In diesem Diskurs wurden Nationalismus und Populismus miteinander verknüpft: Ein gängiger Vorwurf war etwa, ‚Brüssel' missbrauche die Pandemie, um die nationale Souveränität zu untergraben und neue supranationale Maßnahmen durchzusetzen. Ein Schlagwort für diese Anschuldigung war „Great Reset"[4] (Höcke 18. Mai 2021, von Storch 12. Februar 2021). Dieser Begriff bezeichnet ein Narrativ, wonach die Reichen und Mächtigen dieser Welt Krisen wie die Corona-Pandemie erzeugen und als Vorwand nutzen, um das Wirtschaftssystem vollständig umzugestalten. „Die Agenda des Great Reset ist eine Bedrohung für die Grundrechte, die Demokratie und die Soziale Marktwirtschaft. Sie ist in sich totalitär und freiheitsfeindlich." (von Storch 12. Februar 2021)

MEHR LIKES BEI MIGRATIONSBEZUG

Schließlich fällt ins Auge, dass die Beiträge der AfD zu COVID-19 in den sozialen Medien eine recht geringe Reichweite hatten: Die Partei erzielte damit weniger Likes, weniger geteilte Beiträge und weniger Kommentare als durchschnittlich bei Beiträgen zu anderen Themen. Dies änderte sich jedoch, sobald das Thema Corona mit Fluchtmigration in Verbindung gebracht wurde (Fiedler 2020). Zwei Argumentationsmuster spielten in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle: Zum einen erschienen Zugewanderte und Menschen mit Migrationsgeschichte als Gesundheitsgefahr: Es wurde suggeriert, dass man sich bei diesen Menschen eher anstecken könne. Entsprechend wurde als ein zentrales Mittel zur Bekämpfung der Pandemie propagiert, die Landesgrenzen zu schließen und damit einhergehend die Freizügigkeit und die EU-Binnenmigration einzuschränken. Chrupalla erachtete diese Beschränkung als „über die Virus-Bekämpfung hinaus sinnvoll" (AfD 10. Juni 2020). Weitere Beiträge erweckten den Eindruck, Asylsuchende würden sich nicht an die Regeln zur Bekämpfung der Pandemie halten. Dort hieß es beispielsweise: „Kontaktverbot ist auch zu Eurem Schutz, liebe ‚Flüchtlinge'!" (AfD 25. März 2020b)

3 In Übereinstimmung mit den Maßnahmen der Bundesregierung hatte der GKV-Spitzenverband bereits zum 25. März 2020 eine vereinfachte Regelung geschaffen, um Sozialversicherungsbeiträge zu stunden (vgl. Bundestag 2021a). Einen Antrag der AfD-Fraktion, dies gesetzlich festzuschreiben, lehnten die anderen Fraktionen jedoch ab mit Verweis auf die bestehende Regelung und dem Hinweis, eine solche Maßnahme dürfe nur das letzte Mittel sein (vgl. Bundestag 2021b).

4 Der Begriff ‚Great Reset' trat auf dem Facebook-Account der AfD im Untersuchungszeitraum nur in Bildcollagen auf. Vereinzelt argumentierten aber Politikerinnen und Politiker auf Landes- und Bundesebene damit. Außerhalb des Untersuchungszeitraums verwies die AfD in ihrem Facebook-Account etwa am 23. Mai 2021 auf einen Podcast mit dem Thema „‚The Great Reset' – das Weltwirtschaftsforum will die weltweite Corona-Hysterie für einen kompletten Neustart von Wirtschaft und Gesellschaft nutzen. Ein System nur nach dem Geschmack der Wirtschaftseliten? ‚Nicht mit uns'" (vgl. AfD 23. Mai 2021).

Das zweite Argumentationsmuster verfolgte eine antiglobalistische Elitenkritik: Den globalistisch gestimmten Eliten wurde vorgeworfen, sie stellten in der Pandemie die Interessen der Zugewanderten über die der Einheimischen. Die AfD spielte die beiden Gruppen etwa am Beispiel der Finanzpolitik gegeneinander aus: Um die pandemiebedingten Mehrausgaben zu decken, sollten staatliche Aufwendungen für die „Asylindustrie" beendet werden (vgl. u.a. AfD 25. August 2020). Meldungen über Sozialbetrug durch Menschen vermeintlich nichtdeutscher Herkunft wurden aufgegriffen und mit der Forderung verbunden, die betreffenden Personen auszuweisen (vgl. AfD 28. Juni 2020a). Gelegentlich wurden die beiden Argumentationsmuster auch miteinander verknüpft, etwa in dem Slogan „Abschiebungen statt Alkoholverbote!" (AfD 28. Juni 2020b). Dieser unterstellte, dass das Verbot des Alkoholkonsums auf öffentlichen Plätzen, das Einheimische als einschneidend empfinden könnten, als Maßnahme zur Verringerung von Kontakten womöglich unnötig wäre, wenn zu Unrecht Eingewanderte – denen mangelnde Regeltreue und damit ein höheres Risiko zur Verbreitung des Virus unterstellt wurde – abgeschoben würden.

In dem Versuch, über die Verknüpfung der Themen Corona und Migration die Reichweite ihrer Beiträge zu erhöhen, ging die AfD so weit, die Mortalität von COVID-19 mit von Asylsuchenden verübten Terroranschlägen zu vergleichen:

> *Das muss enden, und zwar sofort – wenn es im Rahmen der Bekämpfung von Corona heißt, alle Maßnahmen seien gerechtfertigt, wenn sie auch nur dazu beitragen, ‚ein einziges Leben zu retten', dann sind nun mit gleichem Argument endlich die europäischen und deutschen Grenzen gegen jede weitere illegale Einwanderung zu sichern.* (AfD 2. November 2020)

Wie weit eine solche Haltung bis in die sogenannten gemäßigten Teile der Partei verbreitet ist, zeigt sich am Autor dieser Zeilen: Sie stammen von Jörg Meuthen, der selbst nicht dem äußeren rechten Rand der Partei zugeordnet werden möchte.

AUSBLICK

Die AfD konnte die Corona-Pandemie nicht im gleichen Maße politisieren, wie es ihr nach 2015 beim Thema Migration gelungen war. Das hängt zunächst mit ihrer uneindeutigen Außenkommunikation zusammen: Anfangs kritisierte sie die Regierung für zu zögerliches Handeln und forderte beherztere Maßnahmen, um die Pandemie einzudämmen und die Bevölkerung vor dem Virus zu schützen. Als die Bundestagswahl näher rückte, präsentierte sich die Partei dann zunehmend als entschiedene Gegnerin der Schutzmaßnahmen, die aus ihrer Sicht kaum nützten und die Freiheitsrechte der Bevölkerung in unverhältnismäßiger Weise einschränkten. Innerhalb der AfD blieben jedoch zu Schlüsselfragen der Pandemie unterschiedliche Haltungen bestehen, etwa zur Frage des Impfens: Während Teile der Parteispitze sich öffentlich dazu bekannten, geimpft zu sein, beteiligten sich andere an den Protesten der impfkritischen ‚Querdenker', die sie in ihren Verlautbarungen, nicht zuletzt über die einschlägigen Kanäle in den sozialen Medien, befeuerten und unterstützten. Dadurch konnte sich die AfD beim Thema COVID-19 kaum als entschiedene und kraftvolle Opposition zu den sogenannten Altparteien profilieren.

Das Thema COVID-19 wird die AfD voraussichtlich weiterhin beschäftigen. Für innerparteiliche Konflikte könnte etwa die Frage sorgen, wie mit den Impfungen umzugehen ist oder auch mit der sogenannten Querdenken-Bewegung und den damit verbundenen Gruppierungen. Letztere Frage birgt ein doppeltes Risiko: Einerseits besteht zwischen der AfD und den ‚Querdenkern' auch Konkurrenz um öffentliche Aufmerk-

samkeit, Protestmobilisierung und Zustimmung in der Wählerschaft.[5] Andererseits ist nicht ganz auszuschließen, dass eine erneute Verschärfung der Pandemielage die Geschlossenheit der Partei in einem strikten Oppositionskurs infrage stellen würde. Zudem vermitteln Debatten im Umfeld der AfD eine gewisse Unsicherheit darüber, wie mit dem breiten Spektrum der Teilnehmenden an Corona-Protesten umzugehen sei. Es erscheint für die Partei keineswegs ausgemacht, dass diese heterogene Masse aus Vertreterinnen und Vertretern von Verschwörungsideologien, Impfskepsis, Esoterik, Rechtsextremismus, Hooligans und Reichsbürgerbewegung sich unproblematisch ansprechen und steuern ließe, weder im Sinne der neuen Rechten noch im Sinne einer parlamentarischen Systemopposition (vgl. u.a. Sellner 2020; Sommerfeld 2020; RND 2021).

Unabhängig davon, ob die AfD beim Thema Corona innerparteiliche Geschlossenheit wahren wird, ist zu erwarten, dass sie sich auch wieder anderen Themen zuwendet. So bietet die steigende Zahl von Geflüchteten, die über die Belarus-Route kommen, einen Anlass, um das erfolgversprechende Thema Migration erneut aufzugreifen. Auch die Ausrichtung der künftigen Regierung in gesellschaftspolitischen und ökologischen Fragen könnte der AfD genügend Ansatzpunkte der Mobilisierung bieten. Identitäts- und Klimapolitik bergen für die zweitgrößte Oppositionspartei im 20. Deutschen Bundestag vielfältiges Potenzial, um sich zu profilieren.

5 Die Querdenken-Bewegung war mit der ihr nahestehenden Partei „dieBasis“ auch bei der Bundestagswahl 2021 vertreten, und es ist davon auszugehen, dass sich ihre Wählerschaft mit der der AfD überlappt (siehe Bericht Sachsen). Die AfD bezog sich in ihren Facebook-Beiträgen nur sehr selten konkret auf die Querdenken-Bewegung, und in solchen Fällen distanzierte sie sich zum Teil auch davon (AfD 29. März 2021). Zugleich machen entsprechende Berichte deutlich, dass Angehörige der AfD auf Querdenken-Demonstrationen anwesend waren (AfD 15. November 2020). Gerade in den ersten Monaten der Pandemie bezog sich die Partei grundsätzlich positiv auf die Proteste „zehntausende[r] Bürger“ und klagte über eine Diskreditierung diese Proteste durch die Medien (AfD 13. Mai 2020).

LITERATUR

AfD 2020, 14. März: Der Blick nach Italien mit bislang über 1.200 Corona-Toten...; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/3050091788354473 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2020, 18. März: Angesichts des sich immer schneller ausbreitenden...; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/3060081194022199 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2020a, 25. März: Tino Chrupalla: Wir brauchen einen Deutschland-Pakt; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/3077573402272978 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2020b, 25. März: Kontaktverbot ist auch zu Eurem...; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/alternativefuerde/posts/3076955309001454/ (letzter Zugriff: 04.11.2021).

AfD 2020, 28. März: Unser Bundessprecher Prof. Dr. Jörg Meuthen geht in...; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/3083258625037789 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2021, 18. April: Ausgabe 15/21 unseres Podcasts - jetzt reinhören...; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/4194857180544589 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2020, 19. April: Der mittlere Italiener besitzt ein Gesamtvermögen nach...; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/3223783894318594 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2020, 28. April: Die Alternative für Deutschland spricht sich für die sofortige...; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/3164069073623410 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2020, 30. April: Wir brauchen JETZT den Weg zurück in die Normalität; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/watch?v=260951764956781 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2020, 11. Mai: Laut Analyse ist der bereits eingetretene Schaden...; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/3199211323442518 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2020, 13. Mai: Die Proteste der Bevölkerung gegen die Beschneidung; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/3204206206276363 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2020, 20. Mai: Der mittlere Italiener besitzt ein Gesamtvermögen nach Abzug...; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/3223783894318594 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2021: 23. Mai: 7 Tage Deutschland – Ausgabe 20/21 des AfD-Wochenendpodcasts...; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/alternativefuerde/posts/4298639653499674 (letzter Zugriff: 04.11.2021).

AfD 2020, 10. Juni: Grenzkontrollen weiterhin sinnvoll; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/3279570268739956 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2020, 12. Juni: Unser Bundessprecher Prof. Dr. Jörg Meuthen zeigt Merkel...; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/3286804258016557 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2020a, 28. Juni: Nordrhein-Westfalen: Schon wieder! Kriminelle Clans sollen Corona-Hilfen abgezockt haben; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/3323814020982247 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2020b, 28. Juni: Abschiebung statt Alkoholverbote; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/3323691357661180 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2020, 25. August: AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla...; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/3514242171939430 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2020, 12. September: Zweifeln auch Sie am Sinn der allgegenwärtigen Maskenpflicht; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/alternativefuerde/posts/3572972736066373 (letzter Zugriff: 04.11.2021).

AfD 2020, 2. November: Nach den jüngsten Gewalttaten auf unserem Kontinent...; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/3736520776378234 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2020, 6. November: AUFRUF: Eure Stimme gegen den Lockdown; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/3748058608557784 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2020, 15. November: Ausgabe 21 unseres Podcasts - jetzt reinhören; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/3768745349822443 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2020, 4. Dezember: Es wird immer absurder und verrückter...; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/3827991167231194 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2020, 20. Dezember: Ausgerechnet die „Grün*In" Baerbock fühlt sich nun reif fürs Kanzleramt...; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/3869673326396311 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2021, 5. Februar: 1 Jahr Kemmerich-Wahl: Merkel agierte wie eine Autokratin; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/3992868847410091 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2021, 9. Februar: Ausgabe 01/21 unseres Podcasts - JETZT reinhören; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/3917681804928796 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2021, 25. März: Klinikleiter befürchtet 40.000 zusätzliche Krebs-Tote wegen verfehlter Corona-Politik; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/4126241134072861 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2021, 29. März: Beim Auftritt unseres Bundessprechers...; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/4137512739612367 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2021, 6. April: Aufgedeckt: Nein, Intensivstationen droht KEINE Corona-Überlastung; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/4165678756795765 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2021, 17. April: Merkels idiotische Inzidenz-Fixiertheit ist...; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/4196990083664632 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2021, 18. April: Ausgabe 15/21 unseres Podcasts - jetzt reinhören; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/4194857180544589. (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2021, 26. April: Arbeitsplätze mit VERNÜNFTIGER Corona-Politik erhalten; Facebook AfD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/540404695989874/posts/4223827484314225 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

AfD 2021: Deutschland aber normal – Leitfaden Bundestagswahlkampf; verfügbar unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2021/06/20210630_Wahlkampfleitfaden_2021.pdf
(letzter Zugriff: 04.11.2021).

Becker, Andrea / Eberhardt, Simon / Kellershohn, Helmut 2019: Zwischen Neoliberalismus und völkischem ‚Antikapitalismus'. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten; UNRAST Verlag, Münster.

Bundestag 2021a: Pandemiebedingte vereinfachte Stundung von Sozialversicherungsbeiträgen; verfügbar unter: https://www.bundestag.de/resource/blob/833804/28726db7e8172ea6e9760b0d54df30e0/WD-6-018-21-pdf-data.pdf (letzter Zugriff: 04.11.2021).

Bundestag 2021b: Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales - Drucksache 19/28502; verfügbar unter: https://dserver.bundestag.de/btd/19/285/1928502.pdf (letzter Zugriff: 04.11.2021).

Dong, Ensheng / Du, Hongru / Gardner, Lauren 2020: An Interactive Web-Based Dashboard to Track COVID-19 in Real Time; in: The Lancet Infectious Diseases 20 (5), S. 533-534. doi: 10.1016/S1473-3099(20)30120-1

Europäische Kommission 2021: Standard Eurobarometer 94, Winter 2020-2021: Public Opinion in the European Union, Annex; verfügbar unter: https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=76407 (letzter Zugriff: 11.11.2021).

Fiedler, *Maria* 2020, 4. April: Warum die AfD in der Corona-Krise an Reichweite verliert; Tagesspiegel; verfügbar unter: https://www.tagesspiegel.de/themen/agenda/die-wutmaschine-funktioniert-nicht-mehr-warum-die-afd-in-der-corona-krise-an-reichweite-verliert/25720228.html (letzter Zugriff: 01.11.2021).

Höcke, *Björn* 2020, 24. März: Sowohl in der Corona-Krise, als auch in...; Facebook Björn Höcke; verfügbar unter: https://www.facebook.com/1424631334444815/posts/2596142393960364 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

Höcke, *Björn* 2021, 18. Mai: Vogelgrippe, Eurokrise, Migrationskrise, Coronakrise, Great Reset...; Facebook Björn Höcke; verfügbar unter: https://www.facebook.com/1424631334444815/posts/2941279629446637 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

Infratest Dimap 2021a: Sonntagsfrage Bundestagswahl; verfügbar unter: https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/
(letzter Zugriff: 02.11.2021).

Infratest Dimap 2021b: ARD-DeutschlandTREND April 2021; verfügbar unter: https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2021/april/ (letzter Zugriff: 04.11.2021).

Meuthen, Jörg 2021: Liebe Leser, kennen Sie das...; Facebook Prof. Dr. Jörg Meuthen; verfügbar unter: https://www.facebook.com/Prof.Dr.Joerg.Meuthen/ (letzter Zugriff: 04.11.2021).

RND 2021, 20. Juli: AfD-Fraktionschef Gögel distanziert sich von Querdenken-Bewegung; Redaktionsnetzwerk Deutschland; verfügbar unter: https://www.rnd.de/politik/querdenken-afd-fraktionschef-bernd-goegel-distanziert-sich-von-bewegung-3GEBPPGQJZ74XA37EKTXWDBPEU.html (letzter Zugriff: 01.11.2021).

Sellner, *Martin* 2020: Wer war schuld am „Reichstagssturm"; in: Sezession, 1. September 2020; verfügbar unter: https://sezession.de/63298/wer-war-schuld-am-reichstagssturm (letzter Zugriff: 01.11.2021).

Sommerfeld, *Caroline* 2020: Ein anderer Kampf; in: Sezession, 2. September 2020; verfügbar unter: https://sezession.de/63310/ein-anderer-kampf (letzter Zugriff: 01.11.2021).

Storch von, Beatrix 2021, 12. Februar: Alljährlich treffen sich die Vertreter der Großkonzerne...; Facebook Beatrix von Storch; verfügbar unter: https://www.facebook.com/100044385937879/posts/265165801639616 (letzter Zugriff: 01.11.2021).

Weltbank 2021: Data. Population, total; verfügbar unter: https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL?most_recent_value_desc=true (letzter Zugriff 03.08.2021)

RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN IN ZEITEN DER PANDEMIE

3 FRANKREICH

ENTWICKLUNG DER PANDEMIE

Frankreichs Erfahrungen mit der COVID-19-Pandemie ähneln denen vieler westeuropäischer Nachbarländer. Der erste COVID-19-Fall wurde dort am 24. Januar 2020 gemeldet, und den ersten Todesfall durch das Coronavirus verzeichnete Frankreich am 26. Februar 2020. Als im benachbarten Italien die Zahl der Infizierten zunahm und sich auch im eigenen Land ein Anstieg abzuzeichnen begann, ergriff die französische Regierung unter Präsident Emmanuel Macron Anfang März erste, relativ leichte Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus. Dazu gehörten das Verbot großer Versammlungen, die Bevorratung mit Gesichtsmasken und die Schließung der alljährlichen Landwirtschaftsmesse (Balonge/Hubé 2021). Vor dem Hintergrund der steigenden Fallzahlen hielt Macron am 12. März seine erste Fernsehansprache zur Lage Frankreichs in Bezug auf das Virus. Am 16. März wandte er sich erneut an das französische Volk: Er verglich die Lage mit einem ‚Krieg' und kündigte einen strengen Lockdown für den nächsten Tag an.[1]

VIER PANDEMIEWELLEN UND DREI LOCKDOWNS

Trotz dieser ersten Maßnahmen breitete sich das Virus schnell in ganz Frankreich aus. Macron verlängerte den anfänglichen Lockdown bis zum 22. Mai, danach wurden die Beschränkungen gelockert. Nach einem relativ entspannten Sommer stiegen die Fälle im folgenden Herbst wieder an. Am 30. Oktober wurde in Frankreich erneut für längere Zeit (diesmal jedoch nur teilweise) ein Lockdown verhängt. Obwohl im Winter die Zahl der Fälle und Todesfälle in Frankreich zurückging, stieg in den ersten Monaten des Jahres 2021 die Besorgnis über neue Varianten des Virus. Die Regierung vermied zwar zunächst einen weiteren Lockdown, doch Ende März waren die Krankenhäuser erneut überlastet, so dass Schulen und nicht lebensnotwendige Geschäfte geschlossen werden mussten. Obwohl das französische Impfprogramm langsam an Fahrt aufnahm, stellte das

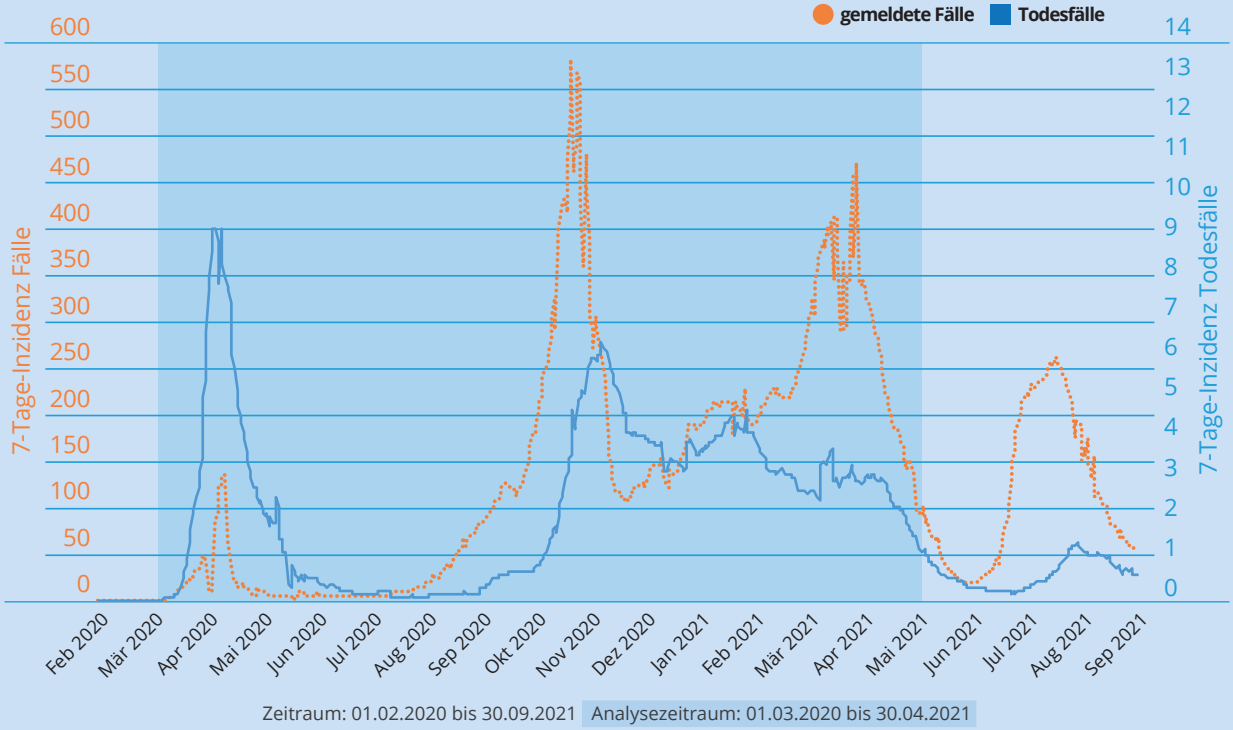
COVID-19-Statistik für Frankreich (Stand: 30. September 2021)

Bevölkerungszahl	67.391.580
Bestätigte Fälle	7.106.028
Bestätigte Fälle pro 100.000	10.544*
Todesfälle	117.474
Todesfälle pro 100.000	174*
Fall-Verstorbenen-Anteil	1,7 %*

*Quellen: Weltbank 2021 & Dong/Du/Gardner 2020 / *Eigene Berechnung*

1 Macron ließ dieser Ankündigung in den folgenden Tagen mehrere Fernsehansprachen folgen. Darin rechtfertigte er die Politik seiner Regierung, die u. a. die Schließung der internationalen Grenzen, das Verbot von nicht unbedingt notwendigen Ausflügen (mit der Möglichkeit einer Geldstrafe), die Unterstützung von Kleinunternehmen mit wirtschaftlicher Hilfe und von Beschäftigten im Gesundheitswesen mit Ausrüstung und Unterkunft sowie die Einberufung von zwei wissenschaftlichen Ausschüssen zur Beratung der Regierung umfasste (Rozenblum 2021).

Abb. 1: 7-Tage-Inzidenzen der gemeldeten Fälle sowie Todesfälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Frankreich



Quellen: Weltbank 2021 & Dong/Du/Gardner 2020 / Eigene Berechnung

Vordringen der Delta-Variante des Virus im Sommer 2021 eine sehr reale neue Bedrohung für die Franzosen dar (vgl. Abb. 1). Daher verfügte Macron am 12. Juli, dass die Impfung für Beschäftigte in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen obligatorisch sein wird. Außerdem kündigte er die Einführung von Gesundheitspässen (Nachweis eines negativen Tests oder einer Impfung) für die Allgemeinheit an, um eine Reihe von öffentlichen Gebäuden betreten zu dürfen (Le Monde 2021).

KONSTANTE POLITISCHE UNTERSTÜTZUNG, ABER UNTERSCHIEDLICHE BEWERTUNG DES KRISENMANAGEMENTS

Die Unterstützung für Macron blieb während der Pandemie relativ konstant. Während seine Partei *La République en Marche!* bei den Kommunalwahlen (15. März und 28. Juni 2020) sowie bei den Regionalwahlen (20. und 27. Juni 2021) schlecht abschnitt, blieben die Umfragewerte für die Präsidentschaftswahlen 2022 stabil. Sowohl Macron als auch Marine Le Pen von der Partei *Rassemblement National* (ehemals *Front National*) haben ihren Status als potentielle Gegner in einer Stichwahl beibehalten, sie bewegen sich in Umfragen bei etwa 25 Prozent (Politico 2021). Während die Unterstützung für Macron konstant zu sein scheint, spiegelt die Bewertung des Umgangs der Regierung mit der Krise eine gemischte öffentliche Stimmung wider: Mitte April 2020 waren 56,7 Prozent der Befragten entweder 'nicht sehr' oder 'überhaupt nicht' zufrieden (Brourd/Foucault 2020). Generell ist das Vertrauen in die französische Regierung und in die EU zwischen Sommer und Winter 2020 gestiegen, liegt jedoch weiterhin unter dem EU-Durchschnitt (Europäische Kommission 2021: 67, 71). Auch zeigten sich die Französinnen und Franzosen während der Pandemie konstant zufrieden mit der Funktionsweise der Demokratie, auch wenn die Zufriedenheit ebenfalls etwas unter dem EU-Durchschnitt liegt (ebd.: 249ff.). Nichtsdestotrotz hat die Partei Rassemblement National ihre Unzufriedenheit mit dem Umgang der Regierung mit der Pandemie immer wieder öffentlich zum Ausdruck gebracht.

Tab. 1: Relevante politische Parteien in Frankreich

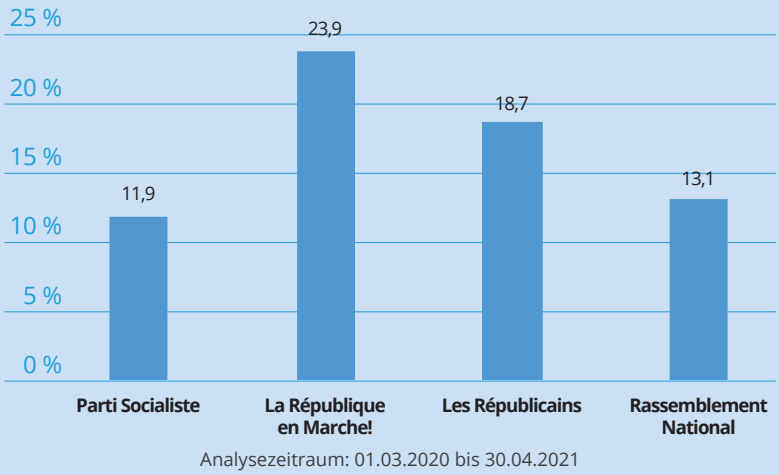
Parteien	Abkürzung	Zugehörigkeit zur Fraktion im EU-Parl.	Politische Ausrichtung	Ergebnisse der letzten Parlaments-wahl (2017)
Parti Socialiste	PS	S&D	Sozialdemokratie, sozialistisch	6 %
La République en Marche!	LaREM	Renew Europe	Liberalismus, konservativ	24 %
Les Républicains	LR	EPP	Konservativismus, wirtschaftsliberal	20 %
Rassemblement National	RN	ID	Rechtspopulismus, nationalistisch	21 %

BEITRÄGE IN SOCIAL MEDIA – CORONA UND MIGRATION IM VERGLEICH

Die Rechtspopulisten in Frankreich mussten ihre politische Kommunikation während der Pandemie anpassen. Durch eine quantitative Inhaltsanalyse der offiziellen Facebook-Seite der Partei Rassemblement National ließen sich drei Haupttrends erkennen: (1) die Partei hat seit dem Ausbruch der Pandemie den Umfang ihrer Inhalte verringert, (2) sie hat in ihrer Facebook-Kommunikation dem Coronavirus erhebliche Aufmerksamkeit gewidmet und (3) sie hat ihre Aufmerksamkeit auf die Themen Migration und Islam erhöht.

In den vierzehn Monaten vor dem Ausbruch der Pandemie in Frankreich (März 2020) veröffentlichte Rassemblement National 1.936 Posts, fast doppelt so viele wie die Partei *La République en Marche!*, die bei den Online-Aktivitäten an zweiter Stelle stand (1.021 Posts). In den folgenden vierzehn Monaten veröffentlichte Rassemblement National nur 649 Posts, weit weniger als *Les Républicains* (1.516) und *Parti Socialiste* (871), und etwa genauso viel wie *La République en Marche!* (611). Was erklärt die Abnahme? Eine Vermutung ist, dass populistische Parteien zwar oft von Krisen profitieren (Moffit 2015), dies aber einfach die falsche Krise für die-

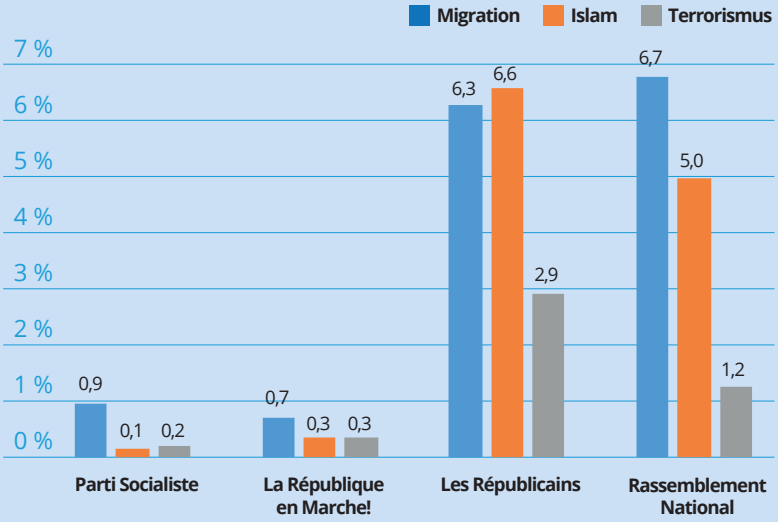
Abb. 2: Anteil coronabezogener Facebook-Beiträge nach Parteien



Analysezeitraum: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

Abb. 3: Anteil Facebook-Beiträge mit Bezug auf Migration, Islam oder Terrorismus nach Parteien



Beobachtungszeitraum: 01.01.2019 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

se Parteien war. Lösungen in dieser Pandemie erforderten eher technisches Fachwissen als eine Mobilisierung mit Hilfe sozialer Medien, und Rassemblement National war sich dessen bewusst. Da sich aber die nationale und globale Aufmerksamkeit auf dieses Thema konzentrierte, hätte ein übermäßig starker Fokus auf andere Themen womöglich unpassend wirken können.

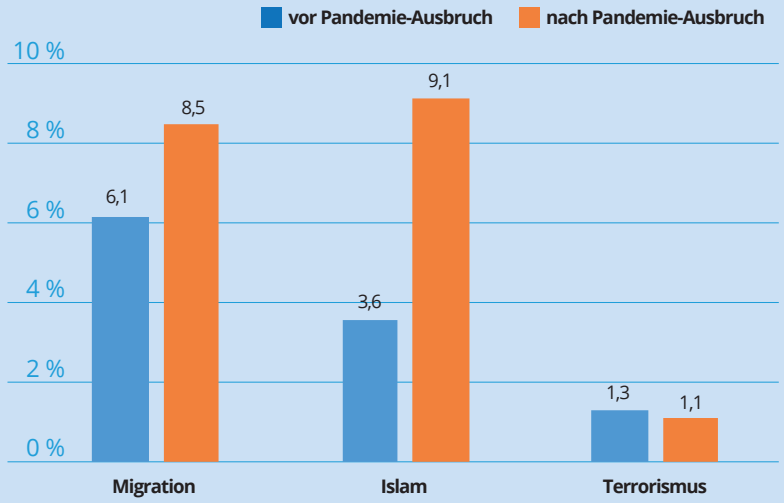
Mit etwa 13 Prozent der Beiträge machte Rassemblement National COVID-19 zu einem der wichtigsten Themen, wenn auch nicht im gleichen Ausmaß wie La République en Marche! oder Les Républicains (Abb. 2). Die meisten dieser Beiträge enthielten eine allgemeine Kritik an der Regierung oder speziell an Präsident Macron. Bemerkenswert ist jedoch, dass diese Posts überwiegend in der Anfangsphase der Pandemie veröffentlicht wurden. Von den Beiträgen zum Thema Corona, die zwischen dem 1. März 2020 und dem 30. April 2021 auf der Seite der Partei erschienen, stammen nur sechs Prozent aus dem Jahr 2021; die übrigen konzentrieren sich hauptsächlich um die Zeit des Lockdowns im Jahr 2020. Bedenkt man die Allgegenwart der Pandemie und die damit verbundenen Möglichkeiten, die Unterstützung für Macrons Regierung zu untergraben, war es alles in allem wohl ebenso unausweichlich wie notwendig, dass Rassemblement National COVID-19 in der Kommunikation zu einem zentralen Thema gemacht hat.

RN UND LR SIND EINZIGE PARTEIEN, DIE MIGRATION, ISLAM UND TERRORISMUS THEMATISIEREN

Größere Unterschiede zwischen den Parteien vor und während der Pandemie gibt es in Bezug auf die Themen Migration, Islam und Terrorismus. All diese Themen sind im politischen Diskurs in Frankreich tief verwurzelt, vor allem bei den rechten Parteien. Während des gesamten Analysezeitraumes (sowohl vor als auch nach Ausbruch der Pandemie) waren Rassemblement National und Les Républicains die einzigen großen Parteien, die diesen Themen erhebliche Aufmerksamkeit widmeten (Abb. 3).

Während die Aufmerksamkeit für diese Themen bei Les Républicains und Rassemblement National offenbar ähnlich hoch ist, unterscheidet sich der Tonfall zwischen den beiden Parteien erheblich: Rassemblement National vermittelt eine schärfere und stärker fremdenfeindliche Botschaft. Schlüsselt man die Daten nach Zeiträumen auf, zeigt sich zudem ein interessanter Trend: Neben der hohen Aufmerksamkeit, welche dem Coronavirus gewidmet wurde, postet Rassemblement National seit dem

Abb. 4: Anteil Facebook-Beiträge mit Bezug auf Migration, Islam oder Terrorismus der Partei Rassemblement National vor und nach Ausbruch der Pandemie



vor Pandemie-Ausbruch: 01.01.2019 bis 29.02.2020
nach Pandemie-Ausbruch: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

Ausbruch der Pandemie in den sozialen Medien anteilig mehr Beiträge, die sich auf Migration und Islam beziehen. In Bezug auf Terrorismus gibt es hingegen relativ wenig Veränderung. Die absolute Zahl der Beiträge zu diesen drei Themen ist dagegen zurückgegangen (was nicht überrascht, da die Online-Aktivität der Partei in dieser Zeit insgesamt abgenommen hat) (Abb. 4).

PANDEMIE VERDRÄNGT NICHT THEMEN WIE MIGRATION UND ISLAM

In der Zeit nach Ausbruch der Pandemie bezogen sich 8,5 Prozent aller Beiträge der Partei Rassemblement National auf Migration (gegenüber 6,1 Prozent vor der Pandemie). Die Bezugnahmen auf den Islam haben sich von 3,6 auf 9,1 Prozent mehr als verdoppelt; die Hinweise auf Terrorismus sind dagegen sogar leicht gesunken (1,3 gegenüber 1,1 Prozent). Die Diskussion über das Coronavirus hat die Themen Migration und Islam bei der Partei also offenkundig nicht aus dem Fokus verdrängt. Das war vielleicht auch nicht zu erwarten, aber warum ist die relative Aufmerksamkeit für diese Themen in dieser Zeit sogar gestiegen?

Rassemblement National bemühte die Pandemie als Beweis für „ideologische Eigenheiten, die [sie] schon seit Jahren anprangert" (Rassemblement National 2020: 59). Vereinfacht ausgedrückt wurde versucht, den Ausbruch von COVID-19 und das dadurch verursachte Leid mit den 'Krisen' zu verknüpfen, die die Partei wie auch ihre Wählerinnen und Wähler seit Jahren umtreiben.

RECHTSPOPULISTISCHE DISKURSE

Rassemblement National hat auf die COVID-19-Pandemie reagiert, indem die Partei ihre Präsenz in den sozialen Medien verringerte, sich intensiv mit dem Virus befasste und den Themen Migration und Islam in ihrer Kommunikation mehr Aufmerksamkeit widmete. In diesem Abschnitt wird insbesondere untersucht, wie sich die beiden letztgenannten Trends auf Facebook entwickelt haben, und zwar sowohl auf der offiziellen Seite von Rassemblement National als auch auf der Seite der Parteivorsitzenden Marine Le Pen. Betrachtet man die Reaktion von Rassemblement National auf die Pandemie und die Bewertung des Krisenmanagements der Regierung, zeichnen sich zwei Hauptlinien ab: Erstens hat die Partei die Pandemie genutzt, um die Regierung zu kritisieren – wobei sie es ausdrücklich vermie-

den hat, auch an den wissenschaftlichen Eliten Kritik zu üben. Zweitens hat sie die Pandemie als eine Folge von Missständen gedeutet, die sie schon seit Jahren anprangert.

Wenn Le Pen und ihre Partei das Coronavirus auf Facebook thematisierten, war dies meist verbunden mit Kritik an Präsident Macron und seiner Regierung. Kritisiert wurden unter anderem das anfängliche Zögern und die unzureichende Vorbereitung auf das Tragen von Masken, das Fehlen klarer Kommunikation, und später im Verlauf der Pandemie, die Maßnahme des Lockdowns. Nachdem Rassemblement National diese Probleme benannt hatte, gerierte die Partei sich selbst als echte Alternative zu Macron. In Bezug auf das Tragen von Masken warf sie Macron vor, er habe zunächst nicht auf die Fachleute gehört. Rassemblement National behauptete, dass „Marine Le Pen schon seit Wochen Schutzmaßnahmen gegen die Epidemie vorschlägt", und meinte, Macron habe zu spät reagiert (Rassemblement National 17. März 2020). Später wurde Macron für „im Ausland gekaufte Masken" kritisiert (Rassemblement National 15. Juni 2020). Insgesamt wurde der Präsident in Bezug auf das Management der Pandemie als unverantwortlich und heuchlerisch dargestellt. Am 8. April 2020 empfahl die Partei ihren Anhängerinnen und Anhängern: „Seien Sie nicht wie Macron: Halten Sie einen Meter Abstand, veranstalten Sie keine Versammlungen und #bleiben Sie zu Hause." Nach Ansicht der Partei hat die Regierung versagt. Zudem behauptete sie, dass die Regierung „in Lügen über Tests, Masken und Grenzen verstrickt war" (Rassemblement National 5. Mai 2020).

KEINE KRITIK DER WISSENSCHAFTLICHEN ELITEN

Während die Partei sich in Bezug auf die Regierungseliten und besonders Macron extrem kritisch zeigte, hütete sie sich davor, die wissenschaftlichen Eliten anzugreifen. Darin unterscheidet sie sich von rechtspopulistischen Parteien in anderen Ländern, wie Jair Bolsonaro in Brasilien (Ortega/Orsini 2020; Lasco 2020) oder Donald Trump in den Vereinigten Staaten (Lasco 2020). Die Partei setzte sich konsequent dafür ein zu testen und wissenschaftlichen Empfehlungen zu folgen, sie verteilte gelegentlich kostenlose Masken und unterstützte zu Beginn der Pandemie Lockdowns und Ausgangssperren. So vertrat sie beispielsweise die Ansicht, dass „Frankreich wie Südkorea oder Deutschland seine Bevölkerung massiv testen muss, um den Lockdown zu beenden" (Rassemblement National 17. April 2020). Zögerlicher war Rassemblement National, als es um den zweiten und dritten Lockdown ging. Beim Lockdown im Herbst 2020 forderte die Partei eine „wirtschaftliche und gesundheitliche Bewertung am Ende der ersten Woche", und im Frühjahr 2021 bestand sie darauf, dass es „andere Lösungen [ohne Lockdown] gibt" (Rassemblement National 24. September 2020; Rassemblement National 18. März 2021). Die Partei kritisierte zwar auch lautstark den 'Gesundheitspass' für Geimpfte, der ihrer Meinung nach die persönliche Freiheit einschränkt und die Überwachungsmöglichkeiten der Regierung erweitert. Nichtsdestoweniger war der allgemeine Ton in der Pandemie-Kommunikation der Partei pro-wissenschaftlich, aber Anti-Macron.

ENTDÄMONISIERUNG VON RN UNTER MARINE LE PEN

Diese Art der Kommunikation passt recht gut zu Marine Le Pens Strategie, ihre Partei zu ‚entdämonisieren'. In den letzten zehn Jahren versuchte sie das extreme Image der Partei aufzuweichen, indem sie sich dem Republikanismus zuwandte, Militante aus der Partei ausschloss (darunter im Jahr 2015 ihren eigenen Vater) und die Partei 2018 von *Front National* in *Rassemblement National* umbenannte. Angesichts des französischen Wahlsystems mit seinen zwei Wahlgängen erscheint diese moderatere Strategie vielversprechender, denn wenn Le Pen in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen antreten will, muss sie über die RN-Basis hinaus mit anderen Parteien koalieren. Dennoch bewegt sich Le Pen auf einem schmalen Grat, denn sie muss auch darauf achten, dass sie treue Wähler und Wählerinnen nicht verprellt (Dézé 2015). Dementsprechend spiegelt die Kommunikation der Partei in den sozialen Medien eine Verpflichtung zu Kritik, Differenzierung und Beschwerde, aber auch zu Seriosität wider. Ohne wissenschaftsfeindlich zu sein (und damit gemäßigte

Wähler und Wählerinnen zu verprellen), vertritt Rassemblement National dennoch eine Anti-Elite-Botschaft (und insbesondere eine Anti-Macron-Botschaft), die die Basis der Partei zufriedenstellt.

RN SETZT PANDEMIE IN KONTEXT BESTEHENDER THEMEN

Diese Strategie ist auch in den Versuchen von Rassemblement National zu erkennen, die Pandemie in den Kontext der bestehenden Themen zu setzen. COVID-19 hat eine diskursive Gelegenheit geboten, Grenzkontrollen, die EU und die französische Bürokratie in einem Rahmen zu diskutieren und zu bewerten. Durch die Pandemie rückten diese Themen ganz von selbst ins Zentrum der politischen Debatte, sie wurden nicht zurückgedrängt oder als radikal abgestempelt. So führte die Partei beispielsweise die Schließung der Grenzen in Frankreich und in ganz Europa als ‚Beweis' dafür an, dass sie schon immer Recht hatte mit ihrer Behauptung, Grenzen und strenge Kontrollen seien notwendig. Auf diese Weise konnte die Partei weiterhin ihre Wählerschaft ansprechen und zugleich vermeiden, gemäßigte Wählerinnen und Wähler zu verprellen, die über solche Themen normalerweise nicht diskutieren wollen.

Sowohl Zuwanderung als auch den Islam nahmen Le Pen und ihre Partei während der gesamten Pandemie zum Anlass, um heftigen Unmut zu äußern. Sie warfen der Regierung vor, Zugewanderte zu bevorzugen und französische Bürgerinnen und Bürger zurückzusetzen. So beklagte die Partei „Ausgangssperren und Freiheitsbeschränkungen für Franzosen, aber eine offene Bar für Illegale in Paris" und bekundete, sie sei „der Doppelmoral des Macron'schen Staates überdrüssig" (Rassemblement National 18. Oktober 2020). Le Pen verwies zudem auf einen Fall, wo es „für Migrantenzentren Masken gab, aber nicht für unsere Altersheime und ältere Menschen", und forderte ihre Anhängerschaft auf, „diesen absoluten SKANDAL anzuprangern!" (Le Pen 15. April 2020).

KRITIK AN DEN ZUGEWANDERTEN

Kritisiert wurden in diesem Zusammenhang aber nicht nur die Regierung, sondern auch die Zugewanderten selbst. Die Partei behauptete, dass „die Muslime die Krise ausnutzen, um [den Franzosen und Französinnen] ihre Präsenz und Ideologie aufzuzwingen" (Rassemblement National 4. April 2020). Le Pen machte Zugewanderte und den Islam sogar für die Schwere der Pandemie verantwortlich: „Wie viele Opfer hätten vermieden werden können, wenn wir unsere Einwanderungspolitik kontrollieren, illegale Einwanderer systematisch ausweisen und den Islamismus bekämpfen würden?" (Le Pen 25. September 2020).

Migration und Islam sind jedoch nicht die einzigen Themen, die Rassemblement National im Zusammenhang mit der Pandemie adressiert hat. Auch die Europäische Union ist für die Partei seit Jahren ein zentraler Gegenstand von Klagen (Ivaldi 2018; Lorimer 2021). Die Partei bezog ihre Kritik zwar zunächst vor allem auf das Krisenmanagement auf nationaler Ebene, erweiterte sie jedoch schnell auf die Europäische Kommission, der sie mangelnde Vorsorge vorwarf. Darüber hinaus stellte sie den 'Pandemie-Notfallplan' der EU infrage und bezeichnete ihn als eine „Maschine, die dazu bestimmt ist, die Banken und europäischen Einrichtungen zu mästen" (Rassemblement National 19. Juni 2020). Die Partei führte die Pandemie zurück auf die Zuwanderung, den Islam, Europa, bürokratische Ineffizienz und die Funktionsweise des französischen Staates (Rassemblement National 2020: 59). Vereinfacht gesagt hat COVID-19 nach Darstellung von Rassemblement National nur die bestehenden miserablen Zustände in Frankreich sichtbar gemacht und bestätigt somit das Programm der Partei.

Anhand allgemeiner Vergleichskriterien lässt sich die Kommunikation von Rassemblement National während der Pandemie folgendermaßen bewerten: Erstens hat die Partei seit März 2020 weder einen autoritären Standpunkt vertreten, noch hat sie konsequent die persönliche Freiheit verteidigt. Während sie anfangs für strenge Maßnahmen zur Eindämmung der Pan-

demie eintrat, war sie beim zweiten Lockdown zögerlich und beim dritten dagegen. Später prangerte sie Macrons Ankündigung eines Gesundheitspasses als „die GROSSE LÜGE der Regierung" an (Rassemblement National 15. Juli 2021). Zweitens hat die Partei stärker interventionistische Lösungen befürwortet, um die durch das Coronavirus verursachte wirtschaftliche Notlage zu mildern. Insbesondere sprach sich Le Pen zu Beginn der Pandemie dafür aus, kleinere Unternehmen, landwirtschaftliche Betriebe und Selbstständige zu unterstützen (Rassemblement National 26. März 2020). Drittens nutzte die Partei die Pandemie zwar als Gelegenheit, ihre einwanderungs- und fremdenfeindlichen Botschaften zu verbreiten, sie war aber nicht besonders eifrig dabei, China für das Virus verantwortlich zu machen. Insgesamt hat Rassemblement National die Pandemie nicht heruntergespielt, sondern ist strikt dem Kurs gefolgt, den Rat der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu beherzigen und die Krise ernst zu nehmen. Dabei hat die Partei aber durchaus die Gelegenheit genutzt, die Regierung zu kritisieren und ihre wichtigsten ideologischen Themen anzusprechen.

AUSBLICK

Wie wird sich Rassemblement National weiterentwickeln, wenn ein größerer Teil der Bevölkerung geimpft ist und es in der Corona-Politik zu einer Verschiebung kommt? Diskursiv hat die Partei ihre Aufmerksamkeit bereits von der Pandemie abgewendet: Die Beiträge zum Thema COVID-19 sind im Jahr 2021 drastisch zurückgegangen. Dieser Trend dürfte sich jedoch nicht fortsetzen, wenn die Debatte über Gesundheitspässe, Impfvorschriften und den wirtschaftlichen Aufschwung erneut aufflammt. Derzeit ist schwer abzuschätzen, ob sich die Partei künftig wieder intensiver mit der Pandemie befassen wird.

Einerseits eignete sich die Krise nicht besonders gut für die Ansichten, die Rassemblement National vertritt und die der Partei oft zugutegekommen sind. Die Pandemie erforderte eher schnelle politische Lösungen als ideologische Debatten über die Ursachen des 'französischen Niedergangs'. Die Partei hat sich zwar nach Kräften bemüht, die Krise mit den von ihr angeprangerten Missständen in Verbindung zu bringen, doch COVID-19 war und ist in erster Linie eine Gesundheitskrise und keine soziale. Über die gesamte Pandemie hinweg gibt es keine Hinweise darauf, dass Rassemblement National von der Krise profitiert hätte. Die Umfragewerte für Le Pen im Präsidentschaftsrennen sind gleich geblieben (Politico 2021), und bei den Kommunalwahlen 2020 und den Regionalwahlen 2021 erzielte die Partei keine besonders guten Ergebnisse. Unter diesem Gesichtspunkt wird Rassemblement National vermutlich keiner Kommunikationsstrategie folgen, die sich auf das Virus konzentriert.

Andererseits können die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen 2022 in gewisser Weise auch als Referendum über Macrons Umgang mit der Pandemie gesehen werden. Insofern wird Le Pen wahrscheinlich versuchen, in Übereinstimmung mit den Inhalten der Kommunikation seit dem Ausbruch von COVID-19, die Botschaft zu vermitteln, dass Macron das französische Volk im Stich gelassen und dass seine Regierung gelogen und sich als inkompetent erwiesen hat. Somit könnte das Coronavirus im Jahr 2022 auch zu einem wichtigen Thema im Diskurs der Partei werden. Allerdings liegen diese Wahlen noch in relativ ferner Zukunft, und es bleibt abzuwarten, wie sich die Impfungen und die Pandemie als solche entwickeln werden. Unabhängig davon, ob die Partei sich künftig wieder stärker auf COVID-19 konzentriert, wird sie sich fraglos weiterhin intensiv mit den Themen Migration und Islam befassen, wie sie es bereits vor und auch nach dem Ausbruch der Pandemie getan hat.

LITERATUR

Baloge, Martin / Hubé, Nicolas 2021: France: Governmental Unpreparedness as a Discursive Opportunity for Populists; in: Bobba, Giuliano / Hubé, Nicolas (Hrsg.): Populism and the Politicization of the COVID-19 Crisis in Europe; Palgrave Macmillan, London S. 57-71.

Brourd, Sylvain / Foucault, Martial 2020: Citizens' Attitudes Under COVID-19 Pandemic. https://doi.org/10.21410/7E4/EATFBW, Sciences Po, Paris.

Camus, Jean-Yves 2020: The Profiteers of Fear? Right Wing Populism and the COVID-19 Crisis in Europe—France. Friedrich Ebert Stiftung, Berlin.

Dézé, Alexandre 2015: La "dédiabolisation." Une nouvelle stratégie?; in Crépon, Sylvain / Dézé, Alexandre / Mayer, Nonna (Hrsg.): Les faux-semblants du Front National Presses de Sciences Po, Paris S. 25–50.

Dong, Ensheng / Du, Hongru / Gardner, Lauren 2020: An Interactive Web-Based Dashboard to Track COVID-19 in Real Time; in: The Lancet Infectious Diseases 20 (5), S. 533-534. doi: 10.1016/S1473-3099(20)30120-1

Europäische Kommission 2021*:* Standard Eurobarometer 94, Winter 2020-2021: Public Opinion in: the European Union, Annex; verfügbar unter: https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=76407 (letzter Zugriff: 18.08.2021).

Lasco, Gideon 2020: Medical Populism and the COVID-19 Pandemic; Global Public Health 15 (10), S. 1417-1429.

Le Monde 2021: L'allocution d'Emmanuel Macron résumée: passe sanitaire étendu, tests PCR payants, obligation vaccinale pour les soignants… ; 12. Juni 2021; verfügbar unter: https://www.lemonde.fr/politique/article/2021/07/12/allocution-d-emmanuel-macron-passe-sanitaire-etendu-tests-pcr-payants-obligation-vaccinale-pour-les-soignants-le-resume_6088062_823448.html?utm_medium=Social&utm_source=Twitter#Echobox=1626118918 (letzter Zugriff: 23.08.2021).

Le Pen, Marine 2020, 15. April: Des masques pour les centres de migrants et pas pour nos EHPAD? Dénoncez avec moi ce SCANDALE absolu! [Status update]; Facebook: verfügbar unter: https://www.facebook.com/123316887684644/posts/3491692220847077 (letzter Zugriff: 23.08.2021).

Le Pen, Marine 2020, 25. September: COMBIEN de victimes aurait-on évitées en contrôlant strictement notre politique d'immigration, en expulsant systématiquement les clandestins … [Status update]; Facebook: verfügbar unter: https://www.facebook.com/123316887684644/posts/3970126679670293 (letzter Zugriff: 23.08.2021).

Lorimer, Marta 2021: What Do They Talk About When They Talk About Europe? Euro-Ambivalence in Far Right Ideology; Ethnic and Racial Studies 44 (11), S. 2016-2033.

Moffit, Benjamin 2015: How to Perform Crisis: A Model for Understanding the Key Role of Crisis in Contemporary Populism; Government and Opposition 50 (2), S. 189-217.

Ortega, Francisco / Orsini, Michael 2020: Governing COVID-19 Without Government in Brazil: Ignorance, Neoliberal Authoritarianism, and the Collapse of Public Health Leadership; Global Public Health 15 (9), S. 1257-1277.

Politico 2021: France-2022 Presidential Election Voting Intention; Politico's Poll of Polls; verfügbar unter: https://www.politico.eu/europe-poll-of-polls/france/ (letzter Zugriff: 08.20.2021).

Rassemblement National 2020: Le Livre Noir du Coronavirus; Party Publication: verfügbar unter: https://rassemblementnational.fr/telecharger/publications/livre-covid-numerique.pdf (letzter Zugriff 23.08.2021).

Rassemblement National 2020, 17. März: MARINE LE PEN PROPOSE DEPUIS DES SEMAINES LES MESURES JUSTES FACE À L'ÉPIDÉMIE [Status update]; Facebook: verfügbar unter: https://www.facebook.com/21254500749/posts/10158126444160750 (letzter Zugriff: 23.08.2021).

Rassemblement National 2020, 26. März: Vous approuvez la proposition de Marine Le Pen pour nos petites entreprises? Soutenez-la! [Status update]; Facebook: verfügbar unter: https://www.facebook.com/21254500749/posts/10158160888000750 (letzter Zugriff 23.08.2021).

Rassemblement National 2020, 4. April: Face à l'islamisme qui continue de s'imposer, soutenez-nous … [Status update]; Facebook: verfügbar unter: https://www.facebook.com/21254500749/posts/10158195401785750 (letzter Zugriff 23.08.2021).

Rassemblement National 2020, 8. April: Soutenez-nous http://www.adhesions-rn.fr/don:=:https://adhesions-rn.fr/don/ Ne faites pas comme Macron … [Status update]; Facebook: verfügbar unter: https://www.facebook.com/21254500749/posts/10158211088660750 (letzter Zugriff 23.08.2021).

Rassemblement National 2020, 17. April: Tester ceux qui travaillent, et demain tous ceux qui le souhaitent: comme la Corée du Sud ou l'Allemagne… [Status update]; Facebook: verfügbar unter: https://www.facebook.com/21254500749/posts/10158243093845750 (letzter Zugriff 23.08.2021).

Rassemblement National 2020, 5. Mai: Responsables mais pas coupables?! Englué dans les mensonges sur les tests, les masques, les frontières. … [Status update]; Facebook: verfügbar unter: https://www.facebook.com/21254500749/posts/10158314130470750 (letzter Zugriff 23.08.2021).

Rassemblement National 2020, 15. Juni: Macron n'a pas la VOLONTÉ de la souveraineté. On le voit avec les masques achetés à l'étranger … [Status update]; Facebook: verfügbar unter: https://www.facebook.com/21254500749/posts/10158446557925750 (letzter Zugriff 23.08.2021).

Rassemblement National 2020, 19. Juni: Que cache le fameux "Plan d'urgence pandémie" concocté par la Banque centrale européenne? Une véritable … [Status update]; Facebook: verfügbar unter: https://www.facebook.com/21254500749/posts/10158458680525750 (letzter Zugriff 23.08.2021).

Rassemblement National 2020, 24. September: Covid 19: les nouvelles mesures de restriction sont-elles efficaces? Communiqué du Rassemblement National. Face à l'aggravation … [Status update]; Facebook: verfügbar unter: https://www.facebook.com/21254500749/posts/10158729079095750 (letzter Zugriff 23.08.2021).

Rassemblement National 2020, 18. Oktober: Couvre-feu et restrictions des libertés pour les Français, open bar pour les clandestins qui manifestent en toute impunité dans Paris! … [Status update]; Facebook: verfügbar unter: https://www.facebook.com/21254500749/posts/10158789090885750 (letzter Zugriff 23.08.2021).

Rassemblement National 2021, 18. März: Un reconfinement, qu'il soit total ou partiel, n'est pas souhaitable. Les responsables politiques qui ont les mêmes échecs … [Status update]; Facebook: verfügbar unter https://www.facebook.com/21254500749/posts/10159184771900750 (letzter Zugriff 23.08.2021)

Rassemblement National 2021, 15. Juli: #PassSanitaire et discrimination des lycéens non-vaccinés: le gouvernement a encore une fois MENTI! … [Post]; Twitter: verfügbar unter https://twitter.com/RNational_off/status/1420425086260158466 (letzter Zugriff 23.08.2021).

Rozenblum, Sarah D. 2021: France's Multidimensional Covid-19 Response: Ad Hoc Committees and the Sidelining of Public Health Agencies; in: Greer, Scott L. / King, Elizabeth J. / Massard da Fonseca, Elize / Peralta-Santos, André (Hrsg.): Coronavirus Politics: The Comparative Politics and Policy of COVID-19; University of Michigan Press, Ann Arbor S. 264-279.

Weltbank 2021: Data. Population, total; verfügbar unter: https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL?most_recent_value_desc=true (letzter Zugriff 03.08.2021).

RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN IN ZEITEN DER PANDEMIE

4 ITALIEN

ENTWICKLUNG DER PANDEMIE

Die pandemische Krise begann in Italien im Februar/März 2020, als die Zahl der gemeldeten Fälle erstmals deutlich stieg. Am schlimmsten wütete die Pandemie Mitte März in Norditalien. Hier war die Lage auch im europäischen Vergleich besonders dramatisch. So wurde die lombardische Stadt Bergamo als „eines der tödlichsten Schlachtfelder des Virus in der westlichen Welt" bezeichnet (Horowitz 2020).[1] Zwischen April und Juli gingen die Zahlen der Ansteckungen bzw. der Todesfälle zurück, doch Ende 2020 stiegen sie erneut; ihren höchsten Punkt erreichten sie im November und Dezember (Abb. 1). Seit April 2021 bleiben die beide Zahlen in einem relativ niedrigen Bereich.

DREI PHASEN DER ITALIENISCHEN CORONAPOLITIK

Italiens Umgang mit der Pandemie lässt sich in drei Phasen einteilen. Die erste reicht von Februar bis April 2020. Hier gab es die meisten politischen Maßnahmen (Abb. 2): Insgesamt 235 wurden in dieser Zeit verabschiedet – im selben Zeitraum 2021 waren es dagegen nur 114. Die Regierung ordnete einen Lockdown an; damit trat ein allgemeines Versammlungsverbot in Kraft, und die Mobilität wurde erheblich eingeschränkt. Handel, Produktion und Gewerbe wurden heruntergefahren, Schulen und Universitäten geschlossen. Neben den Regelungen zum Infektionsschutz wurden auch Hilfsmaßnahmen ergriffen, um die ökonomischen Konsequenzen der Pandemie zu lindern. Exemplarisch ist hier ein von der Regierung erlassenes Hilfspaket zu nennen, der ‚Decreto Cura Italia':[2] Er umfasste beispielsweise Ausgleichszahlungen für Händler und Händlerinnen, freiberuflich Tätige oder Handwerker und Handwerkerinnen, zudem wurden die Fristen für die Zahlung der Steuern verlängert, für einige Branchen die Arbeitszeit verkürzt und Erleichterungen für Familien eingeführt (Altalex 2020).

COVID-19-Statistik für Italien (Stand: 30. September 2021)

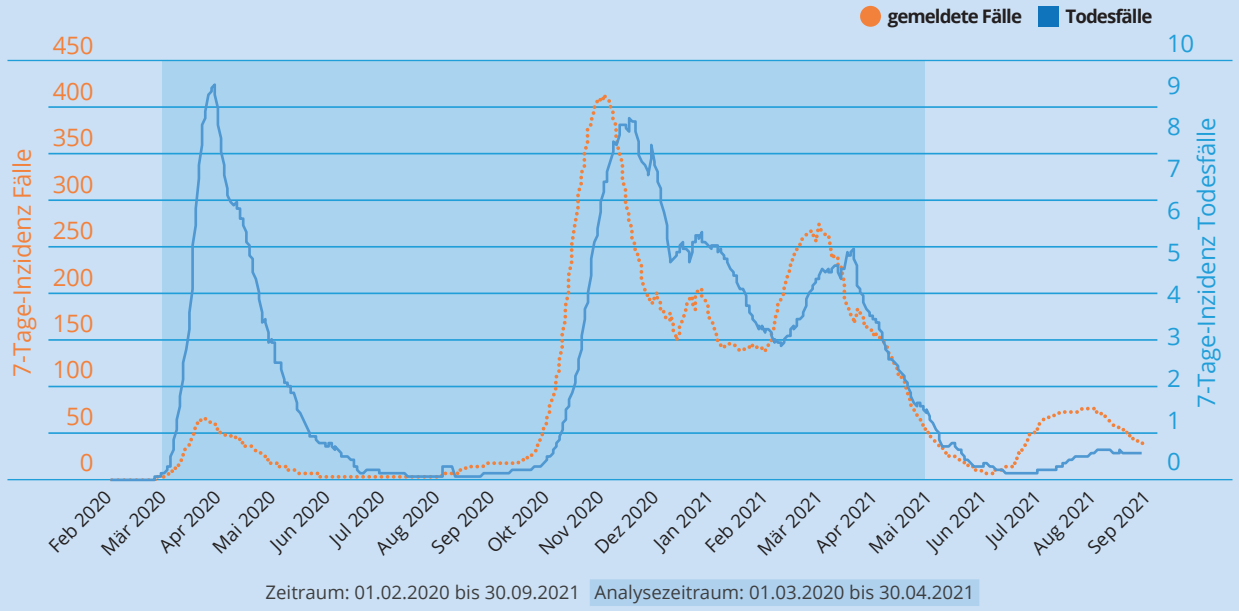
Bevölkerungszahl	59.554.020
Bestätigte Fälle	4.672.355
Bestätigte Fälle pro 100.000	7.846*
Todesfälle	130.921
Todesfälle pro 100.000	220*
Fall-Verstorbenen-Anteil	2,8 %*

*Quellen: Weltbank 2021 & Dong/Du/Gardner 2020 / *Eigene Berechnung*

1 Bilder von Verstorbenen, die in Militärfahrzeugen aus der Stadt gebracht wurden, weil die Leichenhallen keine Kapazitäten mehr hatten, gingen um die Welt.

2 Decreto-legge 17 marzo 2020, n. 18 – Misure di potenziamento del Servizio sanitario nazionale e di sostegno economico per famiglie, lavoratori e imprese connesse all'emergenza epidemiologica da COVID-19 (Gesetzesdekret vom 17. März 2020, Nr. 18 – Maßnahmen zur Stärkung des nationalen Gesundheitsdienstes und zur wirtschaftlichen Unterstützung von Familien, Arbeitnehmern und Firmen im Zusammenhang mit dem Notstand durch COVID-19).

Abb. 1: 7-Tage-Inzidenzen der gemeldeten Fälle sowie Todesfälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Italien



Zeitraum: 01.02.2020 bis 30.09.2021 Analysezeitraum: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quellen: Weltbank 2021 & Dong/Du/Gardner 2020 / Eigene Berechnung

Die zweite Phase zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass eine Reihe von Corona-Regelungen gelockert wurde. Sie begann am 26. April 2020 mit der entsprechenden Ankündigung des damaligen Regierungschefs Giuseppe Conte. Zu den wichtigsten Maßnahmen gehörten die partielle Aufhebung der Mobilitätseinschränkungen, die Wiedereröffnung öffentlicher Räume (wie etwa Parks), die graduelle Wiederaufnahme der industriellen Produktion und die Öffnung des Einzelhandels.

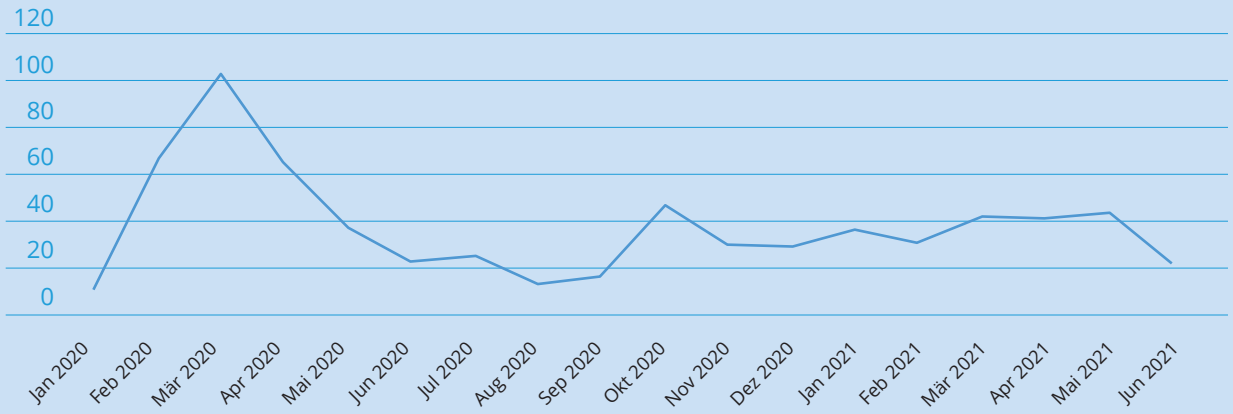
Der Anfang der dritten Phase lässt sich auf Juni 2020 datieren. Kennzeichnend für diese Phase ist die Entwicklung einer auf regionaler Ebene differenzierten COVID-19-Politik der politischen Institutionen und insbesondere die Einführung von vier Kategorien (rot, orange, gelb und weiß), denen die italienischen Regionen jeweils nach der Zahl der Infektionen zugeordnet wurden. Während in roten und orangenen Regionen scharfe Restriktionen gelten, sind für gelbe und weiße Gebiete weniger Einschränkungen vorgesehen.[3]

‚GREEN PASS': EINE UMSTRITTENE MASSNAHME

Eine weitere zentrale Maßnahme kam Mitte des Jahres 2021 hinzu: die Einführung des ‚Green Pass' als einziges anerkanntes Zertifikat, um eine Impfung, einen negativen Test oder eine Genesung nachzuweisen. Der Green Pass wird benötigt, um in Restaurants, Cafés, Fitnesscenter, Theater und Museen eingelassen zu werden oder den Fern- und Flugverkehr zu nutzen. Teile der Bevölkerung betrachteten ihn als unangemessene Freiheitsbeschränkung; im Spätsommer wurde unter dem Slogan ‚Libertà, libertà!' (‚Freiheit, Freiheit!') landesweit dagegen demonstriert. An den Kundgebungen nahmen auch mehrere Mitglieder von Lega teil. Die Abgeordneten von Fratelli d'Italia hingegen bekundeten ihre Ablehnung dadurch, dass sie in der Abgeordnetenkammer (Camera dei Deputati) Protestplakate gegen den Green Pass hochhielten und damit die parlamentarischen Sitzungen unterbrachen.

3 Die Zahl der Infektionen ist in allen italienischen Regionen von April bis Juli 2021 graduell gesunken. Regionen, die im April noch als rot oder orange eingestuft waren, wurden einen Monat später meist der gelben Gruppe zugeordnet. Anfang September galten fast alle Regionen als ‚weiß' (mit Ausnahme Siziliens).

Abb. 2: Anzahl der politischen Maßnahmen zur Eingrenzung der Pandemie



Zeitraum: Januar 2020 – Juni 2021

Quelle: Openpolis 2021 / Eigene Darstellung

BESCHRÄNKUNG DER INTERNATIONALEN MOBILITÄT SEIT JANUAR 2020

Die erste Maßnahme zur Beschränkung der internationalen Mobilität ergriff die Regierung Ende Januar 2020, indem sie ein Verbot für Flüge aus und nach China erließ. Wenig später kam praktisch der gesamte Flugverkehr zum Erliegen. Nur wenige Flughäfen blieben während des Lockdowns offen, etwa um den Transport vor allem medizinischer Güter zu gewährleisten. Ähnlich wie in den meisten europäischen Ländern führte Italien Beschränkungen für die Einreise aus Risikogebieten ein, zudem mussten Einreisende sich verpflichtend anmelden und einen negativen Antigen- oder molekularen Tests oder eine Impfung nachweisen (Camera dei Deputati 2021).

Die Bevölkerung hat den Ansatz der italienischen Regierung zur Pandemiebekämpfung insgesamt gebilligt. Das zeigt sich vor allem daran, dass ihr Vertrauen in die Regierung seit Februar 2020 gegenüber der Zeit vor der Krise deutlich gestiegen ist (Demos & Pi 2020, 2021).[4] Auch die Einstellung zur EU ist positiver geworden: 2019 erklärten im Eurobarometer 38 Prozent

Tab. 1: Relevante politische Parteien in Italien

Parteien	Abkürzung	Zugehörigkeit zur Fraktion im EU-Parl.	Politische Ausrichtung	Ergebnisse der letzten Parlaments-wahl (2018)
Partito Democratico	PD	S&D	Sozialdemokratie, linksliberal	18,7 %
Movimento 5 Stelle	M5S	NI	Populismus, ökologisch, direkte Demokratie	32,7 %
Forza Italia	FI	EPP	Populismus, wirtschaftsliberal	14 %
Lega	Lega	ID	Rechtspopulismus	17,4 %
Fratelli d'Italia	FdI	ECR	Rechtspopulismus, nationalistisch	4,4 %

Quellen: Demos & Pi 2018; 2021a

4 Waren Ende 2019 nur 42 Prozent der Befragten mit der Regierung Conte II zufrieden, stieg dieser Wert im Februar 2020 auf 71 Prozent. Ähnliches gilt für die Regierung von Mario Draghi: Im September 2021 erklärten sich damit 67 Prozent der Befragten zufrieden.

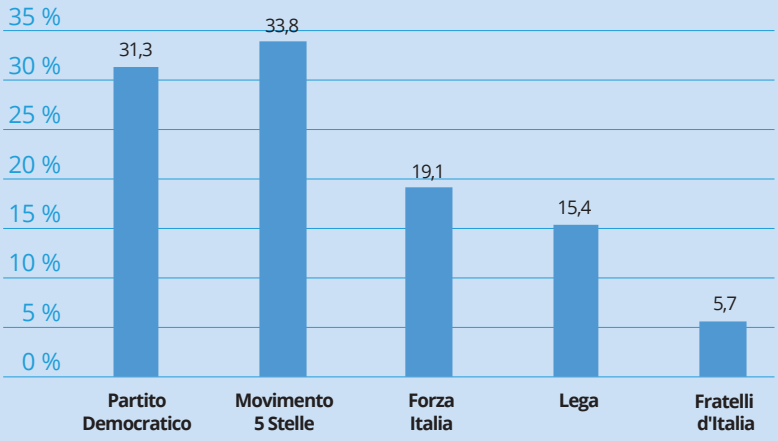
der Befragten, sie hätten Vertrauen in die EU; Anfang 2021 waren es 44 Prozent (Europäische Kommission 2019: 50, 2021: 71). Den Umgang der EU mit der COVID-19-Pandemie sieht die italienische Bevölkerung jedoch negativ: Im Juni 2020 erklärten sich nur 23 Prozent der Befragten mit den EU-Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie zufrieden. In keinem anderen europäischen Land war die Unzufriedenheit so groß (European Parliament 2020).

BEITRÄGE IN SOCIAL MEDIA – CORONA UND MIGRATION IM VERGLEICH

CORONA NICHT IM FOKUS DER RECHTSPOPULISTEN

Seit dem Beginn der Pandemie ist COVID-19 bei allen italienischen Parteien ein zentrales Thema. Ein Blick auf deren politische Kommunikation in den sozialen Netzwerken offenbart aber dennoch erhebliche Unterschiede: Bei *Movimento-5-Stelle* und *Partito Democratico* enthielten zwischen März 2020 und April 2021 mehr als 30 Prozent ihrer Facebook-Posts

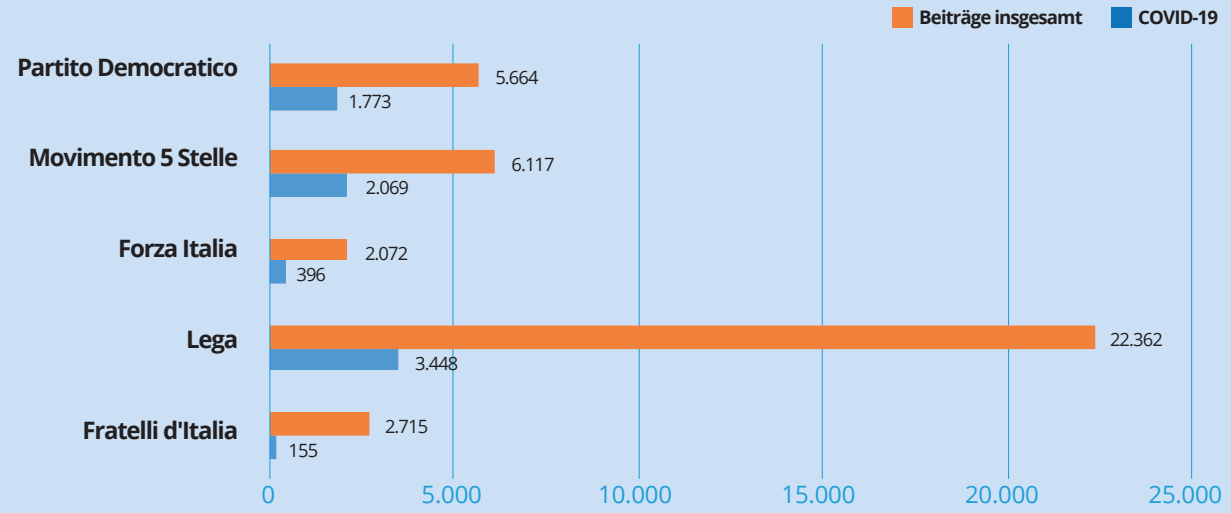
Abb. 3: Anteil coronabezogener Facebook-Beiträge nach Parteien



Analysezeitraum: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

Abb. 4: Coronabezogene Facebook-Beiträge im absoluten Vergleich nach Parteien

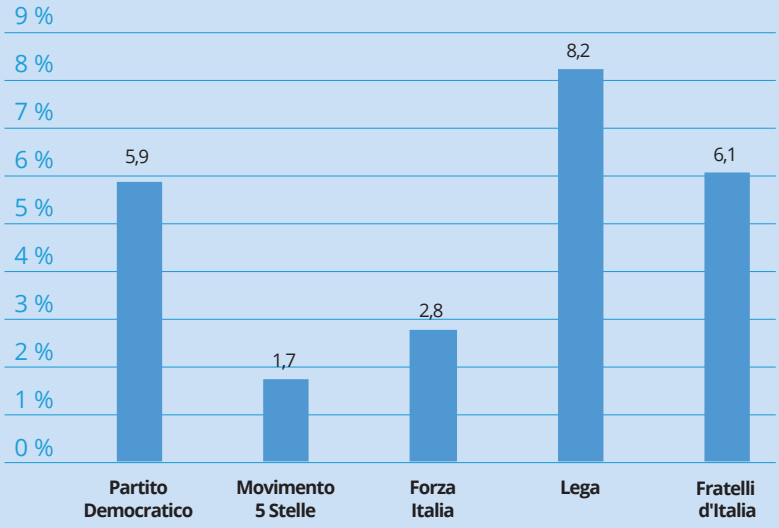


Analysezeitraum: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

Schlüsselwörter, die mit der Pandemie verbunden waren (Abb. 3). Bei den Mitte-rechts-Parteien bzw. den rechtspopulistischen Gruppierungen stand das Virus dagegen weniger im Fokus: Entsprechende Schlüsselwörter enthielten bei *Forza Italia* etwa 19 Prozent aller Posts, bei *Lega* um 15 Prozent und bei *Fratelli d'Italia* knapp 6 Prozent. An dieser Stelle ist allerdings zu bedenken, dass Lega soziale Netzwerke wie Facebook insgesamt deutlich stärker für politische Kommunikation nutzt als andere Parteien (Abb. 4): Sie veröffentlichte in dieser Zeit mit knapp 22.360 die meisten Posts, wovon sich ca. 3.400 mit der Pandemie befassten. Diesen Wert erreicht keine andere Partei.

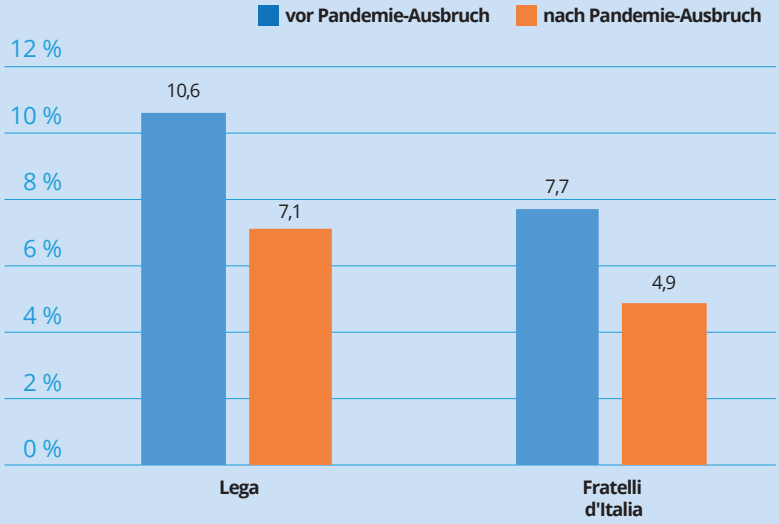
Abb. 5: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge nach Parteien



Beobachtungszeitraum: 01.01.2019 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

Abb. 6: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge von Lega und Fratelli d'Italia



vor Pandemie-Ausbruch: 01.01.2019 bis 29.02.2020
nach Pandemie-Ausbruch: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

Obwohl die Pandemie bei den rechtspopulistischen Parteien bisher kein Kernthema war, hat sie den Fokus auf den Themenkomplex ‚Migration und Flucht' etwas zurückgedrängt. Diesen haben zwar sowohl Lega als auch Fratelli d'Italia auch in dieser Zeit vielmehr als andere Parteien aufgegriffen (Abb. 5), doch ist er seit dem Ausbruch der Pandemie auch bei ihnen weniger salient (Abb. 6): Zwischen Januar 2019 und Februar 2020 enthielten 10,5 Prozent der Beiträge von Lega migrationsbezogene Schlüsselwörter; in der Zeit von März 2020 bis April 2021 sank der Anteil auf etwa 7 Prozent. Ähnlich ist das Bild bei Fratelli d'Italia: Vor der Pandemie kam Migration in knapp 8 Prozent ihrer Posts vor, nach dem Ausbruch nur noch um 5 Prozent. Diese Veränderung lässt sich möglicherweise damit erklären, dass das Thema seit dem Ende der ‚Flüchtlingskrise' 2018 sowohl bei der Bevölkerung als auch in den italienischen Medien etwas an Bedeutung verloren hat. Damit boten sich weniger Anlässe, Migration gezielt zu politisieren (de Ghantuz Cubbe 2021).

RECHTSPOPULISTISCHE DISKURSE

RECHTSPOPULISTEN VERWENDEN EMOTIONALISIERENDE SPRACHE

Wie die meisten rechtspopulistischen Parteien setzen auch Lega und Fratelli d'Italia in den sozialen Medien während der Pandemie auf eine stark emotionalisierende Sprache und auf ‚Skandalisierung': Dabei geht es um „das gezielte Herbeiführen politischer Skandale durch die Enthüllung eines vermeintlichen Missstands oder Fehlverhaltens der politischen Gegner. Skandale werden gezielt inszeniert, um oberhalb der medialen Aufmerksamkeitsschwelle zu gelangen oder zu verbleiben" (MIDEM 2019: 14). So kritisierte beispielsweise Lega die „schändliche" Gesundheitsverwaltung der PD-Regierungen in Latium und Kampanien (Lega 06. Oktober 2020), während die Parteivorsitzende von Fratelli d'Italia, Giorgia Meloni, von den „Katastrophen" der Regierung Conte II sprach (Meloni 2. Oktober 2021).

LEGA UND FRATELLI D'ITALIA AMBIVALENT BEIM THEMA ‚LOCKDOWN'

Im Verlauf der Pandemie mussten beide Parteien immer wieder ihre politische Position anpassen. In der ersten Hälfte des Jahres 2020 plädierten sowohl Lega als auch Fratelli d'Italia für die Einführung restriktiver Corona-Schutzmaßnahmen. So verlangte Lega von der Regierung, schneller eine strenge Quarantäne für Personen einzuführen, die aus Risikogebieten nach Italien einreisen (Lega 24. Februar 2020). Fratelli d'Italia forderten ihrerseits einen strikten Lockdown: „Alle bleiben zwei Wochen zu Hause. Lockdown in ganz Italien, ausgenommen die systemrelevanten Dienstleistungen, die garantiert werden" (Fratelli d'Italia 10. März 2020). Im Zuge der ersten Pandemieschutzmaßnahmen änderten beide Parteien ihre Position grundlegend. Unter dem Slogan ‚Basta al coprifuoco' (‚Schluss mit dem Lockdown') versuchten Fratelli d'Italia sich als Vertretung der Bürger und Bürgerinnen zu profilieren, deren grundlegende Freiheiten die regierenden Eliten durch die exzessiven Einschränkungen „mit Füßen treten" würden (Fratelli d'Italia 17. April 2020; 30. April 2021). Auch Lega sprach sich im Namen der italienischen Bevölkerung gegen die Einschränkungen aus („die Italiener haben große Opfer gebracht, und jetzt sagen sie: Schluss damit!") und verkündete, sie wolle den Lockdown nicht länger hinnehmen (Lega 23. April 2021).

Entgegen der verbreiteten Auffassung, dass rechtspopulistische Parteien Expertenwissen skeptisch gegenüberstehen, kritisierten Lega und Fratelli d'Italia die wissenschaftlichen Eliten Italiens nur ansatzweise. Gelegentlich wurde beispielsweise deren Rolle in der Öffentlichkeit hinterfragt.[5]

5 Die Wissenschaft wird darüber hinaus durchaus als unzuverlässig dargestellt: Im März 2020 kritisierte Lega diejenigen Virologen und Virologinnen, die sich zu Beginn der Pandemie gegen das Tragen eines Nasen- und Mundschutzes ausgesprochen hatten (Lega 26. März 2020).

So sprach sich Lega zuletzt dagegen aus, dass Gesundheitsexperten und Gesundheitsexpertinnen im nationalen Fernsehen auftreten: „Schluss mit den TV-Auftritten der Virologen, die das italienische Volk terrorisieren“ (Lega 18. Februar 2021). Zugleich nutzten beide Parteien wissenschaftliche Expertise gelegentlich selektiv, um ihre Lockdown-Kritik zu untermauern. So behaupteten etwa Fratelli d'Italia: „Es liegen keine wissenschaftlichen Gründe vor, aufgrund deren die Freizügigkeit und die unternehmerische Freiheit eingeschränkt werden sollten. Ein Lockdown bringt nichts“ (Fratelli d'Italia 28. April 2021). Entsprechend verwies Lega auf Studien, die angeblich die Effektivität des Lockdowns widerlegen: „Mehr als 50 Studien, die von über 200 Wissenschaftlern in der ganzen Welt durchgeführt wurden, sprechen sich gegen Massenquarantäne aus“ (Lega 27. April 2021).[6]

RECHTSPOPULISTEN PLÄDIEREN FÜR HILFSMASSNAHMEN FÜR FAMILIEN UND BETRIEBE

Wirtschaftspolitische Schwerpunkte setzten die rechtspopulistischen Parteien vor allem bei der Unterstützung der benachteiligten oder einkommensschwachen Schichten und der von der Pandemie betroffenen Familien. Wiederholt versuchte beispielsweise Lega, als Beschützerin von ‚Risikogruppen' aufzutreten, indem sie forderte, für Beschäftigte mit Behinderungen Hilfsmaßnahmen einzurichten und sie bei der Impfung zu priorisieren (Lega 25. November 2020). Darüber hinaus vertraten Fratelli d'Italia und Lega wohlfahrtsstaatliche Positionen zugunsten von Unternehmen und Betrieben. So formulierte Giorgia Meloni schon im März 2020 als eines ihrer zentralen Anliegen in der Pandemie: „Umfangreiche Stützen des Staates zum Schutz von Unternehmen, Selbstständigen und Arbeitsplätzen mittels Aussetzung von Steuern, Krankenkassenbeiträgen, Rechnungen und Zahlungen jeglicher Art“ (Fratelli d'Italia 10. März 2020). Ähnlich äußerte sich die Lega: „Wir setzen uns dafür ein, die Entschädigungen […] für die Betriebe zu erhöhen, die aufgrund der durch die Pandemie ausgelösten Wirtschaftskrise benachteiligt sind“ (Lega 12. März 2021).

EINWANDERUNG ALS ‚ANSTECKUNGSGEFAHR' DARGESTELLT

Wie zu erwarten war, haben die Rechtspopulisten und Rechtspopulistinnen in vielen Ländern Europas die Pandemie mit Migration in Verbindung gebracht. Diese wird häufig als zentraler Faktor für die Verbreitung des Virus dargestellt. So beschrieben etwa Fratelli d'Italia Zugewanderte – insbesondere aus nordafrikanischen Ländern – als ‚Ansteckungsgefahr':

> *Aus einer Aufnahmeeinrichtung flüchtet ein illegaler Einwanderer – ein paar Tage zuvor an der sizilianischen Küste gelandet –, der positiv auf die nigerianische Variante getestet wurde. Die schon jetzt prekäre sanitäre Situation droht sich noch zu verschlimmern durch die ununterbrochenen Anlandungen an unseren Küsten und die mangelnde Kontrolle, weil ständig illegale Einwanderer ankommen.* (Fratelli d'Italia 22. März 2021)

Zudem werden das Wohlergehen der Zugewanderten und das der Einheimischen im Sinne eines Nullsummenspiels gegeneinander ausgespielt. Dies vor allem durch die wohlfahrtschauvinistische Positionen beider Parteien ans Licht: So wird gern unterstellt, dass für einheimische COVID-19-Erkrankte häufig Ressourcen fehlten, während für die Aufnahme von Zugewanderten immer wieder Mittel zur Verfügung gestellt würden: „Es gibt keine freien Betten für die COVID-19-Kranken, aber die illegalen Einwanderer werden in Herbergen untergebracht“ (Lega 12. November 2020).[7]

6 Verschwörungstheoretische Positionen sind bei den italienischen Rechtspopulisten und Rechtspopulistinnen zwar selten, es gibt sie aber. Vor allem Matteo Salvini von Lega hält es für erwiesen, dass das Virus in chinesischen Laboren künstlich erzeugt wurde, und kritisiert die vermeintliche ‚Beihilfe' der Weltgesundheitsorganisation bzw. ‚großer Multinationaler [Konzerne]' dazu (Salvini 2020).

7 Auch Fratelli d'Italia suggeriert eine Konkurrenz zwischen der italienischen Bevölkerung und den Zugewanderten. So behauptet Parteimitglied Daniela Santanchè, Erstere hätten durch die strikten COVID-19-Regelungen ihre Freiheiten eingebüßt, während Zweitere „frei in Italien landen und sich dort ausbreiten“ könnten (Santanchè 2021).

Darüber hinaus wird die Pandemie gelegentlich auch mit ethnischen und kulturellen Minderheiten in Verbindung gebracht. Vor allem die Roma-Gemeinschaft wird oft als Beispiel für Kriminalität in Pandemiezeiten angeführt. Exemplarisch dafür ist ein Post von Lega von Ende 2020, der kriminelle Handlungen einer Gruppe von Roma in der Umgebung der italienischen Hauptstadt kommentiert: „Roma-Bande nutzt die dramatische Lage im Lockdown aus, um Supermärkte zu plündern" (Lega 16. März 2021).

ELITENKRITIK

Das Thema Migration spielt auch insofern eine wichtige Rolle, als es die typische populistische Elitenkritik von Lega und Fratelli d'Italia zum Tragen bringt. Ein grundlegendes Narrativ beider Parteien ist, dass die regierenden ‚Eliten' sich vor allem um die Zugewanderten kümmern und die Belange der pandemiegebeutelten einheimischen Bevölkerung vernachlässigen. 2020 richtete sich diese Kritik vor allem auf die Regierung Conte II. Ende des Jahres veränderte die Regierung die restriktiven Gesetzesverordnungen zur Einwanderung (‚decreto sicurezza' und ‚decreto sicurezza bis'), die Salvini zwischen 2018 und 2019 verabschiedet hatte. Daraufhin warf Lega ihr vor, sich eher um eine Liberalisierung der Migrationspolitik zu sorgen als um die Pandemie und ihre Auswirkungen: „Wir erleben gerade einen wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sozialen Notstand, doch woran denkt die Regierung? Daran, die Sicherheitsverordnungen zu ändern" (Lega 19. November 2020). Eine ähnliche Position vertrat Fratelli d'Italia. Sie kritisierte den Partito Democratico, der mit ihrem Reformvorschlag für die Erweiterung des Staatsbürgerschaftsrechts seine Aufmerksamkeit auf das Thema Migration richteten, anstatt sich um die Lage der Einheimischen zu kümmern: „Während Italien sich aufgrund der neuen Restriktionen im Lockdown befindet und es an Impfstoff mangelt, denkt der PD über das Geburtsortprinzip für die Einwanderer nach" (Fratelli d'Italia 15. März 2021).[8]

KOMMUNIKATION DER LEGA ÄNDERT SICH MIT REGIERUNGSBEITRITT

Dass Fratelli d'Italia und Lega bei ihrer COVID-19- bzw. ihrer Migrationskritik ähnliche Positionen vertrete, sollten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie zwei ganz unterschiedliche politische Strategien verfolgen. Während Fratelli d'Italia in der Pandemie stets als Oppositionspartei agierten, ist Lega seit Februar 2021 an der Regierung beteiligt. Dies hat sich erwartungsgemäß auch auf ihre Kritik an den politischen Institutionen niedergeschlagen: Zuvor hatte sie die Tätigkeit der Regierung Conte II in der Corona-Frage als ‚desaströs' bezeichnet (Salvini 7. Juni 2021); nun verweist sie häufig auf die positiven Ergebnisse der Regierung Draghi – nicht zuletzt, um ihren eigenen Beitrag zu betonen. Das wird beim Thema ‚Impfung' besonders deutlich:

> *Die #RegierungDraghi hat auf die Bedürfnisse Italiens erkannt und zwei Milliarden Euro in den Kauf von Impfstoffen investiert. Lega hat diese Kursänderung in Richtung eines klaren und genau definierten Plans zum Kampf gegen das Virus ausdrücklich unterstützt. Dank dieser Entscheidungen können wir es schaffen, die Impfkampagne zu beschleunigen […].* (Lega 4. März 2021)

Der Unterschied zwischen Lega und Fratelli d'Italia zeigt sich darüber hinaus beim Thema ‚Green Pass': Beide Parteien hatten sich zunächst gegen den Green Pass ausgesprochen. Doch Lega stimmte schließlich für seine Einführung, während Fratelli d'Italia ihn als ‚Erpressung' und als ‚inakzeptable Freiheitsbeschränkung' kritisierten:

> *Wir werden es nie zulassen, dass der nationale Green Pass zu einer Methode wird, um die Bürger zu erpressen, indem ihnen die Reisefreiheit, der*

8 Die Partei wirft der Regierung vor, die „wilde Immigration" nicht einmal in Krisenzeiten zu blockieren. Die NGO-Seenotrettungen bezeichnet sie als „unverantwortlich", weil sie während der COVID-19-Krise die Einwanderung nach Italien weiter förderten (Fratelli d'Italia 2020).

Konzertbesuch oder das normale Abendessen im Restaurant verwehrt wird. Die Vorstellung, dass man gezwungen ist, einen Passierschein zu haben, um am sozialen Leben teilhaben zu können, ist schauderhaft, buchstäblich unvereinbar mit den Standards einer freien Nation. Wir haben schon immer gesagt: Dieses Instrument kann und darf nicht zur „Normalität" werden. Neustart ja, Erpressung nein. (Meloni 9. Juni 2021)

AUSBLICK

Durch die COVID-19-Krise hat sich der Fokus der rechtspopulistischen Parteien in Italien vom Thema Migration zu gesundheitspolitischen Fragen verschoben. Zugleich bot die Pandemie einen neuen Nährboden für Migrationskritik. Zum einen werden Zuwandernde immer wieder als Infektionsquelle dargestellt. Zum anderen wird kritisiert, die etablierten Parteien würden zulasten der Einheimischen die Bedürfnisse der Zugewanderten bevorteilen. Es ist absehbar, dass sowohl Lega als auch Fratelli d'Italia Migration auch künftig gezielt politisieren werden, um ihre Wählerschaft zu mobilisieren.

Politisch hatte die Pandemie weitreichende Konsequenzen: Sie hat wesentlich zum vorzeitigen Ende der Regierung Conte II und zur Bildung einer neuen Regierung unter Ex-EZB-Chef Mario Draghi beigetragen. An dieser Regierung ist auch Lega beteiligt. Fratelli d'Italia ist damit die einzige verbliebene Oppositionspartei. Während der Regierungsbeitritt der Partei Lega die Zustimmung für sie nicht erhöht hat, profitieren Fratelli d'Italia von ihrer Opposition: Im September 2021 lagen Lega und Fratelli d'Italia mit 19 bzw. 21 Prozent in allen Umfragen vorn. Die stärksten politischen Kräfte Italiens Ende 2021 sind somit zwei rechtspopulistische Parteien. Ihre gemeinsamen 40 Prozent würden ihnen im Fall von Neuwahlen eine parlamentarische Mehrheit ermöglichen.

LITERATUR

Altalex 2020: Decreto Cura Italia, il testo coordinato; verfügbar unter: https://www.altalex.com/documents/news/2020/05/01/decreto-cura-italia#otto (letzter Zugriff: 02.09.2021).

Camera dei Deputati 2021: provvedimento misure sull'emergenza coronavirus (COVID-19) - Quadro generale; verfügbar unter: https://www.camera.it/temiap/documentazione/temi/pdf/1203754.pdf?_1588279335853 (letzter Zugriff: 02.09.2021).

de Ghantuz Cubbe, Giovanni 2021: Länderbericht Italien. MIDEM, Dresden; verfügbar unter :https://forum-midem.de/cms/data/fm/user_upload/Publikationen/TUD_MIDEM_Laenderbericht_2021-1_Italien_RZ.pdf (letzter Zugriff: 25.11.2021).

Demos & Pi 2018: Elezioni politiche 2018 - analisi dei risultati; verfügbar unter: http://www.demos.it/a01485.php (letzter Zugriff: 04.10.2021).

Demos & Pi 2020: Atlante politico – Archivio 2020; verfügbar unter: http://www.demos.it/atlante_politico2020.php (letzter Zugriff: 02.09.2021).

Demos & Pi 2021: Atlante politico – Archivio 2021; verfügbar unter: http://www.demos.it/atlante_politico2021.php (letzter Zugriff: 02.09.2021).

Demos & Pi 2021a: Atlante politico n. 96 - settembre 2021; verfügbar unter: http://www.demos.it/a01886.php (letzter Zugriff: 04.10.2021).

Dong, Ensheng / Du, Hongru / Gardner, Lauren 2020: An Interactive Web-Based Dashboard to Track COVID-19 in Real Time; in: The Lancet Infectious Diseases 20 (5), S. 533-534. doi: 10.1016/S1473-3099(20)30120-1

Europäische Kommission 2019*:* Standard Eurobarometer 92*,* Herbst 2019: Public Opinion in the European Union, Annex; verfügbar unter: https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=72800 (letzter Zugriff: 2.11.2021).

Europäische Kommission 2021*:* Standard Eurobarometer 94, Winter 2020-2021: Public Opinion in the European Union, Annex; verfügbar unter: https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=76407 (letzter Zugriff: 2.11.2021).

Europäische Parlament 2020: Uncertainty/EU/Hope – Public Opinion in Times of COVID-19; verfügbar unter: https://www.labourline.org/GED_CUY/144494696267/en-covid19-survey-report.pdf (letzter Zugriff: 02.09.2021).

Fratelli d'Italia 2020, 10. März: Ecco le nostre proposte per combattere…; Facebook Fratelli d'Italia; verfügbar unter: https://www.facebook.com/355710427861591/posts/2720324494733494 (letzter Zugriff: 18.08.2021).

Fratelli d'Italia 2020. Coronavirus, Procaccini: In piena emergenza sbarchi immigrati irregolari aumentati del 400% (video); verfügbar unter: https://www.fratelli-italia.it/2020/04/27/coronavirus-procaccini-in-piena-emergenza-sbarchi-immigrati-irregolari-aumentati-del-400-video/ (letzter Zugriff: 18.08.2021).

Fratelli d'Italia 2021, 17. April: Cosa c'entra il coprifuoco alle 22…; Facebook Fratelli d'Italia; verfügbar unter: https://www.facebook.com/355710427861591/posts/3810018275764105 (letzter Zugriff: 18.08.2021).

Fratelli d'Italia 2021, 22. März: Fugge dal centro…; Facebook Fratelli d'Italia; verfügbar unter: https://m.facebook.com/355710427861591/posts/3734187656680501 (letzter Zugriff: 18.08.2021).

Fratelli d'Italia 2021, 28. April: Non ci sono ragioni scientifiche…; Facebook Fratelli d'Italia; verfügbar unter: https://www.facebook.com/355710427861591/posts/1304037733323546 (letzter Zugriff: 18.08.2021).

Fratelli d'Italia 2021, 30. April: In diverse piazze d'Italia…; Facebook Fratelli d'Italia; verfügbar unter: https://www.facebook.com/355710427861591/posts/3846877492078183 (letzter Zugriff: 18.08.2021).

Fratelli d'Italia, 15. März 2021: Mentre l'Italia è ferma…; Facebook Fratelli d'Italia; verfügbar unter: https://www.facebook.com/355710427861591/posts/3712417078857559 (letzter Zugriff: 18.08.2021).

Horowitz, Jason 2020: The lost Days That Made Bergamo a Coronavirus Tragedy; verfügbar unter: https://www.nytimes.com/2020/11/29/world/europe/coronavirus-bergamo-italy.html (letzter Zugriff: 02.09.2021).

Lega 2020, 06. Oktober: #Grimoldi: Guardate la vergogna dei sistemi sanitari…; Facebook Lega Salvini Premier; verfügbar unter: https://www.facebook.com/422703967772535/posts/3694946287214937 (letzter Zugriff: 18.08.2021).

Lega 2020, 12. November: Non ci sono posti…; Facebook Lega Salvini Premier; verfügbar unter: https://www.facebook.com/422703967772535/posts/3805216062854625 (letzter Zugriff: 18.08.2021).

Lega 2020, 19. November: C'è in atto un'emergenza economica…; Facebook Lega Salvini Premier; verfügbar unter: https://www.facebook.com/422703967772535/posts/1641034096092027 (letzter Zugriff: 18.08.2021).

Lega 2020, 24. Februar: Quarantena per chi arriva dalle…; Facebook Lega Salvini Premier; verfügbar unter: https://m.facebook.com/watch/?v=2307582912866254&_rdr (letzter Zugriff: 18.08.2021).

Lega 2020, 25. November: Proposte per la disabilità…; Facebook Lega Salvini Premier; verfügbar unter: https://www.facebook.com/422703967772535/posts/3842826152426949 (letzter Zugriff: 18.08.2021).

Lega 2020, 26. März: Quando gli esperti dicevano…; Facebook Lega Salvini Premier; verfügbar unter: https://www.facebook.com/422703967772535/posts/3077661342276771 (letzter Zugriff: 18.08.2021).

Lega 2021, 04. März: Un cambio di passo…; Facebook Lega Salvini Premier; verfügbar unter: https://www.facebook.com/422703967772535/posts/4126040464105515 (letzter Zugriff: 18.08.2021).

Lega 2021, 12. März: Abbiamo cancellato le cartelle esattoriali…; Facebook Lega Salvini Premier; verfügbar unter: https://www.facebook.com/422703967772535/posts/1095097054302963 (letzter Zugriff: 18.08.2021).

Lega 2021, 16. März: Velletri, Banda di rom…; Facebook Lega Salvini Premier; verfügbar unter: https://www.facebook.com/watch/?extid=SEO----&v=1140707236349898 (letzter Zugriff: 18.08.2021).

Lega 2021, 18. Februar: Stop alle presenze di virologi…; Facebook Lega Salvini Premier; verfügbar unter: https://www.facebook.com/422703967772535/posts/4081266918582870 (letzter Zugriff: 18.08.2021).

Lega 2021, 23. April: Basta con il partito del…; Facebook Lega Salvini Premier; verfügbar unter: https://www.facebook.com/422703967772535/posts/4277848705591356 (letzter Zugriff: 18.08.2021).

Lega 2021, 27. April: Il lockdown non serve?…; Facebook Lega Salvini Premier; verfügbar unter: https://www.facebook.com/422703967772535/posts/4290109897698570 (letzter Zugriff: 18.08.2021).

Meloni, Giorgia 2021, 02. Oktober: Conte si è dimesso ma lui e il suo Governo… Facebook Giorgia Meloni; verfügbar unter: https://www.facebook.com/38919827644/posts/10158976426692645 (letzter Zugriff: 18.08.2021).

Meloni, Giorgia 2021, 09. Juni: Non permetteremo mai che…; Facebook Giorgia Meloni; verfügbar unter: https://m.facebook.com/38919827644/posts/10159257340422645 (letzter Zugriff: 18.08.2021).

MIDEM 2019: Europa vor den Wahlen, Dresden; verfügbar unter: https://forum-midem.de/cms/data/fm/user_upload/verbesserteTUD_MIDEM_Studie_2019-1_DINA4_WEB_RZ.pdf (letzter Zugriff: 02.09.2021).

Open 2020: Coronavirus, Salvini porta in Senato la teoria del complotto: «Tutto è cominciato in un laboratorio cinese» – Il video; verfügbar unter: https://www.open.online/2020/12/16/coronavirus-salvini-laboratorio-cinese-video/ (letzter Zugriff: 02.09.2021).

Openpolis 2021. Coronavirus, l'elenco completo degli atti; verfügbar unter: https://www.openpolis.it/coronavirus-lelenco-completo-degli-atti/ (letzter Zugriff: 02.09.2021).

Salvini, Matteo 2021, 07. Juni: Orgogliosi di aver contribuito…; Facebook Matteo Salvini; verfügbar unter: https://www.facebook.com/252306033154/posts/10158717352778155 (letzter Zugriff: 18.08.2021).

Salvini, Matteo 2021: Rede im italienischen Parlament; verfügbar unter: https://www.open.online/2020/12/16/coronavirus-salvini-laboratorio-cinese-video/ (letzter Zugriff: 02.09.2021).

Santanchè, Daniela 2021: Mentre migliaia di italiani sono in quarantena per colpa del #coronavirus, il #Governo lascia gli #immigrati liberi di sbarcare e dileguarsi. Vi sembra normale?!?; verfügbar unter: https://twitter.com/DSantanche/status/1234100899192201217 (letzter Zugriff: 30.05.2021).

Weltbank 2021: Data. Population, total; verfügbar unter: https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL?most_recent_value_desc=true (letzter Zugriff 03.08.2021).

RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN IN ZEITEN DER PANDEMIE

5 NIEDERLANDE

ENTWICKLUNG DER PANDEMIE

Ende Februar 2020 erreichte die weltweite Pandemie auch die Niederlande. Zahlreiche Menschen wurden infiziert, mussten im Krankenhaus behandelt werden oder starben. Zu Beginn der Pandemie verbreitete sich das Virus vor allem in Altenheimen. Obwohl strenge Maßnahmen ergriffen wurden, beispielsweise ein absolutes Besuchsverbot, breitete sich das Virus schnell auch unter den älteren Menschen aus. Die Folge war eine hohe Sterberate. Dies verdeutlicht auch die 7-Tage-Inzidenz der Todesfälle, welche zu Beginn der Pandemie die höchsten Werte aufwies (Abb.1). Die politische Entscheidungsfindung in den Niederlanden zeichnet sich dadurch aus, dass ein breiter Konsens gesucht wird – das erwies sich für eine Krise wie die Pandemie jedoch als problematisch. Die Behörden entschieden sich im Oktober 2020 für einen ‚intelligenten Lockdown': Um die Infektionen zu verringern, wurden Maßnahmen sozialer Distanzierung empfohlen, aber nicht verpflichtend gemacht. Die Behörden verließen sich weitgehend darauf, dass gut informierte und verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger diese Vorgaben befolgen würden. Der ‚intelligente Lockdown' sollte das Infektionsrisiko so weit wie möglich reduzieren, um eine Überlastung der Krankenhäuser und besonders der Intensivstationen zu vermeiden. Darüber hinaus wurden freiheitsbeschränkende Maßnahmen erlassen: Schulen und Universitäten schlossen vorübergehend, ebenso Restaurants und Bars, die meisten Non-Food-Läden, Fitnessstudios und Friseursalons.

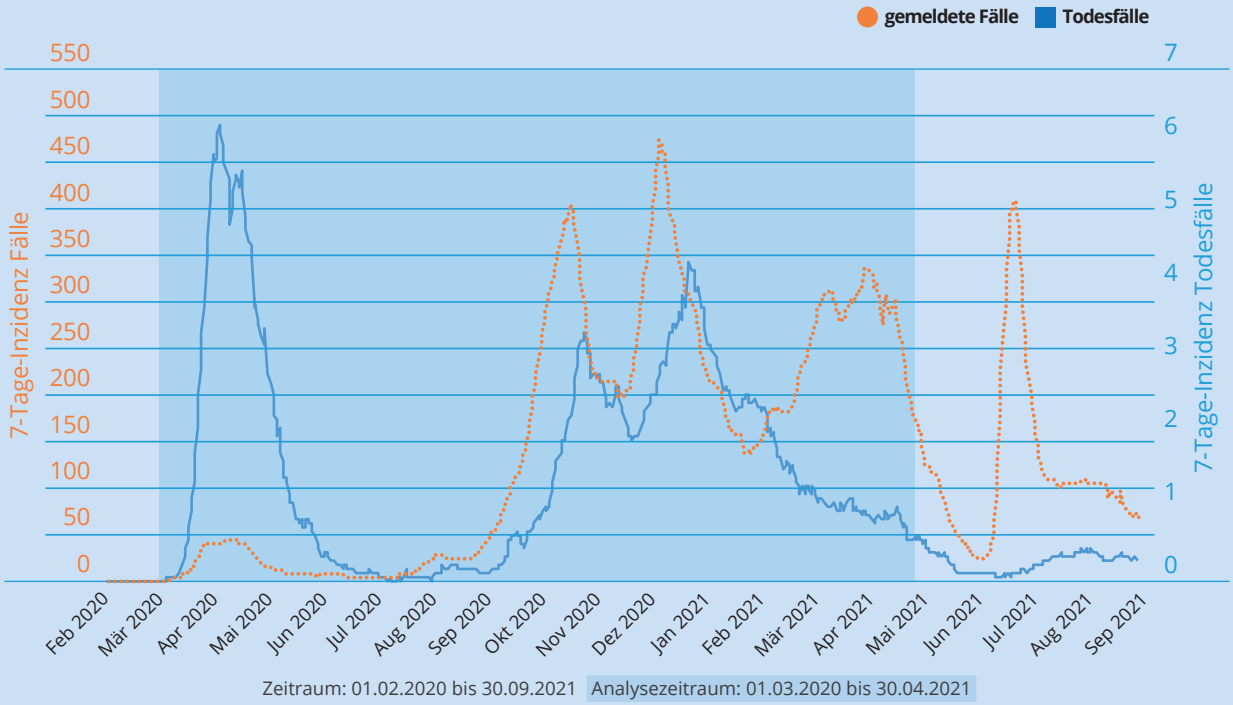
Bei der Grenzpolitik galt in den Niederlanden folgende Faustregel: „Touristen und ausländische Reisende aus Ländern, in denen die Gesundheitsrisiken ähnlich hoch oder niedriger sind als in den Niederlanden, können in die Niederlande einreisen" (Rijksoverheid 2021). Diese relativ lockere Grenzpolitik wurde über die gesamte Pandemie hinweg beibehalten. Das hat der Regierung wiederholt Kritik eingebracht, insbesondere da sie auf neu auftretende Varianten von COVID-19 und auf Corona-Hotspots später reagierte als andere westliche Länder. Als beispielsweise Indien im April 2021 zu einem Hotspot wurde, erließen die Niederlande, verglichen mit anderen Ländern, erst spät entsprechende Beschränkungen für den Flugverkehr (NOS 2021).

COVID-19-Statistik für die Niederlande (Stand: 30. September 2021)

Bevölkerungszahl	17.441.140
Bestätigte Fälle	2.041.429
Bestätigte Fälle pro 100.000	11.705*
Todesfälle	18.584
Todesfälle pro 100.000	107*
Fall-Verstorbenen-Anteil	0,9 %*

Quellen: Weltbank 2021 & Dong/Du/Gardner 2020 / Eigene Berechnung

Abb. 1: 7-Tage-Inzidenzen der gemeldeten Fälle sowie Todesfälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in den Niederlanden



Zeitraum: 01.02.2020 bis 30.09.2021 Analysezeitraum: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quellen: Weltbank 2021 & Dong/Du/Gardner 2020 / Eigene Berechnung

Wurden die Maßnahmen der sozialen Distanzierung von der Bevölkerung zunächst noch unterstützt, breitete sich nach dem Sommer 2020 ein Unbehagen an der Coronapolitik aus. Insbesondere die geringe demokratische Rechenschaftspflicht der Regierung bot Anlass zu Kritik. So beruhten die Maßnahmen im Wesentlichen auf Notstandsverordnungen, die die demokratischen Grundrechte auf verschiedene Weise einschränkten. Dieser Umstand wurde erst im Herbst 2021 durch ein Sondergesetz behoben, das vom Parlament alle drei Monate verlängert werden muss. Weitere Kritikpunkte waren die mangelnde Durchsetzbarkeit und die fehlende Stringenz der Maßnahmen. So gab es keine hinreichenden Kapazitäten, um die Einhaltung der Maßnahmen zuverlässig zu kontrollieren. Darüber hinaus erzeugten anhaltende Unsicherheiten in Bezug auf die wissenschaftlichen Fakten und die häufige Änderung der politischen Maßnahmen bei Teilen der Bevölkerung Verwirrung und Irritation. In der zweiten Welle wurde am 15. Dezember 2020 ein strenger Lockdown verhängt, der soziale Kontakte und wirtschaftliche Aktivitäten erheblich einschränkte. Indes zeigen Umfragewerte, dass die mitunter lautstarke Kritik der Oppositionsparteien an der Regierung bei der Mehrheit der Bevölkerung keinen Anklang fand. So unterstützte eine große Mehrheit der niederländischen Bevölkerung die Corona-Politik. Die Zustimmung lag je nach Maßnahme zwischen 55 und 75 Prozent (Krouwel et al. 2021).

POLARISIERENDE CORONA-DEBATTE UND (GEWALTTÄTIGE) DEMONSTRATIONEN

In der ersten Welle beschränkte sich die politische und soziale Polarisierung auf Debatten zwischen Regierung und Opposition. Dabei forderten die rechtspopulistischen Parteien *Partij voor de Vrijheid* (PVV, dt.: Partei der Freiheit) und *Forum voor Democratie* (FvD, dt.: Forum für Demokratie) zunächst striktere Maßnahmen und kritisierten die Behörden, die ihrer Meinung nach nicht genug taten. Dies schlug jedoch sehr bald um in den Vorwurf, die etablierten Parteien würden die Grundfreiheiten der Bürgerinnen und Bürger untergraben. Zunehmend begannen die rechtspopulistischen Parteien Verschwörungstheorien zu verbreiten; diese fielen bei einer kleinen Teilgruppe der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden

und gipfelten schließlich Anfang 2021 in Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen. In elf Städten geriet die Situation außer Kontrolle, es gab gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Demonstrierenden und der Polizei. In Eindhoven kam es bei einer solchen Kundgebung – die aufgrund der Corona-Beschränkungen verboten wurde – zu schweren Ausschreitungen mit 70 Festnahmen von mutmaßlichen Gewalttätern (Omroep Brabant 2021).

Die Pandemie hat auch das Vertrauen in die Regierung und in die EU beeinflusst. So fiel das Vertrauen in die nationale Regierung im Frühjahr 2021 im Vergleich zu Sommer 2020 um 6 Prozentpunkte auf 68 Prozent (Europäische Kommission 2021: 67). Im selben Zeitraum stieg jedoch das Vertrauen in die EU um 12 Prozentpunkte auf 61 Prozent (ebd.: 71). Die Zufriedenheit mit der Demokratie blieb dagegen eher stabil auf 82 Prozent (-2 Prozent im Vergleich zu Sommer 2021) (ebd.: 249).

Tab. 1: Relevante politische Parteien der Niederlande

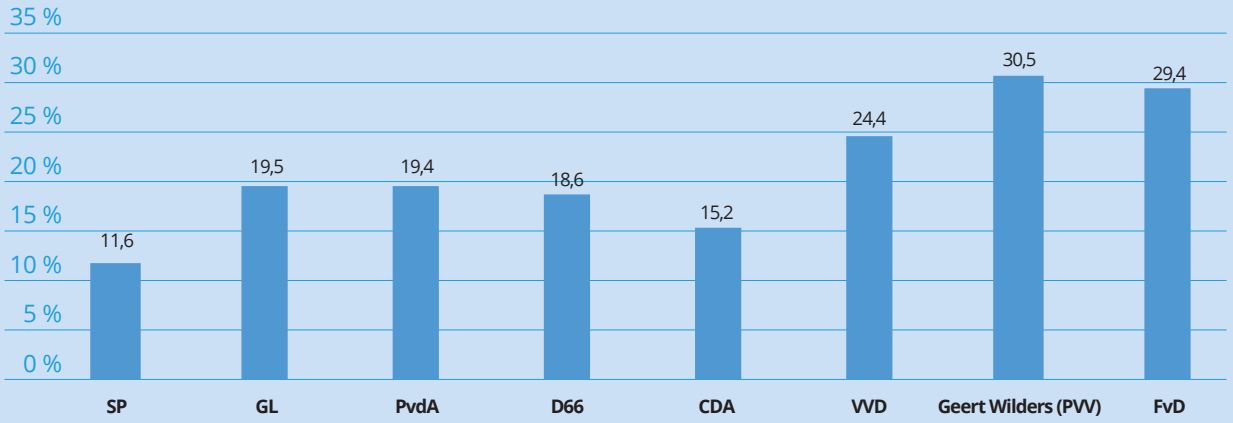
Parteien	Abkürzung	Zugehörigkeit zur Fraktion im EU-Parl.	Politische Ausrichtung	Ergebnisse der letzten Parlaments-wahl (2021)
Socialistische Partij	SP	-	Sozialismus, linkspopulistisch	6 %
GroenLinks	GL	Grüne/EFA	Ökologie, sozialistisch	5,2 %
Partij van de Arbeid	PvdA	S&D	Sozialdemokratie, Mitte-links	5,7 %
Democraten 66	D66	Renew Europe	Linksliberalismus, progressiv	15 %
Christen Democratisch Appèl	CDA	EVP	Christdemokratie, konservativ	9,5 %
Volkspartij voor Vrijheid en Democratiel	VVD	Renew Europe	Liberalismus, konservativ	21,9 %
Partij voor de Vrijheid	PVV	ID	Rechtspopulismus, nationalistisch	10,8 %
Forum voor Democratie	FvD	EKCR	Rechtspopulismus, nationalistisch	5 %

BEITRÄGE IN SOCIAL MEDIA – CORONA UND MIGRATION IM VERGLEICH

Um die Bedeutung des Corona-Themas in der politischen Kommunikation rechtspopulistischer Parteien zu ermitteln, wurden zwischen dem 1. März 2020 und dem 30. April 2021 prozentuale Häufigkeiten von Schlüsselbegriffen zu COVID-19 in Facebook-Beiträgen analysiert (Abb. 2). Die Ergebnisse dieser Untersuchung belegen eine Dominanz der rechtspopulistischen Parteien PVV und FvD[1]: Bei beiden Parteien bezog sich fast jeder dritte Facebook-Beitrag (FvD: 29,4 Prozent, PVV: 30,5 Prozent) auf COVID-19.[2]

Von den etablierten Parteien widmeten die meisten COVID-19 weniger als 20 Prozent ihrer Facebook-Beiträge. Nur die *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD, dt.: Volkspartei für Freiheit und Demokratie) behandelte das Thema in etwa einem Viertel ihrer Facebook-Beiträge (24,4 Prozent). Dieser hohe Anteil ist zumindest teilweise darauf zurückzuführen, dass der VVD-Vorsitzende und Ministerpräsident Mark Rutte anfangs als stabilisierender Faktor galt und in dieser unruhigen Zeit als Krisenmanager geschätzt wurde. Bezeichnenderweise richtete sich die Kritik an COVID-19-Maßnahmen auch meist nicht gegen ihn, sondern überwiegend gegen den Gesundheitsminister Hugo De Jonge von *Christen Democratisch Appèl* (CDA, dt.: Christlich-demokratischer Appell). Dessen Popularität sank in dieser Zeit sogar so weit, dass er den Parteivorsitz abgeben musste. Somit ist es wenig überraschend, dass CDA von den Parteien der Mitte am wenigsten über Corona schrieb (um die 15 Prozent). Der Regierungspartner *Democraten 66* (D66) widmete dem Thema weniger als einen von fünf Facebook-Beiträgen und versuchte sich dabei vor allem in einer Distanzierung von der bedrängten Regierung.

Abb. 2: Anteil coronabezogener Facebook-Beiträge nach Parteien



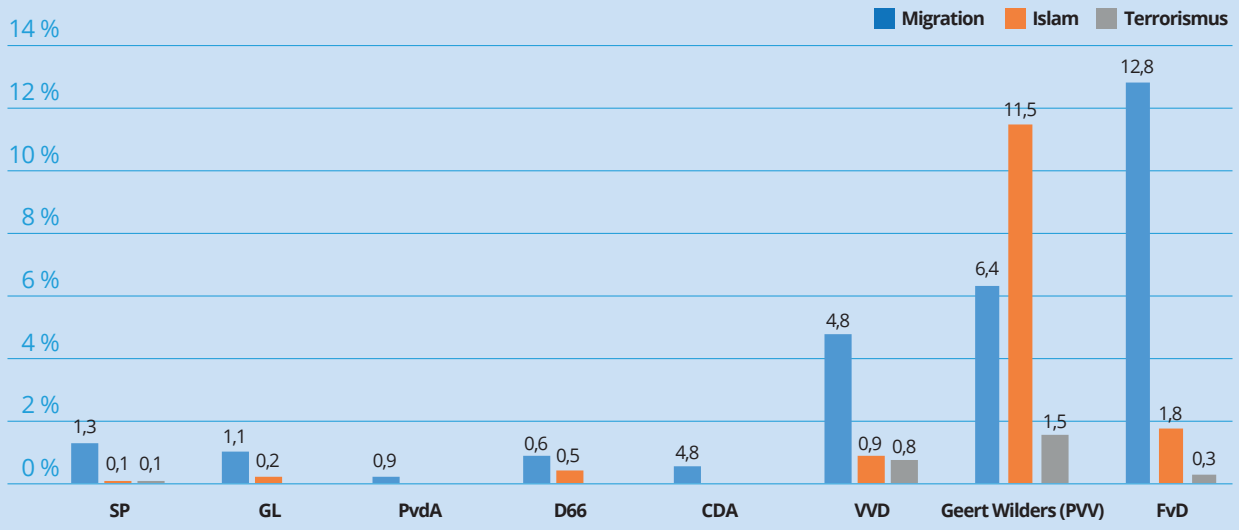
Analysezeitraum: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

1 Es wurden die offiziellen Facebook-Accounts der Parteien analysiert. Für PVV hingegen wurde der persönliche Account von Geert Wilders zugrunde gelegt. Der Account der Partei ist kaum aktiv, die Partei selbst hat mit Wilders nur ein Mitglied und nicht einmal Abgeordnete können ihr beitreten. Mit 430.000 Facebook-Followern und über 850.000 Twitter-Followern erreicht Wilders mit seinen Anti-Islam- und Anti-Establishment-Botschaften jedoch einen großen Teil der niederländischen Bevölkerung.

2 Eine Ausnahme innerhalb des sogenannten populistischen Blocks bildete *Juiste Antwoord 21* (JA21): Diese Partei widmete weniger als 10 Prozent ihrer Beiträge der Pandemie. Das ist möglicherweise darauf zurückzuführen, dass sie sich im Dezember 2020 von FvD abgespalten hat und sich nun davon abgrenzen musste. Da sich zu diesem Zeitpunkt die politischen Haltungen zur Pandemie schon größtenteils gefestigt hatten, blieb beim Thema Corona ohnehin wenig Raum für eine Profilierung der jungen Partei.

Abb. 3: Anteil Facebook-Beiträge mit Bezug auf Migration, Islam oder Terrorismus nach Parteien



Beobachtungszeitraum: 01.01.2019 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

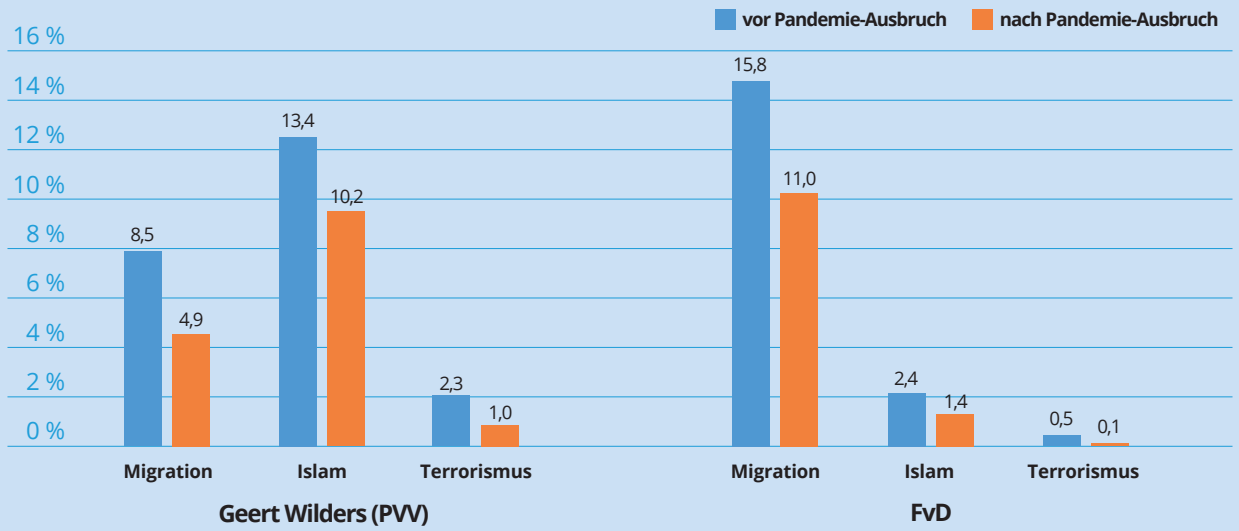
Im linken politischen Spektrum widmeten sowohl *Partij van de Arbeid* (PvdA, dt.: Arbeiterpartei) als auch *GroenLinks* (GL, dt.: GrünLinks) etwas weniger als 20 Prozent der Facebook-Beiträge dem Thema COVID-19. Bei *Socialistische Partij* (SP, dt.: Sozialistische Partei) waren es dagegen nur etwas über 11 Prozent. Die linken Parteien richteten ihr Augenmerk stärker auf den Arbeitsdruck und die schlechte Bezahlung von Menschen in Gesundheitsberufen und auf Unterstützungspakete für Menschen, die Gefahr liefen, ihren Arbeitsplatz und ihr Einkommen zu verlieren.

Die Zahlen der Beiträge zu COVID-19 sind vor dem Hintergrund der gesamten Online-Kommunikation zu sehen. Die rechtspopulistischen Parteien FvD und PVV (Geert Wilders) waren auf Facebook ganz allgemein mit Abstand die aktivsten, sowohl im Zeitraum vor dem Ausbruch der Pandemie (01.01.2019 bis 29.02.2020) als auch in der Zeit danach (01.03.2020 bis 30.04.2021): Über den gesamten Zeitraum publizierte Wilders dort 2.531 Beiträge und FvD 2.235. An dritter Stelle folgt SP mit etwa halb so vielen Beiträgen (1.135). Die traditionellen Regierungsparteien VVD, CDA, D66, PvdA und GL veröffentlichten im Durchschnitt weniger als 600 Beiträge (zwischen 469 und 984).

THEMATISCHE SCHWERPUNKTE SEHR UNTERSCHIEDLICH

Die Pandemie hat andere Themen von der politischen Agenda verdrängt. Die Gewichtung von Themen unterscheidet sich jedoch deutlich bei den rechtspopulistischen und bei den etablierten Parteien: Wie die Analyse zeigt, stammen die Facebook-Beiträge zu Migration, Islam und Terrorismus, die im Zeitraum vom 1. Januar 2019 bis zum 30. April 2021 veröffentlicht wurden, zum überwiegenden Teil von den rechtspopulistischen Parteien (Abb. 3). Mit Migration befassten sich alle rechtsgerichteten Parteien (einschließlich VVD), während die (Mitte-)Links-Parteien und die progressiven Parteien zu diesem Thema kaum etwas publizierten. Der Islam hingegen ist nahezu die alleinige Domäne von Geert Wilders (11,5 Prozent seiner Beiträge behandelten dieses Thema). Dabei verknüpft Wilders dieses Thema einerseits häufig mit dem Thema Migration, andererseits beschwört er den Islam als eine allgemeine Bedrohung für den Westen. Hier unterschied sich PVV deutlich von anderen rechtspopulistischen Parteien, die sich eher mit Migration im Allgemeinen befassten als speziell mit dem Islam. Überraschend ist, dass FvD den Islam in weniger als 2 Prozent der Facebook-Beiträge thematisierte. Diese Zahlen spiegeln die Tatsache wider, dass Wilders das Thema Islam für sich allein beansprucht, während sich FvD stärker auf

Abb. 4: Anteil Facebook-Beiträge mit Bezug auf Migration, Islam oder Terrorismus von Geert Wilders und FvD vor und nach Ausbruch der Pandemie



vor Pandemie-Ausbruch: 01.01.2019 bis 29.02.2020
nach Pandemie-Ausbruch: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

Migration fokussiert. FvD warnte dagegen häufig vor einer ‚Umvolkung' (*omvolking*) der Niederlande und einer Überlastung des Sozialstaats durch Migration. Das Thema Terrorismus erwähnten nur Geert Wilders und VVD, aber bei beiden war der Anteil mit 1,5 bzw. 0,8 Prozent sehr gering.

COVID-19 HAT AUFMERKSAMKEIT VON MIGRATIONSTHEMEN ABGELENKT

Vergleicht man die Facebook-Beiträge zu Migration, Islam und Terrorismus in den beiden Phasen vor und nach dem Ausbruch der Pandemie zeigt sich, dass ihr Anteil an allen Beiträgen der Partei sowohl bei Wilders (PVV) als auch bei FvD während der Pandemie zurückging (Abb. 4). Die rechtspopulistischen Akteure verlagerten ihren Schwerpunkt darauf, die etablierten Parteien und besonders die Regierungsparteien anzugreifen. Sie warfen ihnen vor, die Krise falsch zu handhaben, die Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger einzuschränken und unnötig wirtschaftlichen Schaden anzurichten. Zugleich schürten sie mit ihrer politischen Rhetorik weiterhin Ängste in Bezug auf Massenzuwanderung und Multikulturalismus und behielten die ‚Hoheit' über diese Themen.

RECHTSPOPULISTISCHE DISKURSE

Liberale Demokratien ruhen traditionell auf dem Schutz der individuellen Freiheiten. Auf dieses Selbstverständnis prallten auch in den Niederlanden die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Hitzige Debatten über die Einschränkung individueller Freiheiten (Bewegungs- und Versammlungsfreiheit, Besuche von Familienangehörigen und im Freundeskreis, Empfang von Gästen, Reisefreiheit usw.) waren die Folge. Zu Beginn der Pandemie setzten sich die rechtspopulistischen Parteien noch für striktere Maßnahmen ein, während die Regierung noch dem Schutz der individuellen Freiheiten einen gewissen Vorrang einräumte. Nachdem die wichtigsten Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung in Kraft gesetzt wurden, schlug der Tenor innerhalb weniger Wochen in den Vorwurf um, die Regierung verletze grundlegende Bürgerrechte. Die kritischen Äußerungen zur Eindämmungspolitik suggerierten in einer teilweise auch verschwörerischen Sprache eine Instrumentalisierung der Pandemie, zum Zweck der Beschneidung bürgerlicher Freiheiten.

Im Umgang mit den Maßnahmen der Regierung schwangen sich die rechtspopulistischen Parteien selbst als Verfechterinnen der individuellen Rechte auf. So kritisierte etwa FvD scharf eine Verletzung der Privatsphäre, als der Gesundheitsminister eine Tracking-App entwickelte, mit der Kontakte im Fall einer Infizierung nachvollzogen werden konnten (FvD 6. Juni 2020). Rechtspopulistische Politiker und Politikerinnen wetterten auch gegen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie gegen Gesundheitsbeamte. So seien deren Aussagen etwa zu den Gesichtsmasken uneindeutig. Überdies dienten viele der vorgeschlagenen Präventivmaßnahmen lediglich dem Zweck, die Bevölkerung einer totalitären Kontrolle zu unterziehen.

Die niederländische Politik zeichnet sich traditionell dadurch aus, dass sie viele Interessengruppen berücksichtigt, dabei in kleinen, aufeinander aufbauenden Schritten vorgeht und zahlreiche, zum Teil sehr spezifische Maßnahmen ergreift. Dadurch werden die ergriffenen politischen Maßnahmen häufig sehr komplex. Dies bot den rechtspopulistischen Parteien Ansatzpunkte, um die Regierung zu kritisieren und die gesamte ‚Elite' als inkompetent und inkonsequent darzustellen. FvD etwa behauptete, die „medizinisch-politische Elite" wisse genau, dass Maßnahmen wie die Ausgangssperre „Unsinn" seien; die „machtgierigen Corona-Betreiber" würden hier schlicht „mit unserer Freiheit spielen" (FvD 29. April 2021).

Als der zweite Lockdown Ende 2020 nicht den gewünschten Erfolg brachte, verhängte die Regierung eine Ausgangssperre mit stärkerer Polizeipräsenz. Dies wiederum führte zu Protesten und Ausschreitungen. Der FvD-Vorsitzende Baudet warf Rutte vor, er habe „die Niederlande eingesperrt" und „inakzeptable Einschränkungen unserer Freiheit" eingeführt (FvD 2. April 2021).

In Bezug auf die Gesundheitsversorgung wies Wilders in seinen Beiträgen häufig darauf hin, dass wegen der Pandemie normale Operationen verschoben würden, was zu „menschlichen Dramen" führe. Die Schuld daran schrieb er Rutte und seiner Regierung zu, die mit ihrer vorherigen Sparpolitik dafür gesorgt hätten, dass Krankenhäuser geschlossen wurden. Wilders selbst und auch andere Populisten betonten häufig, dass das Personal in der Krankenpflege und anderen Gesundheitsbereichen notorisch unterbezahlt und überarbeitet sei, deshalb habe COVID-19 praktisch unmittelbar zu einer Krise in den Gesundheitseinrichtungen geführt. Wilders ging so weit zu sagen, die Regierung lasse „das Gesundheitspersonal verrotten" und spiele „schmutzige politische Spiele auf dem Rücken des Gesundheitspersonals" (Wilders 28. Oktober 2020).

NATIONALISMUS IN DER COVID-19-DEBATTE

Mitte März 2020 hatte die niederländische Regierung verkündet, die Pandemie sei ernst genug, um alle Hotels, Restaurants und Bars zu schließen. Gleichzeitig wurde ein erstes Paket wirtschaftlicher Notmaßnahmen angekündigt, darunter massive Subventionen für Lohnfortzahlung und finanzielle Unterstützung für Unternehmen und Selbstständige. Das gab sowohl den Unternehmen als auch Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen eine gewisse finanzielle Sicherheit für die unmittelbare Zukunft, was die wirtschaftlichen Ängste verringerte. Dennoch hatten mehr als 40 Prozent der niederländischen Bürgerinnen und Bürger nach eigenen Angaben Angst, ihr Einkommen oder ihren Arbeitsplatz zu verlieren (Hoppe et al. 2020). Die populistischen Parteien äußerten sich über diese finanzielle Unterstützung zunächst positiv (FvD 26. März 2020). Später kritisierten Wilders (PVV) und Baudet (FvD) jedoch, die Regierung würde „nicht genug für die Niederländer tun und Geld an das Ausland verschenken" (FvD 20. April 2020) bzw. „Steuergelder für Klimapolitik, EU, Afrika und Asylbewerber verschwenden, während das Geld in die Wirtschaft und das Gesundheitswesen fließen müsste" (Wilders 22. April 2020). Der EU warf Wilders vor, bei der Unterstützung im Rahmen der Pandemie die Muslime und Musliminnen (in Marokko) der niederländischen Bevölkerung vorzuziehen (Wilders 31. März 2020).

Die wirtschaftliche Unterstützung wurde dreimal verlängert und umfasste mehr als 180 verschiedene Maßnahmen. Bei jeder Tranche wurden die förderfähigen Gruppen verkleinert und das Budget gekürzt. Die strengeren Anforderungen wurden von den populistischen Parteien als Bedrohung der Einkommenssicherheit der hart arbeitenden Bürgerinnen und Bürger angeprangert. Darüber hinaus kritisierte PVV, dass die Regierung den Großteil der Unterstützung für große Unternehmen wie die Fluggesellschaft KLM bereitstellte. Die finanzielle Lage der „normalen" Bevölkerung würden bei solchen Unterstützungsleistungen vergessen (Wilders 25. April 2020). Baudet (FvD) kommentierte den wirtschaftlichen Rettungsplan aus einem nationalistischen Blickwinkel: Die Fusion der niederländischen KLM und Air France im Jahr 2004 war aus seiner Sicht „ein großer Fehler" und im Grunde eine „Euro-Konstruktion für Transferzahlungen vom Norden in den Süden". Die Lösung sei, „KLM wieder niederländisch zu machen" (FvD 4. Juli 2020).

RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN VERKNÜPFTEN COVID-19 MIT MIGRATIONSTHEMEN

Zuwanderung wurde zwar nicht explizit als Ursache für die Ausbreitung von COVID-19 benannt. Jedoch kritisierte die populistische Rechte die Regierung dafür, dass sie „die [niederländische] Bevölkerung streng überwacht, es aber gleichzeitig versäumt hat, unsere Grenzen zu kontrollieren und Hochrisikoflüge zu überprüfen" und dass sie „die Grenze völlig offen lässt" (FvD 30. März 2020, FvD 16. März 2020). So verknüpften rechtspopulistische Akteure die Pandemie mit ihrer traditionellen Kritik an offenen Grenzen, der EU, Bürokratie und Experten. Die Themen Migration und Islam rückten während der Pandemie politisch etwas in den Hintergrund. Dennoch versuchte Wilders, COVID-19 mit (muslimischen) Migranten und Migrantinnen in Verbindung zu bringen. Er behauptete wiederholt, die an COVID-19 erkrankten Menschen hätten überwiegend einen nichtwestlichen Hintergrund und sprächen kein Niederländisch. Ihm zufolge gingen die Infektionen auf den Besuch von Moscheen zurück, nicht jedoch auf die Lebensbedingungen und den Arbeitsplatz von Zugewanderten. Als Lösung schlug er vor, alle Moscheen zu schließen (Wilders 10. November 2020). Auch die Ausgangssperre verknüpfte Wilders mit seinen einwanderungs- und islamfeindlichen Anliegen, indem er dafür plädierte, dass die Regierung sowohl die Ausgangssperre aufhebt als auch den Ramadan abschafft (Wilders 22. März 2021). Während der Unruhen im Frühjahr 2021 betonte er, die Unruhestifter gehörten „alle Ihnen, Herr Kuzu, nicht mir, sondern Ihnen" (Wilders 27. Januar 2021).[3] Er kritisierte auch die ungleiche Behandlung von Demonstrationen gegen die COVID-19-Maßnahmen und Antirassismus-Kundgebungen. So seien letztere erlaubt. Wenn aber Menschen gegen die restriktiven COVID-19-Maßnahmen protestierten, würden Behörden und Polizei gegen sie vorgehen (Wilders 23. Juni 2020). Ein letzter Aspekt der Verknüpfung der Themen Migration und COVID-19 zeigte sich darin, wie das Wohlergehen von Zugewanderten (oder von anderen Ländern) und das Wohlergehen der einheimischen Bevölkerung gegeneinander ausgespielt wurde. Im Sinne eines Nullsummenspiels argumentierten rechtspopulistische Akteure, wenn Menschen mit Migrationshintergrund Pflege und finanzielle Unterstützung erhielten, würden der einheimischen Bevölkerung damit Ressourcen und Wohlstand entzogen.

Als Hauptschuldigen an der Corona-Pandemie sahen sowohl FvD als auch PVV China. FvD pflegte in Bezug auf die Frage nach dem Ursprung von COVID-19 eine stärker verschwörungsorientierte Rhetorik als Wilders. Baudet beschuldigte China zudem, mit seiner „Abriegelungspropaganda" Angst vor dem Virus zu schüren (FvD 14. März 2021). Die niederländischen Populisten konzentrierten sich weniger auf den Ursprung des Virus als auf die strengen Maßnahmen, die China gegenüber dem Rest der Welt propagierte. Wilders deutete an, dass China dabei „betrogen" habe. Er wollte den chinesischen Botschafter vorladen und von China eine Entschädigung in Milliardenhöhe

3 Der hier angesprochene Politiker ist Tunaha Kuzu, Abgeordneter der Partei DENK-Bewegung, die seit 2017 im niederländischen Parlament vertreten ist und die Interessen von Zugewanderten repräsentiert.

fordern. „Sie sollen für die Corona-Krise zahlen, nicht der niederländische Steuerzahler!“ (Wilders 6. Oktober 2020).

Zusammenfassend zeigt sich, dass die beiden niederländischen Parteien PVV und FvD die Regierung zunächst dafür rügten, keine strengeren Maßnahmen ergriffen zu haben. Die Reaktion auf die Pandemie sei zu spät, zu langsam oder nicht energisch genug gewesen. Später vollführten sie eine Kehrtwende und kritisierten die starken Einschränkungen der individuellen Freiheit und der wirtschaftlichen Tätigkeit. Auf diese Weise würde das Land zerstört werden (Wondreys/Mudde 2020). Dabei unterschieden sich die beiden Parteien sowohl in ihrem Diskurs über die Pandemie als auch in ihrer diesbezüglichen Strategie. Wilders’ Partei PVV nutzte die Pandemie, um ihre üblichen Themen wie den Islam, Einwanderung, offene Grenzen und den Lebensstil der muslimischen Bevölkerung zu thematisieren und zu behaupten, alle diese Aspekte würden die Pandemie verschlimmern. FvD zielte indes viel weiter: Mit ihrem Angriff auf das gesamte ‚politische Kartell‘ stilisierte die Partei sich selbst als die einzige Stimme der Vernunft und des gesunden Menschenverstands und als Verteidigerin der Freiheit.

FÜR ODER GEGEN DIE IMPFUNG - UNTERSCHIEDE BEI RECHTSPOPULISTEN

Ein grundlegender inhaltlicher Unterschied zwischen PVV und FvD in Bezug auf die Pandemie betrifft die Impfung: Baudets Partei FvD übernahm zahlreiche Verschwörungstheorien über den Impfstoff und stellte die möglichen schweren Folgen einer COVID-19-Erkrankung infrage. PVV dagegen unterstützte die Impfbemühungen der Regierung und rief die Menschen dazu auf, sich impfen zu lassen. FvD übte offen Kritik an Fachleuten, zum Beispiel aus der Virologie. In einem Tweet, der die Ausgangssperre kritisierte, bezog sich die Partei auf das *Outbreak Management Team* (OMT), eine Gruppe von Fachleuten, die die Regierung in Bezug auf die Pandemiebekämpfung beraten, und bezeichnete diese abfällig als „medizinisch-politische Elite“ (FvD 29. April 2021). Im August 2020 gerieten die Führer der beiden rechtspopulistischen Parteien aneinander: Baudet griff Wilders auf Twitter an, weil der sich demonstrativ hatte impfen lassen (Metronieuws 2021), und meinte, Wilders trage damit zum „Problem“ der endlosen Corona-Maßnahmen bei. Auf ihrer Website bezeichnete sich FvD ausdrücklich als die einzige Partei, die zur „alten Normalität“ zurückkehren wolle, und verwies dabei auf die Unterschiede zur PVV (FvD 2021). Sie erklärte, die Pandemie und die Reaktion der europäischen Regierungen und der EU darauf seien ein Beweis für den ‚Großen Reset‘ (Önnerfors/Krouwel 2021).

AUSBLICK

Es ist fraglich, inwieweit PVV und FvD der Corona-Pandemie künftig weiterhin Vorrang vor traditionellen rechtspopulistischen Themen wie Migration, Islam und EU geben werden. Beide haben in der Kommunikation ihre traditionellen Themen und darauf bezogene Ängste rhetorisch mit Pandemiefragen und Kritik an den ‚etablierten Eliten‘ verknüpft. Dass COVID-19 bei den niederländischen Parlamentswahlen im März 2021 das beherrschende Thema war, ist angesichts der schwerwiegenden sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen nicht verwunderlich. Die Pandemie und der schwankende Umgang der Regierung damit kamen der populistischen Rechten bei diesen Wahlen zum Teil zugute. Baudet konnte seine Unterstützerbasis gegenüber 2017 ausbauen, indem er sich als ‚Verteidiger der Freiheit‘ darstellte, während Wilders’ PVV sogar einige Sitze verlor. Dafür sind jedoch zwei neue populistische Parteien ins Parlament eingezogen und haben den populistischen Block insgesamt verstärkt. Während Wilders sich inzwischen offenbar wieder stärker auf seine üblichen Themen konzentriert, macht FvD weiterhin Werbung gegen das Impfen. Interessanterweise hat die Strategie, sich völlig auf die Pandemie und diesbezügliche Verschwörungstheorien zu konzentrieren, zu zwei Brüchen innerhalb dieser Partei geführt: Vor den Wahlen spaltete sich ein Teil davon

ab und bildete die neue Partei *Juiste Antwoord 21*, und nach den Wahlen trat ein Abgeordneter (Wybren Haga) aus und gründete eine neue Partei, *Belang van Nederland*, die deutlich sichtbar und lautstark als Verfechterin von Anti-Corona-Maßnahmen auftrat.

Obwohl die Beschränkungen mit der Zunahme der Impfungen langsam abgebaut wurden, ist die Corona-Debatte noch lange nicht beendet. Inzwischen hat sie sich vor allem auf bestimmte Themen verlagert, wie den nationalen ‚Corona-Pass', auf eine verpflichtende Impfung, etwa auch als Zugangsvoraussetzung in Restaurants und Bars, im Nachtleben, in Schulen und Universitäten. Auch die Impfpflicht für Beschäftigte im Gesundheitswesen sowie für Beamtinnen und Beamte steht auf der Agenda. Da mehrere Gruppen in den Niederlanden Impfungen skeptisch gegenüberstehen – zum Beispiel orthodoxe Christen und Christinnen, Muslime und Musliminnen sowie radikale Linke –, wird die Pandemie mindestens noch in den kommenden Monaten weiterhin die politische Agenda beherrschen.

LITERATUR

Den Ridder, Josje/ Dekker, Paul / van Houwelingen, Pepijn 2015: Burgerperspectieven 2015, SCP.

Dekker, Paul / De Ridder, Josje 2020: Burgersperspectieven, SCP.

Dong, Ensheng / Du, Hongru / Gardner, Lauren 2020: An Interactive Web-Based Dashboard to Track COVID-19 in Real Time; in: The Lancet Infectious Diseases 20 (5), S. 533-534. doi: 10.1016/S1473-3099(20)30120-1

Engbersen, Godfried et al 2020: De verdeelde samenleving. De maatschappelijke impact van COVID-19 in Amsterdam, Den Haag, Rotterdam & Nederland. Rotterdam: Erasmus Universiteit

Engbersen, Godfried et al 2021: De ongeduldige samenleving. De maatschappelijke impact van COVID-19 in Amsterdam, Den Haag, Rotterdam & Nederland. Rotterdam: Erasmus Universiteit

Europäische Kommission 2021*:* Standard Eurobarometer 94, Winter 2020-2021: Public Opinion in the European Union, Annex; verfügbar unter: https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=76407 (letzter Zugriff: 11.11.2021).

Forum voor Democratie 2021: De overeenkomsten en verschillen tussen FVD en PVV. fvd.nl; verfügbar unter: https://www.fvd.nl/fvd-of-pvv/ (letzter Zugriff: 22.07.2021)

FvD 2020, 6. Juni: De coronasite van de RIVM is zo lek als een mandje…; Facebook Forum voor Democratie; verfügbar unter: https://www.facebook.com/609816282477420/posts/2840819419377084 (letzter Zugriff: 22.07.2021)

FvD 2020, 12. September: De corona-app, is zélfs los van de privacykwesties …; Facebook Forum voor Democratie; verfügbar unter: https://www.facebook.com/609816282477420/posts/3113040582154965 (letzter Zugriff: 22.07.2021)

FvD 2020, 26. März: FVD steunt grotendeels het noodpakket…; Facebook Forum voor Democratie; verfügbar unter: https://www.facebook.com/609816282477420/posts/2674040679388293 (letzter Zugriff: 22.07.2021)

FvD 2020, 20. April: De Nederlandse zorg heeft iedere euro hard nodig…; Facebook Forum voor Democratie; verfügbar unter: https://www.facebook.com/609816282477420/posts/2728098507315843 (letzter Zugriff: 22.07.2021)

FvD 2020, 14. März: Een aanzienlijk deel van de angst…; Facebook Forum voor Democratie; verfügbar unter: https://www.facebook.com/609816282477420/posts/3615946751864343 (letzter Zugriff: 22.07.2021)

FvD 2020, 7. April: Als de coronacrisis erger wordt…; Facebook Forum voor Democratie; verfügbar unter: https://www.facebook.com/609816282477420/posts/2699104560215238 (letzter Zugriff: 22.07.2021)

FvD 2020, 30. März: We steunen de 'intelligente lockdown'…; Facebook Forum voor Democratie; verfügbar unter: https://www.facebook.com/609816282477420/posts/2682714441854250 (letzter Zugriff: 22.07.2021)

FvD 2020, 16. März: Waarom staan onze grenzen wagenwijd…; Facebook Forum voor Democratie; verfügbar unter: https://www.facebook.com/609816282477420/posts/2651153905010304 (letzter Zugriff: 22.07.2021)

FvD 2021, 29. April: Drie maanden en tienduizenden boetes verder…; Facebook Forum voor Democratie; verfügbar unter: https://www.facebook.com/609816282477420/posts/3749790128480004 (letzter Zugriff: 22.07.2021)

FvD 2021, 4. Februar: Rutte en Hoekstra willen Nederland…; Facebook Forum voor Democratie; verfügbar unter: https://www.facebook.com/609816282477420/posts/3509967892462230 (letzter Zugriff: 22.07.2021)

Hoppe, Robert / Jeliazkova, Magarita / Krouwel, André / Bandelow, N. C. 2021: SGI2020Covid Netherlands: Netherlands Report Sustainable Governance Indicators 2020. Bertelsmann Stiftung; verfügbar unter: https://www.sgi-network.org/2020/Netherlands
(letzter Zugriff: 22.07.2021)

Krouwel, André / de Vries, Okke / Heck, Laura van / Kutiyski, Yordan / Etienne, Tom 2021: 'Covid-19 en institutioneel vertrouwen' (paper in series impactcovid.nl)

Metro Nieuws 2021: Baudet en Wilders bekvechten op Twitter over vaccinatiedebat. metronieuws.nl; verfügbar unter: https://www.metronieuws.nl/in-het-nieuws/binnenland/2021/08/thierry-baudet-geert-wilders-twitter-vaccinatieplicht/ (letzter Zugriff: 22.07.2021)

NOS 2021: Kabinet stelt vanaf maandag 18:00 uur vliegverbod voor India in. NOS.nl; verfügbar unter: https://nos.nl/artikel/2378249-kabinet-stelt-vanaf-maandag-18-00-uur-vliegverbod-voor-india-in
(letzter Zugriff: 22.07.2021)

Omroep Brabant 2021: De gemeente legt uit: dit gebeurde er tijdens de coronarellen in Eindhoven. omroepbrabant.nl; verfügbar unter: https://www.omroepbrabant.nl/nieuws/3339804/de-gemeente-legt-uit-dit-gebeurde-er-tijdens-de-coronarellen-in-eindhoven
(letzter Zugriff: 22.07.2021)

Önnerfors, Andreas / Krouwel, André 2021: Europe: Continent of Conspiracies: Conspiracy Theories in and about Europe; Routledge, London; https://doi.org/10.4324/9781003048640

Parlement.com 2021: Tweede Kamerverkiezingen 2021; verfügbar unter: https://www.parlement.com/id/vl4ai9zklwpy/tweede_kamerverkiezingen_2021 (letzter Zugriff: 22.07.2021)

Parties and Elections 2021: Parties and Elections in the Netherlands; verfügbar unter: http://www.parties-and-elections.eu/netherlands.html (letzter Zugriff: 22.07.2021)

Wilders, Geert 2020, 22. April: Belastinggeld moeten we verstandig gebruiken...; Facebook Geert Wilders; verfügbar unter: https://www.facebook.com/202064936858448/posts/989388454792755 (letzter Zugriff: 22.07.2021)

Wilders, Geert 2020, 31. März: Onze intensive-care afdelingen gaan gebukt onder...; Facebook Geert Wilders; verfügbar unter: https://www.facebook.com/609816282477420/posts/2684475621678132 (letzter Zugriff: 22.07.2021)

Wilders, Geert 2020, 25. April: Het is prima om KLM te helpen maar...; Facebook Geert Wilders; verfügbar unter: https://www.facebook.com/202064936858448/posts/991384361259831 (letzter Zugriff: 22.07.2021)

Wilders, Geert 2020, 11. Oktober: Voornamelijk patiënten met een...; Facebook Geert Wilders; verfügbar unter: https://www.facebook.com/202064936858448/posts/1122769894787943 (letzter Zugriff: 22.07.2021)

Wilders, Geert 2020, 23. Juni: Hoezo willekeur? Coulant optreden bij...; Facebook Geert Wilders; verfügbar unter: https://www.facebook.com/202064936858448/posts/1036143110117289 (letzter Zugriff: 22.07.2021)

Wilders, Geert 2020, 10. Juni: China heeft de boel belazerd...; Facebook Geert Wilders; verfügbar unter: https://www.facebook.com/202064936858448/posts/1026280974436836 (letzter Zugriff: 22.07.2021)

Wilders, Geert 2021, 9. Februar: Mijn motie tegen verlenging van de #avondklok...; Facebook Geert Wilders; verfügbar unter: https://www.facebook.com/202064936858448/posts/1211982512533347 (letzter Zugriff: 22.07.2021)

Wilders, Geert 2020, 28. Oktober: Voer de aangenomen motie Wilders...; Facebook Geert Wilders; verfügbar unter: https://www.facebook.com/202064936858448/posts/1137508663314066 (letzter Zugriff: 22.07.2021)

Wilders, Geert 2021, 22. März: Laten we de avondklok én...; Facebook Geert Wilders; verfügbar unter: https://www.facebook.com/202064936858448/posts/1238736156524649 (letzter Zugriff: 22.07.2021)

Wilders, Geert 2021, 27. Januar: Ik ben helemaal niet poeslief...; Facebook Geert Wilders; verfügbar unter: https://www.facebook.com/202064936858448/posts/1203917956673136 (letzter Zugriff: 22.07.2021)

Rijksoverheid 2020: Visiting the Netherlands from abroad. Government.nl; verfügbar unter: https://www.government.nl/topics/coronavirus-covid-19/visiting-the-netherlands-from-abroad (letzter Zugriff: 22.07.2021)

Schraff, Dominik 2020: Political Trust During the Covid-19 Pandemic: Rally Around the Flag or Lockdown Effects?; in: SocArXiv, 8. Juni 2020 (dx.doi.org/10.31235/osf.io/pu47c).

Van Hoof, Anita / Kleinnijenhuis, Jan / van Atteveldt, Wouter 2021: Campagne komt los van Corona: Klimaat en ondernemingsklimaat heroveren de nieuwsagenda; in: VU Verkiezingsonderzoek 2021; verfügbar unter: https://tk2021.vupolcom.nl/reports/issues/ (letzter Zugriff 03.08.2021).

Weltbank 2021: Data. Population, total; verfügbar unter: https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL?most_recent_value_desc=true (letzter Zugriff 03.08.2021).

Wondreys, Jakub / Mudde, Cas 2020: Victims of the Pandemic? European Far-Right Parties and COVID-19; in: Nationalities Papers, S. 1-18. doi:10.1017/nps.2020.93

RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN IN ZEITEN DER PANDEMIE

6 POLEN

ENTWICKLUNG DER PANDEMIE

RELATIV LEICHTE ERSTE WELLE DER PANDEMIE

Der erste bestätigte Fall einer COVID-19-Infektion trat in Polen am 4. März 2020 auf. Einen Monat später gab es dort mehr als 4.500 Infizierte und über 110 Todesfälle (European Centre for Disease Prevention and Control 2021). Verglichen mit Westeuropa und besonders Italien verlief die erste Welle der Pandemie (Frühjahr 2020) in Polen sehr glimpflich. Die Regierung leitete schnell politische Maßnahmen ein, um die Ausbreitung der Krankheit zu begrenzen (vgl. Tab. 2). Im Herbst 2020 stieg die Zahl der Infektionen und der Todesfälle durch COVID-19 jedoch erheblich an (Abb. 1), weshalb die Regierung umfangreiche Gegenmaßnahmen ergriff.

Wie Umfragen zeigen, trafen die damit verbundenen Restriktionen anfangs auf breite Akzeptanz (CBOS 2020: 2). Einige wirkten allerdings von Beginn an unlogisch und wurden entsprechend kritisiert – etwa das Verbot, Wälder zu betreten, der Hinweis an Minderjährige, das Haus nicht ohne Begleitung einer erziehungsberechtigten Person zu verlassen, oder die Anordnung, auch im Freien eine Maske zu tragen. Solche Maßnahmen wurden als zu restriktiv empfunden, weil sie keinen klaren Nutzen erkennen ließen. Andere wiederum erschienen nicht weitreichend genug. Dazu gehörte etwa, dass die Obergrenze für religiöse Versammlungen kurz vor Ostern auf 50 Personen angehoben wurde. Die Kritik verstärkte sich, als der Vorsitzende der regierenden Partei *Prawo i Sprawiedliwość* (PiS, dt.: Recht und Gesetz), Jarosław Kaczyński, am 10. April 2020 den Powązki-Friedhof in Warschau besuchte, um des Jahrestags der Flugzeugkatastrophe von Smolensk zu gedenken – obwohl wegen der Pandemie eigentlich alle Friedhöfe geschlossen waren.[1]

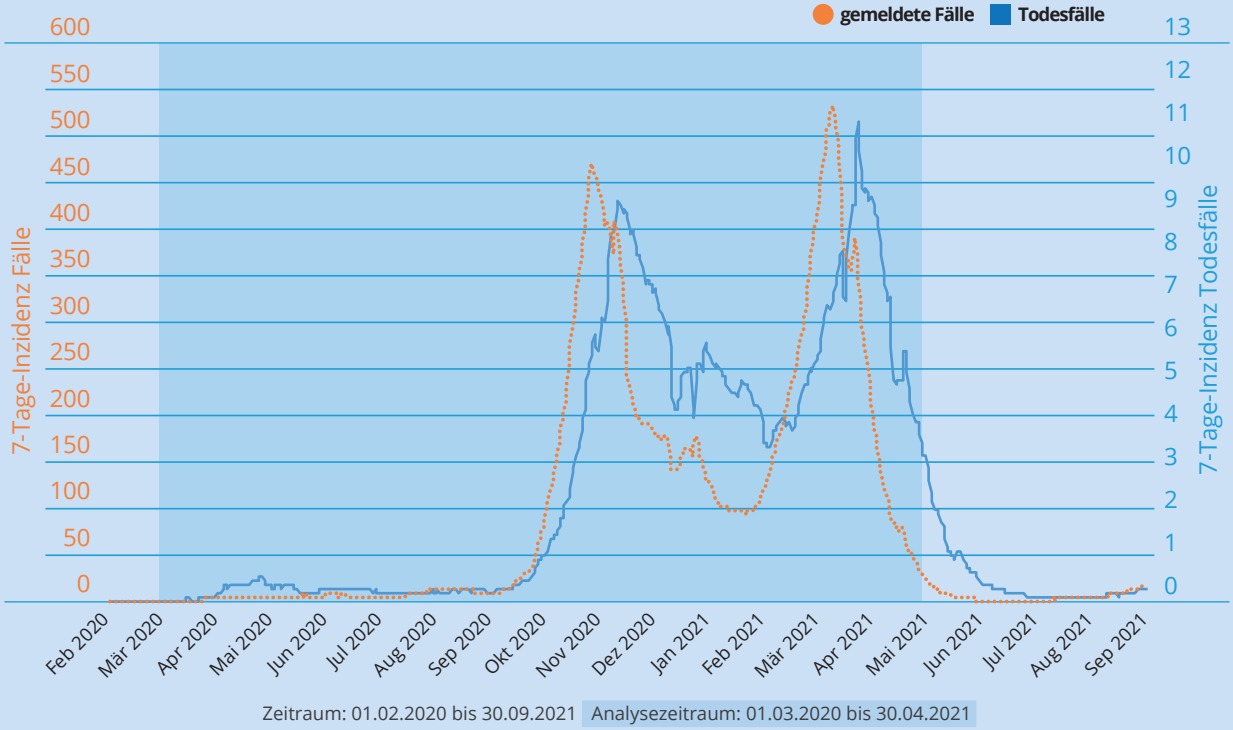
COVID-19-Statistik für Polen (Stand: 30. September 2021)

Bevölkerungszahl	37.950.800
Bestätigte Fälle	2.907.071
Bestätigte Fälle pro 100.000	7.660*
Todesfälle	75.650
Todesfälle pro 100.000	199*
Fall-Verstorbenen-Anteil	2,6 %*

*Quellen: Weltbank 2021 & Dong/Du/Gardner 2020 / *Eigene Berechnung*

1 Dieses Ereignis hatte auch weitreichende Auswirkungen auf die Pressefreiheit in Polen. Der bekannte Künstler Kazik Staszewski schrieb dazu ein Lied mit dem Titel „Mein Scherz ist besser als deiner", das bei der ersten Ausstrahlung auf Platz 1 der Radio Drei-Charts landete, der ältesten Musikcharts in Polen. Einen Tag später behauptete die Leitung des polnischen Rundfunks (zu dem Radio Drei gehört), die Ergebnisse seien gefälscht, und ordnete die Annullierung an. Dies löste bei vielen Medien und in der Politik – über das gesamte politische Spektrum hinweg – heftige Empörung aus. Das Charts-Team trat aus Protest zurück – einige Mitglieder hatten schon seit 1983 dort gearbeitet –, wenig später folgte fast die gesamte Belegschaft von Radio Drei. Der polnische Rundfunk bildete daraufhin ein neues Team, dessen Zusammensetzung als politisch motiviert angesehen wird: Viele der neuen Mitglieder wurden von Medienunternehmen ernannt, die enge Verbindungen zur rechtskonservativen PiS-Partei haben. In der Folge sank der Marktanteil von Radio Drei dramatisch: von 8 Prozent auf weniger als 2 Prozent.

Abb. 1: 7-Tage-Inzidenzen der gemeldeten Fälle sowie Todesfälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Polen



Quellen: Weltbank 2021 & Dong/Du/Gardner 2020 / Eigene Berechnung

BESCHRÄNKUNGEN RECHTLICH ANFECHTBAR

Ein großes Problem bestand darin, dass einige der Beschränkungen zwar erhebliche Eingriffe in die verfassungsmäßigen Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger vornahmen, jedoch nur durch einen einfachen Rechtsakt, zum Teil lediglich durch eine Verordnung legitimiert waren. Laut polnischer Verfassung muss in solchen Fällen ein Notstand erklärt werden. Es wurde deshalb bezweifelt, dass die Einschränkungen vor Gericht Bestand haben würden (vgl. Adamski 2020; Cydzik 2021; Polsatnews 2021a).

Darüber hinaus kritisierten liberale und linke Medien, dass die Regierung trotz Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen lange an der für April/Mai 2020 geplanten Präsidentschaftswahl festhielt. Der Vorwurf lautete, die PiS-Partei wolle damit – auf Kosten der Gesundheit der Bevölkerung – die Wiederwahl ihres eigenen Kandidaten Andrzej Duda sichern. Tatsächlich könnte der Umgang der Regierung mit der Pandemie Dudas Popularität geschadet und damit seine Erfolgschancen geschmälert haben. Ein Eingriff in das Wahlgesetz in letzter Minute führte zu einer juristischen Krise und bewirkte, dass die Wahl bis Ende Juni verschoben wurde. Duda gewann, allerdings nur knapp (vgl. Kozłowska 2020).

PANDEMIEMÜDIGKEIT DER BEVÖLKERUNG, KRITIK AN POLITISCHEN MASSNAHMEN STEIGT

Die zweite Welle der Pandemie im Herbst 2020 traf Polen wesentlich härter (vgl. Abb. 1). Viele Menschen entwickelten eine Pandemiemüdigkeit, die dazu beitrug, dass die Beschränkungen weniger sorgfältig eingehalten und die Hygienemaßnahmen nachlässiger gehandhabt oder gänzlich missachtet wurden (Biostat 2021; Ćwiek 2021). Zudem hatte die Regierung während der Sommermonate immer wieder verkündet, das Virus sei besiegt, was nun dazu führte, dass die Beschränkungen weniger konsequent umgesetzt wurden.

Steigende Fall- und Todeszahlen ließen im Herbst 2020 die Kritik an der Regierung in Polen rasch anwachsen. Ihr wurde unter anderem Kurzsichtigkeit vorgeworfen, weil sie keine Vorkehrungen für eine zweite Welle getroffen hatte (Biostat 2021). Darüber hinaus stand der Vorwurf politisch kalkulierter

Tab. 1: Relevante politische Parteien in Polen

Parteien	Abkürzung	Zugehörigkeit zur Fraktion im EU-Parl.	Politische Ausrichtung	Ergebnisse der letzten Parlaments-wahl (2019)
Nowa Lewica*	Lewica	S&D	Sozialdemokratisch, sozialliberal, EU-freundlich	12,6 %**
Platforma Obywatelska	PO	EVP	Liberal-konservativ, zentristisch, EU-freundlich	27,4 %***
Polskie Stronnictwo Ludowe	PSL	EVP	Konservativ, agrarisch	8,6 %****
Prawo i Sprawiedliwość	PiS	EKR	National-konservativ, rechtspopulistisch, leicht euroskeptisch	43,6 %
Konfederacja Wolność i Niepodległość	Konfederacja	-	Rechtsextrem nationalistisch, fremdenfeindlich, wirtschaftsliberal, stark euroskeptisch	6,8 %

* *Im Juni 2021 vereinten sich die Parteien Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD) und Wiosna als Nowa Lewica. Die Vereinigung war schon seit 2019 vorbereitet. Seitdem war auch eine gemeinsame Facebook-Seite „Lewica" geführt.*

** *Im Wahlbündnis Lewica von SLD, Wiosna und Lewica Razem.*

*** *Im Wahlbündnis Koalicja Obywatelska mit Nowoczesna, Inicjatywa Polska und Partia Zieloni.*

**** *Im Wahlbündnis PSL – Koalicja Polska mit Kukiz'15.*

Verantwortungslosigkeit im Raum, denn unter Federführung von PiS wurde zur gleichen Zeit eine Verschärfung des Gesetzes gegen Abtreibung durchgesetzt, was die Gegnerinnen und Gegner dieser Politik nun mehr oder weniger dazu zwang, trotz der Pandemiebeschränkungen an Massenkundgebungen gegen die Gesetzesänderung teilzunehmen. Der Umgang der Regierung mit der Krise erschien sprunghaft und unberechenbar. Oft wurden Maßnahmen von einem Tag auf den anderen eingeführt und dabei nicht klar kommuniziert. Dazu gehörte etwa die überraschende Schließung der Friedhöfe vor Allerheiligen, die erst wenige Stunden zuvor angekündigt wurde.[2] Die im November 2020 eingeführten Beschränkungen wurden wegen der anhaltend hohen Infektionszahlen mehrmals verlängert und blieben größtenteils bis Mai oder Juni 2021 in Kraft. Erst dann wurden sie schrittweise aufgehoben. Im Oktober 2021 galten nur noch einige kleinere Beschränkungen.

Was die politischen Folgen von COVID-19 betrifft, so hat sich die Unterstützung der verschiedenen politischen Parteien in der polnischen Bevölkerung seit 2020 nicht wesentlich verändert (vgl. Ewybory 2021). Zu Beginn der Pandemie stieg kurzzeitig die Zustimmung für die Regierungspartei, dieser Schub ebbte jedoch in den folgenden Monaten langsam ab. Am deutlichsten zurückgegangen ist die Unterstützung für die regierende Partei PiS zwischen September und Oktober 2020. Dieser Rückgang wird jedoch nicht auf den Beginn der zweiten Pandemiewelle zurückgeführt (zumal er schon vorher einsetzte), sondern vielmehr auf die bereits erwähnte weitere Verschärfung des Abtreibungsgesetzes. Die dadurch ausgelösten Proteste gehörten zu den stärksten in Polen seit 1989 (vgl. Kublik 2020; Davies 2020). Nach Verabschiedung der Gesetzesvorlage im Parlament fielen die Zustimmungswerte für PiS um etwa 10 Prozent und haben sich seither nicht wie-

2 Allerheiligen ist in Polen ein gesetzlicher Feiertag. An diesem Tag treffen sich die Menschen traditionell in großer Zahl und besuchen die Gräber von Familienmitgliedern oder Freundinnen und Freunden.

Tab. 2: Management der Pandemie – Chronik der politischen Maßnahmen

1. Welle (März–April 2020)	
10. März	Verbot von Massenveranstaltungen, Gesundheitskontrollen an den Grenzen
12. März	Schließung von Schulen, Universitäten und Kultureinrichtungen
15. März	Lückenlose Grenzkontrollen; Ausländerinnen und Ausländer dürfen nicht einreisen; polnische Staatsangehörige sowie Personen mit polnischer Aufenthaltsgenehmigung müssen nach der Einreise für 14 Tage in Quarantäne; internationaler Flug- und Bahnverkehr für private Reisen wird ausgesetzt
20. März	Die Regierung ruft offiziell den Pandemie-Zustand in Polen aus
25. März	Einführung zahlreicher Beschränkungen
27. März	Der ‚Anti-Krisen-Schutzschild' (poln.: Tarcza antykryzysowa) wird eingeführt, ein staatliches Hilfsprogramm für Unternehmen, die von den Auswirkungen des Lockdowns besonders stark betroffen sind
31. März	Verschärfung der Beschränkungen
3. April	Ein umstrittenes Verbot, Wälder zu betreten, wird eingeführt
16. April	Das Bedecken von Mund und Nase in allen öffentlichen Räumen, auch im Freien, wird zur Pflicht
Mai	Schrittweise Aufhebung der meisten Beschränkungen
13. Juni	Die Kontrollen an den Grenzen zu anderen Schengen-Staaten werden beendet
2. Welle (August 2020–Januar 2021)	
8. August	Aufgrund hoher Fallzahlen werden einige Beschränkungen wieder eingeführt
23. Oktober	Ein landesweiter Lockdown wird verhängt
30. Oktober	Einen Tag vor Allerheiligen werden mit wenigen Stunden Vorlauf die Friedhöfe geschlossen
26. November	Einführung des ‚Anti-Krisen-Schildes 2.0' (poln.: Tarcza antykryzysowa 2.0) mit weiterer staatlicher Unterstützung für betroffene Unternehmen
14. Dezember	Eine ‚Nationale Quarantäne' (poln.: Kwarantanna narodowa) wird verhängt, die Beschränkungen werden weiter verschärft
27. Dezember	Erste Impfungen mit dem BioNTech/Pfizer-Impfstoff
3. Welle (Februar–Mai 2021)	
12. Februar	Einige Beschränkungen werden aufgehoben
17. Februar	Erneute Beschränkungen aufgrund der 3. Welle
25. März	Beschränkungen werden verschärft und bis Mai verlängert
26. Juni	Die meisten Beschränkungen werden aufgehoben, nur kleinere Maßnahmen bleiben in Kraft

der erholt. Die Unterstützung für die anderen politischen Parteien hat die Pandemie offenbar nicht nennenswert beeinflusst: Entweder blieben ihre Umfragewerte stabil, oder beobachtbare Veränderungen gingen eher auf andere Faktoren zurück.

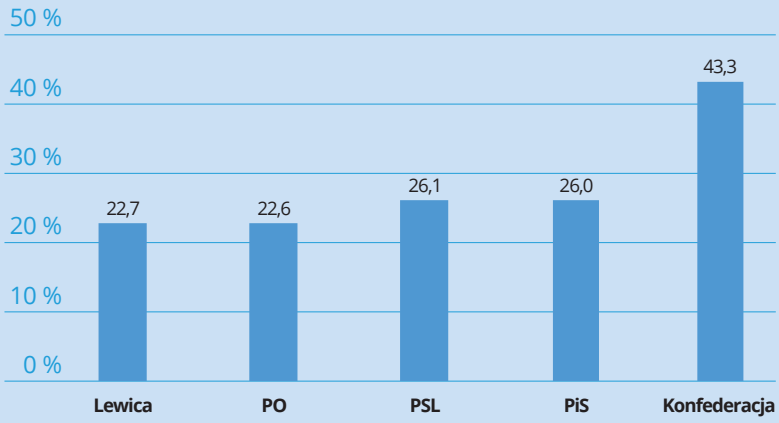
Das – in Polen traditionell eher geringe – Vertrauen in die öffentlichen Institutionen scheint durch die Pandemie allerdings weiter beeinträchtigt worden sein. So sank das Vertrauen in die Regierung zwischen Sommer 2020 und Winter 2020/2021 um 8 Prozentpunkte auf 26 Prozent, das Vertrauen in die Europäische Union um 6 Prozentpunkte auf 50 Prozent (Europäische Kommission 2021: 37, 39). Auch die Zufriedenheit mit dem demokratischen System fiel im Zeitraum um 12 Prozentpunkte auf 45 Prozent (ebd.: 168).

BEITRÄGE IN SOCIAL MEDIA – CORONA UND MIGRATION IM VERGLEICH

COVID-19-THEMEN DOMINIERTEN DIE PARTEIKOMMUNIKATION IN SOZIALEN MEDIEN

Es überrascht nicht, dass in den vergangenen beiden Jahren auch in Polen die Pandemie den öffentlichen und politischen Diskurs beherrschte. Wie die Analyse von Facebook-Beiträgen zu COVID-19 zeigt, widmeten die fünf größten politischen Parteien in Polen etwa jeden vierten Beitrag der Pandemie (Abb. 2). Einzige Ausnahme: Die rechtspopulistische Partei Konfederacja, welche sich als einzige politische Partei in Polen rechts der Regierungspartei PiS verortet, widmete fast die Hälfte ihrer Beiträge (43,3 Prozent) dem Thema COVID-19. Vergleicht man die absoluten Zahlen, ist der Abstand noch größer, da Konfederacja auf Facebook erheblich aktiver ist als alle anderen Parteien. Die absolute Zahl der Beiträge, die sich auf die Pandemie beziehen, ist bei Konfederacja (1654) mehr als doppelt so hoch wie bei allen anderen Parteien zusammen (Lewica: 173, PO: 261, PSL: 97, PiS: 289). Diese Werte zeigen deutlich, dass die Partei versuchte, sich mit einer Kritik an den Corona-Maßnahmen zu profilieren und in den sozialen Medien den Diskurs darüber zu bestimmen.

Abb. 2: Anteil coronabezogener Facebook-Beiträge nach Parteien



Analysezeitraum: 01.03.2020 bis 30.04.2021

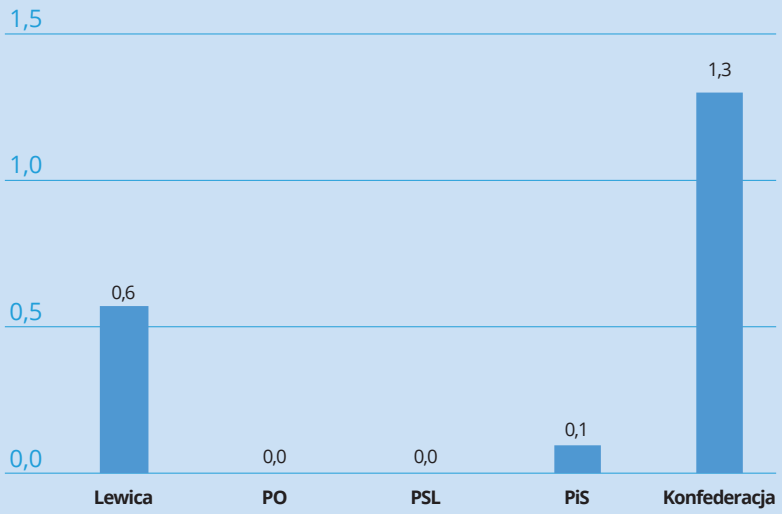
Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

AUF GRUNDLAGE VON FACEBOOK

Da rechtspopulistische Parteien wie die Konfederacja in der Regel das Thema Migration in den Mittelpunkt stellen, ist auch die Frage interessant, inwiefern die Pandemie dieses Thema aus den öffentlichen Debatten verdrängen konnte. Abbildung 3 zeigt den prozentualen Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge, die die fünf größten Parteien seit März 2020 verfasst haben. Wie die Verteilung zeigt, war das Interesse an diesem Thema über den gesamten betrachteten Zeitraum äußerst gering. Lediglich bei Konfederacja spielte es eine wahrnehmbare Rolle, wobei auch hier nach dem Beginn der Pandemie ein weiterer Rückgang zu verzeichnen war.

Dieses geringe Interesse an Migration während der Pandemie kontrastiert scharf mit der Fülle von Beiträgen, die sich auf COVID-19 beziehen (1,3 Prozent gegenüber 43,3 Prozent). Offensichtlich hatte das Thema Migration bis Frühjahr 2021 insgesamt an Bedeutung verloren und spielte auch für die Präsenz in den sozialen Medien der politischen Parteien keine große Rolle mehr. Eine mögliche Erklärung könnte hier in der gestiegenen Aufmerksamkeit für andere gesellschaftspolitische und kulturelle Fragen lie-

Abb. 3: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge nach Parteien

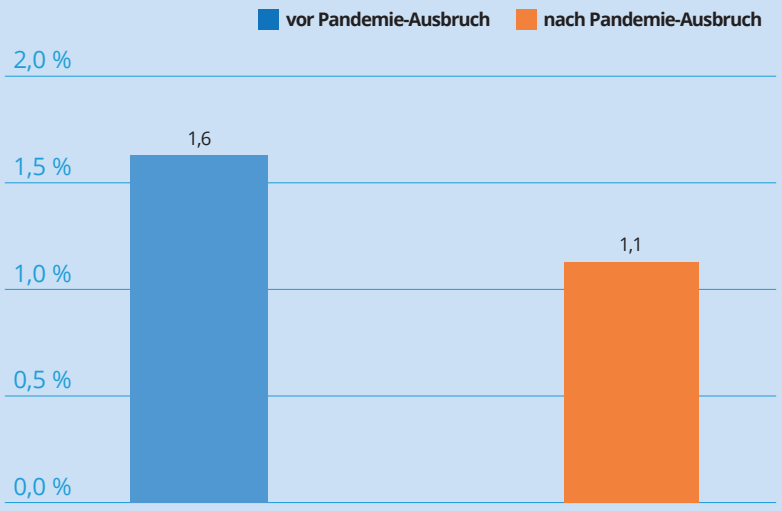


Beobachtungszeitraum: 01.01.2019 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

gen, bei denen die Bevölkerung tief gespalten ist.[3] Erst im Herbst 2021, mit den vom belarussischen Diktators Alexander Lukaschenko orchestrierten Fluchtbewegungen an der Grenze zu Belarus, dürfte sich dies wieder geändert haben.

Abb. 4: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge von Konfederacja vor und nach Ausbruch der Pandemie



vor Pandemie-Ausbruch: 01.01.2019 bis 29.02.2020
nach Pandemie-Ausbruch: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

3 Eine wichtige Rolle spielen hier emanzipations- und identitätspolitische Fragen, wie die rechtliche Bewertung von Schwangerschaftsabbrüchen oder die Rechte von LGBTQIA+-Personen (vgl. Kozłowska/Zabdyr-Jamróz 2021).

RECHTSPOPULISTISCHE DISKURSE

Analysiert man die Facebook-Beiträge der rechtspopulistischen Parteien zur Pandemie und ihrer Bekämpfung genauer, offenbaren sich einige interessante Facetten. Polen ist in dieser Hinsicht ein interessanter Fall, denn dort gibt es gleich zwei rechtsgerichtete Parteien mit einer stark populistischen Agenda, wobei eine dieser Parteien (PiS) regiert, die andere (Konfederacja) als einzige Partei rechts von PiS die Oppositionsrolle wahrnimmt. Diese besondere Position von Konfederacja prägt deutlich die Art und Weise, wie diese Partei die Regierung kritisiert, denn sie muss sich sowohl von PiS abgrenzen als auch von anderen Oppositionsparteien in der Mitte und im linken Bereich des politischen Spektrums.

Konfederacja

OPPOSITION VON RECHTS: KONFEDERACJA ALS WICHTIGSTE KRITIKERIN VON CORONA-MASSNAHMEN DER REGIERUNG

Die Partei Konfederacja war in der Pandemie die lauteste politische Kritikerin des Regierungshandelns. Die anderen Oppositionsparteien kritisierten vor allem die Rechtmäßigkeit oder die Notwendigkeit der eingeführten gesundheitlichen Maßnahmen, sie bezweifelten aber nicht die Notwendigkeit der Pandemiebekämpfung als solcher. Konfederacja dagegen hinterfragte auch ganz grundsätzlich die Entscheidung, Menschen und Unternehmen Beschränkungen aufzuerlegen. Zudem verbreitete die Partei unwissenschaftliche Behauptungen über das Virus, teilweise sogar Verschwörungstheorien und Fake News.

Bemerkenswert ist dabei die emotionale Sprache, die Konfederacja in ihren Facebook-Beiträgen verwendete. Die Kritik an der Regierung wie auch an den anderen Oppositionsparteien war gespickt mit Attributen wie ‚skandalös', ‚schändlich', ‚illegal' und ‚beschämend'. Die Verlautbarungen und Beschlüsse der Regierung wurden als ‚Zirkus', ‚Chaos', und ‚gesetzliches Bantustan' (ein als rassistisch geltender Begriff) tituliert und als ‚räuberisch' oder ‚banditenhaft' charakterisiert, ihre Kommunikation als ‚glattzüngig' oder schlicht als ‚Propaganda' und ‚Belügen des Volkes'. Die Beiträge waren regelmäßig mit Ausrufen wie ‚BREAKING NEWS!' oder ‚SKANDAL!' eingeleitet und mit Hashtags wie #stoplockdown, #wiröffnenPolen, #wiröffnendieWirtschaft oder #Normalitätzurückbringen versehen. Das folgende Zitat ist ein anschauliches Beispiel für diesen Stil:

> *Es klingt wie ein unglaublicher Alptraum, aber alles deutet darauf hin, dass die Regierung diesen rücksichtslosen, illegalen Lockdown sogar bis Mai fortsetzen will! Das ist eine weitere Woche, in der die Machthaber und ihr gehorsames Regimefernsehen das Narrativ der so genannten dritten Welle vorantreiben und danach streben, die härtesten Restriktionen wieder einzuführen. [...] Es scheint, dass die dritte Welle der Dummheit der Regierung unausweichlich kommt, und sie werden gegen COVID-19 ‚kämpfen', bis der letzte polnische Unternehmer fällt. Es wird ein vorsätzlicher Mord an der polnischen Wirtschaft sein; das muss man ganz offen sagen. Tausende von Unternehmen aus vielen Branchen werden keine Chance haben und einen solchen Schlag nicht überleben; Tausende von Arbeitnehmern werden ihren Arbeitsplatz verlieren, und das alles wegen der völligen Inkompetenz und des Wahnsinns dieser Regierung. Die rücksichtslose Zerstörung des polnischen sozioökonomischen Lebens ist im Gange!* (Konfederacja 23. Februar 2021)

Überraschenderweise ging dieser agitatorische Stil im Zusammenhang mit der Pandemie nicht so weit, bestimmte gesellschaftliche Gruppen wie zum Beispiel Eingewanderte zum Sündenbock zu machen. Auch findet sich in Polen kaum die Bezeichnung ‚chinesisches Virus', wie sie etwa in den USA zur Abgrenzung von China politisch instrumentalisiert und dabei von einigen Gruppen auch zur Diffamierung chinesischstämmiger Menschen genutzt wurde. Zwar forderte Konfederacja zu Beginn der Pandemie im März 2020

die Grenzen für Ausländerinnen und Ausländer zu schließen und die ins Land zurückkehrenden polnischen Staatsangehörigen unter Quarantäne zu stellen, doch schon einen Monat später wurden diese Forderungen zurückgenommen. Ab April 2020 kritisierte die Partei die geschlossenen Grenzen stattdessen als Hindernis für die Wirtschaft und als Verstoß gegen die Freiheit der Einzelnen, ihren Urlaub dort zu verbringen, wo sie es wollten.

GENERELLE ABLEHNUNG VON BESCHRÄNKUNGEN ALS TEIL DES KONFEDERACJA-NARRATIVS VOM ‚SCHUTZ DER FREIHEIT'

Die politisch-ideologischen Positionen von Konfederacja zeigen eine Mischung aus ultranationalistischen, religiös-konservativen und euroskeptischen Ansichten und einem Wirtschaftsprogramm mit ultraliberalen und manchmal anarchokapitalistischen Konzepten. Dies spiegelt sich auch darin wider, wie die Partei restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie kommentierte: Zwangsmaßnahmen wie das Tragen von Masken im öffentlichen Raum oder die Schließung von Geschäften, Hotels und Restaurants verurteilte sie von Anfang an als inakzeptabel. Sie beschuldigte die Regierung, ‚illegale' und ‚gesetzlose' Beschränkungen zu verhängen, und stellte sie als autoritäres Regime dar, das die Freiheit von Einzelpersonen und Unternehmen unrechtmäßig einschränke – und das auf der Grundlage zweifelhafter Prämissen. In populistischer Manier stilisierte sich Konfederacja zur (einzigen) Partei, die ihre Stimme zum Schutz dieser Freiheiten erhebt.

SCHUTZ DER WIRTSCHAFT IST FÜR KONFEDERACJA ZENTRAL

In den Facebook-Beiträgen von Konfederacja zeigte sich ein klarer Vorrang ökonomischer Erwägungen gegenüber sozialen Themen. Das Hauptargument dafür war, dass der Schaden, den die Einschränkungen der Wirtschaft und dem gesellschaftlichen Leben zufügen, weitaus schlimmer sein werde als die Pandemie selbst. Deren gesundheitliche Gefahren wurden oft heruntergespielt, während die wirtschaftlichen Risiken übertrieben und in alarmistischer Manier als drohende Krise dargestellt wurden. Konfederacja ermutigte die Unternehmen, sich über die Beschränkungen hinwegzusetzen und notfalls vor Gericht zu gehen und verwies in Beiträgen in den sozialen Medien auf Fälle, wo dies Erfolg hatte.

KONFEDERACJA STELLT AUTORITÄT VON GESUNDHEITSBEHÖRDEN IN FRAGE

Eine allgemeine Tendenz, die Autorität nationaler und internationaler Organisationen infrage zu stellen, manifestiert sich schließlich darin, wie Konfederacja die WHO, die oberste polnische Gesundheitsaufsichtsbehörde (*Sanepid*) und die Wissenschaft im Allgemeinen missachtet. Die Partei erklärte regelmäßig, dass sie persönliche Entscheidungen, die auf dem gesunden Menschenverstand beruhen, den von offiziellen Stellen oder Institutionen vorgeschriebenen Beschränkungen vorziehe. Nichtsdestoweniger berief sie sich gelegentlich selbst auf Behörden und ausgewählte Fachleute, um ihre Ansichten zu untermauern. Als beispielsweise ein Mitglied des Ärztebeirats im Büro des Premierministers mit einigen verhängten Beschränkungen (Maskenpflicht im Freien und Schließung von Friseursalons) nicht einverstanden war, verwies Konfederacja sogleich auf Unstimmigkeiten in den Maßnahmen und stellte sich auf die Seite des Experten (Konfederacja 16. April 2021).[4]

Ähnliche Kritik übte die traditionell sehr euroskeptische Partei (vgl. Szczerbiak/Taggart 2004) auch am Umgang der EU mit der Pandemie. Sie warf der EU insbesondere vor, dass diese ihr Budget für „wertlose Programme wie Erasmus, die Unterstützung von Regenbogenorganisationen weltweit, eine absurde Agrarpolitik und ökologische Utopien" verschwende (Konfederacja 9. April 2020), in der Pandemie aber nicht in der Lage sei, die europäische Wirtschaft zu schützen. Vor allem die anfänglichen Probleme bei der Impfstoffbeschaffung wurden als das erneute Versagen einer ineffizienten europäischen

4 In einem anderen Fall unterstützte die Partei einen Arzt, der behauptete, er habe COVID-19-Erkrankte erfolgreich mit Amantadin behandelt. Sie generalisierte diese Unterstützung, indem sie erklärte, alle Ärztinnen und Ärzte müssten ihre Patientinnen und Patienten so behandeln können, wie sie es für das Beste hielten; der Staat dürfe hier keine Einschränkungen erlassen und somit auch keine Medikamente und Behandlungen vorgeben (Konfederacja 26. November 2020).

Bürokratie angeprangert. Die Kritik an der EU verband sich jedoch nicht mit Zustimmung zu der Art und Weise, wie die nationale Regierung die Situation handhabte. Im Gegenteil warf Konfederacja der polnischen Regierung vor, sie sei untätig und passiv. Bei der Versorgung mit Impfstoffen verlasse sie sich auf die in ihren Augen inkompetente EU, anstatt chinesische oder russische Impfstoffe zu beschaffen und sie den Polinnen und Polen zur Verfügung zu stellen (Konfederacja 17. Januar 2021). Die EU wie auch die nationale Regierung wurden also einerseits für die von ihnen beschlossenen, von Konfederacja als illegal und unnötig beschriebenen Restriktionen kritisiert, andererseits aber auch dafür, wie ineffizient und inkompetent sie die Maßnahmen angeblich umsetzten. Auch das EU-Impfzertifikat (gemeinhin als ‚Impfpass' bezeichnet) wurde von der Partei abgelehnt: Diese Praxis sei diskriminierend und diene dazu, Menschen unrechtmäßig auszugrenzen.

Prawo i Sprawiedliwość (PiS)

PIS BEZOG SICH IN BEITRÄGEN ÜBER DIE PANDEMIE NUR AUF SICH SELBST

Bei Prawo i Sprawiedliwość (PiS) liegt der Fall völlig anders. Als Regierungspartei konnte PiS nicht die für rechtspopulistische Akteure typischen Narrative und Argumente verwenden, etwa die Kritik an den ‚korrupten' politischen Eliten, die nicht den ‚wahren Willen' des Volkes repräsentieren (Canovan 1981; Mudde/Rovira Kaltwasser 2017). So wählte die Partei eine andere Strategie, die im Wesentlichen darin bestand, sich gar nicht erst auf Diskussionen zum Thema COVID-19 einzulassen. Wenn die Opposition Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie kritisierte, wurde das im Allgemeinen ignoriert. Das konnte PiS sich leisten, weil sie im Sejm (dem Unterhaus des Parlaments) die absolute Mehrheit hat und die Mitte-links-Mehrheit im Oberhaus regelmäßig für die Pandemiegesetze stimmte, die die Ausbreitung des Virus eindämmen oder die Wirtschaft schützen sollten. Ein einziges Mal – auf einer Pressekonferenz des Premierministers Mateusz Morawiecki im Juni 2020 – reagierte die Regierung direkt auf Kritik an ihrer Pandemie-Politik, nur um diese abzutun: Die Opposition streue lediglich ‚Sand ins Getriebe', anstatt zu helfen (z.B. Polsatnews 2021b). Diese Strategie, sich mit der Kritik anderer Parteien gar nicht erst auseinanderzusetzen, zeigte sich auch in der Kommunikation in den sozialen Medien: Kein einziger Facebook-Beitrag von PiS ging in irgendeiner Weise darauf ein, wie die anderen Parteien das Regierungshandeln im Hinblick auf die Pandemie bewerten. Tatsächlich bezog sich die Partei in ihren Beiträgen zur Pandemie nur auf sich selbst. Sie zitierte in ihren Beiträgen auch ausschließlich ihre eigenen Kabinettsmitglieder (vor allem den Ministerpräsidenten und den Gesundheitsminister). Fachleute aus Virologie und Epidemiologie, Krankenhausleitungen oder Vertreterinnen und Vertreter von *Sanepid* wurden in den Facebook-Beiträgen nicht erwähnt. Die Regierung erschien als die einzige handelnde Instanz, wie das folgende Zitat illustriert: „Ein wirksamer Kampf gegen das Coronavirus erfordert schnelle und mutige Entscheidungen. Solche Entscheidungen trifft das Kabinett von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki" (PiS 13. März 2020).

PIS BRACHTE PANDEMIE NICHT MIT ZUGEWANDERTEN IN VERBINDUNG

Die Krankheit selbst wurde dabei meist als Naturgewalt oder sogar als ein Ereignis quasi göttlichen Ursprungs dargestellt, die EU und Europa wurden hingegen kaum erwähnt. Stattdessen erschien die PiS-geführte Regierung als einzige politische Akteurin, die sich in der Pandemie dafür einsetzte, Polens Situation zu verbessern. Eine Rolle spielte die EU immer nur dann, wenn das den Interessen der Regierungspartei diente und sie sich dadurch in einem guten Licht präsentieren konnte. Als etwa Ursula von der Leyen, die Präsidentin der Europäischen Kommission, Polen dafür lobte, dass es in den ersten Monaten der Impfbemühungen zu den Vorreitern gehört habe, wurde das auf Facebook gleich zweimal aufgegriffen (im Februar und im März 2021). Im ersten dieser Beiträge würdigte PiS auch diejenigen, die die schnelle Durchimpfung ermöglicht hatten: die Ärztinnen und Ärzte, Krankenschwestern und Krankenpfleger, das Notfallpersonal sowie die Beamtinnen und Beamten, die an diesem Prozess beteiligt gewesen waren (PiS 10. Februar 2021). Dies war

das einzige Mal, dass PiS die Leistung dieser Gruppen ausdrücklich anerkannte. Als die Pharmaunternehmen anfänglich Probleme hatten, die mit der EU vereinbarten Mengen des Impfstoffs zu liefern, nutzte die Partei dies als Gelegenheit, den Premierminister als starken und tatkräftigen Staatsmann zu präsentieren, der für die Interessen der Polen eintritt: Er forderte öffentlich, die Europäische Kommission solle „ihre wirtschaftliche und finanzielle Macht nutzen, um die Pharmaunternehmen zu zwingen, den Vertrag effektiv und ordnungsgemäß zu erfüllen" (PiS 18. Februar 2021).

KONFEDERACJA THEMATISIERT LOCKDOWN, PIS DAS IMPFGROGRAM

Ein Vergleich der beiden rechtspopulistischen Parteien PiS und Konfederacja bringt interessante Erkenntnisse. Erstens war PiS im Vergleich zu Konfederacja in den sozialen Medien insgesamt deutlich weniger aktiv. Zweitens nutzte die Partei Facebook auch deutlich weniger, um über die Pandemie zu sprechen: Nur etwa ein Viertel ihrer Beiträge bezog sich auf dieses Thema, ähnlich viele wie bei den Parteien der Mitte und der Linken (vgl. Abb. 2). Drittens zeigt sich ein interessanter Unterschied bei den Begriffen, die im Zusammenhang mit der Pandemie am häufigsten verwendet wurden: Konfederacja konzentrierte sich auf die Lockdown-Maßnahmen und Beschränkungen sowie deren negative Auswirkungen auf die Wirtschaft. Bei PiS lag der Schwerpunkt auf dem Impfprogramm. Mit großem Abstand kamen an zweiter Stelle andere staatliche Maßnahmen, etwa die Gesetzentwürfe zur Einführung von Schutzmaßnahmen für Unternehmen oder die Vorbereitung der Krankenhäuser auf die Aufnahme von Erkrankten. Ähnlich wie Konfederacja legte auch PiS in den öffentlichen Verlautbarungen große Aufmerksamkeit auf den Schutz der Wirtschaft und der Unternehmen. Der Erhalt von Arbeitsplätzen und die Vermeidung von Arbeitslosigkeit waren Teil dieses übergeordneten Themas, die Wirtschaft vor einer Rezession zu bewahren – die Regierung nannte ihre Gesetzentwürfe wörtlich ‚Anti-Krisen-Schutzschilde' (vgl. Tab.3). Der Schutz der Älteren und anderer Personengruppen, die durch das Virus am stärksten gefährdet sind, wurde oft als Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger dargestellt, die auf sich selbst achten und sich um gefährdete Personen in ihrer Familie oder Nachbarschaft kümmern sollten.

PIS: AUFBRAUCH ZU NATIONALER EINHEIT

In der Darstellung der Pandemie zeigt sich ein weiterer, subtilerer Unterschied, der auf die unterschiedlichen ideologischen Hintergründe von PiS und Konfederacja zurückgeführt werden kann. Konfederacja ist aus einem Zusammenschluss von rechtsextremen, ultraliberalen und nationalistischen Milieus hervorgegangen und vertritt entsprechend offensiver eine typisch rechtspopulistische Institutionenkritik und Anti-Eliten-Rhetorik. PiS hingegen war früher eher eine nationalkonservative als eine rechtsextreme Partei, bevor sie sich populistische Themen und eine entsprechende Rhetorik zu eigen machte. Dieser Hintergrund kommt vor allem in zwei sprachlichen Phänomenen zum Ausdruck: Zum einen verwendet die Partei ausgiebig das Adjektiv ‚national', vor allem bei der Benennung von Regierungsinitiativen: Die Impfbemühungen erscheinen als ‚Nationales Impfprogramm' (Narodowy Program Szczepień), der harte Lockdown während der zweiten Welle als ‚nationale Quarantäne' (narodowa kwarantanna). Das zweite Element, das den Nationalkonservatismus der Partei widerspiegelt, sind die Aufrufe zu nationaler Einheit und zu persönlicher Verantwortung für das Wohlergehen der Gemeinschaft in schwierigen Zeiten. Solche Aufrufe wurden häufig als Appelle von Ministerpräsident Mateusz Morawiecki oder – seltener – von anderen Kabinettsmitgliedern vorgetragen und enthielten Formulierungen wie die folgenden:

„ *Seien wir alle solidarisch, seien wir alle verantwortungsbewusst!*"
(PiS 27. Dezember 2020),

„ *Ganz Polen muss sich heute darauf einstellen, die Welle des Coronavirus zu bekämpfen.*" (PiS 10. Oktober 2020)

„Nur wenn wir gemeinsam handeln, können wir das Coronavirus bekämpfen! 🇵🇱💪" (PiS 21. November 2020)
„🛡 Ich beschwöre Sie: Lassen Sie uns nicht gespalten sein und lassen Sie uns alle Verantwortung übernehmen. Getrennt voneinander, aber geeint durch ein gemeinsames Ziel – die Epidemie zu besiegen!" (PiS 2. November 2020)

„Lassen Sie uns unseren Ärzten und uniformierten Dienstleistern helfen. Verhalten wir uns verantwortungsbewusst, halten wir soziale Distanz, tragen wir Gesichtsmasken und bleiben wir zu Hause. 🏠🛡💉" (PiS 27. März 2021)

„Die Gesundheit und das Leben von uns allen hängen von der Einhaltung der Hygienevorschriften ab. Lassen Sie uns verantwortungsbewusst sein! 🇵🇱"
(PiS 13. Oktober 2020)

„⚠ Heute sind wir wirklich in einer Situation: einer für alle, alle gegen das Virus."
(PiS 5. April 2020)

Tab. 3: Häufigkeit von Begriffen in coronabezogenen Facebook-Beiträgen von PiS und Konfederacja

	PiS			Konfederacja		
		absolut	relativ		absolut	relativ
1	Impfstoff, Impfung	217	75 %	Lockdown	1.012	61 %
2	COVID, Coronavirus	75	26 %	COVID, Coronavirus	912	55 %
3	Epidemie, Pandemie	70	24 %	Einschränkungen	857	52 %
4	Krise, Wirtschaftskrise, Anti-Krisen-Schutzschild*	54	19 %	Krise, Wirtschaftskrise, Anti-Krisen-Schutzschild*	836	50 %
5	Einschränkungen	30	10 %	Impfstoff, Impfung	388	23 %
6	Gesichtsmasken	10	3 %	rechtswidrig**	387	23 %
7	Infektionen	9	3 %	Epidemie, Pandemie	364	22 %
8	Sanitär	4	1 %	Gesichtsmasken	263	15 %

Zeitraum: 03.01.2020 bis 30.04.2021

Anmerkung: Gesamtzahl der Beiträge: PiS 1.110, Konfederacja 3.822; davon auf die Pandemie bezogen: PiS 289, Konfederacja 1.654. Der relative Wert wurde berechnet, indem die Anzahl der betreffenden Wörter durch die Anzahl der Beiträge über die Pandemie geteilt wurde.

* *Anti-Krisen-Schutzschild (Tarcza Antykryzysowa) ist die Bezeichnung für den Gesetzentwurf der Regierung zum Schutz der Unternehmen während des Lockdowns.*

** *Nur in Beiträgen, die sich auf den Lockdown und andere Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie beziehen.*

Abgesehen von der klar einheitsstiftenden Rhetorik und der Aufforderung, im Interesse der Gesundheit und des Wohlergehens der polnischen Mitbürgerinnen und Mitbürger verantwortungsbewusst zu handeln, sind auch die verwendeten Emoticons aufschlussreich: ein Schild, ein Impfstoff, ein starker Arm, die Abkürzung für Polen (PL), das Bild eines Hauses

und ein Symbol für Gefahr. PiS erzählt hier die Geschichte von einem polnischen Nationalkampf; die Stärke des polnischen Volkes, das geschlossen gegen eine gemeinsame Bedrohung angeht – indem es sich sozial isoliert, sich impfen lässt und Masken trägt –, wird wie ein Schild wirken, der das Land schützt.

Ein letzter Unterschied zwischen den beiden Parteien betrifft die Sprache und die Emotionen, die in ihren Beiträgen zum Ausdruck kommen: Konfederacja versucht offen, Empörung und zivilen Ungehorsam zu provozieren. PiS hingegen will Ruhe ausstrahlen und das Bild einer Regierung vermitteln, die die Situation unter Kontrolle hat. Die Beiträge dieser Partei zielen nicht darauf, starke Emotionen hervorzurufen. Stattdessen appellieren sie an die Menschen, ruhig zu bleiben, nicht in Panik zu verfallen und ihren Teil zu der gemeinsamen Aufgabe beizutragen, die darin besteht, die Pandemie unter der kompetenten und wachsamen Führung von PiS zu besiegen. Es erscheint unklar, inwiefern hier der Wille zu verantwortungsvoller Regierungsarbeit und nationalem Ausgleich oder doch eher taktische Kalküle eine Rolle spielten. Für Letzteres spricht beispielsweise, dass die Regierung vor den Präsidentschaftswahlen im Juni und Juli 2020 die pandemische Lage verharmloste, um insbesondere ältere Menschen – die einen großen Teil ihrer Wählerschaft ausmachen – zur Stimmabgabe zu bewegen. Die patriotische Ansprache könnte auch dazu beigetragen haben, einige Themen, die sonst den Zorn der Wählerinnen und Wähler auf sich gezogen hätten (wie z. B. die Belastung, die die Pandemie für das ohnehin unterfinanzierte und unterbesetzte polnische Gesundheitssystem bedeutet), besser zu vermitteln.

AUSBLICK

Ob das Coronavirus für die rechtspopulistischen Parteien in Polen weiterhin ein Schlüsselthema bleiben wird, ist unklar. Bislang halten sowohl die regierende Partei PiS als auch die Oppositionspartei Konfederacja an ihren Strategien fest. Beide haben sich jedoch in den letzten Monaten vor allem auf die Impfbemühungen konzentriert. Dabei überrascht nicht, dass PiS für die Impfung wirbt, während Konfederacja strikt dagegen ist und insbesondere gegen eine mögliche Impfpflicht polemisiert. Trotzdem ist die Pandemie in der polnischen Politik nicht mehr das beherrschende Thema, sondern nur eines von vielen. Einer der Aspekte, die in der Debatte weiterhin im Vordergrund stehen, ist vor allem die Frage, wie man mehr Menschen von einer Impfung überzeugen kann. Generell wirkt das Thema Pandemie nach wie vor stark polarisierend – in mehrere Richtungen. PiS, Konfederacja sowie die Parteien der Mitte und des linken Flügels vertreten dazu gegensätzliche Positionen, die jeweils von Teilen der Gesellschaft unterstützt werden. Weil bis Ende 2023 in Polen keine Wahlen anstehen, richten die Parteien ihre Bemühungen derzeit eher darauf, langfristige Unterstützung zu gewinnen und zu sichern. Darum werden sie das Thema COVID-19 wahrscheinlich so lange verfolgen, wie es ihnen politisch nützt und sich im Hinblick auf die Mobilisierung von Wählerstimmen als vielversprechend erscheinen. Möglich ist jedoch auch, dass bald ganz andere politische Fragen in den Vordergrund treten. Mit Blick auf die jüngste Entwicklung an der polnisch-belarussischen Grenze ist zu vermuten, dass dabei erneut das Thema Migration eine prominente Rolle spielen wird – zumal Polen nun zum ersten Mal selbst, an seiner eigenen EU-Außengrenze von Flüchtlingsbewegungen betroffen ist.

LITERATUR

Adamski Mateusz 2020: Zakaz przemieszczania się w Sylwestra. Prawnik: to nielegalna godzina policyjna; in: Rzeczpospolita, 18. Dezember 2020; verfügbar unter: https://www.rp.pl/prawo-dla-ciebie/art364471-zakaz-przemieszczania-sie-w-sylwestra-prawnik-to-nielegalna-godzina-policyjna (letzter Zugriff: 09.09.2021).

Biostat 2021: Sondaż: „Opinie Polaków podczas pandemii SARS-CoV-2". Polacy są zmęczeni ograniczeniami; verfügbar unter: https://www.biostat.com.pl/polacy-sa-zmeczeni-ograniczeniami.php (letzter Zugriff: 20.08.2021).
Canovan Margaret 2000: Populism. Harcourt Brace Jovanovich, New York.

CBOS 2020: Opinie o epidemii koronawirusa i związanych z nią restrykcjach. Komunikat z Badań. Nr 58/2020; verfügbar unter: https://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2020/K_058_20.PDF (letzter Zugriff: 20.08.2021).

Cydzik Szymon 2021: Kontrowersyjna pomoc prawna. Prawnicy pomagają restauratorom podczas kontroli; in: Dziennik Gazeta Prawna, 9. März 2021; verfügbar unter: https://serwisy.gazetaprawna.pl/orzeczenia/artykuly/8115471,pomoc-prawna-dla-restauratorow-kontrowersje-obostrzenia-otwarte-restauracje.html (letzter Zugriff: 09.09.2021).

Ćwiek Joanna 2021: Sondaż: Polacy mają dość obostrzeń; in: Rzeczpospolita, 9. März 2021; verfügbar unter: https://www.rp.pl/Koronawirus-SARS-CoV-2/303089915-Sondaz-Polacy-maja-dosc-obostrzen.html
(letzter Zugriff: 20.08.2021).

Davies Christian 2020: Pro-Choice Supporters Hold Biggest-Ever Protest Against Polish Government; in: The Guardian, 30. Oktober 2020; verfügbar unter: https://www.theguardian.com/world/2020/oct/30/pro-choice-supporters-hold-biggest-ever-protest-against-polish-government (letzter Zugriff: 22.08.2021).

Dong, Ensheng / Du, Hongru / Gardner, Lauren 2020: An Interactive Web-Based Dashboard to Track COVID-19 in Real Time; in: The Lancet Infectious Diseases 20 (5), S. 533-534. doi: 10.1016/S1473-3099(20)30120-1

Europäische Kommission 2021: Standard Eurobarometer 94, Winter 2020/2021, Annex; verfügbar unter: https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=76407 (letzter Zugriff: 18.07.2021).

European Centre for Disease Prevention and Control 2021: COVID-19 Situation Update for the EU/EEA, as of 16 September 2021; verfügbar unter: https://www.ecdc.europa.eu/en/cases-2019-ncov-eueea
(letzter Zugriff: 16.09.2021).

Ewybory 2021: Sondaże / Polska. Średnie poparcie w poszczególnych miesiącach z uwzględnieniem osób niezdecydowanych (2019-2023); verfügbar unter: https://ewybory.eu/sondaze/ (letzter Zugriff: 16.09.2021).

Konfederacja 2020, 9. April: Dobromir Sośnierz: To co powiedział w Sejmie Premier...; Facebook Konfederacja; verfügbar unter: https://www.facebook.com/1971966879776579/posts/2257136667926264 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

Konfederacja 2021, 17. Januar: Uwaga! Bardzo ważna interpelacja autorstwa...; Facebook Konfederacja; verfügbar unter: https://www.facebook.com/1971966879776579/posts/2500033576969904 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

Konfederacja 2021, 23. Februar: To brzmi jak jakiś nieprawdopodobny koszmar...; Facebook Konfederacja; verfügbar unter: https://www.facebook.com/1971966879776579/posts/2523691421270786 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

Konfederacja 2021, 16. April: Od ponad roku żyjemy w jakimś cyrku!...; Facebook Konfederacja; verfügbar unter: https://www.facebook.com/1971966879776579/posts/2559285811044680 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

Kozłowska Marta / Michał Zabdyr-Jamróz 2021: Prawa mniejszości LGBT+, edukacja seksualna i inne zagadnienia „wojny kulturowej" w kampanii 2019 roku, in: Borowiec, Piotr / Tyszkiewicz, Adrian (Hrsg.): Kampania parlamentarna 2019 roku; Wydawnictwo Uniwersytetu Jagiellońskiego, Kraków S. 117-137.

Kozłowska Marta 2020: Die Präsidentschaftswahl in Polen 2020. MIDEM-Policy Brief 2020-2; verfügbar unter: https://forum-midem.de/cms/data/fm/user_upload/Projekte/TUD_MIDEM_PolicyBrief_Polen_2020.pdf
(letzter Zugriff: 16.07.2021).

Kublik Agata 2020: Ogromny spadek poparcia dla PiS. Tym razem w sondażu CBOS; in: Gazeta Wyborcza, 30. Oktober 2020; verfügbar unter: https://wyborcza.pl/7,75398,26462879,ogromny-spadek-poparcia-dla-pis-tym-razem-w-sondazu-cbos.html
(letzter Zugriff: 24.08.2021).

Mudde, Cas / Cristóbal Rovira Kaltwasser 2017: Populism: A Very Short Introduction; Oxford University Press, Oxford.

Polsatnews 2021a: „Raport": zaostrzone restrykcje i kary za ich nieprzestrzeganie; 1. April 2021; verfügbar unter: https://www.polsatnews.pl/wiadomosc/2021-04-01/zaostrzone-restrykcje-i-kary-za-ich-nieprzestrzeganie-raport-o-2100/ (letzter Zugriff: 09.09.2021).

Polsatnews 2021b: „Rzucali piach w tryby". Premier uderza w opozycję ws. epidemii koronawirusa; 2. Juni 2021; verfügbar unter: https://www.polsatnews.pl/wiadomosc/2020-06-02/rzucali-piach-w-tryby-premier-uderza-w-opozycje-ws-epidemii-koronawirusa/https://www.polsatnews.pl/wiadomosc/2020-06-02/rzucali-piach-w-tryby-premier-uderza-w-opozycje-ws-epidemii-koronawirusa/ (letzter Zugriff: 16.09.2021).

Prawo i Sprawiedliwość 2020, 13. März: Skuteczna walka z koronawirusem...; Facebook Prawo i Sprawiedliwość; verfügbar unter: https://www.facebook.com/157458232131/posts/10156639552907132 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

Prawo i Sprawiedliwość 2020, 5. April: Dziś naprawdę jesteśmy w sytuacji...; Facebook Prawo i Sprawiedliwość; verfügbar unter: https://www.facebook.com/157458232131/posts/10156723243952132 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

Prawo i Sprawiedliwość 2020, 10. Oktober: Dziś cała Polska musi być nastawiona...; Facebook Prawo i Sprawiedliwość; verfügbar unter: https://www.facebook.com/157458232131/posts/10157325449977132 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

Prawo i Sprawiedliwość 2020, 13. Oktober: Zdrowie i życie nas wszystkich...; Facebook Prawo i Sprawiedliwość; verfügbar unter: https://www.facebook.com/157458232131/posts/10157333840232132 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

Prawo i Sprawiedliwość 2020, 2. November: Bardzo proszę - nie dajmy się podzielić...; Facebook Prawo i Sprawiedliwość; verfügbar unter: https://www.facebook.com/157458232131/posts/10157393171487132 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

Prawo i Sprawiedliwość 2020, 21. November: Tylko działając solidarnie...; Facebook Prawo i Sprawiedliwość; verfügbar unter: https://www.facebook.com/157458232131/posts/10157449082307132 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

Prawo i Sprawiedliwość 2020, 27. Dezember: Bądźmy solidarni...; Facebook Prawo i Sprawiedliwość; verfügbar unter: https://www.facebook.com/157458232131/posts/10157542883452132 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

Prawo i Sprawiedliwość 2021, 18. Februar: Wzywam Komisję Europejską, żeby...; Facebook Prawo i Sprawiedliwość; verfügbar unter: https://www.facebook.com/157458232131/posts/10157664957287132 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

Prawo i Sprawiedliwość 2021, 27. März: Premier Mateusz Morawicki: Pomóżmy...; Facebook Prawo i Sprawiedliwość; verfügbar unter: https://www.facebook.com/157458232131/posts/10157738667702132 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

Szczerbiak Aleks / Paul Taggart 2004: Contemporary Euroscepticism in the Party Systems of the European Union Candidate States of Central and Eastern Europe; in: European Journal of Political Research, vol. 43(1), S. 1–27.

Wanat Zosia 2021: Polish-Belarusian Migration Crisis Gets Political; in: Politico, 25. August 2021; verfügbar unter: https://www.politico.eu/article/afghanistan-refugees-europe-poland-belarus-migration-crisis/ (letzter Zugriff: 04.09.2021).

Weltbank 2021: Data. Population, total; verfügbar unter: https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL?most_recent_value_desc=true (letzter Zugriff 03.08.2021).

RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN IN ZEITEN DER PANDEMIE

7 PORTUGAL

ENTWICKLUNG DER PANDEMIE

VON DER ERFOLGSGESCHICHTE ZUM PROBLEMFALL

Nachdem Portugal die erste Pandemiewelle ausgesprochen erfolgreich gemeistert hatte, wurde das Land zu Beginn des Jahres 2021 zu einem Epizentrum der COVID-19-Pandemie. Als am 18. März 2020 zum ersten Mal für ganz Portugal der Ausnahmezustand ausgerufen wurde – ein verfassungsrechtliches Instrument, das fundamentale Einschränkungen der Grundrechte gestattet –, waren gerade einmal zwei Todes- und 448 Infektionsfälle registriert worden (zum Vergleich: Im benachbarten Spanien gab es 623 Todes- und fast 14.000 Infektionsfälle). Portugal galt in der Anfangsphase der Pandemie als Erfolgsfall, weil sich das Virus langsamer ausbreitete. Verantwortlich dafür sind die Tatsache, dass das Virus Portugal spät erreichte, sowie die schnell ergriffenen restriktiven Maßnahmen (Ames 2020). Zu den strengsten Vorgaben gehörten die Aufforderung an die Bürgerinnen und Bürger, zu Hause zu bleiben, die Abriegelung der am stärksten betroffenen Gebiete, die Schließung von Schulen und das Verbot aller Dienstleistungen, die nicht lebensnotwendig waren. Der Ausnahmezustand dauerte bis Anfang Mai 2020, dann wurde er durch den weniger restriktiven Katastrophenfall ersetzt. Die zuvor angeordnete Einschränkung der Bewegungsfreiheit wurde aufgehoben, die Bürgerinnen und Bürger jedoch zu eigenverantwortlichem Handeln aufgefordert (Violante/Lanceiro 2021). Von diesem Zeitpunkt an wurden die Beschränkungen schrittweise gelockert, ab September jedoch sukzessive wieder verschärft. Denn die Infektionszahlen und die Todesfälle stiegen wieder an, was dazu führte, dass am 9. November 2020 erneut der Ausnahmezustand über Portugal verhängt wurde.

COVID-19-Statistik für Portugal (Stand: 30. September 2021)

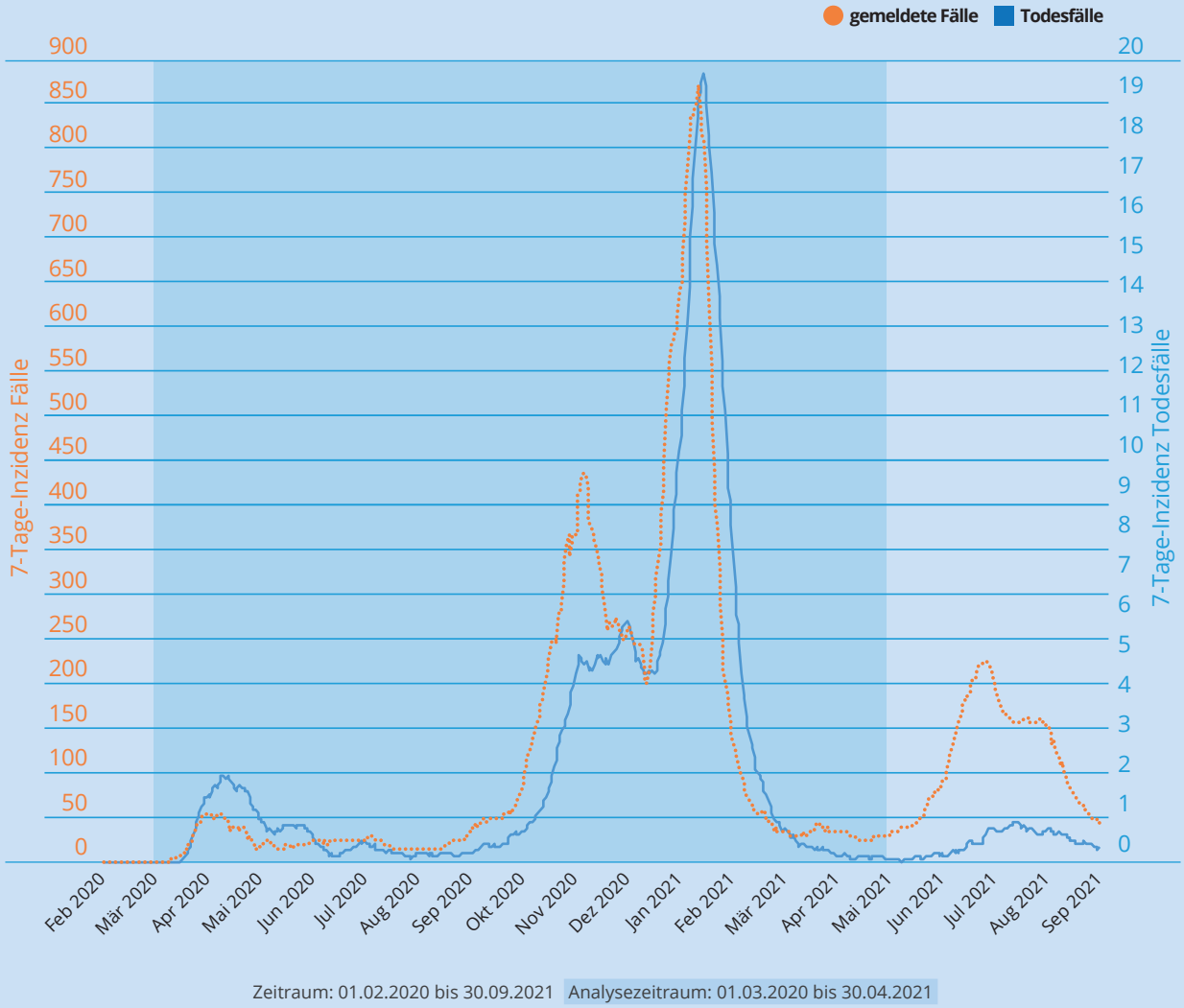
Bevölkerungszahl	10.305.560
Bestätigte Fälle	1.069.279
Bestätigte Fälle pro 100.000	10.376*
Todesfälle	17.975
Todesfälle pro 100.000	174*
Fall-Verstorbenen-Anteil	1,7 %*

*Quellen: Weltbank 2021 & Dong/Du/Gardner 2020 / *Eigene Berechnung*

DRAMATISCHE LAGE IM JANUAR 2021

Das Schlimmste sollte dem Land jedoch noch bevorstehen. Nach einer kurzen Lockerung der Beschränkungen über Weihnachten (einschließlich der Aufhebung der Reisebeschränkungen) schnellten die Infektionszahlen im Januar 2021 rapide in die Höhe. Portugal verzeichnete zu diesem Zeitpunkt den weltweit stärksten Anstieg. Als Reaktion darauf wurden die Maßnahmen erneut drastisch verschärft: Statt regionaler Einschränkungen wurde ein landesweiter Lockdown verhängt. Ende Januar stieg die 7-Tage-Inzidenz auf über 12.000, an einem einzigen Tag starben 290 Menschen an oder mit dem Corona-Virus. Zum Vergleich: Prozentual zur Bevölkerung lag die Sterblichkeitsrate Anfang Februar in Portugal mehr als doppelt so

Abb. 1: 7-Tage-Inzidenzen der gemeldeten Fälle sowie Todesfälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Portugal



Zeitraum: 01.02.2020 bis 30.09.2021 Analysezeitraum: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quellen: Weltbank 2021 & Dong/Du/Gardner 2020 / Eigene Berechnung

hoch wie in Italien auf dem Höhepunkt der ersten Pandemiewelle. Obwohl die Krankenhäuser vor dem Kollaps standen, wurden immer mehr Patienten eingeliefert, etliche mussten an andere Orte verlegt werden. Die Regierung rief zu internationaler Hilfe auf. Bis Ende Februar wurden in Portugal mehr als 16.000 Todesfälle verzeichnet. Nur zwei Monate zuvor waren es noch weniger als 7.000 gewesen.

Nachdem die Fallzahlen im Februar 2021 wieder stark zurückgegangen waren, fuhr Portugal ab Mitte März sukzessive die Lockdown-Maßnahmen herunter. Ende April wurde der Ausnahmezustand erneut durch den Katastrophenfall ersetzt. Verbunden waren damit weitere Lockerungen der Beschränkungen. Ziel der Regierung war die schrittweise Aufhebung der Restriktionen.

WAHLABSICHTEN BLIEBEN RELATIV STABIL

Die Wahlabsichten der Portugiesinnen und Portugiesen blieben bemerkenswert stabil. Das schlechte Pandemiemanagement während der Weihnachtszeit konnte den Umfragewerten der Regierung genauso wenig anhaben wie die sichtbaren Ermüdungserscheinungen in der Bevölkerung angesichts des wechselhaften Kurses bei den Corona-Maßnahmen. Dies gilt insbesondere für die Unterstützung der beiden größten Parteien – der Mitte-links-Partei *Partido Socialista* (PS) und der Mitte-rechts-Partei *Partido Social Democrata* (PSD). Deren Umfragewerte entsprechen in etwa den Ergebnissen bei den Parlamentswahlen im Oktober 2019 (Politico 2021). Dennoch wurde in meh-

reren Umfragen ein kleiner ‚Rally 'round the flag'-Effekt beobachtet. So konnte die Regierungspartei (PS) in den Umfragen sogar einige Prozentpunkte zulegen und kam auf mehr als 36 Prozent (dem Ergebnis von 2019).

ERSTARKEN DER CHEGA LÄSST SICH NICHT AUF DIE PANDEMIE ZURÜCKFÜHREN

Unter den kleineren Parteien ist deutlich mehr Wettbewerb und Dynamik zu verzeichnen, was zum Teil darauf zurückzuführen ist, dass 2019 drei neue Kräfte ins Parlament eingezogen sind. Von diesen drei Parteien konnte die rechtsradikale Partei *Chega* den schnellsten und stärksten Anstieg bei den Wahlabsichten verbuchen. Nachdem sie 2019 gerade einmal auf 1,3 Prozent der Stimmen kam, liegt sie Umfragen zufolge jetzt bei rund 9 Prozent. Damit konkurriert Chega mit der linken Partei *Bloco de Esquerda* (BE) um den Status als drittstärkste Partei. Es ist jedoch anzumerken, dass Chega bereits vor der Pandemie an Popularität gewonnen hatte und COVID-19 daher nicht als Hauptursache für den Aufstieg der radikalen Rechten angesehen werden kann. Der offensichtliche Aufwärtstrend der Partei wurde bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen im Januar 2021 bestätigt, als der Parteivorsitzende und einzige Vertreter im Parlament, André Ventura, kandidierte und mit fast 12 Prozent der Stimmen den dritten Platz belegte.

SINKENDES INSTITUTIONENVERTRAUEN

Auch wenn die Wahlabsichten stabil geblieben sind: Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Regierung ist im Jahr 2021 gesunken, nachdem es in Folge der ersten Pandemiewelle noch gestiegen war. Während im Sommer 2020 überraschenderweise 52 Prozent der Befragten erklärten, dass sie der Regierung eher vertrauen, rutschte dieser Wert bis Anfang 2021 auf 38 Prozent und damit unter das Niveau von 2019 (Europäische Kommission 2019: 48, 2021: 67). Trotz dieser Verluste liegt das Vertrauen der Portugiesinnen und Portugiesen in die nationale Regierung und in das Parlament weiterhin leicht über dem EU-Durchschnitt. Das Gleiche gilt für die Zufriedenheit mit den Corona-Maßnahmen: 49 Prozent der Befragten gaben an, sie seien grundsätzlich mit dem Vorgehen der Regierung zufrieden (im Vergleich zum EU-Durchschnitt von 43 Prozent) (Europäische Kommission 2021: 92).

SINKENDES VERTRAUEN IN DIE DEMOKRATIE

Neben dem gesunkenen Vertrauen in die Regierung war eine abnehmende Zufriedenheit mit der Demokratie zu beobachten. Das Fortschreiten der Pandemie scheint seinen Tribut gefordert zu haben, denn die Zahl der Befragten, die sich im Allgemeinen mit der Funktionsweise der Demokratie zufrieden zeigten, sank von 64 Prozent im Sommer 2020 auf 48 Prozent im Februar/März 2021

Tab. 1: Relevante politische Parteien in Portugal

Parteien	Abkürzung	Zugehörigkeit zur Fraktion im EU-Parl.	Politische Ausrichtung	Ergebnisse der letzten Parlaments-wahl (2019)
Partido Comunista Português	PCP	GUE/NGL	Kommunismus	6 %
Bloco de Esquerda	BE	GUE/NGL	Sozialismus, demokratisch	10 %
Partido Socialista	PS	S&D	Sozialdemokratie Mitte-links	36 %
Partido Social Democrata	PSD	EVP	Konservatismus, Mitte-rechts	28 %
Centro Democrático e Social – Partido Popular	CDS-PP	EVP	Christdemokratie	4 %
Chega	CH	ID	Rechtspopulismus, nationalistisch	1 %

(sieben Punkte unter dem EU-Durchschnitt) (Europäische Kommission 2021: 249). Dieser dramatische Vertrauensverlust lässt sich möglicherweise damit erklären, dass die Umfrage auf dem Höhepunkt der Pandemie in Portugal durchgeführt wurde. Sie stehen dabei in krassem Gegensatz zu den ermittelten Werten bezüglich des Vertrauens in die Europäische Union, das im gleichen Zeitraum von 56 auf 78 Prozent stieg und damit das höchste in der gesamten EU ist (ebd.: 71).

BEITRÄGE IN SOCIAL MEDIA – CORONA UND MIGRATION IM VERGLEICH

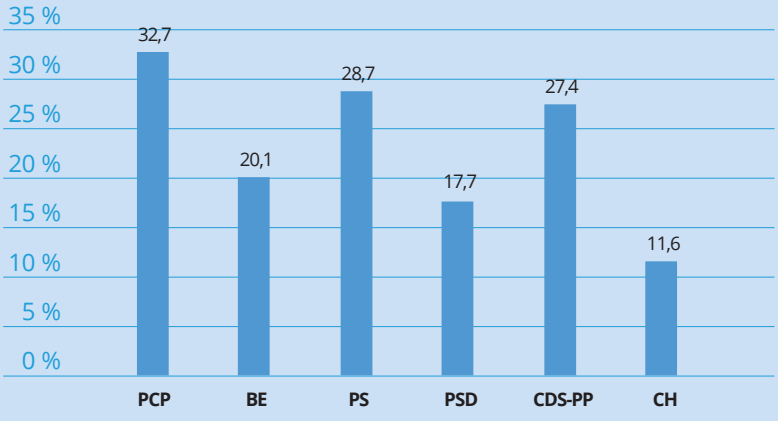
KEINE INSTRUMENTALISIERUNG DER PANDEMIE DURCH CHEGA

Die Pandemie hat andere politische Themen in den Hintergrund gedrängt. Dennoch lassen sich bei den Parteien Unterschiede bei ihren Schwerpunktsetzungen ausmachen. Ein Vergleich der Kommunikation der Parteien in den sozialen Medien zeigt, dass Chega den pandemiebezogenen Themen die geringste Aufmerksamkeit widmete (Abb. 2). Dies lässt den Rückschluss zu, dass die Partei nicht versucht hat, die Gesundheitskrise in nennenswerter Weise zu politisieren. Gleiches gilt auch für den Parteivorsitzenden André Ventura: Das für die diesbezügliche Studie verwendete COVID-19-Wörterbuch erfasste nur 6 Prozent der Beiträge auf Venturas Facebook-Seite.[1] Abgesehen davon gibt es hinsichtlich der Konzentration auf die Pandemie kein klares Links-Rechts-Gefälle. Auch lässt sich keine offensichtliche Regierungs-Oppositions-Dynamik ausmachen, da zwei Oppositionsparteien in puncto Pandemie ähnliche Positionen vertreten wie die Regierungspartei.

KONZENTRATION AUF DIE KERNTHEMEN – AUCH WÄHREND DER CORONA-KRISE

Gleichwohl war Corona das alles beherrschende Thema. Dem konnte sich auch Chega nicht völlig entziehen. Die Partei setzte sich weniger als die anderen Parteien mit dem Thema auseinander und dennoch hatten immerhin 11,6 Prozent der Facebook-Posts von Chega einen Bezug zur Pandemie. Dabei widmete die Partei den Details des Pandemiemanagements weniger Aufmerksamkeit als die politische Konkurrenz. Stattdessen konzentrierten sich die Beiträge auch weiterhin auf einige der Kernthemen der Partei. Dazu gehören Korruption, Kriminalität/Recht und Ordnung, Sozialhilfeempfänger sowie Minderheiten/Rassismus – ergänzt durch verbale Angriffe auf das Establishment. Die Partei hat den strategischen Versuch unternommen, sich ein ganz eigenes Profil zu geben – sowohl hinsichtlich der Form wie auch der Inhalte.

Abb. 2: Anteil coronabezogener Facebook-Beiträge nach Parteien

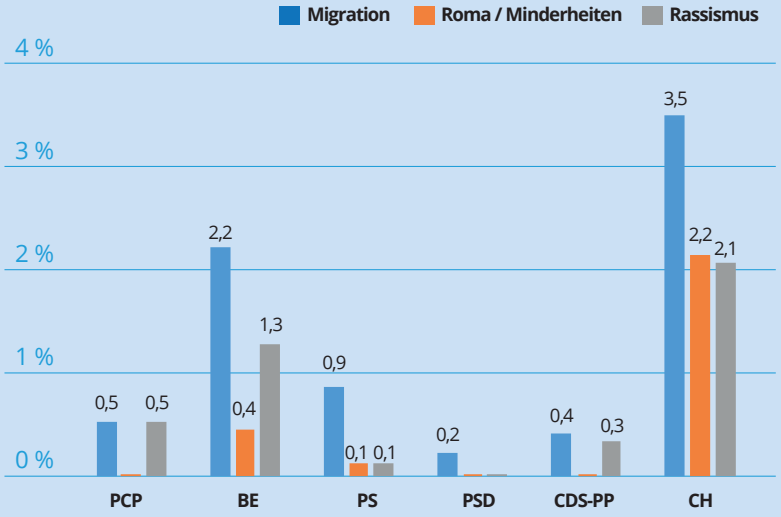


Analysezeitraum: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

1 Das ist deshalb wichtig – und darum wird dieser Studie der persönlichen Kommunikation von Ventura ebenso viel Aufmerksamkeit geschenkt –, weil die Chega ein typisches Beispiel für eine „personenbezogene Partei" ist, die stark auf ihren Führer ausgerichtet ist (Mendes 2021).

Abb. 3: Anteil Facebook-Beiträge mit Bezug auf Migration, Roma/Minderheiten oder Rassismus nach Parteien



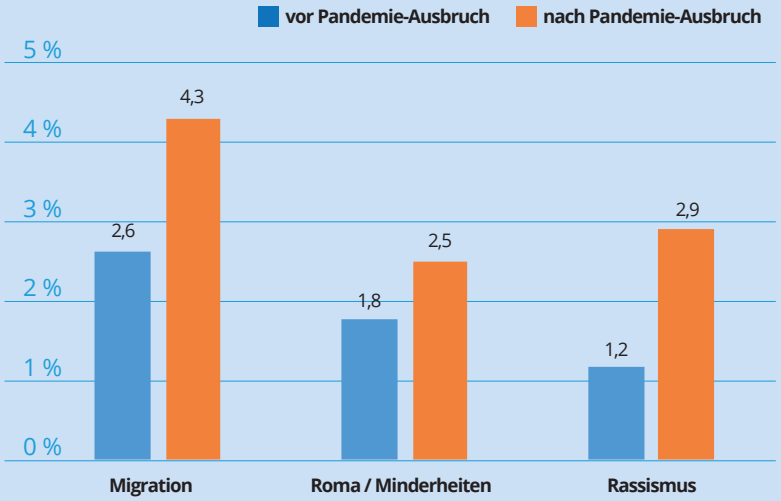
Beobachtungszeitraum: 01.01.2019 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

VERGLEICHSWEISE GERINGE BEDEUTUNG DES MIGRATIONSTHEMAS

Eines der zentralen Themen von Chega ist die Migration. Ihr räumt die Partei weitaus mehr Platz ein, als es die anderen Parteien Portugals tun (Abb. 3). Zugleich aber besitzt das Thema für Chega nicht den gleichen Stellenwert wie für andere rechtsradikale Parteien in Europa. Dies ist höchstwahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass Portugal eine weitaus niedrigere Zuwanderungsquote aufweist als viele andere Länder des Kontinents. Dennoch warnt die Partei immer wieder vor migrationsbedingten Problemen, indem z. B. auf die vermeintlichen Gefahren einer wachsenden islamischen Präsenz hingewiesen wird. Beispiele einer angeblich gescheiterten Integration in anderen europäischen Ländern dienen dazu, ein düsteres Zukunftsszenario für Portugal zu entwerfen (Chega 2. September 2020). Innerhalb des 28 Monate umfassenden Beobachtungszeitraums vom 1. Januar 2019

Abb. 4: Anteil Facebook-Beiträge mit Bezug auf Migration, Roma/Minderheiten oder Rassismus der Partei Chega vor und nach Ausbruch der Pandemie



vor Pandemie-Ausbruch: 01.01.2019 bis 29.02.2020
nach Pandemie-Ausbruch: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

bis zum 30. April 2021 widmete die Partei jedoch nur durchschnittlich 3,5 Prozent ihrer Facebook-Posts dem Thema Migration (Abb. 3). Es überrascht daher wenig, dass auch während der Pandemie die Aufmerksamkeit der Partei für dieses Thema nicht gesunken ist. Im Gegenteil: Obwohl COVID-19 eindeutig das Geschehen dominierte, stieg nach Ausbruch der Pandemie der Anteil der Beiträge zu nativistischen Themen wie Migration, aber auch Roma/Minderheiten sowie Rassismus auf einen etwas höheren Prozentsatz Abb. 4).

ROMA WERDEN ZUR ZIELSCHEIBE

Auf der Facebook-Seite von André Ventura ist deutlich zu erkennen, dass die Partei auch auf andere Aspekte der nativistischen Agenda fokussiert. So kommt auch dort dem Thema Migration insgesamt ein geringerer Stellenwert (nur 0,5 Prozent seiner Beiträge) zu als dem Thema Roma/Minderheiten (3 Prozent) und dem Thema Rassismus (2,4 Prozent). Vor allem die in Portugal lebenden Roma nimmt Ventura ins Visier. Sein deutlicher Fingerzeig auf die „Probleme mit der Zigeunergemeinschaft" – die er regelmäßig mit Kriminalität und Sozialhilfeabhängigkeit in Zusammenhang bringt – ging bereits der Parteigründung voraus. Mit diesen Themen stand Ventura bei den Kommunalwahlen 2017 erstmals im medialen Rampenlicht stand, damals jedoch noch als Abgeordneter der PSD. Zu den bisher umstrittensten Vorschlägen von Chega gehört der Plan, Roma-Gemeinschaften einen eigenen Sperrbezirk zuzuweisen, um Verstöße gegen die Lockdown-Bestimmungen zu verhindern (Lusa 2020a). Ein weiteres Schwerpunktthema von Chega ist der Rassismus. Die Partei organisierte im Sommer 2020 Proteste gegen Anti-Rassismus-Bündnisse (inspiriert von der Black-Lives-Matter-Bewegung). Als Begründung hieß es: „Portugal ist nicht rassistisch" (Lusa 2020b). Die Partei wendet sich gegen die vermeintlich missbräuchliche Verwendung des Begriffs Rassismus durch die Linke und durch Minderheiten. Immer wieder wird betont, dass „Minderheiten Rechte, aber auch Pflichten haben", wobei dieses Thema ausdrücklich mit der Verteidigung der Polizei verknüpft wird (Ventura 18. Juni 2020). Ist von Minderheiten die Rede, schließt Chega natürlich auch die Roma-Bevölkerung mit ein oder meint sie oft sogar explizit (weshalb in Abb. 3 und 4 die Begriffe ‚Minderheiten' und ‚Roma' zusammengefasst sind).

RECHTSPOPULISTISCHE DISKURSE

POSITIONSWECHSEL VON CHEGA

Chega ist eine typisch populistische Anti-Establishment-Partei, deren Diskurs sich weitgehend auf die Gegenüberstellung der einfachen, anständigen Leute (insbesondere der hart arbeitenden Mitglieder der Gesellschaft) und der ‚Anderen' konzentriert, denen Moral und gesellschaftliche Verdienste abgesprochen werden. Zur bevorzugten Zielscheibe unter Letzteren zählt die politische Klasse – bzw. das, was Chega als „das Regime" bezeichnet. Es überrascht daher nicht, dass der Großteil der coronabezogenen Kommunikation der Partei aus Kritik am Vorgehen der Regierung besteht.

Die Reaktion der Partei auf die Pandemie lässt sich in drei Phasen einteilen. Die erste umfasste den Ausbruch der Pandemie (März 2020), als Chega die Regierung heftig dafür kritisierte, „zu wenig und zu spät" gehandelt zu haben. Die zweite begann im April 2020, als Chega sich bei der Abstimmung über die Verlängerung des Ausnahmezustands geschlossen der Stimme enthielt, und sich zugleich gegen bestimmte Maßnahmen aussprach. In dieser Phase und noch bis zum November 2020 stand die Pandemie nur selten im Mittelpunkt der Kommunikation Chegas in den sozialen Medien. In der dritten Phase, ab November 2020, änderte die Partei erneut ihre Haltung und sprach sich nun aktiv gegen die sukzessive Verlängerung des Ausnahmezustands aus. Bei der Abstimmung votierte Chega mit ‚Nein'. Was Inhalt und Form der Kritik anbetrafen, verschärfte sich nun der Ton.

Der Positionswechsel von Chega nahm eine ganz ähnliche Entwicklung wie bei anderen rechtspopulistischen Parteien in Europa: Auf den Ruf nach strengeren Maßnahmen zu Beginn der Pandemie folgte eine teils heftige Kritik am Lockdown (Wondreys/Mudde 2020). Einige der Argumente, die die Partei im späteren Verlauf der Pandemie vorbrachte – vor allem hinsichtlich der wirtschaftlich schwierigen Lage –, stehen im Gegensatz zu ihrer anfänglichen Befürwortung von restriktiven Maßnahmen. Die Positionswechsel von Chega im Pandemieverlauf sind insbesondere auch an den Äußerungen ihres Vorsitzenden, André Ventura, abzulesen.

FORDERUNGEN NACH ‚ZWANGSINTERNIERUNG' VON INFIZIERTEN

Noch zu Beginn der Pandemie widmeten Chega und André Ventura COVID-19 die größte Aufmerksamkeit. Bereits am 11. Februar (mehr als drei Wochen, bevor der erste Corona-Fall in Portugal auftrat) hatte die Partei einen Gesetzentwurf zur Verfassungsreform vorgelegt, um die ‚Zwangsinternierung' von Personen zu ermöglichen, die mit irgendeiner Art von ansteckendem Virus infiziert sind (Lusa 2020c).[2]

VORWÜRFE AN DIE REGIERUNG: UNFÄHIGKEIT UND MUTLOSIGKEIT

In der Woche vor der Verhängung des Ausnahmezustands (am 18. März 2020) kritisierte Chega die Regierung wiederholt als schwach, langsam, unorganisiert und nicht verantwortungsbewusst. Die Partei forderte „harte und radikale Maßnahmen" (Ventura 12. März 2020) – einschließlich der Schließung der Grenzen und der obligatorischen Verwendung von Gesichtsmasken (Chega 16. März 2020) – und warf dem Premierminister António Costa vor, „nicht den politischen Mut zu haben, das Land herunterzufahren und die Menschen aufzufordern, zu Hause zu bleiben" (Chega 14. März 2020). Insbesondere Ventura unterstellte Costa „ungeheuerliche Verantwortungslosigkeit" und beschuldigte ihn und seine Regierung, sich mehr um die Wirtschaft als um die Gesundheit des portugiesischen Volkes zu kümmern (Ventura 11. März 2020). Chega bezichtigte die Regierung der Unfähigkeit und erklärte, dass „das Aufschieben von Maßnahmen bedeute, die Verantwortung für diejenigen zu tragen, die sterben werden, obwohl dies hätte verhindert werden können" (Chega 19. März 2020). Die Partei nutzte auch die Gelegenheit (wie so oft), um der Regierung den Rücktritt nahezulegen: „Wie lange müssen wir uns noch mit dieser unfähigen Regierung abfinden? Wie bei den Waldbränden 2018, wie viele Menschen müssen noch sterben, damit die Portugiesen ihre Augen öffnen? Genug!" (Chega 11. März 2020).

VORÜBERGEHENDES AUFENTHALTSRECHT FÜR ZUGEWANDERTE ALS ‚VERRAT AM EIGENEN VOLK'

Natürlich verstummte diese Kritik, nachdem der Lockdown verhängt worden war. Von da an schenkte Chega den Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung weniger Aufmerksamkeit und konzentrierte sich stattdessen vornehmlich auf Themen, die der ideologischen Ausrichtung der Partei entsprachen, etwa Kriminalität und Einwanderung. Zwei Vorgänge vom April 2020 verdeutlichen das. Um in überfüllten Gefängnissen einen Corona-Ausbruch zu verhindern, war eine Sonderregelung zur vorzeitigen Entlassung bestimmter Häftlinge beschlossen worden (Gesetz 9/2020). Chega gehörte zu den lautesten Kritikern dieser Maßnahme. Folglich enthielten sich die Abgeordneten der Partei bei der ersten Abstimmung über die Verlängerung des Ausnahmezustands Anfang April der Stimme. Auch die Entscheidung der Regierung, allen Zugewanderten, die einen Antrag auf Aufenthaltsgenehmigung gestellt hatten, ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht zu gewähren, wurde abgelehnt. Die Partei sprach in diesem Zusammenhang sogar von einem „Verrat an den Portugiesen", da diese „den ohnehin schwierigen Zugang zur Gesundheitsversorgung nun mit den Ausländern teilen müssen" und der „portugiesische Staat die Verantwortung für diese ‚neuen Staatsbürger' tragen muss, während er nicht einmal Lösungen gefunden hat, um portugiesische Familien und Unternehmen zu retten" (Chega 1. April 2020).

2 Anders als in anderen Ländern sieht die portugiesische Verfassung einen Freiheitsentzug aus gesundheitlichen Gründen nicht vor. Der einzige Gesundheitszustand, der in Art. 27 erwähnt wird, ist eine psychische Anomalie. Der Ausnahmezustand ermöglichte die Umgehung dieser Vorschrift.

UNKONTROLLIERTE EINWANDERUNG ALS ZUSÄTZLICHE GEFAHR

Dies war jedoch nicht der einzige Fall, in dem die Partei die Pandemie instrumentalisierte, um ihre nativistische Agenda voranzutreiben. Sie nutzte auch ihre Social-Media-Plattformen, um Fälle anzuprangern, in denen Migrantinnen bzw. Migranten mit COVID-19 infiziert waren und sich nicht an die Corona-Regeln hielten (z. B. Chega 17. Mai 2020). Der Corona-Ausbruch in einer Gemeinschaft von Ladenbesitzern aus Bangladesch wurde als Beweis dafür angeführt, dass eine „unkontrollierte Einwanderungspolitik Gettos mit eigenen Regeln und ohne staatliche Autorität" schaffe, in denen „Quarantäne- und Lockdown-Regeln nicht durchgesetzt werden" (Chega 23. April 2020). Das bizarrste Beispiel für den Umgang von Chega mit ‚ethnisch Anderen' war jedoch der oben bereits erwähnte Vorschlag, einen speziellen Sperrbezirk für Roma-Gemeinschaften einzurichten – ebenfalls mit der Begründung, dass diese angeblich die Lockdown-Regeln nicht einhielten (Banha 2020). Dieser Vorschlag, der im Mai 2020 vorgelegt wurde, stieß jedoch bei der Zivilgesellschaft und auch bei den anderen Parteien auf heftigen Widerstand. Die Verfassungswidrigkeit einer solchen Maßnahme – die Ventura als Jurist bekannt sein dürfte – legt den Verdacht nahe, dass der Chega-Vorsitzende mit diesem Vorschlag allein auf Zustimmung im rechten Lager aus war.

IM FOKUS: FREIHEITSRECHTE UND DIE WIRTSCHAFT

Sieht man von diesen konkreten Fällen einmal ab, widmete die Partei den Fragen rund um COVID-19 bis zur zweiten Welle im Herbst keine nennenswerte Aufmerksamkeit. Von diesem Zeitpunkt an und angesichts der dramatischen Entwicklung des Pandemiegeschehens in Portugal während der Wintermonate hatte Chega jedoch keine andere Wahl, als sich zunehmend kritisch zur Pandemiepolitik der Regierung zu äußern. Im Einklang mit anderen rechtsextremen Kräften in Europa konzentrierte man sich dabei im Wesentlichen auf zwei verschiedene Themenbereiche: (1) ungerechtfertigte Einschränkungen von Freiheiten und Rechten, und (2) die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie, insbesondere für kleine Unternehmen.

‚VENEZUALISIERUNG' PORTUGALS WIRD ANGEPRANGERT

In Anlehnung an die Rhetorik von VOX in Spanien (die wahrscheinlich als Inspirationsquelle diente) sprach Chega von der „Venezolanisierung Portugals" und prangerte die angeblich diktatorischen Entwicklungen im Land an. Als Beweise wurden „Enteignungen", „Kontrolle über das Leben der Bürger", „Entzug von Freiheiten", „Verletzungen der Privatsphäre" usw. angeführt (z. B. Chega 4. Oktober 2020, 8. Februar 2021). Häufiger jedoch wurde die Kritik an den Corona-Maßnahmen mit deren negativen Auswirkungen auf Wirtschaft und Beschäftigung begründet. Insbesondere kleine Unternehmen und die am stärksten betroffenen Zweige wie Restaurants, Geschäfte und Hotels dienten als Beispiele. Die Proteste im November 2020 waren ein deutlicher Beleg für die Unzufriedenheit, die sich in diesen Branchen breitgemacht hatte. Die Partei kritisierte häufig die unzureichende staatliche Unterstützung für betroffene Unternehmen und Familien, obwohl sie eher klassisch (neo) liberalen Positionen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik vertritt.

ABLEHNUNG DES LOCKDOWNS

Chega sprach sich jedoch nicht gegen restriktive Maßnahmen an sich aus. Die Partei erkannte sogar an, dass „Beschränkungen von grundlegender Bedeutung für die Bekämpfung der Pandemie" seien (Chega 4. Januar 2021). Indes lehnte Chega einen generellen Lockdown mit der Begründung ab, dass es keine wissenschaftlichen Studien gebe, die deren Wirksamkeit untermauerten (Chega 19. November 2020). Die ergriffenen Maßnahmen wurden als „absurd und unverhältnismäßig" bezeichnet, da sie „Arbeitsplätze und Unternehmen vernichten und die Portugiesen ebenfalls umbringen" (Chega 4. Januar 2021) würden. Damit wurde die Regierung erneut zum Hauptangriffsziel, diesmal jedoch nicht wegen ihrer Untätigkeit, sondern wegen der drastischen Maßnahmen. Obwohl aus den Mitteilungen von Chega nicht immer klar hervorgeht, was genau die Partei anders gemacht hätte, wurden der Regierung unter anderem mangelnde Planung sowie Intransparenz vorgeworfen. Provokativ äußerte etwa Ventura: „Es ist einfacher, alles zu schließen, da dies keine Kompetenz und Planung erfordert" (12. März 2021).

ABGEHOBENE POLITISCHE KLASSE

Diese Kritik sowie die Betonung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie sind jedoch nicht spezifisch für Chega; andere Parteien haben sich ähnlich geäußert. Was Chega von ihnen abhebt, ist der populistische Unterton, der dabei mitschwingt. Zur Verdeutlichung ein paar Beispiele: So heißt es, die etablierten Parteien wollten die Portugiesen „arm und geknebelt" (Ventura 13. März 2021) halten oder „in gezähmte Lämmer" (Ventura 6. August 2021) verwandeln. Chega nutzte auch verschiedene Ereignisse im Zusammenhang mit der Pandemie, um das Bild einer unmoralischen und eigennützigen politischen Klasse zu untermauern. Die seitens des Parlaments erfolgte Ablehnung von Chegas Vorschlag, die Gehälter der Politiker zu kürzen, wurde von Ventura als Beweis für die mangelnde Solidarität der Politiker mit ‚dem Volk' gewertet, das sich in einer schwierigen Lage befinde (Ventura 6. Mai 2021). Das Gleiche gilt für mehrere Fälle, in denen die Partei auf den angeblichen Missbrauch von Steuergeldern hingewiesen hat. So wurde beispielsweise die Nachricht über eine Antirassismus-Kampagne mit der Aussage quittiert: „Gerade hier müssen wir Geld ausgeben, wenn Menschen sterben, Unternehmen in Konkurs gehen und der Hunger wächst (...). Eine Schande!" (Ventura 2. Februar 2021). Ganz im Sinne ihrer Strategie, den hart arbeitenden Mitgliedern der Gesellschaft die ‚räuberischen' gegenüberzustellen, bezeichnet Chega die Lockdown-Maßnahmen als „Strafe für diejenigen, die arbeiten und Steuern zahlen", während „linke Wähler, Minderheiten und Sozialhilfeempfänger weiterhin auf Kosten derjenigen leben, die arbeiten" (Chega TV 11. März 2021).

CHEGA ÜBERNIMMT ARGUMENTE DER IMPFSKEPTIKER

Bemerkenswert und überraschend ist auch, dass die Partei bis zum Sommer 2021 keine Proteste gegen die Corona-Maßnahmen organisierte – und somit länger als einige andere Parteien in Europa benötigte, um das Thema auf diese Weise zusätzlich zu politisieren. Auch wenn nur einige hundert Menschen an den Protesten im Sommer teilnahmen, sind die auf den Kundgebungen von der Partei verbreiteten Parolen ein Indikator dafür, dass Chega in eine vierte Phase der Opposition eingetreten ist. Zum einen versammelte Chega nun all jene, die sich grundsätzlich und ohne weitere Differenzierungen gegen einschränkende Maßnahmen wehren. So war etwa die Rede von „absurden Beschränkungen, die das Land zerstören" (Ventura 1. Juli 2021). Zum anderen greift Chega die typischen Argumente der ‚Impfskeptiker' und Libertären auf, etwa indem Ventura sich gegen eine „Apartheid im Gesundheitsbereich" wendet, die durch Impfnachweise geschaffen werde (Ventura 6. August 2021). Impfungen, so die Forderung, müssten auf einer persönlichen Entscheidung beruhen.

UNZUFRIEDENHEIT DER BEVÖLKERUNG WIRD INSTRUMENTALISIERT

Chega hat in erster Linie versucht, aus der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierungspolitik Kapital zu schlagen. Der offenkundige Preis für diesen Politikansatz waren mehrere Positionswechsel hinsichtlich der Lockdown-Maßnahmen. In dieser Haltung gleicht die Partei anderen rechtspopulistischen Parteien in Europa. Es ist nicht allein ein portugiesisches Phänomen, wenn sich Rechtsextreme und Rechtspopulisten zunehmend mit Corona-Leugnern und anderen Gruppierungen, die das Gesundheitsrisiko durch COVID-19 herunterspielen, verbünden, den Ratschlägen von Experten misstrauen und Verschwörungstheorien anhängen. Indes finden sich zumindest auf den offiziellen Kanälen von Chega dafür keine Anzeichen. Stattdessen hat die Partei versucht, die durch die Pandemie gebotenen Möglichkeiten zu nutzen, um ihre populistische Agenda weiter zu stärken und einige ihrer Hauptthemen voranzutreiben (z. B. ihre Anti-Roma-Agitation).

Einschränkend muss hinzugefügt werden, dass diese Einschätzung zwar auf die offiziellen Verlautbarungen der Chega und des Parteivorsitzenden zutrifft, nicht aber auf alle Parteimitglieder. Fakt ist, dass es in den Social-Media-Publikationen anderer Parteifunktionäre (die hier als Privatpersonen sprechen) Belege für die Verbreitung von Verschwörungstheorien gibt (Santos 2020). Das bekannteste Beispiel ist João Tilly (der Vorsitzende

des ‚Nationalrats' der Partei, eines beratenden Organs), dessen diverse Social-Media-Kanäle Verschwörungstheorien lancieren. Tatsächlich hat Tilly dank seiner großen Anzahl von Anhängern in den sozialen Medien (fast 100.000 auf Facebook) innerhalb der Partei an Bekanntheit gewonnen, was ihn wahrscheinlich in Portugal zum wichtigsten Akteur in Sachen Desinformation macht. Dennoch haben Chega und Ventura darauf geachtet, sich nicht explizit mit Tillys Positionen in Verbindung bringen zu lassen.

AUSBLICK

Es ist nicht überraschend, dass Chega versucht hat, die Pandemiepolitik zu nutzen, um die eigene Oppositionshaltung gegenüber der Regierung zu stärken. Zugleich aber hat die Corona-Pandemie die Partei nicht davon abgehalten, sich auch anderen Themen zu widmen. Mutmaßlich nützt die Pandemie der Partei, da Chega zwischen dem Image einer Partei, die das Gesundheitsrisiko ernst nimmt, und dem Image der Opposition, die die zur Eindämmung des Virus ergriffenen Maßnahmen kritisiert, hin und her jonglieren kann. Jedoch scheint die Partei eher ‚bei sich zu sein', wenn sie sich auf ihre zentralen Themen konzentriert: Korruption, Kriminalität, Rassismus, Minderheiten, Einwanderung, Sozialhilfeempfänger. Dies zeigt sich auch daran, dass sie solche Themen gelegentlich diskursiv mit dem Pandemiekontext verknüpft. Es ist daher zu erwarten, dass Chega in erster Linie diesen Themen verpflichtet bleiben wird. Gleichzeitig wird sie weiterhin versuchen, von der Unzufriedenheit der Bevölkerung in der Pandemie zu profitieren.

LITERATUR

Ames, Paul 2020: How Portugal Became Europe's Coronavirus Exception; in: Politico, 14. April 2020; verfügbar unter: https://www.politico.eu/article/how-portugal-became-europes-coronavirus-exception/ (letzter Zugriff: 26.07.2021).

Banha, Ana Teresa 2020: Ventura quer que comunidade cigana tenha plano de confinamento "específico"; in: Sol, 4. Mai 2020; verfügbar unter: https://sol.sapo.pt/artigo/695216/ventura-quer-que-que-comunidade-cigana-tenha-plano-de-confinamento-especifico- (letzter Zugriff: 19.08.2021).

Chega 2020, 11. März: Um SNS mal preparado que põe a saúde pública em risco...; Facebook CHEGA; verfügbar unter: https://www.facebook.com/1989920374407828/posts/2927495327316990 (letzter Zugriff: 27.08.2021).

Chega 2020, 14. März: Com as medidas avançadas pelo governo,...; Facebook CHEGA; verfügbar unter: https://www.facebook.com/1989920374407828/posts/2933577876708735 (letzter Zugriff: 27.08.2021).

Chega 2020, 16. März: A quarentena obrigatória devia estar já...; Facebook CHEGA; verfügbar unter: https://www.facebook.com/1989920374407828/posts/2937599666306556 (letzter Zugriff: 27.08.2021).

Chega 2020, 19. März: Andamos a avisar do perigo de adiar as medidas...; Facebook CHEGA; verfügbar unter: https://www.facebook.com/1989920374407828/posts/2944835238916332 (letzter Zugriff: 27.08.2021).

Chega 2020, 1. April: Guterres fica profundamente orgulhoso...; Facebook CHEGA; verfügbar unter: https://www.facebook.com/1989920374407828/posts/2973775692688953 (letzter Zugriff: 30.08.2021).

Chega 2020, 23. April: Ao contrário dos lojistas Portugueses...; Facebook CHEGA; verfügbar unter: https://www.facebook.com/1989920374407828/posts/3023780961021759 (letzter Zugriff: 30.08.2021).

Chega 2020, 17. Mai: Uma história "exemplar"...; Facebook CHEGA; verfügbar unter: https://www.facebook.com/1989920374407828/posts/3081646178568570 (letzter Zugriff: 30.08.2021).

Chega 2020, 2. September: O julgamento sobre os ataques terroristas...; Facebook CHEGA; verfügbar unter: https://www.facebook.com/1989920374407828/posts/3377427038990481 (letzter Zugriff: 23.08.2021).

Chega 2020, 4. Oktober: A Venezuelização de Portugal está em curso!...; Facebook CHEGA; verfügbar unter: https://www.facebook.com/1989920374407828/posts/3474991032567414 (letzter Zugriff: 31.08.2021).

Chega 2020, 19. November: O Deputado, Líder do Partido CHEGA e candidato...; Facebook CHEGA; verfügbar unter: https://www.facebook.com/1989920374407828/posts/3605484799518036 (letzter Zugriff: 23.09.2021).

Chega 2021, 4. Januar: Sem dúvida que temos de ter restrições...; Facebook CHEGA; verfügbar unter: https://www.facebook.com/1989920374407828/posts/3724256570974191 (letzter Zugriff: 23.09.2021).

Chega 2021, 8. Februar: Quando dizemos que Portugal se está a tornar...; Facebook CHEGA; verfügbar unter: https://www.facebook.com/1989920374407828/posts/3815888545144326 (letzter Zugriff: 23.09.2021).

CHEGA TV 2021, 11. März: Ventura exalta-se no Parlamento e exige responsabilidades ao Governo; YouTube CHEGA TV; verfügbar unter: https://www.youtube.com/watch?app=desktop&v=5THNzt-fHx8&feature=youtu.be&fbclid=IwAR3wHX89Fgtw1gI5p3IDX4M6T3bLBJdQ9zfz0NOsEcOFQtnURpUpRjYXpUQ (letzter Zugriff: 10.09.2021).

Dong, Ensheng / Du, Hongru / Gardner, Lauren 2020: An Interactive web-based dashboard to track COVID-19 in real time; in: The Lancet Infectious Diseases 20 (5), S. 533-534. doi: 10.1016/S1473-3099(20)30120-1

Europäische Kommission 2021*:* Standard Eurobarometer 94, Winter 2020-2021: Public Opinion in the European Union, Annex; verfügbar unter: https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=76407 (letzter Zugriff: 18.08.2021).

Europäische Kommission 2019*:* Standard Eurobarometer 92, Autumn 2019: Public Opinion in the European Union, Annex; verfügbar unter: https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=72800 (letzter Zugriff: 18.08.2021).

Lusa 2020a: Covid-19: Ventura diz que apresentará plano de confinamento para população cigana mesmo sem apoios; 6. Mai 2020; verfügbar unter: https://www.lusa.pt/article/HWcv6vii0Qj8U4J_GtilczMSZM5iuSI1/covid-19-ventura-diz-que-apresentar%C3%A1-plano-de-confinamento-para-popula%C3%A7%C3%A3o-cigana-mesmo-sem-apoios (letzter Zugriff: 29.07.2021).

Lusa 2020b: Chega manifestou-se em Lisboa para dizer "Portugal não é racista"; in: Observador, 2. August 2020; verfügbar unter: https://observador.pt/2020/08/02/chega-manifestou-se-em-lisboa-para-dizer-que-portugal-nao-e-racista/ (letzter Zugriff: 29.07.2021).

Lusa 2020c: Chega quer rever Constituição para "internamento compulsório" de suspeitos de contaminação; in: Observador, 11. Februar 2020; verfügbar unter: https://observador.pt/2020/02/11/chega-quer-rever-constituicao-para-internamento-compulsorio-de-suspeitos-de-contaminacao/?fbclid=IwAR3yhHqXEXESgfBvuU5TeBY1YBDlTIolcxT-AmSgRYuioH-_Uu9Mu6aJFOo
(letzter Zugriff: 24.08.2021).

Mendes, Mariana 2021: The Portuguese Radical Right: A One-Man Show; in: Populism in Action Project, 12. Februar 2021; verfügbar unter: https://more.bham.ac.uk/populism-in-action/2021/02/12/the-portuguese-radical-right-a-one-man-show/ (letzter Zugriff: 25.08.2021).

Politico 2021: Portugal – National Parliament Voting Intention; in: Politico: Poll of Polls; verfügbar unter: https://www.politico.eu/europe-poll-of-polls/portugal/
(letzter Zugriff: 30.08.2021).

Santos, Juliana Nogueira 2020: Dirigentes do Chega partilham nas redes sociais teorias da conspiração sobre Covid-19?; in: Polígrafo, 31. August 2020; verfügbar unter: https://poligrafo.sapo.pt/fact-check/dirigentes-do-chega-partilham-nas-redes-sociais-teorias-da-conspiracao-sobre-covid-19 (letzter Zugriff: : 09/20/2021).

Ventura 2020, 11. März: António Costa e o Governo não estão preocupados...; Facebook André Ventura; verfügbar unter: https://www.facebook.com/101269364554956/posts/205238750824683 (letzter Zugriff: 27.08.2021).

Ventura 2020, 12. März: O CHEGA não vai fugir nem esconder-se...; Facebok André Ventura; verfügbar unter: https://www.facebook.com/101269364554956/posts/205625610785997 (letzter Zugriff: 27.08.2021).

Ventura 2020, 6. Mai: Sufoquem os empresários, afoguem os negócios...; Facebook André Ventura; verfügbar unter: https://www.facebook.com/101269364554956/posts/246118896736668 (letzter Zugriff: 23.09.2021).

Ventura 2020, 18. Juni: É talvez das decisões mais arriscadas da minha...; Facebook André Ventura; verfügbar unter: https://www.facebook.com/101269364554956/posts/276681327013758 (letzter Zugriff: 25.08.2021).

Ventura 2021, 2. Februar: É mesmo aqui que temos de gastar dinheiro...; Facebook André Ventura; verfügbar unter: https://www.facebook.com/101269364554956/posts/441065930575296 (letzter Zugriff: 23.09.2021).

Ventura 2021, 11. März: As pessoas querem trabalhar,...; Facebook André Ventura; verfügbar unter: https://www.facebook.com/101269364554956/posts/462662871748935 (letzter Zugriff: 23.09.2021).

Ventura 2021, 12. März: Fechar tudo é muito más fácil e não obriga...; Facebook André Ventura; verfügbar unter: https://www.facebook.com/101269364554956/posts/463150391700183 (letzter Zugriff: 23.09.2021).

Ventura 2021, 1. Juli: Encontramo-nos às 18h frente à residência...; Facebook André Ventura; verfügbar unter: https://www.facebook.com/AndreAmaralVentura/posts/530220551659833/ (letzter Zugriff: 23.09.2021).

Ventura 2021, 6. August: Na bela cidade do Porto a lutar...; Facebook André Ventura; verfügbar unter: https://www.facebook.com/AndreAmaralVentura/photos/na-bela-cidade-do-porto-a-lutar-contra-o-apartheid-sanit%C3%A1rio-que-nos-querem-impo/553310552684166/ (letzter Zugriff: 23.09.2021).

Violante, Teresa / Lanceiro, Rui 2021: The Response to the COVID-19 Pandemic in Portugal: A Success Story Gone Wrong; in: VerfassungsBlog, 4. März 2021; verfügbar unter: https://verfassungsblog.de/the-response-to-the-covid-19-pandemic-in-portugal-a-success-story-gone-wrong/
(letzter Zugriff: 26.07.2021).

Weltbank 2021: Data. Population, total; verfügbar unter: https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL?most_recent_value_desc=true (letzter Zugriff 03.08.2021).

Wondreys, Jakub / Mudde, Cas 2020: Victims of the Pandemic? European Far-Right Parties and COVID-19; in: Nationalities Papers 1-18; verfügbar unter: https://www.cambridge.org/core/journals/nationalities-papers/article/victims-of-the-pandemic-european-farright-parties-and-covid19/638E1BEA8CF82CA068DBC46149BE9F42
(letzter Zugriff: 26.07.2021).

RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN IN ZEITEN DER PANDEMIE

8 SCHWEDEN

ENTWICKLUNG DER PANDEMIE

SCHWEDEN STARK VON DER PANDEMIE BETROFFEN

Schweden zählt, gemessen an der Bevölkerungszahl, zu den am stärksten von der COVID-19-Pandemie betroffenen Ländern Europas. Insgesamt bis zum 30. September 2021 infizierten sich über 1,1 Millionen Menschen, mehr als 14.800 starben an bzw. mit COVID-19 (vgl. COVID-19-Statistik).[1] Bis Sommer 2021 verzeichnete das Land drei Pandemiewellen (vgl. Abb. 1). Während der ersten Welle lag die Zahl der intensivmedizinisch betreuten Menschen vergleichsweise hoch, was auf den signifikanten Anteil älterer Patienten zurückzuführen ist. Schweden hatte innerhalb Europas eine der höchsten Mortalitätsraten. Die zweite und die dritte Welle verliefen, was die Zahl der Intensivpatienten anbetraf, relativ ähnlich. Allerdings verschärfte die Regierung während der zweiten Welle die Maßnahmen zur Corona-Bekämpfung erheblich. Die Sterblichkeitsrate während der dritten Welle lag deutlich niedriger, da sich das Virus vorwiegend unter jüngeren Menschen ausgebreitet hatte (Folkhälsomyndigheten 2021).

SCHWEDISCHER SONDERWEG

Im Kampf gegen das Virus beschritt Schweden – verglichen mit den meisten anderen westlichen Ländern – einen viel diskutierten ‚Sonderweg'. So blieb es zunächst bei Empfehlungen: Schwedische Bürgerinnen und Bürger sollten sich häufig die Hände waschen, im sozialen Umfeld Distanz wahren, soziale Kontakte auf eine ‚kleine Anzahl' von Personen reduzieren, die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel einschränken und den Aufenthalt in öffentlichen Gebäuden vermeiden. Eine rechtliche Handhabe, diese Empfehlungen durchzusetzen, gab es nicht. Weder wurden ein Lockdown noch Ausgangssperren verhängt oder Reisebeschränkungen erlassen. Und auch das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes wurde nur für Situationen empfohlen, in denen ein längeres enges Zusammenstehen unvermeidbar war, wie z. B. in öffentlichen Verkehrsmitteln während der Rush Hour. Anders der Umgang mit Unternehmen und dem Dienstleistungsbereich: Hier wurden gesetzliche Beschränkungen erlassen. So wurden die Anzahl der Personen, die sich in öffentlichen und gewerblichen Räumen aufhalten durften, begrenzt, die Öffnungszeiten von Bars und Restaurants verkürzt, an Gymnasien und Universitäten Fernkurse eingerichtet und der Besuch von Pflegeeinrichtungen verboten.

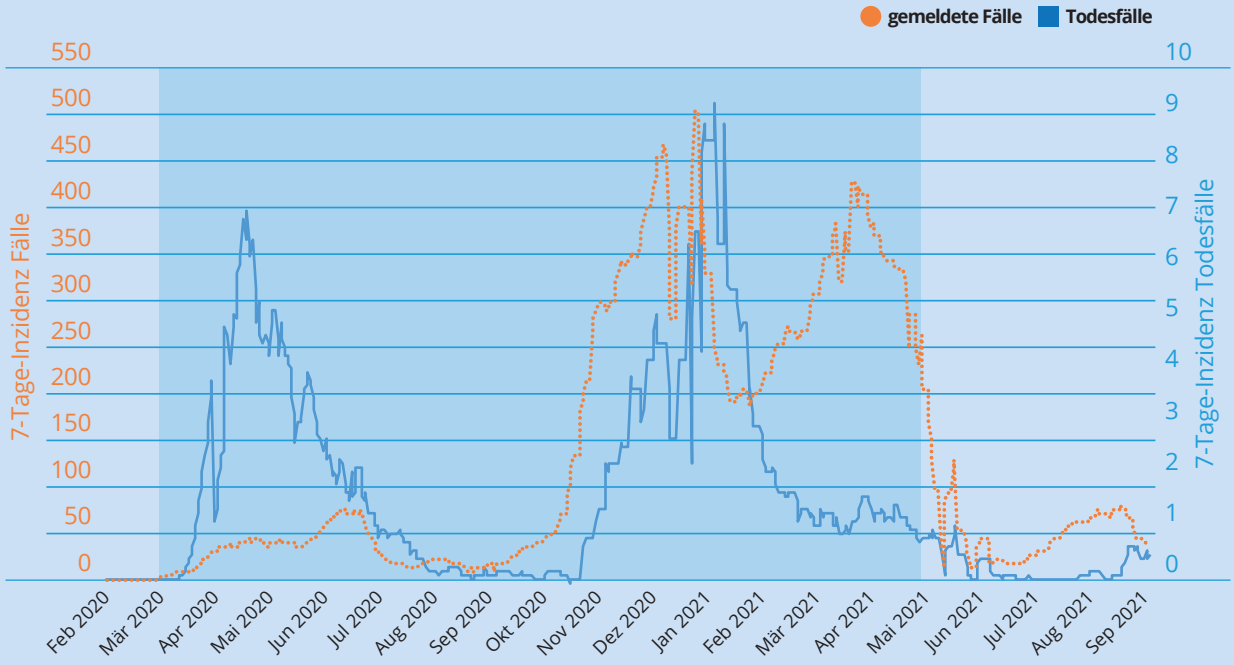
COVID-19-Statistik für Schweden (Stand: 30. September 2021)

Bevölkerungszahl	10.353.440
Bestätigte Fälle	1.152.886
Bestätigte Fälle pro 100.000	11.135*
Todesfälle	14.864
Todesfälle pro 100.000	144*
Fall-Verstorbenen-Anteil	1,3 %*

*Quellen: Weltbank 2021 & Dong/Du/Gardner 2020 / *Eigene Berechnung*

1 Die anderen nordischen Länder, die jeweils nur etwa halb so viele Einwohnerinnen und Einwohner haben wie Schweden, melden deutlich niedrigere Zahlen (Dong/Du/Gardner 2020).

Abb. 1: 7-Tage-Inzidenzen der gemeldeten Fälle sowie Todesfälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Schweden



Zeitraum: 01.02.2020 bis 30.09.2021 Analysezeitraum: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quellen: Weltbank 2021 & Dong/Du/Gardner 2020 / Eigene Berechnung

PANDEMIE VERDRÄNGT MIGRATION NICHT

Entsprechend der traditionell starken und unabhängigen öffentlichen Einrichtungen in Schweden oblag das Management der Pandemie weitgehend der Gesundheitsbehörde (*Folkhälsomyndigheten*, FHM). Vor allem in der Anfangsphase der Krise folgte die Mitte-links-Regierung unter Ministerpräsident Stefan Löfven den politischen Empfehlungen der FHM. Das Gesicht des Krisenmanagements wurde der schwedische Epidemiologe Anders Tegnell. In Anerkennung der wissenschaftlichen Kompetenz der FHM hielt sich die politische Opposition mit Kritik an der Pandemiepolitik der Regierung eher zurück. Es gab nur wenige Forderungen nach strengeren oder weniger strengen Maßnahmen. Die Hauptkontroverse drehte sich um die Tatsache, dass es der Regierung nicht gelungen war, die Ausbreitung des Virus in Altenpflegeeinrichtungen zu stoppen. Während der ersten Welle wurden in den Heimen hohe Sterberaten unter den Bewohnerinnen und Bewohnern verzeichnet. Die Oppositionsparteien warfen der Regierung außerdem eine fehlende politische Führung und die Übertragung der Verantwortung an nicht gewählte Beamte vor. Von März 2020 bis Juni 2021 sank das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung von 59 Prozent auf 37 Prozent, während die FHM mit 62 Prozent immer noch vergleichsweise gut abschnitt (ausgehend von 75 Prozent). Das Vertrauen in das Pandemiemanagement lag bei 47 Prozent (ausgehend von einem Spitzenwert von 62 Prozent im September 2020) (Kantar Sifo 2021a). In der schwedischen Debatte wird der Umgang mit der Pandemie größtenteils als nationale Angelegenheit betrachtet. Der Europäischen Union wird hier keine wesentliche Rolle eingeräumt. Dies ist ein möglicher Grund, warum das Vertrauen der Schwedinnen und Schweden in die Europäische Union insgesamt stabil geblieben ist: 58 Prozent attestierten ihr im Jahr 2021 das Vertrauen, verglichen mit 56 Prozent im Frühjahr 2019 (Europäische Kommission 2021: 71, 2019: 44).

Tab. 1: Relevante politische Parteien in Schweden

Parteien	Abkürzung	Zugehörigkeit zur Fraktion im EU-Parl.	Politische Ausrichtung	Ergebnisse der letzten Reichstags-wahl (2018)
Vänsterpartiet	V	GUE/NGL	Sozialismus, linkspopulistisch	8 %
Sveriges socialdemokratiska arbetareparti (Socialdemokraterna)	S	S&D	Sozialdemokratie	28,3 %
Centerpartiet	C	Renew Europe	Ökologie, liberal	8,6 %
Moderata samlingspartiet (Moderaterna)	M	EVP	Konservatismus, wirtschaftsliberal	19,8 %
Sverigedemokraterna	SD	EKR	Rechtspopulismus, nationalistisch	17,5 %

RECHTSPOPULISTEN VERLOREN MIT DER PANDEMIE AN ZUSTIMMUNG

Die Popularität der Regierung stieg zu Beginn der Pandemie dank dem ‚Rally 'round the flag'-Effekt. *Socialdemokraterna*, die Sozialdemokratische Partei von Ministerpräsident Löfven kam in den Monaten vor Ausbruch der Pandemie auf eine Unterstützung von etwa 25 Prozent, zwischen März und Juni 2020 erhöhten sich die Zustimmungswerte auf über 30 Prozent. Bis August 2020 sank der Wert allerdings wieder auf unter 30 Prozent und schwankt seitdem zwischen 26 und 28 Prozent. Die wichtigste Oppositionspartei *Moderaterna*, eine Mitte-rechts-Partei, erhielt nach dem Ausbruch des Virus steigenden Zuspruch. Lag die Zustimmungsrate zu Beginn der Pandemie bei 18 bis 19 Prozent, kommt die Partei heute auf 22 bis 23 Prozent. Die rechtspopulistische *Sverigedemokraterna* erreichte im Dezember 2019 einen Spitzenwert von 24 Prozent, bei Ausbruch der Pandemie rutschte die Partei aber auf unter 20 Prozent ab. Seitdem liegt sie in regelmäßigen Umfragen bei etwa 19 Prozent (Novus/SVT 2021a). Die traditionellen Volksparteien scheinen also während der Pandemie etwas zugelegt zu haben, während Sverigedemokraterna an Boden verlor.

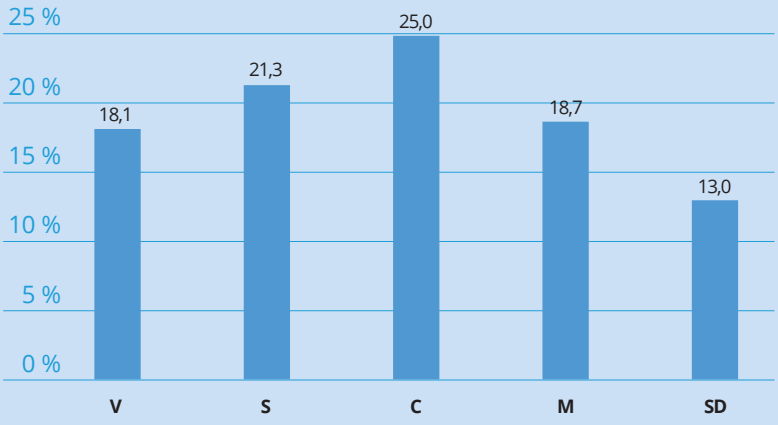
BEITRÄGE IN SOCIAL MEDIA – CORONA UND MIGRATION IM VERGLEICH

SD FOKUSSIERT NICHT AUF DAS THEMA CORONA

Eine Analyse der Häufigkeit der verwendeten Schlüsselbegriffe (Abb. 2) ergab, dass *Sverigedemokraterna* (SD) die meisten Beiträge zum Thema Pandemie veröffentlichte: 250, im Vergleich zu *Socialdemokraterna* (S) mit 194 Beiträgen und *Centerpartiet* (C) mit 146 Beiträgen. *Moderaterna* (M) und *Vänsterpartiet* (V) veröffentlichten weniger als 100 Beiträge zum Thema Pandemie, nämlich 98 bzw. 72. Etwas anders sieht die Sache aus, wenn man die Gesamtzahl der Veröffentlichungen der einzelnen Parteien im untersuchten Zeitraum zugrunde legt. Danach befasste sich Sverigedemokraterna weniger mit der Pandemie als alle anderen Parteien. Nur 13 Prozent ihrer Beiträge bezogen sich auf COVID-19, bei Vänsterpartiet und Moderaterna waren es 18 bis 19 Prozent, bei Socialdemokraterna etwa 21 Prozent und bei Centerpartiet 25 Prozent. Diese Zahlen machen deutlich, dass die Pandemie für Sverigedemokraterna ein weniger wichtiges Thema darstellt als für die anderen schwedischen Parteien.

Es überrascht nicht, dass das Thema Migration in den Facebook-Beiträgen von Sverigedemokraterna deutlich häufiger vorkommt als in den entsprechenden Posts anderer Parteien (Abb. 3). Im gesamten, 28 Monate umfassenden Be-

Abb. 2: Anteil coronabezogener Facebook-Beiträge nach Parteien



Analysezeitraum: 01.03.2020 bis 30.04.2021

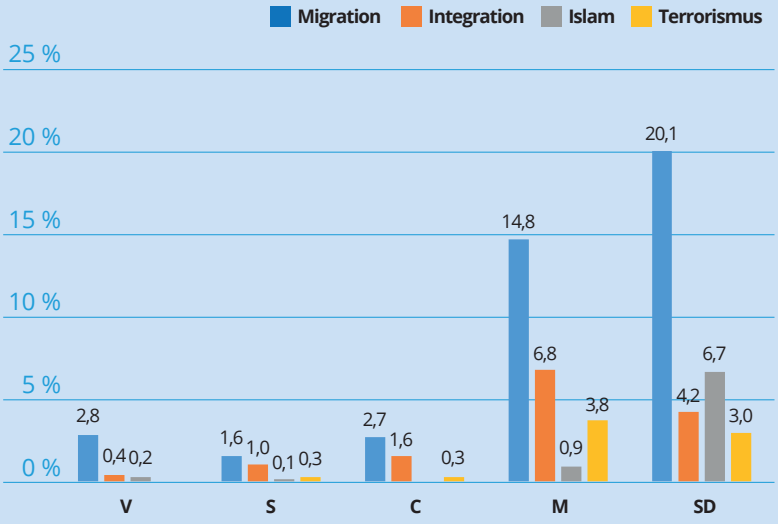
Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

obachtungszeitraum von Januar 2019 bis April 2021, enthielten insgesamt 673 (20,1 Prozent) Beiträge von Sverigedemokraterna migrationsbezogene Schlüsselwörter. Darüber hinaus bezogen sich 224 Beiträge (6,7 Prozent) auf den Islam, 141 (4,2 Prozent) auf die Integration und 100 Beiträge (3 Prozent) auf den Terrorismus. Bei den anderen Parteien liegen diese Zahlen wesentlich niedriger. Die Partei Moderaterna, die in diesem Zusammenhang auf den zweithöchsten Wert kommt, verfasste 169 Posts (14,8 Prozent) zum Thema Migration, 10 (0,9 Prozent) zum Islam, 78 (6,8 Prozent) zur Integration und 43 (3,8 Prozent) zum Terrorismus. Socialdemokraterna, Centerpartiet und Vänsterpartiet äußerten sich dagegen nur 20 bis 30 Mal (1,6 bis 2,8 Prozent) zum Thema Migration, weniger als 20 Mal (0,4 bis 1,6 Prozent) zum Thema Integration und so gut wie gar nicht zu den Themen Islam und Terrorismus.

BEDEUTUNG VON MIGRATION NIMMT ZU

Bemerkenswert ist, dass selbst während der Pandemie das Thema Migration für Sverigedemokraterna von zentraler Bedeutung blieb (Abb. 4). Die Anzahl sowie der Anteil der Facebook-Beiträge von Sverigedemokraterna

Abb. 3: Anteil Facebook-Beiträge mit Bezug auf Migration, Integration, Islam oder Terrorismus nach Parteien

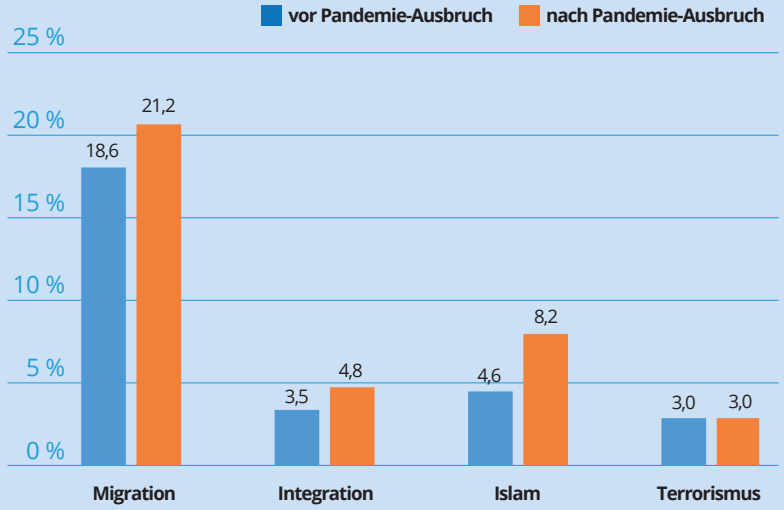


Beobachtungszeitraum: 01.01.2019 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

zum Thema Migration haben sich während der Pandemie sogar erhöht. So verdoppelte sich die Zahl entsprechender Beiträge in den 14 Monaten nach Beginn der Pandemie im Vergleich zu den 14 Monaten davor: Die Anzahl der Beiträge zur Migration stieg von 263 auf 410, zur Integration von 49 auf 92, zum Islam von 65 auf 159 und zum Terrorismus von 43 auf 57. Da sich jedoch nach Ausbruch der Pandemie die Gesamtzahl der Beiträge der Partei erhöhte, kann für die oben genannten Themen ein moderater Anstieg konstatiert werden: Beim Thema Migration stieg der Anteil von 18,6 auf 21,2 Prozent, bei der Integration von 3,5 auf 4,8 Prozent und beim Islam von 4,6 auf 8,2 Prozent. Der Anteil der Beiträge, die sich mit dem Thema Terrorismus beschäftigten, blieb bei 3 Prozent. Es scheint also, dass Sverigedemokraterna in den Monaten der Pandemie in den sozialen Medien das Thema Einwanderung etwas stärker in den Vordergrund rückten. Angesichts des Pandemiemanagements in Schweden könnte die Partei es für das Klügste gehalten haben, sich auf ihr Kernthema zu fokussieren, zumal viele andere Politikbereiche praktisch auf Eis lagen und es darüber hinaus anscheinend wenig Interesse an einem Kurswechsel in der Pandemiebekämpfung gab. Die Konzentration auf das Corona-Geschehen mag Sverigedemokraterna daher als wenig sinnvoll erschienen sein.

Abb. 4: Anteil Facebook-Beiträge mit Bezug auf Migration, Integration, Islam oder Terrorismus der Partei Sverigedemokraterna



vor Pandemie-Ausbruch: 01.01.2019 bis 29.02.2020
nach Pandemie-Ausbruch: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

SD AKTIVER AUF FACEBOOK ALS ANDERE PARTEIEN

Eine Analyse der Häufigkeit von Facebook-Beiträgen der großen schwedischen Parteien brachte bemerkenswerte Unterschiede hinsichtlich der Nutzung sozialer Netzwerke zutage. So ist Sverigedemokraterna grundsätzlich aktiver auf Facebook als andere Parteien. In der Zeit kurz vor der COVID-19-Pandemie, genauer gesagt vom 1. Januar bis zum 1. März 2020, veröffentlichte sie mindestens doppelt so viele Beiträge wie die anderen schwedischen Parteien. Im dem Analysezeitraum (vom 1. März 2020 bis zum 30. April 2021) finden sich mit 1.930 Beiträgen mehr als doppelt so viele wie bei Socialdemokraterna (911 Beiträge). Zugleich veröffentlichte Sverigedemokraterna fast fünf Mal so viele Beiträge wie Vänsterpartiet (397 Beiträge), die in dieser Hinsicht am wenigsten aktiv in Erscheinung tritt. Interessanterweise sind die Parteien seit Ausbruch der Pandemie unterschiedlich stark in den sozialen Medien vertreten. So nahm die Häufigkeit von Beiträgen sowohl bei Sverigedemokraterna als auch bei Socialde-

mokraterna deutlich zu; der Anstieg betrug bei Socialdemokraterna sogar 67 Prozent. Auch bei der Partei Centerpartiet war eine leichte Zunahme zu verzeichnen, während die Facebook-Aktivitäten von Moderaterna und Vänsterpartiet deutlich zurückgingen. Im Falle von Vänsterpartiet sanken sie sogar um 25 Prozent.

RECHTSPOPULISTISCHE DISKURSE

RECHTSPOPULISTEN FORDERN STRENGERE MASSNAHMEN

Die Erwähnung von COVID-19 auf der offiziellen Facebook-Seite von Sverigedemokraterna diente oft nur dazu, den Kontext für eine andere Botschaft zu liefern. So hieß es z. B., dass kriminelle Handlungen „im nationalen Ausnahmezustand" zu härteren Strafen führen müssten (SD 26. März 2020). Sverigedemokraterna hielt sich bislang weitgehend mit scharfer Kritik am Vorgehen der nationalen Gesundheitsbehörden zurück. Dennoch äußerte sich die Partei kritischer als andere Parteien, etwa zu Aktualität und Verständlichkeit der von der FHM veröffentlichten Informationen und Empfehlungen, insbesondere im Hinblick auf Maßnahmen zum Schutz älterer Menschen (siehe z. B. SD 13. März 2020a, 28. Mai 2020). Auf seiner eigenen Facebook-Seite ging der Parteivorsitzende Jimmie Åkesson noch einen Schritt weiter und forderte, aufgrund seiner angeblichen Fehleinschätzung der Pandemie, sogar den Rücktritt des staatlichen Epidemiologen Anders Tegnell. Wichtig anzumerken ist dabei, dass die Kritik von Sverigedemokraterna nie zu einer Ablehnung der Autorität von Experten an sich geführt hat. Bei mehreren Gelegenheiten hat die Partei auf die Empfehlungen der WHO und auf Forschungsarbeiten verwiesen und die Bedeutung wissenschaftlicher Erkenntnisse für die Bewältigung der Pandemie unterstrichen: „Wir Politiker sind Laien. Wir wissen natürlich nicht mehr über Viren und Ansteckung als die Wissenschaft. Politische Maßnahmen müssen daher auf den Fakten aufbauen, die uns die Wissenschaft liefert" (SD 13. März 2020b).

Die Partei versuchte allerdings die Empfehlungen der WHO denen der FHM gegenüberzustellen und damit sowohl die FHM als auch die Politik der Regierung infrage zu stellen. Als Konsequenz daraus forderte Sverigedemokraterna stärkere gesellschaftliche Beschränkungen als von den Behörden empfohlen und durchgesetzt. Sverigedemokraterna plädierte als einzige politische Partei für die Verwendung eines Mund-Nasen-Schutzes (SD 18. August 2020). Zugleich mahnte die Partei auch mehr Tests, Temperaturkontrollen, strengere Quarantäne-Maßnahmen und Einreiseverbote aus Hochrisikogebieten an (SD 6. Mai 2020). Diese Forderungen traten mit fortschreitender Pandemie jedoch zunehmend in den Hintergrund, da seitens der Bevölkerung keine zusätzlichen Restriktionen gewünscht waren.

HEFTIGE KRITIK DER REGIERUNG

Sverigedemokraterna warf der Regierung Schwäche, Trägheit, Inkompetenz und mangelnde Führungsstärke bei der Bewältigung der Pandemie vor. Die Partei artikulierte jedoch nur selten, was sie im Hinblick auf das laufende Krisenmanagement anders machen würde. So kritisierte Sverigedemokraterna die Regierung wiederholt wegen der ausgesprochen hohen Belastung des Gesundheitspersonals, brachte jedoch auf die Frage nach konkreten Lösungsansätzen lediglich die Abschaffung der Steuer auf Zusatzleistungen für Beschäftigte in Kliniken und Pflegeeinrichtungen ins Spiel. Die Kritik der Partei an der Regierung entzündete sich vor allem an folgenden Punkten: (1) an der allgemein unzureichenden Vorbereitung auf ein solches Pandemiegeschehen, und (2) an den Versäumnissen in der Altenpflege. So wies Sverigedemokraterna darauf hin, dass die Regierung vor der Pandemie trotz zahlreicher Aufforderungen (auch seitens der SD) keine Notfallkapazitäten aufgebaut habe. Zugleich machte die Partei die Regierung Löfven ausdrücklich für die hohe Mortalitätsrate in Altenpflegeeinrichtungen verantwortlich. Sie sprach von einem „Massaker an den alten Menschen in Schweden" (SD 11. Juni 2020). Dabei bringt Sverigedemokraterna die hohen Sterberaten mit der unzu-

reichenden Ausstattung der Heime mit Schutzausrüstung und -kleidung, politischen Unzulänglichkeiten bezüglich Besuchsregelungen und Personalausstattung in Pflegeeinrichtungen, aber auch mit Migration und Integration in Verbindung:

> *Dafür dass Schweden schlecht vorbereitet war, als die Krise ausbrach, trägt die Regierung die Verantwortung. Das beste Beispiel dafür ist, wie schutzlose ältere Menschen angesichts einer grundlegend unverantwortlichen Politik im Allgemeinen und einer katastrophalen Migrationspolitik im Besonderen mit dem Virus infiziert wurden* (SD 13. Mai 2020).

Begründet wird diese Behauptung damit, dass mangelnde Sprachkenntnisse bei zugewanderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein Risiko darstellten und sogar als Todesursache in Altenheimen in Betracht zu ziehen seien. Ausländisches Personal mit unzureichenden Schwedischkenntnissen sei nicht in der Lage, auf die Bedürfnisse der Patienten einzugehen, Anweisungen zu verstehen und grundlegende Hygienevorschriften einzuhalten (SD 15. Juni 2020, 10. Juli 2020a, 10. Juli 2020b).

FOKUS AUF RISIKOGRUPPEN UND STEUERSENKUNGEN

In der Wirtschaftspolitik konzentrierte sich Sverigedemokraterna in erster Linie auf den Schutz der vulnerablen Gruppen, vor allem auf die Kranken und die zu den Risikogruppen zählenden Personen. Ihre politischen Vorschläge beinhalten die Abschaffung des Stichtags für das Krankengeld und eine temporäre Entschädigung für Personen, die zu einer der Risikogruppen gehören und während der Pandemie nicht arbeiten konnten bzw. können. Des Weiteren wird eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes sowie die vollständige Übernahme der Kosten für die Krankenversicherung und die häusliche Pflege kranker Kinder durch den Staat für die Dauer der Pandemie gefordert (SD 8. April 2020, 9. April 2020). Andererseits ist für Sverigedemokraterna auch die Ankurbelung der Wirtschaft von großer Bedeutung. Zusätzlich zu den bereits von der Regierung eingeführten Wirtschaftsmaßnahmen fordern sie umfangreiche, über Kredite finanzierte, finanzielle Anreize für Unternehmen (SD 24. März 2020). Generell ist sie jedoch marktwirtschaftlich orientiert und lehnt umfangreiche staatliche Eingriffe ab. Gleichzeitig will Sverigedemokraterna viele Steuern und andere Abgaben senken oder ganz abschaffen. Zu ihren Vorschlägen gehören die Senkung der Einkommenssteuer und der Lohnnebenkosten der Arbeitgeber sowie die Abschaffung der Innenstadt-Mautgebühren um Berufspendler zu entlasten. Nicht zuletzt wird die vorübergehende Aussetzung der Chemikaliensteuer und der Fluggaststeuer präferiert, um stark betroffenen Wirtschaftszweigen unter die Arme zu greifen (SD 4. Mai 2020, 14. Mai 2020).

ABLEHNUNG DES EU-KONJUNKTURPAKETS

Wie bereits erwähnt, spielte die Europäische Union in der schwedischen Pandemiedebatte nur eine untergeordnete Rolle. Dementsprechend wenig Interesse zeigte Sverigedemokraterna am Thema EU. In den ersten Monaten der Krise warf die Partei der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten mangelnde Solidarität mit Italien vor und spekulierte darüber, „was die Union und die Mitgliedsstaaten tun würden, wenn einer von ihnen von einer noch größeren Krise betroffen sei“ (SD 16. März 2020). Der Sinn für solidarisches Handeln hielt sich bei Sverigedemokraterna seither jedoch in Grenzen. So lehnte die Partei das europäische Konjunkturpaket (oder „Schuldenpaket“) sowie jede politische Maßnahme, die gemeinsame Kredite beinhaltet, entschieden ab. Diese Haltung stützte sich auf drei verschiedene Argumente: (1) das Paket bedeute, schwedische Steuergelder an „weniger verantwortungsbewusste“ und „dysfunktionale“ südeuropäische Länder zu verschenken, die kürzere Arbeitszeiten einführten und das Renteneintrittsalter senken wollten; (2) der Zweck des Pakets bestehe in erster Linie darin, die Macht der EU zu stärken und den Euro durch Akte ‚falscher Solidarität‘ zu retten, anstatt den Ländern bei der Erholung von der Pan-

demie zu helfen; (3) das Paket unterstütze nicht in erster Linie die Wirtschaft, sondern würde stattdessen den europäischen Green Deal und die Digitalisierung vorantreiben (SD 16. März 2021, 22. März 2021a, 22. März 2021b, 23. März 2021). Sverigedemokraterna zieht es vor, der nationalen Regierung die Schuld für das Versagen in der Pandemiepolitik zu geben. Dabei lehnt die Partei nicht jede internationale Zusammenarbeit ab: Sie hat z. B. ihre, auf eine stärkere nordische Zusammenarbeit ausgerichtete Politik, weiterverfolgt und vergleicht immer wieder die Pandemiepolitik Schwedens mit der anderer nordischen Länder (SD 16. April 2020, 6. Mai 2020, 14. Mai 2020).

FORDERUNG NACH STRENGERER ASYLPOLITIK IN ZEITEN DER PANDEMIE

Die Migration, insbesondere das Thema Asylbewerber, blieb für Sverigedemokraterna während der gesamten Pandemie auf der Tagesordnung. Dabei wurden die für Migration und Entwicklungshilfe bereitgestellten finanziellen Mittel mit den Geldern verglichen, die in das schwedische Gesundheitssystem und die krisengeschüttelte Wirtschaft flossen:

> *Die Schweden machen sich während der Corona-Krise zunehmend Sorgen um die wirtschaftliche Situation des Landes. Gleichzeitig stimmen alle Parteien, mit Ausnahme von Sverigedemokraterna, dafür, 21 Millionen an Somalia zu verschenken, um einen Teil der Schulden des Landes beim Internationalen Währungsfonds zu begleichen* (SD 14. Mai 2020).

Die Partei beschwerte sich auch wiederholt darüber, dass die geltenden Reisebeschränkungen nicht für Asylbewerber gelten, und verlieh ihrer Sorge Ausdruck, dass es in der Pandemie zu einer Aufweichung der Abschiebeverfahren abgelehnter Asylbewerber kommen könnte (SD 4. April 2020). Im März 2020 wurden Bedenken bezüglich der Einreise von Asylbewerbern aus Pandemiegebieten geäußert (SD 13. März 2020c), und im Dezember 2020 forderte der Parteivorsitzende Åkesson kurzzeitig ein generelles Einreiseverbot für Menschen aus Ländern, in denen die neue Virusvariante grassiert (es handelte sich um die zuerst in Großbritannien entdeckte Variante B.1.1.7, jetzt als Alpha-Variante bekannt) (Åkesson 21. Dezember 2020). Die politisch priorisierte Änderung der Aufenthaltsbestimmungen „inmitten einer wütenden Pandemie“ und der Vorschlag, die Impfung von Einwanderern ohne Papiere vorzuziehen, wurden vereinzelt beanstandet (SD 25. November 2020). Auf die rasche Ausbreitung des Virus in Einwandererviertel reagierte Sverigedemokraterna indes nicht, wenngleich diese Sorge Gegenstand der öffentlichen Debatte war.

ANTI-CHINESISCHE TÖNE

Zu Beginn der Pandemie war von Sverigedemokraterna ein sinophober Ton zu vernehmen – die Partei bezeichnete das Virus wiederholt als „chinesisch“ (SD 3. April 2020, 4. April 2020). Die Ausbreitung des Virus wurde den chinesischen Essgewohnheiten, dem Aberglauben sowie der gewaltsamen und unhygienischen Behandlung von Tieren zugeschrieben, die in anschaulichen Details beschrieben wurde: „entsetzt … Tiere werden geschlachtet, gehäutet und bei lebendigem Leib verbrüht, um dann nebeneinander auf dem schmutzigen Boden in Stücke gehackt zu werden“ (SD 3. April 2020). Sverigedemokraterna warf der Kommunistischen Partei Chinas außerdem vor, die „falschen Prioritäten“ zu setzen, nämlich Regimekritiker zu verfolgen und Schweden sowie das schwedische Volk zu bedrohen – eine Anspielung auf die eisigen diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern und die verbalen Entgleisungen Chinas –, anstatt die Verantwortung für die Pandemie zu übernehmen (ebd.).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das politisches Interesse von Sverigedemokraterna an der Pandemie bislang insgesamt zwar begrenzt war, die Partei bei diesem Thema jedoch eine relativ konsequente Strategie verfolgte, die die Gefahren des Virus und die Notwendigkeit energischer politischer Maßnahmen betonte.

AUSBLICK

Sverigedemokraterna hat nur mäßige Versuche unternommen, die COVID-19-Pandemie zu politisieren. Wenngleich die Pandemie unweigerlich ins Zentrum der Öffentlichkeit gerückt ist und das Krisenmanagement durchaus Anlass zu Kritik gab, blieb die öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema gering. Im Juni 2021 gaben nur 28 Prozent der Wähler an, dass ihnen das Virus Sorgen bereite, während 26 Prozent der Meinung waren, dass die Maßnahmen seitens der Politik zur Bekämpfung der Pandemie die Wirtschaft gegenüber dem öffentlichen Gesundheitswesen unverhältnismäßig stark begünstige (Kantar Sifo 2021a). Sverigedemokraterna hatte daher wenig Anreiz, die Pandemie in verstärktem Maße zu politisieren. Stattdessen hat die Partei ihren Fokus weiterhin auf die Migration gelegt und sogar noch verstärkt.

Rund 90 Prozent der schwedischen Bevölkerung will sich impfen lassen (Kantar Sifo 2021b). Da davon auszugehen ist, dass die Pandemie langsam abklingen wird, deutet wenig darauf hin, dass sich Sverigedemokraterna in den kommenden Monaten stark auf die Pandemie konzentrieren wird. Es scheint wahrscheinlicher, dass die Partei mit Öffnung der Grenzen einer vermeintlich neuen Migrationswelle den Kampf ansagen wird, genau wie der Bandenkriminalität, die, trotz des Rückgangs entsprechender Straftaten während der Pandemie, ein ernstes Problem darstellt (Brå 2021).

Gleichzeitig stehen im September 2022 die nächsten Parlamentswahlen an. Die Pandemie könnte der Opposition, einschließlich Sverigedemokraterna, eine Waffe gegen die amtierende Regierung in die Hand geben. Sowohl die unkontrollierte Entwicklung des Virus als auch die Ergebnisse der Corona-Kommission dürften Zündstoff liefern. Die Kommission, die von der Regierung im Juni 2020 als unabhängiges Gremium eingesetzt wurde, hat die Aufgabe, die Maßnahmen der Regierung und der Behörden im Zusammenhang mit COVID-19 zu bewerten. Der erste Zwischenbericht, der im Dezember 2020 veröffentlicht wurde, stellte fest, dass die eingeleiteten Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung des Virus in Altenpflegeeinrichtungen trotz guter Absichten sowohl verspätet als auch unzureichend waren (Corona-Kommissionen 2021). Sverigedemokraterna hat diese Erkenntnisse schnell in die eigene Rhetorik übernommen. Der Abschlussbericht soll im Februar 2022 vorgelegt werden. Sollte dieser belastende Ergebnisse für die Regierung enthalten, könnte dies für Sverigedemokraterna ein Grund sein, sich angesichts der sechs Monate später stattfindenden Reichstagswahlen stärker auf die Pandemie zu fokussieren.

LITERATUR

Åkesson 2021, 9. Juni: Missa inte det färska avsnittet... Facebook Jimmie Åkesson; verfügbar unter: https://www.facebook.com/24685801107/posts/10158573006221108 (letzter Zugriff: 11.08.2021).

Åkesson 2021, 21. Dezember: INRESEFÖRBUD Under hela pandemin... Facebook Jimmie Åkesson; verfügbar unter: https://www.facebook.com/24685801107/posts/10159073886176108 (letzter Zugriff: 11.08.2021).

Brå 2021: Tydliga indikationer på konsekvenser av pandemins andra våg i Brås preliminära statistik över anmälda brott under vintern 2020/2021, urn:nbn:se:bra-968; verfügbar unter: https://bra.se/om-bra/nytt-fran-bra/arkiv/nyheter/2021-03-18-anmalda-brott-fortsatt-kraftig-minskning-i-februari-2021.html (letzter Zugriff: 11.08.2021).

Coronakommissionen 2020: Äldreomsorgen under pandemin. Delbetänkande av Coronakommissionen. SOU 2020:80; Elanders Sverige AB, Stockholm; verfügbar unter: https://coronakommissionen.com/wp-content/uploads/2020/12/sou_2020_80_aldreomsorgen-under-pandemin_webb.pdf (letzter Zugriff: 11.08.2021).

Dong, Ensheng / Du, Hongru / Gardner, Lauren 2020: An Interactive Web-Based Dashboard to Track COVID-19 in Real Time; in: The Lancet Infectious Diseases 20 (5), S. 533-534. doi: 10.1016/S1473-3099(20)30120-1

Europäische Kommission 2019: Standard Eurobarometer 91, Spring 2019. Public Opinion in the European Union, Annex; verfügbar unter: https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=70918 (letzter Zugriff: 11.08.2021).

Europäische Kommission 2021: Standard Eurobarometer 94, Winter 2020/2021: Public Opinion in the European Union, Annex; verfügbar unter: https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=76407 (letzter Zugriff: 11.08.2021).

Folkhälsomyndigheten 2021: Antal fall av covid-19 i Sverige; verfügbar unter: https://experience.arcgis.com/experience/09f821667ce64bf7be6f9f87457ed9aa/page/page_0/ (letzter Zugriff: 11.08.2021).

Kantar Sifo 2021a: Allmänhetens tillit, tankar och beteende under coronapandemin; Publicerade och egna undersökningar från Kantar Sifo 3 – 16 juni 2021; verfügbar unter: https://www.kantarsifo.se/rapporter-undersokningar/allmanhetens-tillit-tankar-och-beteende-under-coronapandemin-18-juni-2021 (letzter Zugriff: 11.08.2021).

Kantar Sifo 2021b: Rapport om förtroende, oro och beteende under coronakrisen. Rapport till MSB – Februari 2021; verfügbar unter: https://www.msb.se/siteassets/dokument/aktuellt/pagaende-handelser-och-insats/coronaviruset---covid-19/resultat-fran-kantar-sifos-undersokningar/februari-2021/resultat-av-coronaundersokning-februari-2021.pdf (letzter Zugriff: 11.08.2021).

Novus/SVT 2021a: Novus SVT Väljarbarometer juni 2021: Rekordlågt stöd för L; Väljarbarometer Arkiv; verfügbar unter: https://novus.se/valjarbarometer-arkiv/novus-svt-valjarbarometer-juni-2021-rekordlagt-stod-for-l/ (letzter Zugriff: 11.08.2021).

Novus/SVT 2021b: Novus SVT Väljarbarometer 29 juni 2021: SD & V ökar samt C tappar efter misstroendeomröstningen; Väljarbarometer Arkiv; verfügbar unter: https://novus.se/valjarbarometer-arkiv/novus-svt-valjarbarometer-29-juni-2021-sd-v-okar-samt-c-tappar-efter-misstroendeomrostningen/ (letzter Zugriff: 11.08.2021).

SD 2020a, 13. März: "Regeringens förmåga att hantera...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/2800436263407934 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

SD 2020b, 13. März1: STÄNG SKOLORNA!...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/2801103943341166 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

SD 2020c, 13. März: Hittills i år har 3 294 migranter...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/2800183873433173 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

SD 2020, 16. März: I en skamlig kapitulation...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/2806787979439429 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

SD 2020, 19. März: "Vi har kunnat följa...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/2814039668714260 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

SD 2020, 24. März: NU KRÄVS EXCEPTIONELLA ÅTGÄRDER...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/2824989447619282 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

SD 2020, 26. März: Sverigedemokraternas Adam Marttinen...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/2829290657189161 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

SD 2020, 31. März: Minst två coronasmittade läkare...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/2840852419366318 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

SD 2020, 3. April: "Istället för att förfölja...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/2847028868748673 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

SD 2020, 4. April: Det kinesiska coronaviruset...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/2849011191883774 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

SD 2020, 8. April: I ljuset av den krisande...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/2858052684312958 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

SD 2020, 9. April: Den grundläggande utgångspunkten...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/2859818084136418 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

SD 2020, 16. April: "I jämförelse med...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/2876500825801477 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

SD 2020, 4. Mai: Stora räddningspaket till flygbolagen...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/2917520345032858 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

SD 2020, 6. Mai: Sverigedemokraterna har lämnat in...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/2921722841279275 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

SD 2020, 13. Mai: "Att Sverige var dåligt rustat...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/2938192186299007 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

SD 2020, 14. Mai: Oron växer bland svenskarna...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/2941035852681307 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

SD 2020, 28. Mai: Avslöjande – falska argument...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/2976358689149023 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

SD 2020, 11. Juni: Intervju med Jimmie Åkesson...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/3011944638923761 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

SD 2020, 15. Juni: "Tusentals människor har fallit offer...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/3022704284514463 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

SD 2020a, 10. Juli: Dålig svenska en riskfaktor...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/3089171557867735 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

SD 2020b, 10. Juli: "Svårt att förstå...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/3089582287826662 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

SD 2020, 18. August: Munskydd i miljöer...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/3200273363424220 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

SD 2020, 25. November1: Jonas Andersson representerade Sverigedemokraterna...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/3491832247601662 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

SD 2021, 16. März: Nästa vecka röstar politikerna...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/3786774901440727 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

SD 2021a, 22. März: Den 24 mars kommer...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/3804822832969267 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

SD 2021b, 22. März: Problemet är att...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/3804454876339396 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

SD 2021, 23. März: En kriminell gren av släkten Ali Khan har...; Facebook Sverigedemokraterna; verfügbar unter: https://www.facebook.com/676246449160270/posts/3806607426124141 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

Sveriges riksdag 2021: Ledamöter & partier; verfügbar unter: https://riksdagen.se/sv/ledamoter-partier/ (letzter Zugriff: 11.08.2021).

Weltbank 2021: Data. Population, total; verfügbar unter: https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL?most_recent_value_desc=true (letzter Zugriff 03.08.2021).

RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN IN ZEITEN DER PANDEMIE

9 SLOWAKEI

ENTWICKLUNG DER PANDEMIE

Den ersten bestätigten Fall von COVID-19 verzeichnete die Slowakei am 6. März 2020. Wenige Tage später erklärte die sozialdemokratisch geführte Regierung unter Peter Pellegrini, es handle sich um eine Notsituation. Am 15. März rief sie den Notstand aus, der bis zum 14. Juni andauerte. Dazu ergriff die Regierung diverse, im internationalen Vergleich sehr strikte Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung. Unter anderem wurden ab diesem Zeitpunkt selbst die Landesgrenzen zum Schengen-Raum kontrolliert, alle internationalen Flüge gestrichen. Rückkehrende aus dem Ausland wurden in eine 14-tägige Quarantäne geschickt, im Innen- und Außenbereich galt mit wenigen Ausnahmen eine strenge Maskenpflicht.

REGIERUNGSWECHSEL ZU PANDEMIEBEGINN

Die Pandemie traf das Land in einer Phase des politischen Umbruchs. Nachdem Ende Februar 2020 das slowakische Parlament, der sogenannte Nationalrat (*Národná rada*), neu gewählt worden war, fand in der Slowakei ein Regierungswechsel statt. Die neue, aus vier Parteien bestehende Mitte-rechts-Koalitionsregierung unter dem politischen Newcomer Igor Matovič wurde am 21. März von der Präsidentin Zuzana Čaputová vereidigt, die Vertrauensabstimmung im Nationalrat fand am 30. April statt. Hatte in dieser Übergangszeit die scheidende Regierung Pellegrini mithilfe des für nationale Notstände verantwortlichen Zentralen Krisenstabs (*Ústredný krízový štáb*) das slowakische Pandemie-Management gelenkt, änderte sich unter dem neugewählten Premier – nicht zuletzt aus Gründen politischer Abgrenzung – sofort das institutionelle Gefüge: Matovič etablierte mit dem Permanenten Krisenstab (*Permanentný krízový štáb)* eine parallele Institution. Fortan sollte dieser Stab die mit der Pandemie zusammenhängenden Informationen sammeln und analysieren, die Regierung sowie verschiedene Ministerien und andere staatliche Stellen koordinieren. Die politisch motivierte Gründung des Permanenten Krisenstabs steht allerdings in der Kritik, da weder die Verfassung noch andere Gesetze dem Premier entsprechende Kompetenzen geben (Buštíková/Baboš 2020: 504).

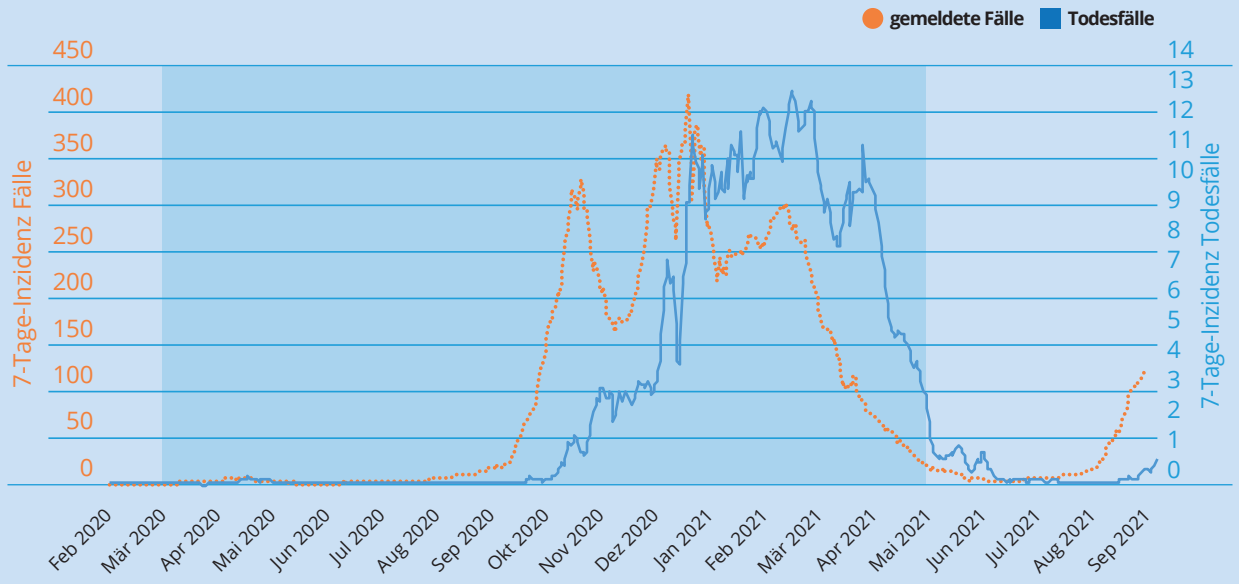
Kontrovers war weit über die Landesgrenzen hinaus die Abriegelung mehrerer Roma-Siedlungen im Frühjahr 2020. Obwohl in fünf Siedlungen nur 32 von knapp 6.000 Personen positiv auf COVID-19 getestet worden waren, ließ sie Premier Matovič von der Polizei abriegeln und vom Militär um-

COVID-19-Statistik für die Slowakei (Stand: 30. September 2021)

Bevölkerungszahl	5.458.830
Bestätigte Fälle	412.507
Bestätigte Fälle pro 100.000	7.557*
Todesfälle	12.637
Todesfälle pro 100.000	231*
Fall-Verstorbenen-Anteil	3,1 %*

*Quellen: Weltbank 2021 & Dong/Du/Gardner 2020 / *Eigene Berechnung*

Abb. 1: 7-Tage-Inzidenzen der gemeldeten Fälle sowie Todesfälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in der Slowakei



Zeitraum: 01.02.2020 bis 30.09.2021 Analysezeitraum: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quellen: Weltbank 2021 & Dong/Du/Gardner 2020 / Eigene Berechnung

stellen. Es bestehe die Gefahr, dass die Roma, deren Ansteckungsgefahr zehnmal höher sei, aus ihren Siedlungen „herauskriechen" und die Bevölkerung gefährden könnten. Begründet wurde die Maßnahme unter anderem damit, etliche der Siedlungsbewohner seien in Großbritannien tätige Gastarbeiter, die nach ihrer Rückkehr ein besonderes Risiko darstellten (NZZ 2020).

GERINGE INFEKTIONSZAHLEN WÄHREND DER ERSTEN WELLE

In der ersten Corona-Welle blieb die Slowakei fast unversehrt. Die Ansteckungszahlen waren äußert niedrig. Der Anteil der an COVID-19 Verstorbenen an der Gesamtbevölkerung war EU-weit der niedrigste, was Premier Matovič im Mai 2020 zu der Aussage verleitete, die Slowakei sei „best in Covid" (Európske noviny 2020).

Mit den Lockerungen der Maßnahmen im Sommer 2020 begannen die Fallzahlen jedoch allmählich zu steigen.[1] Stark ansteigende Fallzahlen veranlassten die Regierung, am 1. Oktober erneut den Notstand auszurufen, der am Ende über sieben Monate andauerte. Nicht mitgetragen und besonders wegen der Einschränkung von Freiheitsrechten kritisiert wurden die Notstandsregelungen sowohl von der linken Partei *Smer – sociálna demokracia* (Smer, dt.: Richtung – Sozialdemokratie) als auch von der rechten Partei *Kotleba – Ľudová strana Naše Slovensko* (ĽSNS, dt.: Kotleba – Volkspartei Unsere Slowakei). Im Laufe der Zeit stimmte auch die wichtige außerparlamentarische linke Partei *Hlas – sociálna demokracia* (Hlas, dt.: Stimme – Sozialdemokratie) in die Kritik mit ein.[2]

1 Dass die politisch Verantwortlichen im Sommer dem öffentlichen Wunsch nach massiven Lockerungen entsprachen, ohne auf ein effektives institutionelles System zur Pandemiebekämpfung vertrauen zu können und eine nachhaltige Strategie entwickelt zu haben (Buštíková/Baboš 2020: 504), gilt als der wesentliche Fehler der slowakischen Pandemiepolitik. Ein zu niedriges Gefährdungsbewusstsein in der Bevölkerung tat sein Übriges.

2 Im Mai 2021 gaben in einer repräsentativen Umfrage mit 22,4 Prozent die meisten der Befragten an, sie würden Hlas in der nächsten Parlamentswahl ihre Stimme geben (volby.sme.sk 2021).

UNERWARTET STARKE ZWEITE WELLE – MASSENTESTUNGEN

Nachdem die zweite Welle das Land unerwartet stark erfasste, galt ab dem 24. Oktober für eine Woche ein strenges Ausgehverbot. Dazu startete die Regierung am 31. Oktober und 1. November als erstes EU-Mitglied einen Versuch: Sie initiierte eine großangelegte Testung der Bevölkerung ab einem Alter von 10 Jahren, an der über 3,6 Millionen Personen teilnahmen, von denen am Ende ca. 38.000 positiv auf das Coronavirus getestet wurden (Somzodpovedny.sk 2021). Nicht nur unter Experten war die Maßnahme – u.a. wegen des hohen logistischen Aufwands und der begrenzten Aussagekraft von Antigentests – umstritten (Nemec et al. 2021: 286ff). Kritik kam auch diesmal vor allem aus den Reihen der rechtsradikalen ĽSNS, die dazu auf ein erhöhtes Infektionsrisiko im Zuge der Testung verwies. Trotz dieser und weiterer Anstrengungen wies die Slowakei im Februar 2021 weltweit die höchste Zahl der an COVID-19 Verstorbenen und Hospitalisierten pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner aus (Dennikn.sk 2021). Erst als im März 2021 der Inzidenzwert zu sinken begann, folgten im April auch weniger Ansteckungsfälle mit Todesfolge (Abb. 1).

ABNEHMENDES INSTITUTIONENVERTRAUEN

Das Ausmaß der zweiten Welle ging zunächst mit einer deutlichen Verschlechterung des Vertrauensverhältnisses der slowakischen Bevölkerung zu verschiedenen politisch verantwortlichen Institutionen einher: Misstrauten Mitte 2020 noch 68 Prozent der Slowakinnen und Slowaken ihrer Regierung, waren es Anfang 2021 bereits 74 Prozent. In ähnlicher Weise verschlechterten sich auch die Vertrauenswerte gegenüber dem Parlament. Misstrauten dem Nationalrat im Sommer 66 Prozent, waren es ein halbes Jahr später 75 Prozent. Auch die Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie im eigenen Land sank. Während Mitte 2020 noch 54 Prozent der Befragten angaben, sie seien (eher) unzufrieden damit, kletterten die entsprechenden Unzufriedenheitswerte Anfang 2021 auf 61 Prozent. Doch nicht nur auf der nationalen Ebene verschlechterte sich die öffentliche Meinung in politischen Belangen. Auch die Vertrauenswerte gegenüber der EU sanken während der zweiten Jahreshälfte 2020 in der europafreundlichen Slowakei. Sprachen im Sommer noch 55 Prozent der Befragten der EU ihr Vertrauen aus, war es Anfang 2021 nur noch jeder Zweite (Europäische Kommission 2021: 67, 69, 249, 71).

Tab. 1: Relevante politische Parteien in der Slowakei

Parteien	Abkürzung	Zugehörigkeit zur Fraktion im EU-Parl.	Politische Ausrichtung	Ergebnisse der letzten Nationalratswahl (2020)
Smer – sociálna demokracia	Smer	S&D	Sozialdemokratie, linkspopulistisch	18,3 %
Hlas – sociálna demokracia	Hlas	-	Sozialdemokratie	noch nicht gegründet
Za ľudí	Za ľudí	-	Liberalismus, konservativ	5,8 %
Sloboda a solidarita	SaS	EKR	Liberalismus, euroskeptisch	6,2 %
Obyčajní ľudia a nezávislé osobnosti	OĽaNO	EVP	Konservatismus, populistisch	25 %
Sme rodina – Boris Kollár	Sme rodina	ID	Rechtspopulismus, nationalistisch	8,2 %
Kotleba – Ľudová strana Naše Slovensko	ĽSNS	ECR	Rechtsextremismus, nationalistisch, antisemitisch	8 %

REGIERUNGSKRISE WEGEN RUSSISCHEM IMPFSTOFF

Neben Vertrauensverlusten bei der Bevölkerung verzeichnete die Slowakei infolge der zweiten Welle eine schwere Regierungskrise: Ausgelöst hatte diese Igor Matovič, der – noch bevor der Impfstoff von den EU-Behörden zugelassen worden war – Sputnik V bei einem russischen Hersteller bestellte und die erste Lieferung medienwirksam am Flughafen persönlich abholte. Insbesondere zwei seiner Koalitionspartner, *Sloboda a solidarita* (SaS, dt.: Freiheit und Solidarität) und *Za ľudí* (dt.: Für die Menschen), sahen darin eine weitere Manifestation des ‚unerträglichen Regierungsstils' von Matovič und drohten mit dem Koalitionsaustritt, sollte dieser nicht von seinem Amt zurücktreten. Die rechtspopulistische Partei *Sme rodina – Boris Kollár* (Sme rodina, dt.: Wir sind eine Familie – Boris Kollár) hielt sich zunächst zurück, am Ende gehörte jedoch auch ihr Arbeitsminister zu den sechs Regierungsmitgliedern, die innerhalb weniger Tage ihre Ämter niedergelegten und den Druck auf Matovič erhöhten. Seit dem 1. April 2021 hat die Slowakei eine neue Regierung unter Eduard Heger. Die Koalition selbst hielt der Krise stand.

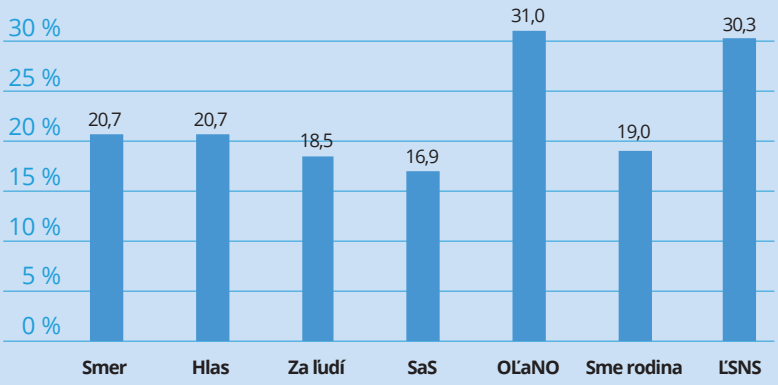
BEITRÄGE IN SOCIAL MEDIA – CORONA UND MIGRATION IM VERGLEICH

Das Parteiensystem der Slowakei ist hochgradig volatil. Die Parlamentswahlen von 2020 brachten sechs politische Gruppierungen ins Parlament, darunter zwei Parteien, die rechtsaußen zu verorten sind: die rechtspopulistische Partei Sme rodina und die rechtsradikale Partei ĽSNS. Im Vordergrund der nachfolgenden Analyse von Facebook-Beiträgen steht die Frage, inwiefern vor allem diese Parteien mit COVID-19 mobilisiert haben und ob die Pandemie andere Themen – wie Migration – verdrängt hat, die die Rechten ansonsten zur Mobilisierung ihrer Wählerschaft nutzen.

VIEL RAUM FÜR CORONA AUF FACEBOOK

Wie Abbildung 2 veranschaulicht, räumten alle relevanten politischen Gruppierungen dem Coronavirus mit einem Anteil von mindestens fast 17 Prozent und höchstens 31 Prozent der Beiträge relativ viel Raum ein: Am seltensten griff die liberale SaS die Pandemie auf, am häufigsten bezog sich die regierungsführende *Obyčajní ľudia a nezávislé osobnosti* (OĽaNO, dt.: Gewöhnliche Leute und unabhängige Personen) auf sie.[3] Bei der rechtspopu-

Abb. 2: Anteil coronabezogener Facebook-Beiträge nach Parteien

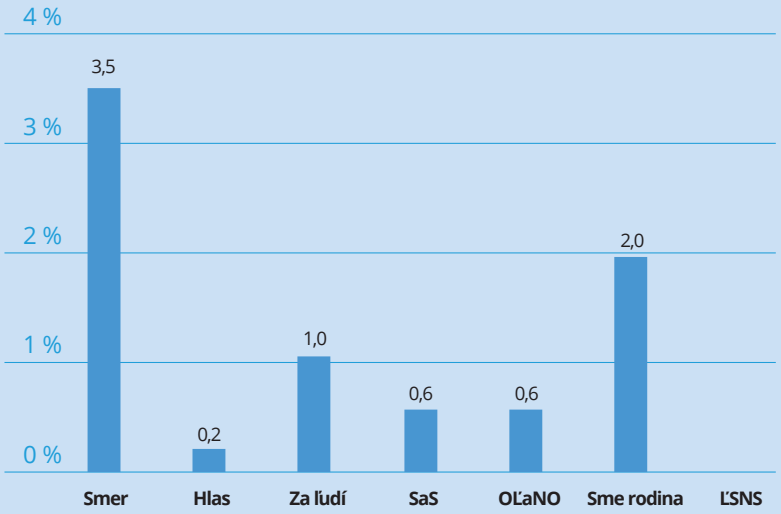


Analysezeitraum: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

3 Dass OĽaNO die meisten Facebook-Beiträge zum Thema COVID-19 absetzte (von insgesamt 2.043 Einträgen machten 634 die Pandemie zum Gegenstand), erklärt sich auch über die Rolle, die die Partei und ihr Vorsitzender den Sozialen Medien beimessen: Von allen hier untersuchten politischen Gruppierungen verfasste OĽaNO mit Abstand die meisten Einträge. Als Chef der Bewegung und Premier bevorzugt Matovič die direkte Kommunikation mit der Bevölkerung und nutzt dabei besonders Facebook. Hin und wieder berichtet er sogar live aus Kabinettsitzungen (Buštíková/Baboš 2020: 499).

Abb. 3: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge nach Parteien



Beobachtungszeitraum: 01.01.2019 bis 30.04.2021

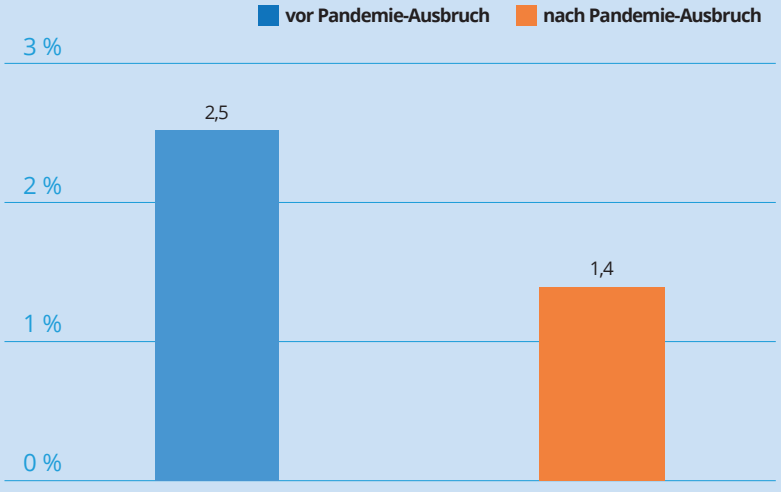
Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

listischen Partei Sme rodina waren im Analyseszeitraum vom 01.03.2020 bis zum 31.04.2021 von 1.006 Beiträgen auf Facebook 191 mit Corona verknüpft (19 Prozent der Beiträge). Eine deutlich größere Rolle spielte COVID-19 dagegen für ĽSNS. Obwohl die Aktivität der Partei mit insgesamt 66 Beiträgen auf ihrer offiziellen Seite nicht sonderlich hoch ist, beschäftigten sich immerhin 20 Beiträge mit der Pandemie. Das entspricht einem Anteil von rund 30 Prozent an coronabezogenen Beiträgen. Damit thematisierte ĽSNS die Pandemie am zweithäufigsten von allen in Abbildung 2 abgebildeten politischen Gruppierungen.

MIGRATION AUF OFFIZIELLEN PARTEISEITEN KAUM RELEVANT

Da rechte Parteien klassischerweise das Thema Migration gezielt politisieren, lohnt an dieser Stelle ein näherer Blick auf dessen Stellenwert im parteipolitischen Facebook-Diskurs rund um das Pandemiegeschehen. Die

Abb. 4: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge von Sme rodina vor und nach Ausbruch der Pandemie



vor Pandemie-Ausbruch: 01.01.2019 bis 29.02.2020
nach Pandemie-Ausbruch: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

Ergebnisse der quantitativen Analyse (Abb. 3) zeigen: Migration war auf den offiziellen Seiten der untersuchten Parteien kaum relevant – und zwar schon in den Monaten vor der Pandemie. Die niedrige Salienz des Migrationsthemas blieb vom Virus nahezu unberührt.

Am häufigsten bezog sich im Beobachtungszeitraum vom 1. Januar 2019 bis zum 30. April 2021 die sozialdemokratische Partei Smer auf Migration. Von 801 Facebook-Beiträgen enthielten 28 mindestens einen migrationsrelevanten Begriff. Anteilig handelt es sich hierbei aber nur um 3,5 Prozent. Am zweithäufigsten thematisierte die rechtspopulistische Partei Sme rodina Migration, jedoch in nur 40 von insgesamt 2.039 Beiträgen. Bei der Frequenz in den untersuchten Corona-Monaten von März 2020 bis April 2021 gibt es kaum Unterschiede: Widmeten sich im Januar und Februar 2020 2,5 Prozent der Beiträge dem Thema, waren es nach Pandemiebeginn 1,4 Prozent (Abb. 4).

Dass in den Ergebnissen der Frequenzanalyse die rechtsradikale Partei ĽSNS keinerlei Rolle spielt, ist auf den ersten Blick überraschend. Denn: Wie die qualitative Analyse zeigen wird, mobilisiert das ĽSNS-Spitzenpersonal bis heute relativ oft mit migrationsbezogenen Themen. Dass Migration auf dem offiziellen Facebook-Account der Partei kein einziges Mal auftaucht, ist dem Umstand geschuldet, dass dort meist keine Beiträge in Textform, sondern Videoclips gepostet werden. Aussagen, die darin getroffen werden, fallen aus forschungslogischen Gründen aus dem hier zugrundeliegenden, ausschließlich aus Texten bestehenden Untersuchungskorpus heraus.

RECHTSPOPULISTISCHE DISKURSE

SLOWAKISCHE BESONDERHEIT: EINE RECHTSPOPULISTISCHE PARTEI IN DER REGIERUNG …

Aus qualitativer Perspektive ist die Slowakei nicht nur deshalb interessant, weil gleich zwei im Parlament vertretene politische Gruppierungen rechtsaußen zu verorten sind. Hinzu kommt, dass sich – wie im polnischen Fall (siehe Bericht Polen) – eine von ihnen an der Regierung beteiligt, während die andere in der Opposition ist. Sme rodina ist 2011 entstanden. Unter dem Vorsitz des Unternehmers und politischen Entrepreneurs Boris Kollár gilt sie als eine rechtspopulistische Bewegung „ohne Strukturen und mit deutlicher Protestkomponente“ (Lang/Walther 2020: 5). Als drittstärkste Kraft der vergangenen Parlamentswahl 2020 beteiligt sich die Partei in einer von OĽaNO geführten Regierung. Die staatliche Corona-Politik wird von ihr mitverantwortet. Daher hält sich die mit der Pandemie verbundene Option zum Schüren von Protest für Kollár und seine Partei in Grenzen.

… UND EINE IN DER OPPOSITION

Anders dagegen verhält es sich bei der 2010 gegründeten Partei ĽSNS: Auch für ihre Mobilisierung hat Protest – gegen nationale Eliten, gegen EU und NATO, gegen Migration – traditionell einen hohen Stellenwert. Seit den letzten Parlamentswahlen fällt die Partei in der Rolle der zweitgrößten Oppositionspartei vor allem durch schärfste Regierungskritik auf. Nicht immer ist die Agitation der Partei dabei legal. Während ein Verbotsverfahren gegen die ĽSNS im April 2019 scheiterte, wurde Parteichef Marian Kotleba wegen der Verwendung von Neo-Nazi-Symbolen im Oktober 2020 zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt.[4] Inmitten der Pandemie durchlebte ĽSNS dann eine Führungskrise, mit der die Partei Anfang 2021 in die Schlagzeilen geriet. Infolge einer Änderung der Parteistatuten und einer noch stärkeren Zentralisierung der Macht in den Händen von Kotleba traten mehrere Vorstandsmitglieder aus.

4 Dass OĽaNO die meisten Facebook-Beiträge zum Thema COVID-19 absetzte (von insgesamt 2.043 Einträgen machten 634 die Pandemie zum Gegenstand), erklärt sich auch über die Rolle, die die Partei und ihr Vorsitzender den Sozialen Medien beimessen: Von allen hier untersuchten politischen Gruppierungen verfasste OĽaNO mit Abstand die meisten Einträge. Als Chef der Bewegung und Premier bevorzugt Matovič die direkte Kommunikation mit der Bevölkerung und nutzt dabei besonders Facebook. Hin und wieder berichtet er sogar live aus Kabinettssitzungen (Buštíková/Baboš 2020: 499).

Sme rodina

Der entscheidende Faktor für den Umgang von Sme rodina mit dem Coronavirus war, dass die Partei während der Pandemie die Regierungsverantwortung mittrug. Im gesamten Analysezeitraum zeigt sich die Partei von ihrer gemäßigten Seite. Provokante Aussagen, wie sie beispielsweise in Bezug auf Migration sonst aus ihren Reihen zu vernehmen sind, sucht man im Zusammenhang mit der Pandemie vergeblich.

Seit dem Beginn der Pandemie vertrat Sme rodina die Position, die Gesundheit der Bevölkerung sei „erstrangig" (Sme rodina 19. April 2020, 7. Juni 2020). Die Bürgerinnen und Bürger mahnte die Partei immer wieder zur Vorsicht. Die Slowakei könne die Pandemie mit „einem ausreichenden Verantwortungsbewusstsein, Bedacht, Disziplin und Rücksichtnahme mit minimalen Folgen überwinden" (Sme rodina 12. März 2020; Kollár 12. März 2020). Die Menschen sollten „diese Situation nicht unterschätzen, die Folgen können fatal sein" (Sme rodina 15. März 2020, 6. Mai 2020, 8. September 2020).

KONSTRUKTIVE ROLLE

Als Regierungsmitglied beschränkte sich die Partei nicht allein darauf, die getroffenen Infektionsschutzmaßnahmen nur formal zu befürworten. Tatsächlich bewarb sie auf ihrer Facebook-Seite das Regierungshandeln auch immer wieder aktiv. Im Vorfeld der Ende Oktober 2020 beginnenden flächendeckenden Testungen erinnerte sie beispielsweise daran, dass das Land „dieser Tage Tausende Infizierte täglich" und Hunderte Corona-Tote verzeichne (Sme rodina 25. Oktober 2020). Neben der Gesundheit von Menschen gehe es aber auch um die Wirtschaft:

> *Das flächendeckende Testen hilft uns dabei, die Wirtschaft am Leben zu erhalten. Je früher wir infizierte Menschen in die Quarantäne schicken, desto früher können wir an den Arbeitsplatz zurückkehren! Bitte, lasst uns dieses Wochenende das flächendeckende Testen zu einem erfolgreichen Ende bringen!* (Sme rodina 30. Oktober 2020)

Ähnlich affirmativ war fast im gesamten Analysezeitraum auch das Verhältnis von Sme rodina zu den Notstandsregelungen. Bis Anfang 2021 verteidigte Sme rodina diese auch gegen den zunehmenden Druck aus der linken und rechten Opposition. Der Notstand sei „lediglich ein Instrument, das uns die Auszahlung mancher Formen der finanziellen und materiellen Hilfen ermöglicht" (Sme rodina 25. Februar 2021). Darüber hinaus sei mit ihm gewährleistet, dass „notwendiges medizinisches Material schneller" beschafft werden könne (Sme rodina 25. April 2021), weil die Notwendigkeit von Ausschreibungen dadurch entfällt. Ende April 2021, nachdem die Regierungskoalition ihre bislang schwerste Krise überstanden hatte, änderte Sme rodina den Kurs und gab an, sie werde eine Verlängerung des Notstandes „nur noch im äußersten Notfall" unterstützen. Stattdessen ziehe es die Partei vor, ein sogenanntes Pandemie-Gesetz auszuarbeiten, dass es ermöglicht, außergewöhnliche medizinische Situationen auch ohne einen Notstand zu regeln (Sme rodina 25. April 2021).

JA ZUR IMPFUNG, NEIN ZUR IMPFPFLICHT

Was Impfungen gegen das Coronavirus anbelangt, bezog Sme rodina bereits im Herbst 2020 eine klare Position: „ES WIRD KEINE IMPFFLICHT GEGEN COVID GEBEN!" (Sme rodina 13. Oktober 2020, Herv. i. O.) Gleichzeitig machte sie jedoch deutlich, die Impfung sei „unzweifelhaft das, was uns am meisten hilft" (Sme rodina 14. Januar 2021), um die Pandemie zu überwinden. Jede Stunde, die beim Impfen verloren werde, bedeute die Gefährdung einer Menge von Menschenleben (Kollár 5. März 2021).

Auf Expertenmeinungen bezog sich Sme rodina dabei durchweg positiv und wertschätzend. In einer Pandemie „müssen wir uns vom gesunden Menschenverstand und den Ratschlägen von Experten leiten lassen". Lockerun-

gen beispielsweise hätten sich von der Situationsentwicklung abzuleiten, hieß es etwa am Ende der ersten Corona-Welle (Sme rodina 19. April 2020).

INTERVENTIONISTISCHE HALTUNG IN WIRTSCHAFTSBELANGEN

Während des gesamten Analysezeitraums spielte die Wirtschaft als Politikfeld für Sme rodina eine besondere Rolle – nicht zuletzt weil ihr Mitglied Milan Krajniak in der Regierung Matovič Minister für Arbeit, Soziale Angelegenheiten und Familie war. Regelmäßig bekannte sich die Partei dabei zum staatlichen Interventionismus. Jegliche Hilfsmaßnahme, die im Zusammenhang mit dem Pandemiegeschehen verabschiedet worden war, wurde von der Bewegung anschließend auf Facebook primär als eigener Erfolg verbucht. „Unser Minister" bereitet Hilfen in einem Umfang vor, „den es in der Geschichte der Slowakischen Republik noch nicht gab" (Sme rodina 25. März 2020a). Zu jedem Zeitpunkt ging es sowohl um die Unterstützung von Arbeitgebern als auch Arbeitnehmern, was sich u.a. in der Rede von „sozial-ökonomischen Vorkehrungen" ausdrückt (Sme rodina 25. März 2020b). Ein etwas stärkerer Akzent lag in der Facebook-Rhetorik allerdings auf der Unterstützung von sozial schwachen Gruppen. Beispielsweise wurde immer wieder thematisiert, dass regelmäßige Zahlungen wie Hypotheken oder Versicherungen ausgesetzt werden können (Sme rodina 24. März 2020). Bereits kurz vor dem Ausbruch der Pandemie wollte die Partei ein Referendum über eine Amnestie bei Zwangsvollstreckungen initiieren (Sme rodina 7. März 2019), zu dem es jedoch bis heute nicht kam.

SPORADISCHE MOBILISIERUNG MIT MIGRATION

Obwohl die Mobilisierung mit dem Thema Migration für Sme rodina in den vergangenen Jahren wichtig war, fanden sich entsprechende Facebook-Beiträge sowohl in den 14 Monaten vor der Pandemie als auch während dieser nur sporadisch. Wurde dann allerdings Bezug auf Migration genommen, war die Haltung klar: In den ersten Monaten von 2019 bekräftigte Sme rodina beispielsweise mehrfach ihre ablehnende Haltung sowohl gegenüber der Einwanderung nach Europa aus Drittstaaten als auch gegenüber der Umverteilung von Geflüchteten in der EU. Besonders die Zuwanderung aus Afrika bedeute „Steuererhöhungen, eine Verschlechterung des Bildungssystems, eine höhere Kriminalität, islamische Parallelgesellschaften, noch mehr ruinierte Stadtteile = das Ende unserer Kultur und unserer Sozialsysteme!!" (Sme rodina 28. April 2021).

AMBIVALENTES VERHÄLTNIS ZUM EUROPÄISCHEN WESTEN

Das Verhältnis der Bewegung zum europäischen Westen hat bis heute zwei Seiten: Entsprechend ihrer rechtspopulistischen Agenda sucht Sme rodina regelmäßig den Schulterschluss mit programmatisch verwandten Parteien in Westeuropa, wie etwa der italienischen Lega. Zusammen mit ihr und ähnlich Gesinnten wolle man auf europäischer Ebene für „ein Recht auf Arbeit, auf Familie, auf Sicherheit (hauptsächlich im Kampf gegen die Islamisierung Europas), für den Umweltschutz und die Zukunft unserer Jugend" kämpfen (Sme rodina 12. April 2019). Gleichzeitig steht für Sme rodina die „feste Verankerung" der Slowakei im Westen und in der EU außer Frage, ohne allerdings „weitere und weitere Kompetenzen" an Brüssel abgeben zu müssen (Sme rodina 3. Januar 2019).

Kotleba - ĽSNS

Für die Art, wie ĽSNS die Pandemie politisierte, war die Rolle als Oppositionspartei von Beginn an mitentscheidend. Bei näherer Betrachtung der einzelnen Facebook-Beiträge kristallisieren sich – ähnlich wie im Fall der tschechischen SPD (siehe Bericht Tschechien) – zwei wesentliche Argumentationsstränge: Zum einen kritisierte die Partei umfassend die Corona-Politik der Regierung, zum anderen verband sie die Pandemie mit Inhalten, die sie traditionell zur Wählermobilisierung nutzt, darunter etwa eine starke Kritik der EU wie auch migrationsfeindliche Positionen.

STRATEGIE DER BAGATELLISIERUNG

Was das Virus selbst anbelangt, nahm ĽSNS schon in den ersten Wochen der Pandemie eine beschwichtigende Haltung ein: Zwar appellierte Parteivize Milan Uhrík (9. März 2020) früh an seine Follower, sie sollten „vorsichtig sein, damit sich die Infektion nicht verbreitet". Gleichzeitig bat er aber auch darum, „nicht in Panik zu verfallen". Spätestens nachdem die Slowakei die erste Welle der Pandemie nahezu unversehrt hinter sich lassen konnte, erkannte ĽSNS im Virus kaum mehr eine Gefahr. Im Mai 2020 rief Uhrík (22. Mai 2020) dazu auf, wieder „normal zu leben". Im Sommer legte er nach:

> *Im Frühjahr, als wir nicht wussten, was das für ein Virus ist, war Vorsicht geboten. Heute sieht sogar schon ein Blinder, dass die ganze ‚Epidemie' medial und politisch aufgeblasen wird, dass Menschen gezielt verängstigt werden, nur damit sie die Fresse und Schritt halten.* (Uhrík 17. August 2020)

Infolge der veränderten Einschätzung forderte die Partei das Ende „der Schikanen der gewöhnlichen Bevölkerung im Inland" durch eine „praktisch nicht existierende Krankheit" und forderte, lediglich Risikogruppen wie Senioren besonders zu schützen. Ansonsten reichten präventive Hygienemaßnahmen wie Händewaschen (Uhrík 22. Mai 2020) und die Ausgabe von Vitaminpräparaten (Kotleba 19. Oktober 2020) zur Pandemiebekämpfung aus.

SELBSTSTILISIERUNG ALS VERTEIDIGERIN VON FREIHEIT UND WIRTSCHAFT

Während die Regierung mit ihren Infektionsschutzmaßnahmen zur Zielscheibe einer massiven Kritik wurde, stilisierte sich die Partei ĽSNS in bekannter populistischer Manier als Verteidigerin bürgerlicher Freiheiten und der Wirtschaft. Für Notstandsregelungen und Maßnahmen wie den Lockdown beispielsweise zeigte ĽSNS als erste von allen im Parlament vertretenen Parteien keinerlei Verständnis mehr. Es gehe der Regierung lediglich darum, die Grundrechte und Freiheiten der Menschen einzuschränken (Uhrík 30. September 2020, Beluský 30. März 2021).[5] In Wahrheit handele sich um einen „totalitären faschistischen Notstand" (ĽSNS 25. Februar 2021b), der die Ökonomie „in die Knie zwingt" (Uhrík 9. Juli 2020) und Arbeitnehmer wie Firmen gleichermaßen „kaputtmacht" (Uhrík 22. Mai 2020). Welche sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen – jenseits einer Beendigung des Notstands – ergriffen werden sollten, las man auf der Seite der Partei allerdings nicht.

SELEKTIVER GEBRAUCH WISSENSCHAFTLICHER EXPERTISE

Auffallend ist der selektive Gebrauch wissenschaftlicher Expertise: Dort, wo Experten der eigenen regierungskritischen Position dienten, bezog sich ĽSNS positiv auf sie. Im Zusammenhang mit der „unsinnigen flächendeckende Testung" der Bevölkerung im Herbst 2020 (ĽSNS 16. Februar 2021) etwa kritisierte die Partei nicht zuletzt die geringe Aussagekraft von Antigentests (Uhrík 16. Januar 2021) und verwies später darauf, dass das Infektionsgeschehen auch nach dem Massentest weitergegangen sei (ĽSNS 16. Februar 2021).[6] Um ihren Standpunkt zu untermauern, berief sich die Parteiführung auf „vernünftige und unabhängige Experten" (Uhrík 28. Oktober 2020), die Zweifel am Erfolg der groß angelegten Infektionsschutzmaßnahme anmeldeten. Explizit benannt wurde unter anderem die Slowakische Ärztekammer (Kotleba 29. Oktober 2020).[7]

---

5 In einem ähnlichen Duktus polemisierte Parteichef Kotleba, weder Kommunisten noch Nationalsozialsten hätten es geschafft, die Kirchen zu schließen; dies sei erst Matovič in Zeiten der Pandemie gelungen (ĽSNS 25. Februar 2021a).

6 Weitere Kritikpunkte waren die Einbindung der slowakischen Armee in diesen Prozess (Kotleba 19. Oktober 2020) und die Art der Beschaffung der Massentests: Die Regierung habe – aufgrund der Notstandsregelungen ohne die Pflicht öffentlicher Ausschreibungen – mit bestimmten Firmen, die die Tests vertreiben, „riesige Geschäfte" (Uhrík 18. Januar 2021) auf Kosten der slowakischen Bevölkerung gemacht.

7 Denjenigen Experten, die für die Regierung tätig waren und die Maßnahme anrieten, sprach ĽSNS ihre Kompetenz ab und unterstellte, sie seien nicht mehr als von Matovič „existenziell abhängige Handlanger" (Uhrík 28. Oktober 2020).

Im Zusammenhang mit der Corona-Schutzimpfung stellte ĽSNS wissenschaftliche Expertise mindestens implizit in Frage. Die Impfstoffe seien „unter politischem Druck" entwickelt worden, „den Politikern" gehe es nur darum, dass die Impfung so schnell wie möglich verfügbar sei, nicht umsonst lehnten „die Pharma-Konzerne" jegliche Verantwortung für mögliche langfristige Gesundheitsschäden ab (Uhrík 12. August 2020). Nicht hinreichend getestete Vakzine flächendeckend zu verimpfen sei „eine totale Dummheit, die nur ein politischer ‚Hosenscheißer' von sich geben kann, der Angst hat vor der Pharma- und Medienlobby" (Uhrík 11. Mai 2020).

PLÄDOYER FÜR AUTARKIE DER SLOWAKEI, POLEMIK GEGEN DIE EU

Abseits der Regierungskritik verknüpfte ĽSNS COVID-19 häufig mit Themen, mit denen typischerweise die Wählerschaft mobilisiert wird: der Autarkie des Landes in Schlüsselbereichen und einer starken EU-Kritik. Die mit der Pandemie verbundenen Lockdown-Maßnahmen hätten beispielsweise vor Augen geführt, „wie existenziell notwendig" eine Eigenständigkeit etwa bei der Lebensmittelproduktion sei (ĽSNS 29. März 2021). Zugleich habe das Coronavirus gezeigt, dass die EU „wieder nichts unternimmt" und einer grundlegenden Reform bedürfe (Uhrík 10. März 2020). Hinter den Corona-Hilfsgeldern der Union in Höhe von 750 Milliarden Euro vermutete das Spitzenpersonal der Partei dabei eine doppelte Verschwörung: Einerseits benötige die EU „diese Gelder in Wirklichkeit für den Kampf gegen ihre innere politische Krise – damit sie nicht auseinanderfällt. 430 Milliarden Euro gibt sie den unzufriedenen Italienern, Griechen und Spaniern, nur damit sie sie als ihre Mitglieder behält." (Uhrík 3. Juni 2020) Andererseits sei zu befürchten, die Hilfsgelder dienten der Brüsseler Bürokratie zur „Erpressung der Mitgliedstaaten" bezüglich der „Aufnahme von Immigranten" oder zur „Unterstützung verkehrter Ideologien" (Uhrík 15. Juli 2020).

VERKNÜPFUNG VON MIGRATION UND CORONA

Obwohl Zuwandernde auf der offiziellen Seite von ĽSNS keinerlei Erwähnung fanden, bot die Pandemie führenden Parteimitgliedern einen fruchtbaren Kontext, um das Thema (Flucht-)Migration immer wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Die „Immigrationskrise" sei mit dem Coronavirus nicht verschwunden, sondern aus aufmerksamkeitsökonomischen Gründen der Medien lediglich in den Hintergrund geraten (Uhrík 3. Januar 2021). An der Position von ĽSNS änderte das Virusgeschehen nichts: Die „offene Immigrationspolitik der EU" lehnte die Partei im gesamten Untersuchungszeitraum regelmäßig ab (Uhrík 26. September 2020).

Explizit verknüpft wurden die Pandemie und Migration dabei in dreierlei Weise: Erstens kritisierte ĽSNS, es gebe zweierlei Maß bei der Bewegungsfreiheit. „In Zeiten, in denen sich Europäer wegen des Coronavirus nicht einmal in ihren eigenen Städten frei bewegen können, wollen die Brüsseler Beamten Zehntausende Immigranten aus Griechenland nach Europa umsiedeln" (Uhrík 2. April 2020). Zweitens spielte die Partei Einheimische und Zugewanderte auch im Zusammenhang mit den Ausgaben der EU gegeneinander aus: „Tausende Slowaken, aber auch andere Europäer sind wegen der Krise auf der Straße gelandet" und die liberale EU-Führung wolle viele Millionen Euro in fremde Länder – allen voran nach Afrika – schicken, wo die Leute für Europa noch nie etwas getan hätten (Uhrík 9. April 2020). Drittens seien Personen, die über einen „verpflichtenden Mechanismus der Solidarität" nach Europa kommen und umverteilt werden sollen, eine Gesundheitsgefährdung. Es sei eine „Verrücktheit", Zugewanderte aus Drittstaaten aufzunehmen, nachdem sich nicht zuletzt auch in Afrika COVID-19 verbreite (Uhrík 11. September 2020).

AUSBLICK

Beide hier näher untersuchten politischen Gruppierungen politisierten das Coronavirus schon nach kurzer Zeit. Nicht zuletzt wegen ihrer unterschiedlichen Rolle im politischen System – einmal in Regierungsverantwortung, einmal in der Opposition – kamen jedoch unterschiedliche Mobilisierungs-

strategien zum Vorschein. Während die moderatere Partei Sme rodina das staatliche Pandemie-Management mitgestaltete und auf Facebook regelmäßig bewarb, attackierte die radikalere Partei ĽSNS nahezu jede getroffene Maßnahme und profilierte sich während der Pandemie nicht nur als schärfste Regierungskritikerin von rechts. Auch versuchte sie immer wieder, sich als Verteidigerin bürgerlicher Freiheitsrechte in Szene zu setzen. Auffallend unterschiedlich war neben den inhaltlichen Positionen immer wieder auch der Sprachstils: Während Sme rodina durchweg gemäßigte Töne anschlug und sich regelmäßig abwägend gab, ist der Auftritt von ĽSNS in den sozialen Medien geprägt von Überzeichnungen und Vulgarismen.

Bemerkenswert am Fall der slowakischen Rechten erscheint schließlich, dass das Wählerpotenzial beider untersuchten politischen Gruppierungen während der Pandemie deutlich zurückging: Laut einer repräsentativen Umfrage vom Mai 2021 konnte Sme rodina lediglich 7,2 Prozent der Befragten ansprechen, ĽSNS mit 4,9 Prozent nur etwas mehr (volby.sme.sk 2021). In beiden Fällen jedoch sind dafür unterschiedliche Gründe ausschlaggebend: Im Fall Sme rodina ist dafür die Regierungskrise infolge des umstrittenen Pandemie-Managements unter Premier Matovič verantwortlich zu machen. Bei ĽSNS hingegen führte die innerparteiliche, durch den Machthunger ihres Vorsitzenden hervorgerufene Krise dazu, dass etliche Wählerinnen und Wähler der Partei den Rücken kehrten. Von ihrer jeweiligen Politisierung der Pandemie konnten beide Gruppierungen letztlich nicht profitieren.

Entscheidend für den künftigen Erfolg oder Misserfolg von Sme rodina und ĽSNS wird sein, ob bzw. inwiefern es den Parteien gelingt, sich zu konsolidieren. Falls die Koalitionsregierung unter Heger stabil bleibt und sich das Ausmaß der vierten Corona-Welle in Grenzen hält, hat Sme rodina keinen Grund, die bisherige Mobilisierungsstrategie zu ändern. Falls nicht, wird die Partei eine neue Position gegenüber dem Virus finden und ihre grundsätzliche Rolle im politischen System neu definieren müssen. ĽSNS kämpft gegenwärtig nicht nur mit einer inneren Krise. Seit einigen Monaten macht der Partei am äußeren rechten Rand die Bewegung „Republika“ zunehmend Konkurrenz. Angeführt von Milan Uhrík und Milan Mazurek, zwei ehemaligen ĽSNS-Vorstandsmitgliedern, profiliert auch sie sich durch Fundamentalkritik an EU und NATO, durch eine Abgrenzung gegenüber einer liberalen Migrationspolitik sowie durch eine Kritik am staatlichen Pandemie-Management (hnutie-republika.sk 2021).

LITERATUR

Beluský, Martin 2021, 30. März: VLÁDA PRIJALA PREDĹŽENIE NÚDZOVÉHO STAVU BEZ VYSVETLENIA A PODKLADOV...; Facebook: verfügbar unter: https://www.facebook.com/100058141025516/posts/168583975089636 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Buštíková, Lenka / Baboš, Pavol 2020: Best in Covid: Populists in the Time of Pandemic; in: Politics and Governance 8 (4), S. 496-508.

Chmelar, Kristina 2019: Die Präsidentschaftswahl in der Slowakei 2019; verfügbar unter: https://forum-midem.de/cms/data/fm/download/TUD_MIDEM_PolicyBrief_2019-2.pdf (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Dong, Ensheng / Du, Hongru / Gardner, Lauren 2020: An Interactive Web-Based Dashboard to Track COVID-19 in Real Time; in: The Lancet Infectious Diseases 20 (5), S. 533-534. doi: 10.1016/S1473-3099(20)30120-1

Dennikn.sk 2021: Sme najhorší na svete nielen v úmrtiach, ale už aj v počte ľudí v nemocniciach. Čo sa vlastne deje?; verfügbar unter: https://dennikn.sk/2271069/sme-najhorsi-na-svete-nielen-v-umrtiach-ale-uz-aj-v-pocte-ludi-v-nemocniciach-co-sa-vlastne-deje-grafy/ (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Europäische Kommission 2021: Standard Eurobarometer 94, Winter 2020-2021: Public Opinion in the European Union, Annex; verfügbar unter: https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=76407 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Economist 2013: A Neo-Nazi Wins; verfügbar unter: https://www.economist.com/eastern- approaches/2013/11/28/a-neo-nazi-wins (letzter Zugriff: 05.04.2019).

Európske noviny 2020: Bulharsko a Čierna hora ubudli zo zoznamu zelených krajín. Hranice sme otvorili pre ďalšie štáty; verfügbar unter: https://europskenoviny.sk/2020/07/03/bulharsko-a-cierna-hora-ubudli-zo-zoznamu-zelenych-krajin-hranice-sme-otvorili-pre-dalsie-staty (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Guardian 2019: How a Slovakian Neo-Nazi Got Elected; verfügbar unter: https://www.theguardian.com/world/2019/feb/14/how-a-slovakian-neo-nazi-got-elected (letzter Zugriff: 05.04.2019).

hnutie-repubika.sk 2021: Pracovný program; verfügbar unter: https://www.hnutie-republika.sk/program/ (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Kollár, Boris 2020, 12. März: Ak prejavime dostatok zodpovednosti rozvahy discipliny a ohladuplnosti tak epidemiu KORONA virusu prekoname s minimalnymi nasledkami...; Facebook Boris Kollár; verfügbar unter: https://www.facebook.com/1464024763918594/posts/2562543350733391(letzter Zugriff: 06.10.2021).

Kollár, Boris 2021, 5. März: Cely svet bojuje o vakciny pretoze kazda hodina stratena neockovanim znamena ohrozenie mnozstva zivotov...; Facebook Boris Kollár; verfügbar unter: https://www.facebook.com/1464024763918594/posts/2882696798718043 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Kotleba, Marian 2020, 19. Oktober: ĽS Naše Slovensko absolútne odmieta plošné testovanie ľudí...; Facebook Marian Kotleba; verfügbar unter: https://www.facebook.com/103101388140837/posts/159556779161964 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Kotleba, Marian 2020, 29. Oktober: Takže už nielen Slovenská lekárska komora, ale aj ďalšia odborná lekárska organizácia kritizuje plošné testovanie...; Facebook Marian Kotleba; verfügbar unter: https://www.facebook.com/103101388140837/posts/163109205473388 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Lang, Kai-Olaf / Walther, Eva-Maria 2020: Slowakei: Neuanfang mit Unbekannten; verfügbar unter: https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2020A21_slowakei.pdf
(letzter Zugriff: 06.10.2021).

ĽSNS 2021, 16. Februar: Vláda už minula milióny eur na nezmyselné plošné testovanie, po ktorom vždy vzrástla nakazenosť...; Facebook Kotlebovci – Ľudová strana Naše Slovensko; verfügbar unter: https://www.facebook.com/103955061071909/posts/288449279289152 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

ĽSNS 2021a, 25. Februar: M. Kotleba: Kostoly nezavreli ani komunisti, ani nacisti, ale zavreli ich Matovičovci...; Facebook Kotlebovci – Ľudová strana Naše Slovensko; verfügbar unter: https://www.facebook.com/103955061071909/posts/293594472107966 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

ĽSNS 2021b, 25. Februar: R. Schlosár: Už 148 dní žijeme v totalitnom fašistickom núdzovom stave...; Facebook Kotlebovci – Ľudová strana Naše Slovensko; verfügbar unter: https://www.facebook.com/103955061071909/posts/293520185448728 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

ĽSNS 2021, 29. März: M. Sulanová: Na lockdownoch vidíme, aká existenčne potrebná je potravinová sebestačnosť...; Facebook Kotlebovci – Ľudová strana Naše Slovensko; verfügbar unter: https://www.facebook.com/103955061071909/posts/312831230184290 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Nemec, Juraj / Maly, Ivan / Chubarova, Tatiana 2020: Policy Responses to the COVID-19 Pandemic and Potential Outcomes in Central and Eastern Europe: Comparing the Czech Republic, the Russian Federation, and the Slovak Republic; in: Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice 23 (2), S. 282-290.

NZZ 2020: Corona-Seuchenherde oder Sippenhaft? Die Slowakei stellt Tausende von Roma unter Quarantäne; verfügbar unter: https://www.nzz.ch/international/coronavirus-slowakei-tausende-von-roma-in-quarantaene-ld.1552294 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Sme rodina 2019, 3. Januar: Naše hnutie sa už aktívne pripravuje na blížiace sa voľby do Európskeho parlamentu...; Facebook Sme rodina; verfügbar unter: https://www.facebook.com/600235073447674/posts/1244820225655819 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Sme rodina 2019, 7. März: REFERENDUM O EXEKUČNEJ AMNESTII...; Facebook Sme rodina; verfügbar unter: https://www.facebook.com/600235073447674/posts/1286478961489945 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Sme rodina 2019, 12. April: Matteo Salvini oznámil vznik Aliancie národne orientovaných strán v Európe...; Facebook Sme rodina; verfügbar unter: https://www.facebook.com/600235073447674/posts/1310209055783602 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Sme rodina 2020, 12. März: Ak prejavime dostatok zodpovednosti rozvahy disciplíny a ohleduplnosti tak epidemiu KORONA virusu prekoname s minimalnymi nasledkami...; Facebook Sme rodina; verfügbar unter: https://www.facebook.com/600235073447674/posts/1600915080046330 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Sme rodina 2020, 15. März: Boris Kollár o koronavíruse: „Najlepší liek na toto je zodpovednosť, disciplína a spolupatričnosť!"...; Facebook Sme rodina; verfügbar unter: https://www.facebook.com/600235073447674/posts/1603473873123784 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Sme rodina 2020, 24. März: Aké sociálne opatrenia pripravuje vláda v súvislosti s koronavírusom?...; Facebook Sme rodina; verfügbar unter: https://www.facebook.com/600235073447674/posts/1611608712310300 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Sme rodina 2020a, 25. März: Náš minister Milan Krajniak o pripravovaných opatreniach na pomoc ľuďom počas krízy spôsobenej koronavírusom...; Facebook Sme rodina; verfügbar unter: https://www.facebook.com/600235073447674/posts/1612956722175499 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Sme rodina 2020b, 25. März: Boris Kollár: Ďakujem poslancom za jednomyseľné schválenie prvých sociálno-ekonomických opatrení proti koronavírusu...; Facebook Sme rodina; verfügbar unter: https://www.facebook.com/600235073447674/posts/1613007845503720 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Sme rodina 2020, 19. April: Aký je náš postoj k otváraniu prevádzok?...; Facebook Sme rodina; verfügbar unter: https://www.facebook.com/600235073447674/posts/1636212519849919 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Sme rodina 2020, 6. Mai: Dnešným dňom sa menia opatrenia súvisiace s pandémiou ochorenia Covid-19 a sprístupňuje sa využitie nasledujúcich služieb...; Facebook Sme rodina; verfügbar unter: https://www.facebook.com/600235073447674/posts/1651178811686623 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Sme rodina 2020, 7. Juni: Boj s koronavírusom vedieme spomedzi európskych krajín najlepšie aj keď naša ekonomika trpí...; Facebook Sme rodina; verfügbar unter: https://www.facebook.com/600235073447674/posts/1679824888822015 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Sme rodina 2020, 8. September: Pamätáte si, keď prepukla prvá vlna koronavírusu?...; Facebook Sme rodina; verfügbar unter: https://www.facebook.com/600235073447674/posts/1765390520265451 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Sme rodina 2020, 13. Oktober: ŽIADNE POVINNÉ OČKOVANIE PROTI COVIDU NEBUDE...; Facebook Sme rodina; verfügbar unter: https://www.facebook.com/600235073447674/posts/1797949147009588 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Sme rodina 2020, 25. Oktober: Pandémia ochorenia COVID-19 naberá na obrátkach a my sa musíme sústrediť na to najdôležitejšie - ľudské životy...; Facebook Sme rodina; verfügbar unter: https://www.facebook.com/600235073447674/posts/1810443192426850 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Sme rodina 2020, 30. Oktober: Celoplošné testovanie nám pomôže udržať ekonomiku pri živote...; Facebook Sme rodina; verfügbar unter: https://www.facebook.com/600235073447674/posts/1815047585299744 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Sme rodina 2021, 14. Januar: OČKOVANIE PROTI COVIDU...; Facebook Sme rodina; verfügbar unter: https://www.facebook.com/600235073447674/posts/1880943648710137 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Sme rodina 2021, 25. Februar: O predlžovaní núdzového stavu panuje v spoločnosti búrlivá diskusia...; Facebook Sme rodina; verfügbar unter: https://www.facebook.com/600235073447674/posts/1879427552195080 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Sme rodina 2021, 25. April: Opätovné predlžovanie núdzového stavu by sme už podporili len v naozaj nevyhnutnom prípade...; Facebook Sme rodina; verfügbar unter: https://www.facebook.com/600235073447674/posts/1958771610927340 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Sme rodina 2021, 28. April: Zastavme pakt EÚ o migrácii...; Facebook Sme rodina; verfügbar unter: https://www.facebook.com/600235073447674/posts/1960725360731965 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

somzodpovedny.sk 2021: Projekt celoplošného testovania má svoj význam - otestovať sa podarilo viac ako 3,6 milióna ľudí, pozitívny test malo približne 1 % z nich; verfügbar unter: https://www.somzodpovedny.sk/projekt-celoplosneho-testovania-ma-svoj-vyznam-otestovat-sa-podarilo-viac-ako-36-miliona-ludi-pozitivny-test-malo-priblizne-1-z-nich/ (letzter Zugriff: 06.10.2021).

ŠÚSR 2021: Stav obyvateľstva v SR k 31. decembru 2020; verfügbar unter: https://slovak.statistics.sk/wps/portal/ext/products/informationmessages/inf_sprava_detail/06b04712-ca08-4bd6-a9ad-f4bbaa6acab0/!ut/p/z1/tVNLc4IwEP4tHjzGLCQSPEaqiK9WKD5y6QR8UQV8MFj_fYPjTKcHwR66lySz-337-DZY4DkWicyjjcyiNJF79V4I42PCHLPd1jhAe0jA6Q-8cc_q6rbfxLPfAebY7YDzzt9st081oE0slLvrvem8RW3rxX3tKrelm97Q0AG0O74koAxvG3e8ZfMeZUMAc2g3weE9321NCAFObvif8tpTHRw2drXBZGIPNHrHwwPj8By-pMCn8CUBonz-UyywCJPskG3xIg3OcovOOxQlayR3WR3UJT3FSs08WaHz4STzax3y8yrbqROMACjTdBRKMBENlgaSLblEaxoEUhoylAEU9IcwWuLFU9Gzqn0R5dOeFfkqBK3iEFU7J0pF8VkFgxJ1odpkD9vUGJ7l0eqC_aQY_h57f5xiD3AfiyiIG5cwbkCDmQwIYybVactoEljJ8y-jzeBRcaZ8m2eorw_P_EF_l0U8ja7RR5ctsW1CneP4U9BD7N4tNckU7t7MedQgVwfXCa7Vv6T70Zw!!/dz/d5/L2dBISEvZ0FBIS9nQSEh/ (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Uhrík, Milan 2020, 9. März: KORONAVÍRUS ÚRADUJE AJ V BRUSELI EUROPARLAMENT JE NEFUNKČNÝ...; Facebook Milan Uhrík; verfügbar unter: https://www.facebook.com/193258414360612/posts/1089576551395456 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Uhrík, Milan 2020, 10. März: KORONAVÍRUS: HANBA EÚ, KTORÁ ZASE LEN TREPE, KEĎ TREBA KONAŤ...; Facebook Milan Uhrík; verfügbar unter: https://www.facebook.com/193258414360612/posts/1090093254677119 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Uhrík, Milan 2020, 2. April: BRUSEL IDE DÁVAŤ VRECKOVÉ A PLATIŤ HOTELY IMIGRANTOM. A ČO PÔVODNÍ EURÓPANIA?!...; Facebook Milan Uhrík; verfügbar unter: https://www.facebook.com/193258414360612/posts/1108445949508516 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Uhrík, Milan 2020, 9. April: KÝM V EURÓPE SA MASOVO PREPÚŠŤA, TAK BRUSEL IDE POSLAŤ DO AFRIKY 15 MILIÁRD EUR...; Facebook Milan Uhrík; verfügbar unter: https://www.facebook.com/193258414360612/posts/1113667092319735 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Uhrík, Milan 2020, 11. Mai: JA SA PROTI KORONAVÍRUSU NARÝCHLO ZBÚCHANOU VAKCÍNOU ZAOČKOVAŤ NENECHÁM...; Facebook Milan Uhrík; verfügbar unter: https://www.facebook.com/193258414360612/posts/1139734133046364 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Uhrík, Milan 2020, 22. Mai: KTO Z VÁS SA EŠTE POCTIVO DUSÍ V RÚŠKU, KEĎ SA NIKTO NEPOZERÁ?...; Facebook Milan Uhrík; verfügbar unter: https://www.facebook.com/193258414360612/posts/1148616728824771 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Uhrík, Milan 2020, 3. Juni: VYZÝVAM VLÁDU: NEZAPREDAJTE SLOVENSKO KVÔLI POŽIČANÝM EURÓPSKYM PENIAZOM...; Facebook Milan Uhrík; verfügbar unter: https://www.facebook.com/193258414360612/posts/1157489357937508 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Uhrík, Milan 2020, 9. Juli: FRANCÚZSKO ANI BELGICKO V PRÍPADE 2. VLNY EPIDÉMIE NEBUDÚ OPAKOVAŤ DRASTICKÉ OBMEDZENIA...; Facebook Milan Uhrík; verfügbar unter: https://www.facebook.com/193258414360612/posts/1186405661712544 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Uhrík, Milan 2020, 15. Juli: Dnes na výbore v NR SR s premiérom Matovičom ohľadne zaujatia pozície SR k európskemu fondu obnovy za 750 miliárd eur...; Facebook Milan Uhrík; verfügbar unter: https://www.facebook.com/193258414360612/posts/1190907051262405 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Uhrík, Milan 2020, 12. August: POZOR NA NEOVERENÉ VAKCÍNY...; Facebook Milan Uhrík; verfügbar unter: https://www.facebook.com/193258414360612/posts/1213025215717255 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Uhrík, Milan 2020, 17. August: OBROVSKÁ SILA – MASY ĽUDÍ PO EURÓPE ŽIADAJÚ NÁVRAT SLOBODY...; Facebook Milan Uhrík; verfügbar unter: https://www.facebook.com/193258414360612/posts/1217472088605901 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Uhrík, Milan 2020, 11. September: BRUSELSKÍ BLÁZNI! ZA PODPAĽAČSTVO IMIGRANTOV OBVIŇUJÚ EURÓPANOV A ŽIADAJÚ POVINNÉ PRIJÍMANIE AFRIČANOV...; Facebook Milan Uhrík; verfügbar unter: https://www.facebook.com/193258414360612/posts/1240108356342274 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Uhrík, Milan 2020, 26. September: VEDENIE EÚ PREDSTAVILO NOVÚ IMIGRAČNÚ POLITIKU...; Facebook Milan Uhrík; verfügbar unter: https://www.facebook.com/193258414360612/posts/1253405591679217 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Uhrík, Milan 2020, 30. September: VLÁDA CHCE ZAVIESŤ NÚDZOVÝ STAV, ABY MOHLA ĽUĎOM OBMEDZOVAŤ ZÁKLADNÉ PRÁVA...; Facebook Milan Uhrík; verfügbar unter: https://www.facebook.com/193258414360612/posts/1256861694666940 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Uhrík, Milan 2020, 28. Oktober: MATOVIČA OPÚŠŤAJÚ UŽ AJ LEKÁRI A EXPERTI...; Facebook Milan Uhrík; verfügbar unter: https://www.facebook.com/193258414360612/posts/1282132532139856 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Uhrík, Milan 2021, 3. Januar: Spolu so stovkou europoslancov žiadame Európsku komisiu, aby sa namiesto prijímania imigrantov zamerala na vyhosťovanie a odrádzanie imigrantov...; Facebook Milan Uhrík; verfügbar unter: https://www.facebook.com/193258414360612/posts/1336297886723320 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Uhrík, Milan 2021, 16. Januar: Používané antigénové testy sú šmejdy!...; Facebook Milan Uhrík; verfügbar unter: https://www.facebook.com/193258414360612/posts/1345613545791754 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Uhrík, Milan 2021, 18. Januar: TÁTO VLÁDA ZOBRALA ĽUĎOM UŽ TAKMER ROK ŽIVOTA...; Facebook Milan Uhrík; verfügbar unter: https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=1346717202348055&id=193258414360612 (letzter Zugriff: 06.10.2021).

volby.sme.sk 2021: Volebný prieskumy agentúry Focus; verfügbar unter: https://volby.sme.sk/pref/1/politicke-strany/p/focus (letzter Zugriff: 06.10.2021).

Weltbank 2021: Data. Population, total; verfügbar unter: https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL?most_recent_value_desc=true (letzter Zugriff 03.08.2021).

RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN IN ZEITEN DER PANDEMIE

10 SPANIEN

ENTWICKLUNG DER PANDEMIE

SPANIEN SCHWER VON DER PANDEMIE GETROFFEN

Spanien wurde von der COVID-19-Pandemie schwer getroffen. Bis zum 30. September 2021 gab es mehr als 86.400 Todesfälle, die offiziell dem Coronavirus SARS-CoV-2 zugeschrieben werden. Dies entspricht 182 Todesfällen pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner.

KRITISCHSTER ZEITRAUM IM MÄRZ/APRIL 2020

Besonders dramatisch war die Situation in den ersten Monaten der Pandemie. Ende März 2020 stieg die Zahl der täglichen Todesfälle im Land höher als in Italien, damit wurde Spanien zum weltweit führenden Hotspot. Allein im April und März verzeichnete es fast 25.000 Todesfälle, die offiziell auf COVID-19 zurückgeführt werden.[1] Besonders gravierend war die Lage in Madrid. Die dortigen Krankenhäuser waren schnell überlastet; so wurde das Messegelände der Stadt in ein Feldlazarett umfunktioniert und eine Eislaufbahn in eine Leichenhalle.

Dass die Situation in Spanien zu Beginn der Pandemie am dramatischsten war, bestätigt auch ein Blick auf die Entwicklung der Todesfälle - hier in Form von einer 7-Tage-Inzidenz (Abb. 1). Die höchsten 7-Tage-Inzidenzen der gemeldeten Fälle zeigen sich zwar für Anfang 2021. Das kann jedoch auf eine Erhöhung der Testkapazitäten zurückgeführt werden; die offiziellen Fallzahlen aus der Anfangszeit der Pandemie spiegeln nicht das tatsächliche Pandemiegeschehen zu jener Zeit wider.

ERSTER LOCKDOWN AM 14. MÄRZ 2020

Am 14. März 2020 wurde der erste landesweite Lockdown ausgerufen. Alle nicht lebensnotwendigen Dienste wie auch die Schulen wurden geschlossen und die Mobilität eingeschränkt. Die Menschen durften ihre Wohnungen nur zu bestimmten Zwecken verlassen, z. B. um zur Arbeit zu gehen, Lebensmittel einzukaufen, zur Apotheke zu gehen oder sich um hilfsbedürftige Personen zu kümmern. Ende März wurden die Beschränkungen

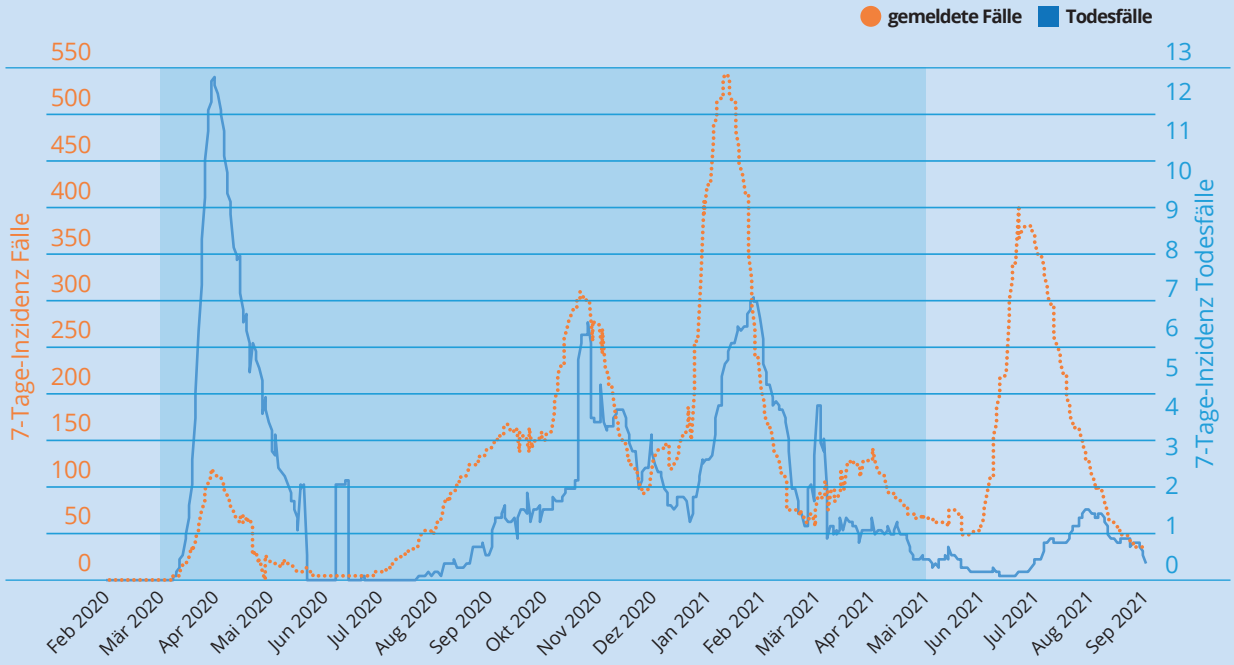
COVID-19-Statistik für Spanien (Stand: 30. September 2021)

Bevölkerungszahl	47.351.570
Bestätigte Fälle	4.959.091
Bestätigte Fälle pro 100.000	10.473*
Todesfälle	86.415
Todesfälle pro 100.000	182*
Fall-Verstorbenen-Anteil	1,7 %*

*Quellen: Weltbank 2021 & Dong/Du/Gardner 2020 / *Eigene Berechnung*

1 Dabei ist zu bedenken, dass die Zahl der COVID-19-Todesfälle wahrscheinlich noch unterschätzt wird. Zwischen März und Anfang Juni 2020 verzeichnete Spanien eine Übersterblichkeit (d. h. mehr Todesfälle, als unter normalen Bedingungen zu erwarten wären) von rund 44.000. Davon wurden jedoch nur 27.934 offiziell auf COVID-19 zurückgeführt. Dies liegt daran, dass in den ersten Monaten der Pandemie nur diejenigen als COVID-19-Todesfälle registriert wurden, die positiv getestet worden waren; Tausende von Verstorbenen – insbesondere in Pflegeheimen – wurden aber nie getestet (Andrino/Grasso/Llaneras 2020).

Abb. 1: 7-Tage-Inzidenzen der gemeldeten Fälle sowie Todesfälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Spanien



Zeitraum: 01.02.2020 bis 30.09.2021 Analysezeitraum: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quellen: Weltbank 2021 & Dong/Du/Gardner 2020 / Eigene Berechnung

weiter verschärft: Die Regierung verfügte, dass Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in ‚nicht systemrelevanten' Berufen zu Hause bleiben sollten. Im *Government Response Stringency Index* – einem an der Universität Oxford entwickelten Instrument, das die Strenge von Lockdown-Maßnahmen misst[2] – verzeichnete Spanien im April 2020 die höchsten Werte. Obwohl die Beschränkungen nach und nach aufgehoben wurden, blieb der Ausnahmezustand bis zum 20. Juni in Kraft. Als im Oktober 2020 die Zahlen der Infizierten und der Todesfälle stärker stiegen, wurde er dann erneut verhängt und erst Anfang Mai 2021 wieder aufgehoben.

VORWURF AN DIE REGIERUNG, ZU SPÄT REAGIERT ZU HABEN

Der spanischen Regierung wurde im Nachhinein häufig vorgeworfen, sie habe auf die Pandemie „spät und ungeschickt" reagiert, wie The Guardian es formulierte (Tremlett 2020). Kritisiert wurde unter anderem, dass sie nicht schon vor Mitte März Beschränkungen erlassen und dass sie trotz der beobachtbaren Entwicklungen in Norditalien im eigenen Land keine Präventivmaßnahmen ergriffen hatte. Insbesondere die Tatsache, dass Anfang März noch Massenversammlungen zugelassen wurden, habe für eine rasche Ausbreitung des Virus gesorgt (Minder 2020). Das bezieht sich vor allem auf die Großdemonstration zum Internationalen Frauentag am 8. März (bei der sich mehrere Regierungsvertreter und -vertreterinnen ansteckten). Die rechte Opposition nutzte dies als Aufhänger, um der Regierung Verantwortungslosigkeit vorzuwerfen (Monforte 2020).

Darüber hinaus offenbarte der Mangel an medizinischer Ausrüstung und Schutzausrüstung Defizite im Gesundheitssystem, das als gut vorbereitet gegolten hatte. Einige machen dafür die Kürzungen der öffentlichen Ausgaben verantwortlich, zu denen ein Jahrzehnt der ‚Sparpolitik' geführt hat

2 Der Index basiert auf neun Indikatoren (Schulschließungen, Schließung von Arbeitsplätzen, Einschränkung öffentlicher Versammlungen, Schließung öffentlicher Verkehrsmittel, Hausarrest usw.), aus denen ein Wert zwischen 0 und 100 gebildet wird (100 bezeichnet die strengsten Beschränkungen). Siehe https://ourworldindata.org/grapher/COVID-stringency-index.

(Royo 2020). Darüber hinaus werden verschiedene Faktoren angeführt, die den politischen Umgang mit der Krise erschwert hätten, wie (1) der dezentrale Charakter des politischen Systems und die damit verbundenen ständigen Streitigkeiten zwischen der Zentralregierung und bestimmten Regionen sowie (2) ein Klima von politischer Instabilität und Polarisierung (Royo 2020).

HOHES MASS AN POLITISCHER FRAGMENTIERUNG UND POLARISIERUNG

Die Pandemie traf das Land, als sich dort nach zwei ergebnislosen Wahlen im Jahr 2019 gerade die erste Koalitionsregierung gebildet hatte: ein Bündnis zwischen der Mitte-links-Partei *Partido Socialista Obrero Español* und der linksgerichteten *Unidas Podemos*. Die Koalition bildet im Parlament eine Minderheit; somit ist sie auf die – unbeständige – Unterstützung ethnoregionaler Parteien angewiesen, darunter katalanische und baskische Parteien, die für ihre jeweilige Unabhängigkeit eintreten. Dies ist ein heikler Balanceakt, da die Öffentlichkeit die regionalen Unabhängigkeitsbestrebungen überwiegend ablehnt.

Neben einer zunehmend fragmentierten politischen Szene ist die Politik in Spanien sehr stark von affektiver und ideologischer Polarisierung geprägt. Dies ist teilweise darauf zurückzuführen, dass interne territoriale Konflikte hier so eine zentrale Rolle spielen, was sich seit dem Streit um die Unabhängigkeit Kataloniens im Oktober 2017 noch verschärft hat. Ein Ausdruck davon war das plötzliche Auftreten und Erstarken der ultranationalistischen radikalen Rechten, die in der spanischen Politik zuvor nicht vertreten war: Die Ende 2013 gegründete Partei VOX erzielte im Dezember 2018 bei den Regionalwahlen in Andalusien ihren Durchbruch, und bei den Parlamentswahlen im November 2019 wurde sie mit 52 Sitzen die drittstärkste Kraft im Parlament.

GERINGES VERTRAUEN IN DIE REGIERUNG BEI ZUNEHMENDEM VERTRAUEN IN DIE EU

Zeitgleich mit diesen Entwicklungen zeigt sich in der spanischen Wählerschaft ein alarmierend hohes Misstrauen gegen Politik, Parteien sowie Politikerinnen und Politiker: Laut einer Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2021 liegt Spanien in Bezug auf das Vertrauen in politische Parteien und die nationale Regierung unter allen EU-Ländern auf dem drittletzten Platz (Europäische Kommission 2021). Dieses Misstrauen hängt jedoch nicht direkt mit der Pandemie zusammen: Bereits Ende 2019 waren fast 50 Prozent der spanischen Bevölkerung der Ansicht, „Politiker, Parteien und Politik" gehörten zu den drei größten Problemen des Landes (CIS 2019). Auch das Vertrauen in die nationale Regierung war schon vor der Pandemie sehr gering: Im Herbst 2019 gaben nur 21 Prozent der Befragten an, dass sie der Regierung eher vertrauen; das entspricht dem Wert von Anfang 2021 (20

Tab. 1: Relevante politische Parteien in Spanien

Parteien	Abkürzung	Zugehörigkeit zur Fraktion im EU-Parl.	Politische Ausrichtung	Ergebnisse der letzten Parlamentswahl (2019)
Unidas Podemos	UP	GUE/NGL	Sozialismus, demokratisch	13 %
Partido Socialista Obrero Español	PSOE	S&D	Sozialdemokratie, Mitte-links	28 %
Ciudadanos	Cs	Renew Europe	Liberalismus, zentristisch	7 %
Partido Popular	PP	EPP	Konservatismus, wirtschaftsliberal	21 %
VOX	VOX	ECR	Rechtspopulismus, nationalistisch	15 %

Prozent). Die Zufriedenheit mit der Funktionsweise der Demokratie ist gemessen an ihrem Wert von 2019, also vor der Pandemie, ebenfalls stabil geblieben. Im Gegensatz dazu hat das Vertrauen in die Europäische Union während der Pandemie zugenommen: 52 Prozent gaben Anfang 2021 an, dass sie der EU eher vertrauen, gegenüber 43 Prozent im Jahr 2019 (Europäische Kommission 2019, 2021).

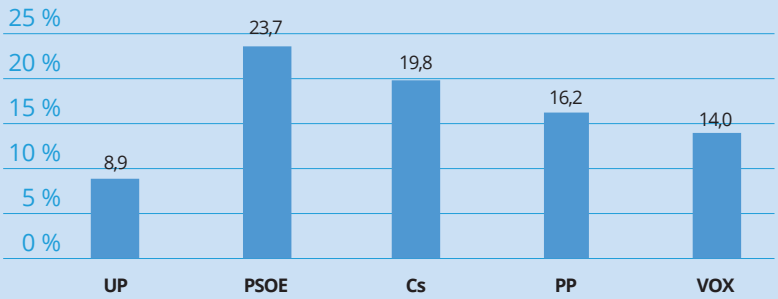
WAHLABSICHTEN BLIEBEN RELATIV STABIL

Trotz der verschiedenen Krisen, von denen Spanien betroffen ist, sind die Wahlabsichten seit den letzten Parlamentswahlen relativ stabil geblieben. Die wichtigste Veränderung trat im Mai 2021 ein, als die *Partido Popular* in den Umfragen die *Partido Socialista Obrero Español* überholte, die derzeit (mit 29 Prozent Unterstützung) führt (Politico 2021). Bei den Regionalwahlen in Madrid zur selben Zeit errang die Partido Popular mit ihrer Lockdown-skeptischen Vorsitzenden Isabel Díaz Ayuso einen überwältigenden Sieg. Bei VOX schwankte die Wahlabsicht auf nationaler Ebene während der Pandemie zwischen 12 und 18 Prozent, sie hat ihren Platz als drittgrößte Partei gehalten.

BEITRÄGE IN SOCIAL MEDIA – CORONA UND MIGRATION IM VERGLEICH

Die Pandemie und der Umgang der Regierung damit haben natürlich andere politische Themen überschattet. Interessant in diesem Zusammenhang, (1) ob alle politischen Parteien der Pandemie ähnlich viel Aufmerksamkeit gewidmet haben und (2) ob die Pandemie die Themenstruktur in den rechtspopulistischen Diskursen verändert hat.

Abb. 2: Anteil coronabezogener Facebook-Beiträge nach Parteien



Analysezeitraum: 01.03.2020 bis 30.04.2021

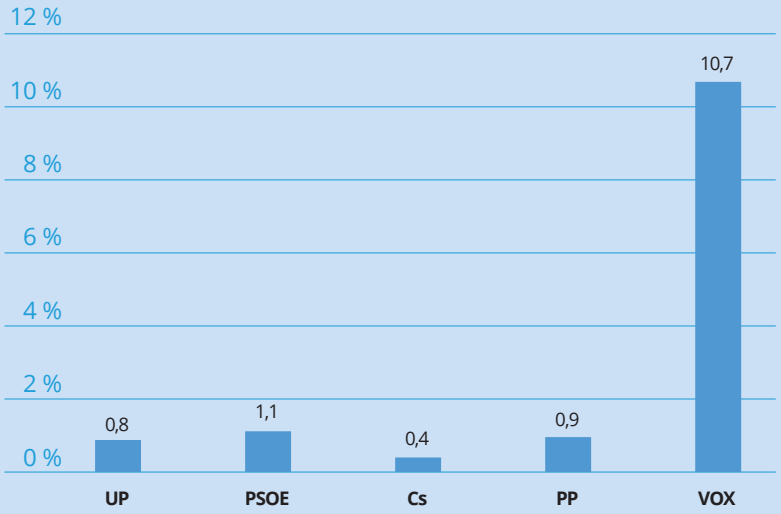
Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

ALLE PARTEIEN WIDMETEN DER PANDEMIE GROSSE AUFMERKSAMKEIT

Eine quantitative Inhaltsanalyse von Veröffentlichungen der Parteien auf Facebook während der Corona-Krise (vom 1. März 2020 bis zum 30. April 2021) zeigt, dass alle Parteien sich intensiv mit der Pandemie befasst haben (Abb. 2). Die mit der Regierungsführung beauftragte Partei (PSOE) widmete dem Thema – wenig überraschend – die meiste Aufmerksamkeit (fast 24 Prozent ihrer Facebook-Posts). Erstaunlicher ist, dass für ihren Koalitionspartner Unidas Podemos das Gegenteil gilt: Hier beziehen sich nur knapp 9 Prozent aller Posts auf das Thema. Ein Grund hierfür könnte sein, dass die Partei einen Imageschaden durch den Umgang der Regierung mit der Gesundheitskrise vermeiden will. VOX dagegen widmet der Pandemie ähnlich viel Aufmerksamkeit wie die größte Oppositionspartei, Partido Popular.[3]

3 Ergänzend sei darauf hingewiesen, dass sich hinter den in Abbildung 2 dargestellten prozentualen Häufigkeiten keine wesentlichen Unterschiede in der absoluten Zahl der Beiträge verbergen. Alle Parteien in Spanien sind auf Facebook recht aktiv: Die Gesamtzahl ihrer jeweiligen Veröffentlichungen zwischen dem 1. März 2020 und dem 30. April 2021 reicht von 1.506 für VOX bis 2.604 für Unidas Podemos, die anderen Parteien liegen dazwischen.

Abb. 3: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge nach Parteien



Beobachtungszeitraum: 01.01.2019 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

MIGRATION BLEIBT FÜR VOX WICHTIG

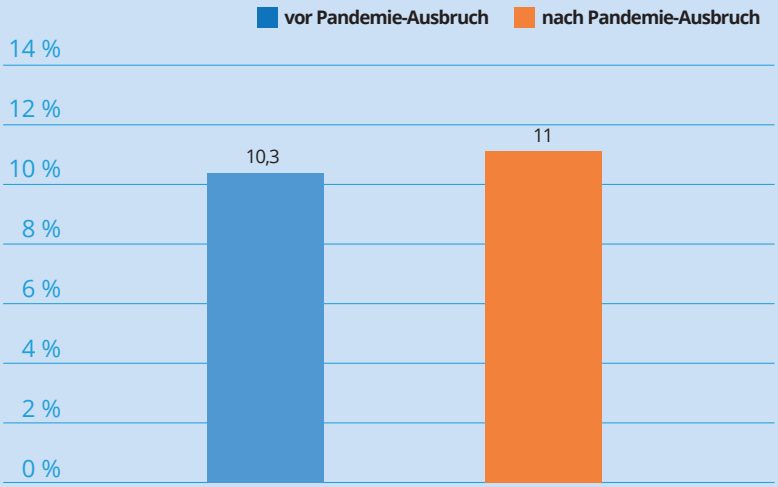
Die zweite empirische Frage im Zusammenhang mit dem Themenschwerpunkt – ob die Pandemie in den rechtspopulistischen Diskursen andere wichtige Themen verdrängt hat – soll hier insbesondere am Beispiel Einwanderung betrachtet werden. Dies ist für die Partei VOX ein wichtiges Thema, auch wenn in ihrem Diskurs möglicherweise Gegenstände wie Separatismus und territoriale Fragen dominieren. Das wird in Abbildung 3 deutlich, die den prozentualen Anteil der Facebook-Posts zu Migration zwischen dem 1. Januar 2019 und dem 30. April 2021 zeigt: VOX widmet diesem Thema mehr als 10 Prozent ihrer Posts, während andere Parteien sich damit kaum befassen. Um festzustellen, ob COVID-19 die Bedeutung dieses Themas bei VOX beeinflusst hat, wird in Abbildung 4 der prozentuale Anteil der Facebook-Posts zu Migration in den 14 Monaten vor dem Ausbruch der Pandemie (1. Januar 2019 bis 29. Februar 2020) und den 14 Monaten danach (1. März 2020 bis 30. April 2021) miteinander verglichen. Entgegen den Erwartungen hat die Pandemie das Thema Einwanderung nicht aus der Social-Media-Kommunikation von VOX verdrängt. Der Anteil der Beiträge, die sich mit Einwanderung befassen, ist in den beiden Zeiträumen sehr ähnlich: etwa zehn Prozent in der Zeit vor Ausbruch der Pandemie und elf Prozent in der Zeit danach.[4]

Die Fokussierung auf das Thema Migration resultiert zum einen daraus, dass VOX gezielt versucht, die Angst vor Massenmigration zu politisieren und zu instrumentalisieren und sich so die Themenhochheit („Issue-Ownership") für ein Thema zu sichern, das zuvor nur gelegentlich im Zentrum der politischen Aufmerksamkeit stand (Mendes 2019). Dass die Pandemie das Thema nicht verdrängt hat, hängt auch damit zusammen, dass der Migrationsdruck während der Pandemie (im Vergleich zu 2019) gestiegen ist, insbesondere auf den Kanarischen Inseln.[5] Zum anderen deutet der

4 Dieses Ergebnis widerspricht der Schlussfolgerung von Olivas Osuna und Rama (2021), dass in der Kommunikation von VOX andere Themen an Bedeutung verloren haben und durch direkte Angriffe auf die Regierung ersetzt wurden. Dies gilt zwar für die von den Autoren analysierten parlamentarischen Reden (Reden über die Verhängung und Verlängerung des Ausnahmezustands), aber nicht unbedingt für die gesamte Parteikommunikation.

5 Spanien hat sich in den letzten Jahren zu einem Hauptweg der Migration nach Europa entwickelt. Während im Jahr 2019 32.449 irreguläre Einreisen registriert wurden, stieg diese Zahl im Jahr 2020 auf 41.861. Noch dramatischer ist die Situation auf den Kanarischen Inseln: Hier ist die Zahl nach Angaben des spanischen Innenministeriums von unter 3.000 im Jahr 2019 auf mehr als 23.000 im Jahr 2020 gestiegen.

Abb. 4: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge von VOX vor und nach Ausbruch der Pandemie



vor Pandemie-Ausbruch: 01.01.2019 bis 29.02.2020
nach Pandemie-Ausbruch: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

auffällige Unterschied zwischen VOX und den übrigen Parteien in Bezug auf das Thema Migration (Abb. 3) darauf hin, dass sich die etablierten Parteien eher dafür entschieden haben, das Thema herunterzuspielen, anstatt VOX entweder nachzueifern oder mit ihr zu konkurrieren.

RECHTSPOPULISTISCHE DISKURSE

Der Diskurs und der politische Stil von VOX mit den überspitzten Inhalten und der aggressiven Form ähneln denen anderer rechtspopulistischer Parteien. Beispielsweise ist es üblich, dass die Parteiführer und Parteiführerinnen von den ‚Feinden Spaniens' reden oder andere Politiker und Politikerinnen als ‚Verräter' bezeichnen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass VOX die schwere Gesundheits- und Wirtschaftskrise in Spanien genutzt hat, um zu versuchen, eine starke Opposition gegen die spanische Linksregierung aufzubauen. Dies gilt umso mehr, als die linke Mitte Abkommen mit Parteien geschlossen hat, die von der Rechten und insbesondere von VOX offen diffamiert werden, seien es die pro-separatistischen Kräfte (der Erzfeind von VOX) oder die Partei Unidas Podemos (der VOX wiederholt vorgeworfen hat, sie wolle ein Regime nach venezolanischem Vorbild errichten). Im Folgenden wird zunächst beschrieben, wie VOX auf die Pandemie reagiert und wie sie sie genutzt hat, um die Regierung scharf zu kritisieren. Anschließend wird untersucht, wie die Partei die Gesundheits- und Wirtschaftskrise mit einigen ihrer wichtigsten ideologischen Merkmale und Themen verknüpft hat, insbesondere mit Populismus und Einwanderung.

UNTERSTÜZUNG VON SOFORTMASSNAHMEN

Zu Beginn der Pandemie kritisierte VOX, die Regierung habe viel zu lang damit gewartet, Maßnahmen zu ergreifen und den Notstand auszurufen. Dennoch stimmte die Partei nur einmal dafür, den Ausnahmezustand zu verlängern. Sie änderte ihren Standpunkt in kurzer Zeit radikal und sprach sich ab April 2020 wiederholt dagegen aus, die Notstandsmaßnahmen zu verlängern. Sie argumentierte, dass diese Maßnahmen gegen die Grundrechte und -freiheiten verstießen; zudem warf sie der Regierung vor, die Ausnahmesituation zu nutzen, um unrechtmäßig Macht zu konzentrieren und „ihre totalitäre Agenda voranzutreiben" (VOX 6. Mai 2020). Sie betonte auch die wirtschaftlichen Auswirkungen des Lockdowns und plädierte dafür, Unternehmen, Arbeitsplätze und Löhne stärker zu schützen. Wie bei ande-

ren rechtspopulistischen Parteien in Europa resultiert auch bei VOX die Verteidigung der bürgerlichen Freiheiten eher aus einer Anti-Regierungs-Strategie als aus einem tief verwurzelten Engagement für die Freiheit.

KEIN MISSTRAUEN GEGENÜBER EXPERTENRAT

Dass VOX es ablehnt, den Ausnahmezustand immer wieder zu verlängern, heißt jedoch nicht, dass sie die gesundheitlichen Gefahren der Pandemie herunterspielt. Die Partei hat sich dafür eingesetzt, dass die Regierung in die Taskforce zur Bekämpfung der Pandemie externe Fachleute einbezieht. Es gibt auch kaum Belege dafür, dass sie Schutzmaßnahmen wie die Einschränkung sozialer Kontakte und das Tragen von Gesichtsmasken in Frage stellte.

VERSCHWÖRUNGSDENKEN

Am stärksten umstritten war im Zusammenhang mit COVID-19 der gelegentliche Verweis der Partei auf das ‚chinesische Virus', wobei sie so weit ging zu fordern, China müsse dafür zahlen, und diesbezügliche Verschwörungstheorien unterstützte. Das vielleicht extremste Beispiel für diese Haltung ist die folgende Erklärung, die Anfang 2021 in den sozialen Medien veröffentlicht wurde: „Seit Monaten prangern wir die Verantwortung der Kommunistischen Partei Chinas für die Verbreitung des Virus an, mit der Absicht, die westlichen Volkswirtschaften zu schwächen und ihre Agenda durchzusetzen. China ist schuldig! China muss zahlen!" (VOX 26. Januar 2021).

ANGRIFFE AUF DIE REGIERUNG

Wie zu erwarten war, hat VOX während der Pandemie die meiste Energie darauf verwendet, die Regierung zu verunglimpfen. Ein Beleg dafür sind die von der Partei organisierten Anti-Regierungs-Kundgebungen im Mai und Oktober 2020. Dabei wurden die Teilnehmenden aufgefordert, in Fahrzeugen zu demonstrieren, um den geforderten Abstand einzuhalten. Mit Rufen nach Freiheit und in spanische Fahnen gehüllt forderten Tausende gemeinsam mit VOX den Rücktritt der Regierung, der man „Verbrechen gegen die Gesundheit, den Wohlstand und die Freiheit des spanischen Volkes" vorwarf (Abascal, zitiert in Carvajal 2020).

MISSTRAUENSANTRAG IM PARLAMENT

Darüber hinaus brachte die Partei einen Misstrauensantrag ein, über den das Parlament im Oktober 2020 abstimmte; mit diesem Instrument kann der Rücktritt der Exekutive und die Einsetzung einer neuen Regierung erzwungen werden, sofern der Antrag mit absoluter Mehrheit angenommen wird.[6] VOX begründete diesen Schritt wie auch verschiedene Klagen gegen die Regierung und die von ihr beschlossenen Notfallmaßnahmen immer wieder mit dem „kriminellen Umgang der Regierung mit der Pandemie" (García 2020; VOX 30. September 2020). Der VOX-Vorsitzende Santiago Abascal bezeichnete die Regierung als ‚Mafia' und erklärte im Parlament sogar, Spanien habe die schlechteste Regierung seit 80 Jahren (wobei dieser Zeitraum auch eine Diktatur umfasst) (ABC 2020). Er sah den Misstrauensantrag gerechtfertigt durch (1) ‚demokratische Degeneration' und den ‚Angriff' auf die institutionelle Kontrolle der Exekutivgewalt, (2) die ‚verfassungswidrige Einschränkung' der individuellen Freiheiten und (3) die ‚betrügerische' Verfassung einer ‚sozialkommunistischen' Regierung, die sich auf separatistische Kräfte stütze (Zanotti/Dugarte 2021).

‚WAHRE' OPPOSITION

Das erklärte Ziel von VOX bestand darin, die Regierung zum Rücktritt zu zwingen. Tatsächlich ging es wohl eher darum, die Regierung zu diskreditieren und sich selbst als standhafteste und als die ‚wahre' Opposition zu präsentieren. Das bringt die Partei zum Ausdruck, wenn sie die Opposition der übrigen Parteien als ‚kontemplativ' charakterisiert (García 2020). In diesem Sinne waren ihre Aktionen ebenso eine Herausforderung für die Regierung wie für die Partido Popular, mit der sie um rechte Wähler und Wählerinnen und um die Position als größte Oppositionspartei

6 Misstrauensanträge *(moción de censura)* kommen in der spanischen Politik relativ selten vor. Bisher wurden im spanischen Kongress nur vier solcher Anträge eingebracht; nur einer davon war erfolgreich.

konkurriert. Wie Olivas Osuna und Rama (2021) betonen, waren die stark antagonistische Rhetorik und die Strategie der Polarisierung für VOX zudem ein Mittel, um die eigene Medienpräsenz zu erhöhen und aus der allgemeinen Unzufriedenheit und Ablehnung Kapital zu schlagen.

WIRTSCHAFTLICHE FOLGEN

Vor allem in der Anfangsphase der Pandemie warf VOX der Regierung immer wieder vor, sie habe gelogen und Fakten verschwiegen, unter anderem die tatsächliche Zahl der Verstorbenen. Dabei machte sie die Regierung nicht nur direkt für die Todesfälle verantwortlich, sondern ging so weit zu behaupten, man habe de facto ältere Menschen in Pflegeheimen ‚euthanasiert' (González 2020). VOX behauptete auch, die Regierung habe sich in dieser Hinsicht mit den Medien abgesprochen, und beschuldigte die Regierung, „den Schutz der Medien zu kaufen", indem sie die öffentlich-rechtlichen Medien finanziell unterstützt (VOX 15. April 2020). Unter anderem war die Rede von einer ‚Medienmafia', die „den Ruin, den Tod und alles, was das fahrlässige Management der Regierung entlarvt, verbirgt" (VOX 31. Oktober 2020).

Was anfangs als ‚Regierung des Schwindels' (‚*gobierno del bulo*') bezeichnet wurde, wandelte sich später in ‚Regierung der Arbeitslosigkeit und des Elends' (‚*gobierno del paro y la miseria*') – zwei Hashtags, die VOX in den sozialen Medien häufig verwendete. Die Partei begann die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie stärker zu fokussieren und warf der Regierung vor, nicht genug für kleine und mittlere Unternehmen und Selbstständige zu tun (VOX 12. Mai 2020).

POPULISTISCHE SPRACHE

Darüber hinaus machte VOX ausgiebig Gebrauch von populistischen Tropen, hier verstanden als eine sehr manichäische und moralistische Sicht der Gesellschaft, die das ‚reine Volk' einer ‚korrupten Elite' gegenüberstellt (Mudde 2004). Angriffe gegen die Regierungschefs erfolgten beispielsweise häufig in der Form, dass VOX sie eigennützigen Verhaltens beschuldigte und ihnen vorwarf, sie würden den Erhalt ihrer Macht und ihre ideologische Agenda über „das Leben, die Gesundheit, die Beschäftigung und den Wohlstand des spanischen Volkes" stellen (VOX 28. Mai 2020). Im Einklang mit einer Rhetorik, die den ‚progressiven Konsens' (abwertend ‚*consenso progre*' genannt) und den ‚gesunden Menschenverstand' des Volkes einander gegenüberstellt, beschuldigte die Partei die Linke, sich ausschließlich auf ihre globalistische Agenda zu konzentrieren, während VOX selbst „als einzige Partei die Realität dessen versteht, was kleine Unternehmen und Arbeitnehmer durchmachen" (VOX 28. April 2021).

Ein weiterer populistischer Vorwurf, den VOX häufig vorbringt, ist der angebliche Missbrauch von Steuergeldern durch die politischen Eliten. Es überrascht nicht, dass sie dies auch im Kontext der Pandemie tat, etwa wenn sie schrieb, es sei „heute deutlicher denn je, dass öffentliche Gelder wie die zur Finanzierung der [territorialen] Dezentralisierung besser für den Schutz von Gesundheit und Leben der Menschen eingesetzt werden" (VOX 2. April 2020). Hier nutzte sie dies zugleich als Gelegenheit, sich für ihr wichtigstes Anliegen einzusetzen, die (Re-)Zentralisierung Spaniens. Im Einklang mit ihrer Haltung, dass politische Parteien öffentliche Gelder unangemessen verwenden, spendete sie außerdem die parlamentarische Vergütung der Partei für März und April 2020 an Vereinigungen von Opfern von COVID-19 (La Vanguardia 2020).

MIGRATIONSFEINDLICHE ARGUMENTE

Nicht zuletzt nutzte die Partei die Pandemie auch, um ihre einwanderungsfeindliche Rhetorik zu verstärken. Wie bereits erwähnt, stand Spanien (insbesondere die Kanarischen Inseln) während der Pandemie unter erheblichem Migrationsdruck. Dass dies zeitlich mit den schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zusammenfiel, bildete einen fruchtbaren Boden für irreführende Zusammenhänge, etwa eine Gegen-

überstellung des Wohlergehens von Zugewanderten und Einheimischen (das immer als Nullsummenspiel interpretiert wurde). Beispiele dafür finden sich in der Kommunikation von VOX in den sozialen Medien zuhauf: „Für 800.000 Einwanderer aus Ländern der Dritten Welt: Papiere und Mindesteinkommen. Für die Tausenden von arbeitslosen spanischen Staatsbürgern, Selbstständigen, kleinen und mittleren Unternehmen, die zum Ruin verurteilt sind: Almosen oder nichts. Das ist alles Teil des Plans der ‚neuen Normalität' […]" (VOX 30. April 2020). Die Behauptung, irreguläre Einwanderung bilde ein wirtschaftliches Problem, ist nun nicht neu. Hier werden aber die katastrophalen wirtschaftlichen Folgen der Pandemie genutzt, um diese Verknüpfung weiter zuzuspitzen: „Entweder Renten für die Witwen oder Zahlungen für die MENAS[7]. Heute mehr denn je: sie oder wir. Es ist eine Frage des Überlebens" (VOX 21. Juni 2020).

MIGRATION ALS GESUNDHEITSBEDROHUNG

Darüber hinaus hat die Pandemie den einwanderungsbedingten ‚Bedrohungen' im Repertoire der rechtspopulistischen Propaganda eine weitere hinzugefügt: die Gesundheitsbedrohung. In alarmistischer Manier behauptete VOX, dass viele der in Spanien ankommenden Menschen mit COVID-19 infiziert seien (z. B. „Die Spanier leiden unter der beispiellosen Ankunft von Illegalen an unseren Küsten, von denen viele infiziert sind" (VOX 2. August 2020); „Illegale Migration […] ist eine sehr ernste Bedrohung für die Gesundheit, die Sicherheit und das Zusammenleben der Spanier" (VOX 7. August 2020). Ebenso wie die Partei in den sozialen Medien häufig auf irreguläre Einreisen verweist oder Kriminalitätsfälle mit Beteiligung von Eingewanderten anprangert, berichtete sie auch regelmäßig über COVID-19-Ausbrüche unter Zugewanderten. Überhaupt befasste sie sich weiterhin sehr intensiv mit dem Thema Migration, auch jenseits der angeblich damit verbundenen Gesundheitsgefährdung. So waren Kriminalität und Sicherheit, die ausdrücklich mit Einwanderung in Verbindung gebracht wurden, bei VOX auch im Wahlkampf für die Regionalwahl in Madrid im April/Mai 2021 ein zentrales Thema.

EU-KRITIK

Schließlich nutzte VOX die Pandemie gelegentlich auch, um eins der Themen anzusprechen, über die die Partei sich regelmäßig empört. Dazu gehört etwa die oben bereits genannte territoriale Dezentralisierung. Ein weiteres Beispiel ist die Europäische Union. So kritisierte die Partei es als ‚Souveränitätsverlust', dass die Verwendung europäischer Mittel an bestimmte Bedingungen geknüpft ist; dies sei ein Mittel für die „Brüsseler Eliten, ihre globalistische Agenda durchzusetzen" (VOX 22. Juli 2020). Sie verurteilte insbesondere, dass EU-Mittel eingesetzt werden, um den Klimawandel zu bekämpfen und die Integration von Eingewanderten zu fördern, während zugleich die Mittel für die GAP gekürzt würden.

AUSBLICK

Der Aufstieg von VOX in der spanischen Politik erfolgte zu einer Zeit, in der die Polarisierung offenbar einen neuen Höhepunkt erreicht hat. Er ist aber vermutlich nicht nur ein Ergebnis dieser Entwicklung; angesichts der manichäischen und überspitzten Rhetorik dürfte deren Erfolg diesen Trend auch wiederum verstärken. Die Pandemie hat VOX eine Reihe neuer Ansatzpunkte geboten, um ihre Opposition weiter auszubauen. Das gipfelte im Oktober 2020 in einem Misstrauensantrag. Die Mainstream-Rechtspartei Partido Popular hat sich zwar von VOX distanziert, indem sie gegen den Misstrauensantrag stimmte. Es scheint jedoch, dass die Positionen und der Ton von VOX auf die Kommunikation dieser Partei abgefärbt haben (Olivas Osuna/Rama 2021). Nach den Bündnismustern auf regionaler Ebene zu urteilen könnte

7 Die Abkürzung MENAS steht für „Menor extranjero no acompañado" und bezeichnet unbegleitete minderjährige Zugewanderte (unter 18 Jahren).

VOX in einer künftigen rechtsgerichteten Nationalregierung durchaus ein Koalitionspartner werden.

Nichtsdestoweniger scheint der Rechtspopulismus in Spanien weder durch die Pandemie zu verlieren noch davon zu profitieren, denn die Wahlabsichten sind weitgehend stabil geblieben. Das steht im Einklang mit den europäischen Trends. Die spanische Regierung hat jedoch nicht von dem ‚Rally 'round the flag'-Effekt profitiert, der andernorts zu beobachten ist, und die politische Landschaft erscheint so zersplittert und gespalten wie eh und je.

LITERATUR

ABC 2020: Abascal arremete contra Sánchez en el Congreso: 'Preside usted el peor Gobierno en 80 años'; 21. Oktober 2020; verfügbar unter: https://www.abc.es/espana/abci-abascal-arremete-contra-sanchez-congreso-preside-usted-peor-gobierno-80-anos-202009091237_video.html#vca=rrss&vmc=abc-es&vso=fb&vli=cm-general&_tcode=bWprbzcy (letzter Zugriff: 15.07.2021).

Andrino, Borja / Grasso, Daniele / Llaneras, Kiko 2020: El exceso de muertes en la crisis del coronavirus se eleva hasta los 43.000 muertos; in: El País, 17. Juni 2020; verfügbar unter: https://elpais.com/sociedad/2020/05/27/actualidad/1590570927_371193.html (letzter Zugriff: 12.07.2021).

Carvajal, Álvaro 2020: VOX colapsa Madrid contra el Gobierno y llama a aumentar la presión en las calles; in: El Mundo, 23. May 2020; verfügbar unter: https://www.elmundo.es/espana/2020/05/23/5ec9017521efa03b4e8b45f0.html (letzter Zugriff: 15.07.2021).

CIS (Centro de Investigaciones Sociológicas) 2019: December 2019 Barometer; verfügbar unter: http://datos.cis.es/pdf/Es3269marMT_A.pdf
(letzter Zugriff: 13.07.2021).

Dong, Ensheng / Du, Hongru / Gardner, Lauren 2020: An Interactive web-based dashboard to track COVID-19 in real time; in: The Lancet Infectious Diseases 20 (5), S. 533-534. doi: 10.1016/S1473-3099(20)30120-1

García, Luis B. 2020: VOX usará la moción para denunciar a 'un gobierno criminal' y la 'oposición contemplativa" de PP y Cs'; in: La Vanguardia, 20. Oktober 2020; verfügbar unter: https://www.lavanguardia.com/politica/20201020/484196913533/vox-mocion-de-censura-denunciar-gobierno-criminal-oposicion-contemplativa-pp-cs.html (letzter Zugriff: 15.07.2021).

González, Miguel 2020: VOX acusa al Gobierno de aplicar una 'euthanasia feroz' con el coronavirus; in: El País, 13. April 2020; verfügbar unter: https://elpais.com/espana/2020-04-13/VOX-acusa-al-gobierno-de-aplicar-una-eutanasia-feroz-con-el-coronavirus.html
(letzter Zugriff: 14.07.2021).

La Vanguardia 2020: VOX donará la subvención de su grupo parlamentario a víctimas coronavirus; 02. April 2020; verfügbar unter: https://www.lavanguardia.com/politica/20200402/48278515952/VOX-donara-la-subvencion-de-su-grupo-parlamentario-a-victimas-coronavirus.html (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Minder, Raphael 2020: Spain's Coronavirus Crisis Accelerated as Warnings Went Unheeded; in: The New York Times, 07. April 2020; verfügbar unter: https://www.nytimes.com/2020/04/07/world/europe/spain-coronavirus.html (letzter Zugriff: 18.08.2021).

Monforte, Marta 2020: Casado sostiene que el pico actual de contagios procede de las marchas del 8-M y critica al Gobierno por 'alentarlas'; in: Público, 20. März 2020; verfügbar unter: https://www.publico.es/politica/coronavirus-casado-sostiene-pico-actual-contagios-procede-marchas-8-m-critica-gobierno-alentarlas.html (letzter Zugriff: 14.07.2021).

Mudde, Cas 2004: The Populist Zeitgeist; in: Government and Opposition 39 (4), S. 541-563.

Olivas Osuna, José Javier / Rama, José 2021: COVID-19: A Political Virus? VOX's Populist Discourse in Times of Crisis; in: Frontiers in Political Science, 3: 678526.

Politico 2021: Spain – National Parliament Voting Intention; in: Politico: Poll of Polls; verfügbar unter: https://www.politico.eu/europe-poll-of-polls/spain/
(letzter Zugriff: 12.07.2021).

Royo, Sebastián 2020: Responding to COVID-19: The Case of Spain; in: European Policy Analysis 6 (2), S. 180-190.

Europäische Kommission: Standard Eurobarometer 94, Winter 2020-2021: Public Opinion in the European Union, Annex; verfügbar unter: https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=76407 (letzter Zugriff: 18.08.2021).

Europäische Kommission: Standard Eurobarometer 92, Autumn 2019: Public Opinion in the European Union, Annex; verfügbar unter: https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=72800 (letzter Zugriff: 18.08.2021).

Tremlett, Giles 2020: How did Spain get its Coronavirus Response so Wrong?; in: The Guardian, 26. März 2020; verfügbar unter: https://www.theguardian.com/world/2020/mar/26/spain-coronavirus-response-analysis (letzter Zugriff: 12.07.2021).

Vox 2020, 2. April: OS PEDIMOS QUE AYUDÉIS A DIFUNDIR ESTO...; Facebook VOX España; verfügbar unter: https://www.facebook.com/467127060059387/posts/2509035692535170 (letzter Zugriff: 19.07.2021).

Vox 2020, 15. April: Nuestro diputado Víctor Sánchez desenmascara al Gobierno...; Facebook VOX España; verfügbar unter: https://www.facebook.com/467127060059387/posts/2535971316508274 (letzter Zugriff: 19.07.2021).

Vox 2020, 28. April: VOX es el único partido que entiende la realidad...; Facebook VOX España; verfügbar unter: https://www.facebook.com/467127060059387/posts/3560736817365047 (letzter Zugriff: 19.07.2021).

Vox 2020, 30. April: Para 800.000 inmigrantes de países tercermundistas...; Facebook VOX España; verfügbar unter: https://www.facebook.com/467127060059387/posts/2569832279788844 (letzter Zugriff: 19.07.2021).

Vox 2020, 6. Mai: ¿Por qué VOX ha votado NO al #EstadoDeAbuso del Gobierno y qué alternativa propone?...; Facebook VOX España; verfügbar unter: https://www.facebook.com/467127060059387/posts/2583837108388361 (letzter Zugriff: 20.07.2021).

Vox 2020, 12. Mai: Después del #EstadoDeAbuso miles de negocios no volverán a abrir por culpa del Gobierno del paro y la miseria...; Facebook VOX España; verfügbar unter: https://www.facebook.com/467127060059387/posts/2596416430463762 (letzter Zugriff: 20.07.2021).

Vox 2020, 28. Mai: Nuestro diputado Manuel Mariscal a Rosa María Mateo...; Facebook VOX España; verfügbar unter: https://www.facebook.com/467127060059387/posts/2636447196460685 (letzter Zugriff: 20.07.2021).

Vox 2020, 21. Juni: O pensiones para las viudas o paguitas para...; Facebook VOX España; verfügbar unter: https://www.facebook.com/467127060059387/posts/2695210683917669 (letzter Zugriff: 21.07.2021).

Vox 2020, 22. Juli: ¿Qué hay detrás del pacto europeo para la recuperación?...; Facebook VOX España; verfügbar unter: https://www.facebook.com/467127060059387/posts/2779282935510443 (letzter Zugriff: 21.07.2021).

Vox 2020, 2. August: 'Los españoles están sufriendo...'; Facebook VOX España; verfügbar unter: https://www.facebook.com/467127060059387/posts/2809073042531432 (letzter Zugriff: 24.08.2021).

Vox 2020, 7. August: 'En Vox consideramos que...'; Facebook VOX España; verfügbar unter: https://www.facebook.com/watch/?v=2905784103041289 (letzter Zugriff: 24.08.2021).

Vox 2020, 30. September: El pasado domingo, ANCAV recordó...; Facebook VOX España; verfügbar unter: https://www.facebook.com/467127060059387/posts/2985357358236332 (letzter Zugriff: 22.07.2021).

Vox 2020, 31. Oktober: La mafia mediática oculta la ruina...; Facebook VOX España; verfügbar unter: https://www.facebook.com/467127060059387/posts/3074680519304015

Vox 2021, 26. Januar: Más globalismo y más fronteras abiertas...; Facebook VOX España; verfügbar unter: https://www.facebook.com/467127060059387/posts/3299394440165954 (letzter Zugriff: 23.07.2021).

Weltbank 2021: Data. Population, total; verfügbar unter: https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL?most_recent_value_desc=true (letzter Zugriff 03.08.2021).

Zanotti, Lisa / Turnbull-Dugarte, Stuart J. 2021: Surviving but not Thriving: VOX and Spain in Times of Covid-19; in: OSF Preprints; verfügbar unter: https://osf.io/gvnpe (letzter Zugriff: 24.07.2021).

RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN IN ZEITEN DER PANDEMIE

11 TSCHECHIEN

ENTWICKLUNG DER PANDEMIE

TSCHECHIEN BLEIBT VON ERSTER CORONA-WELLE VERSCHONT

In der ersten Corona-Welle gehörte Tschechien zu den Staaten in der Europäischen Union, die die niedrigsten Ansteckungsraten verzeichneten. Nachdem am 1. März 2020 die ersten drei Fälle von COVID-19 bestätigt worden waren, reagierte die Regierung schnell und setzte sehr strikte Infektionsschutzmaßnahmen in Kraft (Guasti 2020a: 54). Bereits am 12. März rief sie den Notstand aus, der bis zum 17. Mai andauern sollte. In diesem Zusammenhang unterlagen nicht nur der Einzelhandel, der Dienstleistungssektor und diverse Betriebe starken Einschränkungen. Bildungseinrichtungen mussten schließen, die Versammlungsfreiheit und internationale Mobilität wurden stark eingeschränkt und die Bevölkerung war auch im Außenbereich dazu verpflichtet, Masken zu tragen.

Angesichts der niedrigen Ansteckungsquote, der zunehmenden Kritik aus den Oppositionsreihen und des öffentlichen Wunsches nach einer Rückkehr in ein ‚normales Leben' lockerte die Regierung die Corona-Schutzmaßnahmen in den Sommermonaten enorm.[1] Obwohl die Zahl der Neuansteckungen bereits im Juli 2020 allmählich wieder zu steigen begann, kehrte sie selbst im August noch zu keinen strengeren Maßnahmen zurück. Präventive Schritte auf operativer Ebene – wie die Erhöhung von Testungskapazitäten oder die Verbesserung der Nachverfolgung von Kontaktpersonen (Guasti 2020b; Buštíková/Baboš 2020: 502) – wurden nicht gegangen, die Entwicklung einer konsistenten Strategie zur Pandemiebekämpfung blieb aus (Klimovský et al. 2021: 101ff.).

Unterschätzt wurde die Lage jedoch nicht nur von der Regierung. Obwohl sich die tschechische Bevölkerung laut einer repräsentativen Umfrage weitgehend maßnahmenkonform verhielt (STEM 2021a), wurden immer wieder Fälle bekannt, die den Verdacht bestärkten, dass die Anordnungen nicht immer strikt befolgt wurden. So gab es selbst zu Zeiten der Lockdowns etliche Restaurants, die hinter verschlossenen Fensterläden und Türen weiter in Betrieb waren und rege besucht wurden (irozhlas.cz 2021).

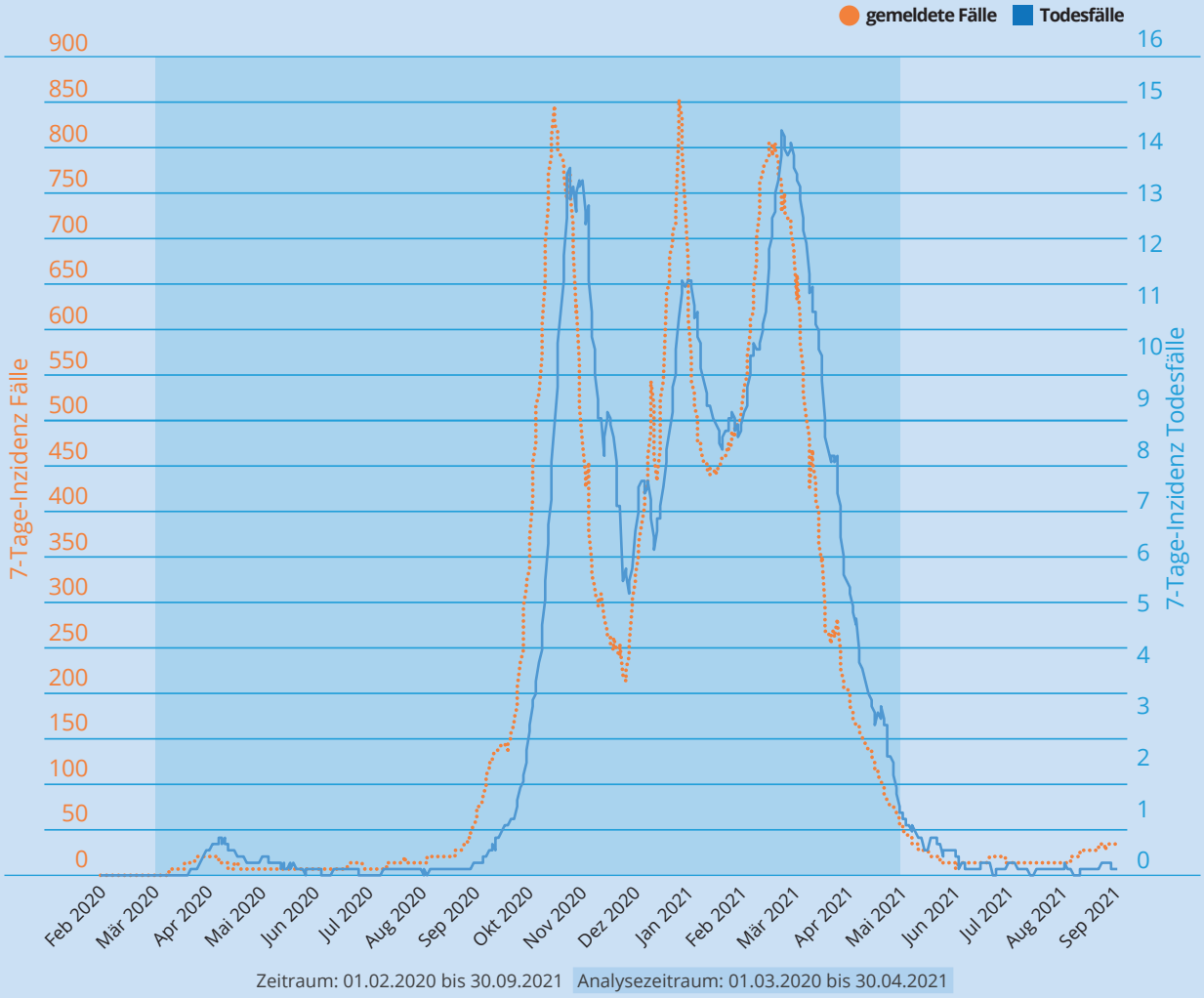
COVID-19-Statistik für Tschechien (Stand: 30. September 2021)

Bevölkerungszahl	10.698.900
Bestätigte Fälle	1.691.489
Bestätigte Fälle pro 100.000	15.810*
Todesfälle	30.459
Todesfälle pro 100.000	285*
Fall-Verstorbenen-Anteil	1,8 %*

*Quellen: Weltbank 2021 & Dong/Du/Gardner 2020 / *Eigene Berechnung*

1 Von Juni bis August 2020 gab es in Tschechien beispielsweise nur in medizinischen Einrichtungen und Seniorenheimen eine Maskenpflicht. Mit Ausnahme der Prager Metro waren selbst die Passagiere öffentlicher Verkehrsmittel von ihr befreit.

Abb. 1: 7-Tage-Inzidenzen der gemeldeten Fälle sowie Todesfälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Tschechien



Quellen: Weltbank 2021 & Dong/Du/Gardner 2020 / Eigene Berechnung

IN DER ZWEITEN WELLE EXPLODIERT DAS INFEKTIONSGESCHEHEN

Wie Abb. 1 veranschaulicht, schnellten die Corona-Neuerkrankungen im September 2020 nach oben. Erst Mitte desselben Monats kündigte Premier Andrej Babiš die Rückkehr zu strikteren Infektionsschutzmaßnahmen an und räumte Versäumnisse ein (echo24.cz 2020). Ungeachtet der erneuten Ausrufung des Notstands am 5. Oktober verzeichnete Tschechien Mitte Oktober mehr Neuansteckungen pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner als jedes andere Land der Welt. In Reaktion darauf schickte die Regierung das Land am 22. Oktober in einen soften Lockdown: Die meisten Tschechinnen und Tschechen gingen weiterhin regulär zur Arbeit, Inlandsreisen und etliche andere Aktivitäten waren weiterhin erlaubt. Am 4. November 2020 wurden mit 15.727 Neuinfektionen mehr Fälle verzeichnet als im gesamten Frühjahr (Nemec et al. 2021: 284). Nachdem es zum Jahresende nicht gelang, das Infektionsgeschehen in den Griff zu bekommen, stand der Beginn des Jahres 2021 im Zeichen eines harten Lockdowns. Abseits der bekannten Maßnahmen aus der ersten Welle wurde die Bewegungsfreiheit noch stärker eingeschränkt. Das Verlassen des Wohnbezirks war nur noch in Ausnahmefällen möglich. Zusammen mit den beginnenden Impfungen gegen COVID-19 beruhigte sich die Lage allmählich.

REGIERUNG IN DER KRITIK

Tschechien entwickelte sich während der Pandemie gewissermaßen vom Spitzenreiter zum Schlusslicht. Im September 2021 wies das Land mit fast 1,7 Millionen bestätigten Ansteckungen im Vergleich zu anderen EU-Staaten eine

sehr hohe Durchseuchung aus. Der Pandemieverlauf schlug jedoch nicht nur auf statistische Messwerte durch, die mit der Gesundheit der Bevölkerung zusammenhängen: Meinten im Mai 2020 noch 70 Prozent der Tschechinnen und Tschechen, der Staat habe angemessen gehandelt und schätzten 86 Prozent die getroffenen Maßnahmen als (entschieden oder eher) wirksam ein (CVVM 2020a), trübte die zweite Welle die positiven Eindrücke enorm. So gaben während der dritten Welle im Februar 2021 rund 75 Prozent der Befragten an, sie hätten (eher oder gar) kein Vertrauen mehr in das Regierungshandeln im Zusammenhang mit COVID-19 (STEM 2021a; vgl. ähnlich auch CVVM 2021a).[2] Im April äußerten 37 Prozent, der Staat habe zu wenig gegen die Ausbreitung des Coronavirus unternommen (CVVM 2021a).

Gegenüber der Regierung etwa zeigte sich zu Beginn der Pandemie, im März 2020, jeder zweite Befragte misstrauisch, im Juni 2021 waren es bereits zwei von drei. Den größten Vertrauensverlust musste Präsident Miloš Zeman hinnehmen. Das Misstrauen der tschechischen Bevölkerung ihm gegenüber wuchs im Pandemieverlauf um stolze 18 Prozentpunkte. Ähnlich wie im Fall der Regierung blickten zum letzten Erhebungszeitpunkt im Juni 2021 zwei von drei Befragten skeptisch auf ihn (CVVM 2021b).

BÜRGERLICH-LIBERALE OPPOSITION PROFITIERT

Dazu kam es während der Pandemie zu parteipolitischen Verschiebungen: 2020 konnte sich *Akce nespokojených občanů* (ANO; dt.: Aktion unzufriedener Bürger), mit dem Multimilliardär Andrej Babiš an der Spitze, als stärkste Kraft des Landes noch behaupten (CVVM 2020b, 2020c, 2020d, 2020e, 2020f; STEM 2021b).[3] Nachdem der von ihrer Regierung verantwortete Infektionsschutz Anfang 2021 nur mäßig erfolgreich war, sank die Popularität der populistischen ANO für einige Monate jedoch beträchtlich. In den Umfragen schob sich das Wahlbündnis PirSTAN,[4] das die Pandemie-Politik der Regierung von einer bürgerlich-liberalen Warte aus stark kritisierte, auf Platz eins.

Tab. 1: Relevante politische Parteien in Tschechien

Parteien	Abkürzung	Zugehörigkeit zur Fraktion im EU-Parl.	Politische Ausrichtung	Ergebnisse der Wahl des Abgeordnetenhaus (2017)*
Česká pirátská strana	Piráti	G/EFA	Liberalismus, progressiv	10,8 %
Akce nespokojených občanů	ANO	Renew Europe	Konservatismus, wirtschaftsliberal	29,6 %
Občanská demokratická strana	ODS	EKR	Konservatismus, liberal	11,3 %
Svoboda a přímá demokracie	SPD	ID	Rechtspopulismus, islamfeindlich, nationalistisch	10,6 %

**Die jüngste Wahl des Abgeordnetenhauses fand im Oktober 2021 statt, d.h. jenseits des Beobachtungszeitraums der Studie.*

2 In allen europäischen Staaten sank im Verlauf der vergangenen Monate das Vertrauen in das Regierungshandeln bezüglich des Pandemiegeschehens. Im internationalen Vergleich allerdings gingen die Werte nirgendwo so stark zurück wie in Tschechien (YouGov 2021; STEM 2021a).

3 Zusammen mit *Česká strana sociálně demokratická* (ČSSD; dt.: Tschechische Sozialdemokratische Partei) bildete sie zwischen 2018 und 2021 eine Minderheitsregierung, die sich regelmäßig auf Stimmen von *Komunistická strana Čech a Moravy* (KSČM; dt.: Kommunistische Partei Böhmens und Mährens) stützt.

4 PirSTAN besteht aus *Česká pirátská strana* (Piráti; dt.: Tschechischen Piratenpartei) und *Starostové a nezávislí* (STAN; dt.: Bürgermeistern und Unabhängigen).

Unmut über das Pandemie-Management kam darüber hinaus aus den Reihen von SPOLU,[5] einem zweiten bürgerlich-liberalen Bündnis, das mit Blick auf die Abgeordnetenhauswahl am 8. und 9. Oktober 2021 ähnlich wie PirSTAN vor allem geschmiedet worden war, um den skandalträchtigen Premier Babiš abzulösen.

ANO VERPASST DEN WAHLSIEG

Nachdem sich das Infektionsgeschehen im zweiten Quartal wieder beruhigt hatte, stiegen die Präferenzen für ANO erneut. Bis kurz vor der Wahl wiesen die führenden Meinungsforschungsinstitute des Landes Babišs Partei mit knapp 30 Prozent als stärkste Kraft aus, SPOLU und PirSTAN lagen mit jeweils etwa 20 Prozent deutlich zurück (MEDIAN 2021; STEM 2021c). Von einer Kritik an Babišs Corona-Politik konnten sie kaum mehr profitieren. Erst infolge der Affäre um die sogenannten *Pandora Papers*, die heimliche Offshore-Geschäfte von Hunderten Amtsträgern weltweit, darunter auch Andrej Babiš, enthüllten und Anfang Oktober geleaked worden waren (SZ 2021), legte SPOLU entscheidend zu. Mit 27,79 Prozent und einem hauchdünnen Vorsprung von 0,67 Prozent gewann das Bündnis die Wahl im Oktober 2021 vor ANO und den drittplatzierten PirSTAN (volby.cz 2021).

RECHTSPOPULISTEN PROFILIEREN SICH ALS REGIERUNGSKRITIKER

Einen neuerlichen Aufschwung erfuhr während der Pandemie die rechtspopulistische Partei *Svoboda a přímá demokracie* (SPD). 2015 unter anderem von Tomio Okamura gegründet worden, zog sie 2017 mit über 10 Prozent der Stimmen erstmalig in das Abgeordnetenhaus ein. Nachdem sie auch bei der Europawahl 2019 ein ähnliches Ergebnis erzielt hatte, verlor sie jedoch sukzessive an Zustimmung und hatte im September 2020, als die zweite Corona-Welle in Tschechien an Fahrt aufnahm, nur mehr ein Wahlpotenzial von 4,5 Prozent (CVVM 2020e). Über die Herbst- und Wintermonate etablierte sich SPD jedoch als scharfe Kritikerin der staatlichen Pandemiebekämpfung von rechtsaußen und stieg damit in der Wählergunst (Kantar CZ 2021). Im Wahlkampf mobilisierte sie hauptsächlich gegen eine (vermeintlich drohende) Impflicht und verwehrte sich gegen die etwaige Diskriminierung von ungeimpften Personen. Zum Thema machte sie jedoch immer wieder auch Migration und warnte vor dem Zuzug von Personen aus Drittstaaten (SPD 2021c). Ihre Positionen brachten der Partei bei der jüngsten Wahl 9,6 Prozent der Stimmen ein. Erneut ist sie damit die viertstärkste parlamentarische Kraft.

BEITRÄGE IN SOCIAL MEDIA – CORONA UND MIGRATION IM VERGLEICH

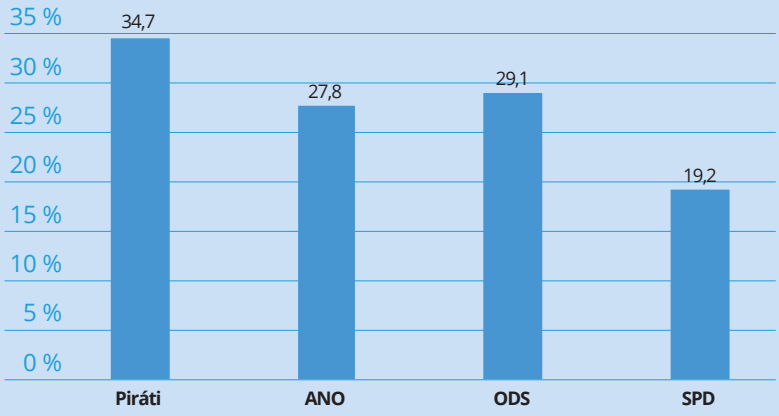
Mit Blick auf die Facebook-Beiträge, wie sie zwischen dem 1. März 2020 und dem 30. April 2021 auf den offiziellen Accounts der politischen Gruppierungen veröffentlicht wurden, fällt zunächst auf, dass die Pandemie einen wichtigen Bezugspunkt darstellte.

AM HÄUFIGSTEN BEZOGEN SICH DIE PIRATEN AUF DIE PANDEMIE, AM SELTENSTEN DIE RECHTSPOPULISTEN

Mindestens jeder fünfte (im Fall SPD) und maximal jeder dritte Beitrag (im Fall Piráti) bezogen sich auf COVID-19 (Abb. 2). Dass Piráti letzteres im parteiübergreifenden Vergleich am häufigsten thematisierte, mag daran liegen, dass die Partei als stärkste Oppositionskraft seit Monaten die Regierung für ihr Pandemie-Management im Allgemeinen und ihre Eingriffe in individuelle Freiheiten im Besonderen kritisiert. Die rechtspopulistische Partei SPD bezog sich zwar auch auf das Virus, tat dies im Analysezeitraum (01.03.2020 bis 30.04.2021) allerdings deutlich seltener. Nachdem während der ersten Welle, im März und April 2020, mit 117 an der Zahl noch relativ viele Beiträge die Pandemie zum Gegenstand machten, sank die

5 SPOLU (dt.: Gemeinsam) besteht aus *Občanská demokratická strana* (ODS; dt.: Bürgerlich-Demokratischen Partei), *Křesťanská a demokratická unie – Československá strana lidová* (KDU-ČSL; dt.: Christdemokratischen Union – Tschechoslowakischen Volkspartei) und *Tradice, odpovědnost, prosperita* (TOP 09; dt.: Tradition, Verantwortung, Wohlstand).

Abb. 2: Anteil coronabezogener Facebook-Beiträge nach Parteien



Analysezeitraum: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

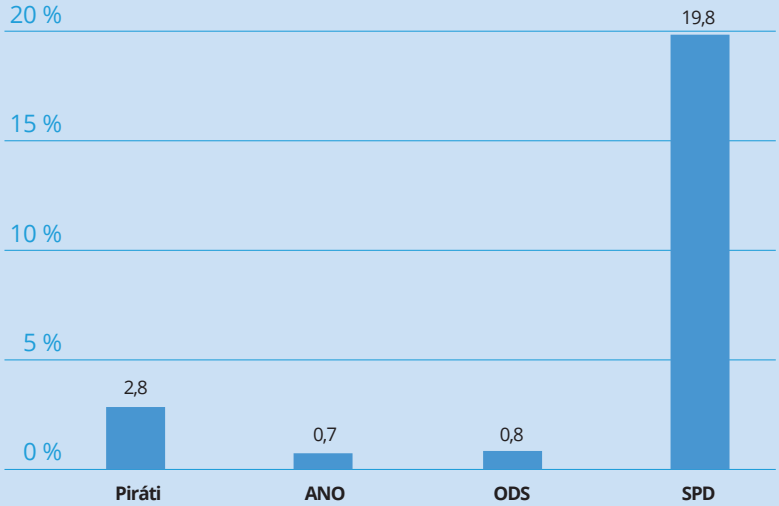
Anzahl in den Folgemonaten erheblich. Selbst am Ende des Jahres, als die Neuinfektionen dramatisch anstiegen, änderte sich an der vergleichsweise niedrigen Frequenz nichts.

RECHTSPOPULISTEN MOBILISIEREN PRIMÄR MIT MIGRATION

Ein wichtiger Grund hierfür scheint der thematische Fokus der Rechtspopulisten zu sein, denn: Für ihre politische Mobilisierung ist das Thema Migration maßgeblich. Von insgesamt 3.359 Beiträgen bezogen sich 666 auf entsprechende Themen. Auf den Facebook-Seiten der anderen politischen Gruppierungen war Migration im Beobachtungszeitraum demgegenüber kaum von Belang (Abb. 3).

Wie aus Abbildung 4 hervorgeht, wurde Migration dabei im Zeitraum vor der Pandemie (01.01.2019 bis 29.02.2020) von 20,4 Prozent der Beiträge adressiert, in den analysierten Pandemiemonaten (01.03.2020 bis 30.04.2021) waren es 19,1 Prozent – was nicht nur im tschechischen Kontext, sondern auch im europäischen Vergleich herausragende Größen sind.

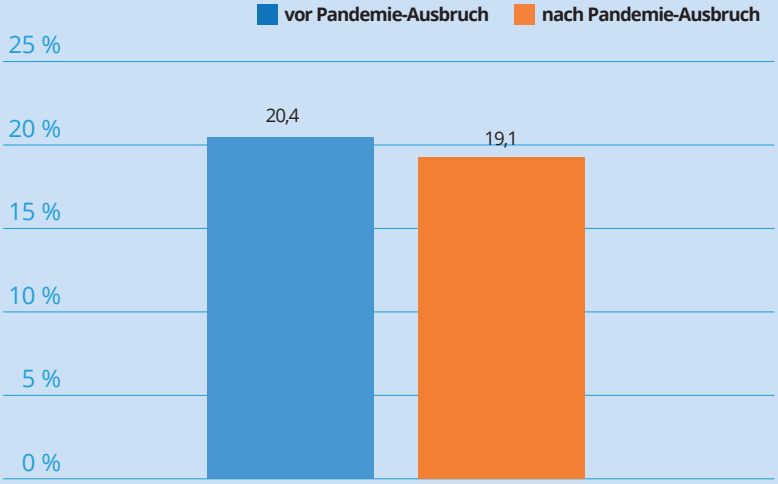
Abb. 3: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge nach Parteien



Beobachtungszeitraum: 01.01.2019 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

Abb. 4: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge von SPD vor und nach Ausbruch der Pandemie

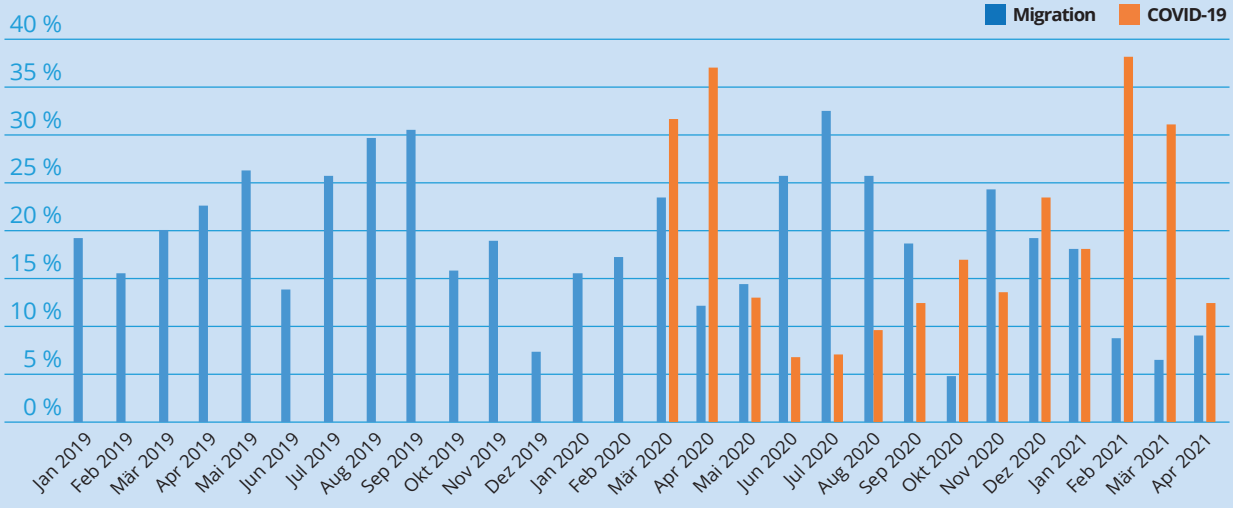


vor Pandemie-Ausbruch: 01.01.2019 bis 29.02.2020
nach Pandemie-Ausbruch: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

Ein Blick auf die Facebook-Beiträge, wie sie sich anteilig jeweils auf COVID-19 oder Migration bezogen (Abb. 5), zeigt, dass beide Themen in den Monaten nach Ausbruch der Pandemie starken Schwankungen unterlagen. Spielte das Coronavirus für SPD besonders in den Herbst- und Wintermonaten eine herausragende Rolle, setzte die Partei vor allem im Sommer 2020 zahlreiche Beiträge ab, die Migration zum Gegenstand machten.

Abb. 5: Anteile migrations- und coronabezogener Facebook-Beiträge von SPD im Zeitverlauf



Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

Mit Ausnahme von SPD, die über die Politisierung von Migration ihre Identität als rechte Partei markiert und Teile ihrer Wählerschaft mobilisiert, stellen migrationsbezogene Posts bei den wichtigsten politischen Gruppierungen nur einen äußerst geringen Anteil an den Gesamtveröffentlichungen dar. Ein Grund dafür ist, dass Tschechien im europäischen Vergleich einen relativ geringen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund hat. Ein anderer, dass die Salienz von Migration – nach einem kurzen Hoch im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise – grundsätzlich auf einem niedrigen Niveau ist. Laut aktu-

ellem Eurobarometer wird Immigration von nur 4 Prozent der Befragten als eines der beiden wichtigsten Probleme für Tschechien benannt (Europäische Kommission 2021: 28). Migration wird weder in der Gesellschaft noch im parteipolitischen Diskurs besonders kontrovers diskutiert. Da fast alle Tschechinnen und Tschechen eine migrationskritische Haltung teilen, hält sich das Mobilisierungspotenzial des Themas in Grenzen (Chmelar 2020: 4).

RECHTSPOPULISTISCHE DISKURSE

ZU PANDEMIEBEGINN BEZIEHT SPD AMBIVALENTE POSITION

In den ersten Wochen, in denen das Coronavirus in Tschechien virulent wurde, bezog die rechtspopulistische Partei SPD samt ihren führenden Vertretern keine eindeutige Position. Konstruktive Töne wurden angeschlagen, wenn SPD beispielsweise die Notwendigkeit betonte, „dass alle an einem Strang ziehen" müssten und sich trotz ihrer Oppositionsrolle bereiterklärte, „alle konstruktiven Regierungsvorschläge zur Lösung der Situation zu unterstützen" (SPD 13. März 2020). Konkret bedeutete diese Unterstützung nicht nur, dass die Partei im Abgeordnetenhaus die Notstandsregelungen mit verabschiedete und die von der Regierung implementierten strikten Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung unterstützte. Dazu rief der Vorsitzende Okamura auf seiner Facebook-Seite zur Mäßigung und gegenseitigen Rücksicht auf, als er beispielsweise diejenigen maßregelte, die andere mit Corona infizierte Personen auslachten, zurückwiesen oder schikanierten, sie sollten „mit dem Blödsinn aufhören" und sich „gegenüber anderen rücksichtsvoll und helfen[d]" zeigen (Okamura 15. April 2020).

In die politischen Aussagen von SPD mischten sich allerdings von Anfang an auch populistische Töne, die im Verlauf der Zeit immer lauter wurden. Mit Blick auf alle ihre Einträge im Corona-relevanten Analysezeitraumzeitraum lassen sich dabei zwei wesentliche politische Mobilisierungsmuster erkennen: In denjenigen Beiträgen, die sich auf die Pandemie bezogen, sollte die Partei entweder das Verhalten der tschechischen Regierung kritisieren oder Corona mit Inhalten verknüpfen, die sie klassischerweise nutzt, um Wählerinnen und Wähler gemeint. Damit angesprochen sind eine starke EU- und Deutschlandkritik einerseits und migrationskritische Positionen andererseits.

RECHTSPOPULISTEN STIMMEN GEGEN DIE NOTSTANDSREGELUNGEN

Nur zwei Tage, nachdem in Tschechien die ersten Corona-Infizierten registriert worden waren, ließ SPD auf Facebook wissen, „dass die Regierung nicht auf Krisensituationen inklusive dem Coronavirus vorbereitet ist und zu spät reagiert hat" (SPD 3. März 2020). Der Mitbegründer der Partei und aktuelle Fraktionsvorsitzende Radim Fiala meinte, die Regierung hätte bereits aktiv werden sollen, als das Virus Italien erreichte (Fiala 3. März 2020). Formal schlug sich die kritische Position gegenüber der Regierung Ende April dann insofern nieder, als dass SPD als einzige im Parlament vertretene politische Kraft ab diesem Zeitpunkt gegen jede weitere Notstandsregelung stimmte,[6] gleichwohl sie beteuerte, „Empfehlungen von Epidemiologen und Experten" (SPD 28. April 2020) seien für ihre Haltung entscheidend.

Das Verhältnis von SPD zu wissenschaftlicher Expertise war dabei von Anfang an gespalten: Einerseits bezog die Partei vor allem in den ersten Pandemiemonaten immer wieder eine affirmative Haltung gegenüber Epidemiologen und anderen Gesundheitsexperten und dankte „allen unseren Hygienikern, Medizinern und Sanitätern" für ihren Einsatz (SPD 10. März 2020, 25. März 2020). Andererseits zweifelte sie ab der zweiten Welle die Aussagekraft von statistischen Daten bisweilen radikal an. Kritisiert wurde insbesondere die Methodik, weil sie nicht nur Personen als Corona-Tote aus-

6 Im Februar 2021 stellte SPD sogar einen Antrag auf Aufhebung des Notstands (SPD 23. Februar 2021), scheiterte jedoch am Mangel an Abgeordnetenstimmen.

wies, die an COVID-19 verstorben waren, sondern auch diejenigen zählte, die mit COVID-19 verschieden (SPD 20. Oktober 2020).

Die von den meisten Expertinnen und Experten sowie der Regierung befürworteten restriktiven Infektionsschutzmaßnahmen lehnte SPD ab. Als medizinisch hinreichend stufte die Partei eine selektive Prävention ein, die Risikogruppen wie Senioren, chronisch Kranke und medizinisches Personal fokussiere (SPD 20. April 2020, 22. September 2020). Ihre Position begründeten die Rechtspopulisten hauptsächlich über Verweise auf die Eigenverantwortlichkeit der Bürger für die eigene Gesundheit (SPD 28. Februar 2021), auf die Freiwilligkeit, sich etwa am Arbeitsplatz oder in der Schule einem Test zu unterziehen (SPD 22. Dezember 2020), respektive auf die Wahlfreiheit, sich beispielsweise impfen zu lassen und falls ja, sich den Impfstoff aussuchen zu können, denn „Vakzinen haben keine Ideologie" (SPD 9. März 2021). Dass gerade die sonst nicht selten autoritär argumentierende Partei die Freiheit derart hochhalten würde, war dabei nicht von vornherein ersichtlich. Noch im April 2020 schrieb ihr Vorsitzender auf der offiziellen Seite,

> *[w]ir werden akzeptieren müssen, dass sich in unserem Leben mehr oder weniger häufig Anordnungen bezüglich COVID-19 finden werden. […] Allen, die in diesem Fall fälschlich schreien, dass dies die Freiheit gefährde, muss ich sagen, dass Freiheit vor allem lebendigen Menschen nützt. Die notwendigen Pflichten und Einschränkungen zum Schutz von Leben und Gesundheit anzunehmen, ist im Gegensatz dazu ein beispielhaftes Verhalten eines freien Bürgers. Eines freien und verantwortungsbewussten Bürgers, eines Patrioten, der weiß, dass die zweite Seite der Freiheit Pflichten sind, die er auf sich nimmt.* (SPD 30. April 2020)

Nachdem der Notstand Mitte Mai 2020 zu einem vorläufigen Ende gefunden hatte und die Maßnahmen stark gelockert wurden, bezog SPD wieder einmal eine ambivalente Position. Einerseits begrüßte die Partei die Lockerungen und betonte mehrfach, es gebe keinerlei „Grund, den Leute mit einer zweiten Herbstwelle der Coronavirus-Pandemie Angst zu machen […]. Die Coronavirus-Pandemie verbreitet sich bei uns nicht flächendeckend, sondern nur lokal und das besonders infolge der Verantwortungslosigkeit von ein paar Einzelnen" (SPD 5. August 2020).

Angesichts der steigenden Zahl von Neuinfektionen im Sommer startete die Partei andererseits eine harsche Regierungskritik. COVID-19 verbreite sich „mit der gleichen Geschwindigkeit wie im Frühjahr", während die Regierung „die gegenwärtige Situation bagatellisiert" (SPD 24. Juli 2020), hieß es auf ihrer Facebook-Seite. Es gebe ein „Informationschaos" (SPD 15. September 2020), kein klares Konzept, es fehlten genaue Daten zur Lage und man habe „einige Monate bei der Vorbereitung auf den Herbst als der traditionellen Zeit für die Verbreitung von Viruserkrankungen" verloren (SPD 13. Oktober 2020). Am schärfsten sollte die Kritik schließlich im März und April 2021 ausfallen, zur selben Zeit, als die Regierung die Bevölkerung in Anbetracht des unkontrollierten Pandemiegeschehens in den bis dato härtesten Lockdown schickte und das Misstrauen der Tschechinnen und Tschechen in ihre politische Repräsentanz samt den von ihr ergriffenen Maßnahmen Rekordwerte erreichte.

> *Die Regierung hat das Vertrauen der Menschen absolut verloren, weil sie die Pandemie überhaupt nicht im Griff hat. […] Die Regierung hatte eine hinreichend lange Zeit, in der sie eine große Unterstützung von der Opposition und der Bevölkerung hatte, aber sie hat alles durch Blödsinn, Chaos, diktatorische Gebärden und eine Nicht-Kommunikation mit der Öffentlichkeit verspielt. […] Diese Regierung genießt kein Vertrauen mehr und sollte dafür eine klare politische Verantwortung übernehmen.* (Fiala 12. März 2021)

SPD VERTRITT KEINE EINDEUTIGE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE POSITION

Ein wesentlicher thematischer Aspekt der Kritik von SPD am Regierungshandeln war über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg die Ökonomie. Dabei bezogen die Rechtspopulisten insofern keine eindeutige wirtschaftspolitische Position, als dass sie zum einen für umfangreiche staatliche Wirtschaftshilfen argumentierten und zum anderen für eine staatliche Unterstützung von sozial Schwachen. Im Fall der Wirtschaft ging es primär um „Selbstständige, kleine Firmen" und den tschechischen Mittelstand (SPD 14. April 2020). Steuererleichterungen für „übernationale Gesellschaften" wurden demgegenüber angeprangert (SPD 19. April 2020). Die Sorge um Personen in prekären Lebensverhältnissen drückte sich wiederum darin aus, dass die Partei regelmäßig „Hilfen für Menschen, die sich in Insolvenzverfahren befinden", einforderte oder sich für eine Aussetzung von Mieten oder Schuldentilgungen aussprach (SPD 14. April 2020).

CORONA WIRD VERKNÜPFT MIT TRADITIONELLER EU- UND DEUTSCHLAND-KRITIK

Abseits der Regierungskritik instrumentalisierte die rechtspopulistische Rechtspopulisten COVID-19, um mit für sie typischen Inhalten zu mobilisieren. Damit gemeint ist allem voran eine schrille Europafeindlichkeit, die sich regelmäßig auch mit einer deutschlandkritischen Position verbindet, und eine aggressive Anti-Migrationshaltung. Nachdem SPD die EU-kritischste Gruppierung im tschechischen Parlament ist, verwunderte es kaum, dass die Partei eine entsprechende Rhetorik auch im Zusammenhang mit dem Coronavirus pflegte. Den EU-Organen, die gelenkt seien von deutschen Interessen (SPD 25. April 2020), warf sie gleich zu Beginn der Pandemie ein totales Versagen bei der Unterstützung und Koordinierung des Schutzes der Gesundheit aller EU-Bürger vor (SPD 12. März 2020). Dass Deutschland im März 2020 medizinisches Material, das zur Ausfuhr ins Ausland vorgesehen war, zum Schutz der eigenen Bevölkerung einbehielt, skandalisierte der Fraktionsvorsitzende Fiala offen:

> *Sollen Merkel und die Potentaten aus Brüssel sich ihr Geschwätz von einer Solidarität im Rahmen der Union sonst wohin stecken. So verhält sich das berühmte ‚Vorbild des liberal-demokratischen Westens'! Die ganze Krise rund um das Coronavirus beweist, dass die EU total versagt hat und dass sich die einzelnen Nationalstaaten selbst helfen müssen. Soll Merkel doch sonst wohin gehen.* (Fiala 17. März 2020)

Als sich die EU anschickte, einen Fond im Umfang von 750 Milliarden Euro einzurichten, der Mitgliedstaaten im Umgang mit den Folgen der Pandemie helfen sollte, witterte SPD eine Verschwörung:

> *Das Geld sollen allem voran Länder bekommen, die am stärksten vom Coronavirus betroffen sind, was rein zufällig vor allem die am stärksten verschuldeten Länder sind wie beispielsweise Italien und Spanien, denen niemand mehr Geld leihen möchte, und darüber hinaus haben sie dort höhere Gehälter und Renten als bei uns in der Tschechischen Republik. […] Die Tschechische Republik soll also dafür bürgen, dass viel reichere westliche Staaten auf unsere Kosten viel höhere Renten und Gehälter, als wir sie haben, erhalten können.* (SPD 18. Juli 2020)

MIGRATION BLEIBT MOBILISIERUNGSTHEMA NUMMER EINS

Ähnlich wie im Fall anderer europäischer Rechtspopulisten verknüpft sich die EU-und Deutschland-Schelte im untersuchten tschechischen Textkorpus mit einem vehementen Plädoyer für bestimmte Form der nationalstaatlichen Autarkie. Nachdem ‚Globalisten und EU-Eliten' vorsätzlich die Eigenständigkeit der Nationalstaaten begrenzt hätten und Tschechien gezwungen sei, alles Mögliche zu importieren, bedürfe das Land einer strategischen Neuausrichtung. Nicht zuletzt im medizinischen Bereich und bei der Nahrungsmittelproduktion müsse das Land autark sein (SPD 24. März 2020). Weil es hierzu einer „Protektion für tschechische Firmen" (SPD 12. Mai 2020; Okamura 17. Mai 2020) bedarf, stellt SPD hierzu wie-

derholt und ‚kompromisslos' klar: „[W]ir wollen ein Referendum und den Austritt aus der EU" (SPD 25. April 2020).

Ähnlich vehement wie SPD im Zusammenhang mit Corona für einen EU-Austritt plädierte, fiel auch ihre Kritik am Migrationsgeschehen aus. Die Pandemie hatte für ihre rechtspopulistische Haltung dabei schon von Beginn an ein fruchtbares Potenzial, lieferte sie doch eine Begründung für signifikante Einschränkungen der Bewegungsfreiheit samt strikteren Regelungen an den Landesgrenzen. Schon im März 2020 forderte SPD

> *eine effektive Kontrolle der Grenzen und die sofortige Ausweisung von Personen, die sich illegal auf dem Territorium der Tschechischen Republik" befänden (SPD 12. März 2020). „Wir müssen die Grenzen Europas und unserer Heimat verteidigen! Wegen der Coronavirus-Pandemie und wegen der Invasion ungebetener Immigranten.* (Okamura 25. März 2020)

Kritisiert wurde – ähnlich wie im Fall der französischen Rechtspopulisten von Rassemblement National (siehe Frankreich) –, dass es trotz der Pandemie bei der Bewegungsfreiheit unterschiedliche Standards gebe. Während die eigenen Bürger zuhause eingesperrt seien, würden Immigranten weiter nach Europa gespült (Fiala 13. März 2021). Dabei beschrieb SPD Zuwandernde vor allem in dreierlei Hinsicht als Gefahr: wie üblich für die Sicherheit, wenn etwa von Migranten verübte Kriminaldelikte angesprochen wurden (SPD 3. November 2020), für die nationale Kultur, die vermeintlich von einer „feindlichen barbarischen islamischen Ideologie" (Fiala 21. Mai 2020) bzw. einer EU-induzierten „neomarxistischen Agenda" (SPD 1. Dezember 2020) bedroht werde, und in Zeiten von Corona auch für die Gesundheit, wenn bei Migranten beispielsweise das Virus nachgewiesen werden konnte (Okamura 2. August 2020).

Als am Ende der ersten Welle – das Coronavirus im Westen noch virulenter war als in Mittel- und Osteuropa und Lockerungen bei der Pandemiebekämpfung in Aussicht standen, unterstrich SPD, sie sei in nächster Zeit „in keinem Fall" mit der Erneuerung der grenzüberschreitenden Bewegungsfreiheit einverstanden, „weil die Situation vor allem in Ländern westlich von uns nicht stabilisiert" sei (SPD 20. April 2020). Dass COVID-19 dabei nicht zuletzt als Vorwand diente, um eine stärkere Kontrolle über die Einreise von Personen bzw. die Bewegungsfreiheit auf dem eigenen Territorium auszuüben und Zugewanderte abzuweisen, zeigte sich im Laufe der Zeit an Beiträgen wie diesem: „Es ist beispielsweise notwendig, strenge präventive Regeln für das Betreten des Gebiets der Tschechischen Republik und den Aufenthalt von Ausländern darauf festzulegen. Keine Migranten." (SPD 28. Februar 2021)

AUSBLICK

Die Untersuchung insbesondere des Auftritts von SPD und der Parteiführung auf Facebook zeigte, dass die tschechischen Rechtspopulisten das Thema Corona immer wieder zu Mobilisierungszwecken aufgriff. Das Virus diente dabei primär als Vehikel, um bekannte Positionen zu befördern, und wurde in jedem fünften Beitrag vor allem in zweierlei Weise politisiert: Entweder SPD kritisierte das Verhalten der tschechischen Regierung samt ergriffenen Schutzmaßnahmen oder die Partei verknüpfte das Virus mit Inhalten, die klassische Bestandteile ihrer Agitation sind. Als eine der schärften Regierungskritikerinnen aus den Reihen der parlamentarischen Opposition gab sich SPD, welche sonst eher bekannt ist für autoritäre und interventionistische Positionen, immer wieder liberal und stilisierte sich als Verteidigerin diverser individueller Freiheiten. Daneben griff ihre Protestrhetorik regelmäßig bekannte Positionen auf und kritisierte die EU scharf, polemisierte gegen Deutschland oder Migration und dämonisierte besonders den Zuzug von Personen aus Drittstaaten.

Nach der Wahl zum Abgeordnetenhaus im Oktober 2021 wird die nächste Regierung in Tschechien keine populistisch geführte, sondern eine bürgerlich-liberale sein. In den Oppositionsbänken nehmen nur mehr Abgeordnete von ANO und SPD Platz, Parteienvertretende der Sozialdemokratie und der Kommunisten gibt es (vorerst) keine mehr. Inwiefern COVID-19 auch fortan der politischen Mobilisierung dienen wird, hängt maßgeblich davon ab, wie sich das Infektionsgeschehen weiterentwickelt und welche Antworten die neue Regierung findet. Nicht zu unterschätzen ist aber auch die Gestaltung der Opposition samt den Dynamiken zwischen ANO und rechtspopulistischer SPD. Wahrscheinlich ist, dass sich die Rechtspopulisten – auch weil sie sich damit von ANO abheben können – weiterhin als Verteidiger von individuellen Freiheiten stilisieren, die Eigenverantwortung bei der Pandemiebekämpfung betonen und gegenüber Aufrufen zur Corona-Impfung – gegenwärtig sind erst 60 Prozent der Bevölkerung vollständig geimpft – skeptisch zeigen. Was das Thema Migration anbelangt, ist die Agenda von SPD und ANO nahezu deckungsgleich. Denkbar ist daher, dass sich beide Parteien in ihrer fremdenfeindlichen Rhetorik künftig zu überbieten versuchen. Gleichzeitig liegt es nahe, dass sich besonders die ideologisch flexiblere ANO strategisch neuausrichtet und andere Themen in den Fokus rückt – auch weil durch den Wegfall der politischen Linken und die Stimmeneinbußen der Piráti auf der linken Seite des politischen Spektrums eine relativ große Repräsentationslücke klafft.[7]

7 Obwohl das Bündnis PirSTAN bei der diesjährigen Wahl zum Abgeordnetenhaus mit 15,6 Prozent der Stimmen drittstärkste Kraft wurde, erhielten die sozialliberalen Piraten aufgrund der Möglichkeit, Präferenzstimmen für einzelne Abgeordnete abzugeben, lediglich vier von 37 Sitzen. Nicht zuletzt aufgrund ihrer stärkeren Verankerung auf kommunaler Ebene konnten die bürgerlich-liberalen Bürgermeister und Unabhängigen 33 Mandate auf sich vereinigen.

LITERATUR

Buštíková, Lenka / Baboš, Pavol 2020: Best in Covid: Populists in the Time of Pandemic; in: Politics and Governance 8 (4), S. 496-508.

Chmelar, Kristina 2020: MIDEM Länderbericht Tschechien; verfügbar unter: https://forum-midem.de/cms/data/fm/user_upload/Projekte/TUD_MIDEM_Laenderbericht_Tschechien_2020-2_DINA4_RZ_web_final.pdf (letzter Zugriff: 12.09.2021).

ČSÚ 2021: Obyvatelstvo; verfügbar unter: https://www.czso.cz/csu/czso/obyvatelstvo_lide (letzter Zugriff: 12.09.2021).

CVVM 2020a: Hodnocení reakce státu a jeho institucí na epidemii COVID-19 – Naše společnost – speciál – květen 2020; verfügbar unter: https://cvvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c2/a5217/f9/pi200623.pdf (letzter Zugriff: 12.09.2021).

CVVM 2020b: Volební model na začátku března 2020; verfügbar unter: https://cvvm.soc.cas.cz/cz/tiskove-zpravy/politicke/volby-a-strany/5183-volebni-model-na-zacatku-brezna-2020 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

CVVM 2020c: Volební model v červnu 2020; verfügbar unter: https://cvvm.soc.cas.cz/cz/tiskove-zpravy/politicke/volby-a-strany/5231-volebni-model-v-cervnu-2020 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

CVVM 2020d: Volební model v červenci 2020; verfügbar unter: https://cvvm.soc.cas.cz/cz/tiskove-zpravy/politicke/volby-a-strany/5257-volebni-model-v-cervenci-2020 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

CVVM 2020e: Volební model v září 2020; verfügbar unter: https://cvvm.soc.cas.cz/cz/tiskove-zpravy/politicke/volby-a-strany/5285-volebni-model-v-zari-2020 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

CVVM 2020f: Volební model v listopadu 2020; verfügbar unter: https://cvvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c2/a5049/f9/pv191122.pdf (letzter Zugriff: 12.09.2021)

CVVM 2021a: Hodnocení reakce státu na epidemii COVID-19 – Naše společnost – speciál – duben 2021; verfügbar unter: https://cvvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c2/a5380/f9/pi210512.pdf (letzter Zugriff: 12.09.2021).

CVVM 2021b: Důvěra ústavním institucím v červnu 2021; verfügbar unter: https://cvvm.soc.cas.cz/media/com_form2content/documents/c2/a5386/f9/pi210625.pdf (letzter Zugriff: 12.09.2021).

Dong, Ensheng / Du, Hongru / Gardner, Lauren 2020: An Interactive Web-Based Dashboard to Track COVID-19 in Real Time; in: The Lancet Infectious Diseases 20 (5), S. 533-534.

Europäische Kommission 2021: Standard Eurobarometer 95, Frühjahr 2021: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Erste Ergebnisse; verfügbar unter: https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=76727 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

Echo24.cz 2020: Čau lidi, byla poptávka po rozvolnění, tak jsme rozvolnili. Bohužel jsme se spletli; verfügbar unter: https://www.echo24.cz/a/SJ9BN/cau-lidi-byla-poptavka-po-rozvolneni-tak-jsme-rozvolnili-bohuzel-jsme-se-spletli (letzter Zugriff: 12.09.2021).

Fiala, Radim 2020, 3. März: Vláda není připravená na krizové situace včetně koronaviru a reagovala pozdě...; Facebook Radim Fiala; verfügbar unter: https://www.facebook.com/117787408240075/posts/3058548187497301 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

Fiala, Radim 2020, 17. März: To je skandální! Německo na svém území zadržuje zdravotnická materiál, který si objednaly jiné země...; Facebook Radim Fiala; verfügbar unter: https://www.facebook.com/117787408240075/posts/3090733597612093 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

Fiala, Radim 2020, 21. Mai: Nejsme extremisté, fašisté, ani rasisté, jenom bráníme naši vlast a naše rodiny...; Facebook Radim Fiala; verfügbar unter: https://www.facebook.com/117787408240075/posts/3250564648295653 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

Fiala, Radim 2021, 12. März: Vláda totálně ztratila důvěru lidí, protože naprosto nezvládá epidemii...; Facebook Radim Fiala; verfügbar unter: https://www.facebook.com/117787408240075/posts/4102732029745573 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

Fiala, Radim 2021, 13. März: Dnes jsou občané zavíráni ve svých domovech a okresech, ale imigranti si do Evropy proudí dál...; Facebook Radim Fiala; verfügbar unter: https://www.facebook.com/117787408240075/posts/4082643268421116 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

Guasti, Petra 2020a: The Impact of the COVID-19 Pandemic in Central and Eastern Europe; in: Democratic Theory 7 (2), S. 47-60.

Guasti, Petra 2020b: Tweet vom 28. Oktober 2020; verfügbar unter: https://twitter.com/PetraGuasti/status/1320797979876433920 (letzter Zugriff: 30.10.2020).

irozhlas.cz 2021: Policie zasahovala ve třech ilegálně otevřených podnicích v Praze. Objevila také kokain; verfügbar unter: https://www.irozhlas.cz/zpravy-domov/policie-bar-restaurace-restrikce-koronavirus_2103201447_ada (letzter Zugriff: 12.09.2021).

Klimovský, Daniel / Malý, Ivan / Nemec, Juraj 2021: Collaborative Governance Challenges of the COVID-19 Pandemics: Czech Republic and Slovakia; in: Central European Public Administration Review, 19 (1), S. 85-106.
MEDIAN 2021: Sněmovní volební model; verfügbar unter: https://www.median.eu/cs/wp-content/uploads/2021/09/Volby_2021_08_v02.pdf (letzter Zugriff: 12.09.2021).

Mudde, Cas 2017: Tweet vom 21. Oktober 2017; verfügbar unter: https://twitter.com/i/web/status/921748107473416 192 (letzter Zugriff: 05.09.2018).

Nemec, Juraj / Maly, Ivan / Chubarova, Tatiana 2021: Policy Responses to the COVID-19 Pandemic and Potential Outcomes in Central and Eastern Europe: Comparing the Czech Republic, the Russian Federation, and the Slovak Republic; in: Journal of Comparative Policy Analysis 23 (2), S. 282-290.

Okamura, Tomio 2020, 25. März: Musíme bránit hranice Evropy i naší vlasti…; Facebook Tomio Okamura; verfügbar unter: https://www.facebook.com/179497582061065/posts/3215329055144554 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

Okamura, Tomio 2020, 15. April: Média informovala o tom, že někteří lidé nakažení koronavirem zažívají od některých sousedů a ostatních lidí posměch…; Facebook Tomio Okamura; verfügbar unter: https://www.facebook.com/179497582061065/posts/3296854200325372 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

Okamura, Tomio 2020, 17. Mai: Hnutí SPD má jasnou strategii a podává konkrétní návrhy, jak obnovit ekonomický život České republiky…; Facebook Tomio Okamura; verfügbar unter: https://www.facebook.com/179497582061065/posts/3371335449543913 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

Okamura, Tomio 2020, 2. August: Vlády omezují své vlastní občany kvůli koronaviru, ale nakažení nelegální imigranti si vesele připlouvají do Evropy…; Facebook Tomio Okamura; verfügbar unter: https://www.facebook.com/179497582061065/posts/3592684614075661 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

Our World in Data 2021: COVID 19: Stringency Index (Czechia); verfügbar unter: https://ourworldindata.org/grapher/covid-stringency-index?tab=chart&region=Europe&country=~CZE (letzter Zugriff: 12.09.2021).

Respekt.cz 2021: Pandora Papers: Proč Babiš kupoval zámek tak složitě, když to šlo jednoduše?; verfügbar unter: https://www.respekt.cz/agenda/pandora-papers-proc-babis-kupoval-zamek-tak-slozite-kdyz-to-slo-jednoduse (letzter Zugriff: 12.10.2021).

SPD 2020, 3. März: Vláda není připravená na krizové situace včetně koronaviru a reagovala pozdě…; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/299835748019507 7 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2020, 10. März: Vážení přátelé, toto je aktuální politické usnesení předsednictva hnutí Svoboda a přímá demokracie…; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/3013199385377553 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2020, 12. März: Vážení přátelé, předsednictvo hnutí SPD přijalo toto mimořádné usnesení k pandemii koronaviru…; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/3017810474916444 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2020, 13. März: V době národní tísně a šíření koronaviru je potřeba, abychom všichni táhli za jeden provaz…; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/3020545181309640 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2020, 24. März: Vážení přátelé, toto je aktuální politické usnesení předsednictva hnutí Svoboda a přímá demokracie…; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/3044589278905230 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2020, 25. März: Děkujeme lékařům, zdravotníkům a všem složkám IZS i dalším jednotlivcům…; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/3047006985330126 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2020, 14. April: Vážení přátelé, toto je aktuální politické usnesení předsednictva hnutí Svoboda a přímá demokracie…; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/3092321907465300 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2020, 19. April: Vláda Andreje Babiše žádá navýšení rozpočtového deficitu…; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/237435720648119 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2020, 20. April: Dnešní aktuality...; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/596284054304591 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2020, 25. April: Dnešní aktuality...; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/565471787424773 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2020, 28. April: Vážení přátelé, toto je aktuální politické usnesení předsednictva hnutí Svoboda a přímá demokracie...; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/3125817164115774 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2020, 30. April: Dnešní aktuality...; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/227367191870702 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2020, 5. Mai: Vážení přátelé, toto je aktuální politické usnesení předsednictva hnutí Svoboda a přímá demokracie...; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/3142357522461738 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2020, 12. Mai: Vážení přátelé, toto je aktuální politické usnesení předsednictva hnutí Svoboda a přímá demokracie...; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/3159198467444310 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2020, 19. Mai: Vážení přátelé, toto je aktuální politické usnesení předsednictva hnutí Svoboda a přímá demokracie...; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/3179287655435391 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2020, 18. Juli: Začal summit EU, který bude debatovat o takzvaném fondu obnovy navrženým Evropskou komisí...; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/3339789252718563 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2020, 24. Juli: Babišova vláda nese odpovědnost za nárůst případů Covid 19...; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/3356910374339784 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2020, 5. August: Ministr vnitra Hamáček z ČSSD straší druhou vlnou pandemie, přitom stát není připraven na ekonomickou krizi a vysokou nezaměstnanost...; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/3391201974243957 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2020, 15. September: Vážení přátelé, toto je aktuální politické usnesení předsednictva hnutí Svoboda a přímá demokracie...; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/3515171341847019 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2020, 22. September: Vážení přátelé, toto je aktuální politické usnesení předsednictva hnutí Svoboda a přímá demokracie...; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/3536259783071508 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2020, 13. Oktober: Vážení přátelé, toto je aktuální politické usnesení předsednictva hnutí Svoboda a přímá demokracie...; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/3602835389747280 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2020, 20. Oktober: Vážení přátelé, toto je aktuální politické usnesení předsednictva hnutí Svoboda a přímá demokracie...; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/3622116881152464 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2020, 3. November: Vážení přátelé, toto je aktuální politické usnesení předsednictva hnutí Svoboda a přímá demokracie...; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/3660780457286106 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2020, 1. Dezember: Vážení přátelé, toto je aktuální politické usnesení předsednictva hnutí Svoboda a přímá demokracie...; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/3739835159380635 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2020, 22. Dezember: Vážení přátelé, toto je aktuální politické usnesení předsednictva hnutí Svoboda a přímá demokracie...; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/3794895413874609 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2021a: Petice proti povinnému covid očkování a za uznávaní protilátek; verfügbar unter: https://www.spd.cz/wp-content/uploads/2021/08/Petice-proti-povinnému-covid-očkován%C3%AD-a-za-uznáván%C3%AD-protilátek-2.pdf (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2021b: Petice proti zavedení covidpassu EU, který diskriminuje neočkované občany; verfügbar unter: https://www.petice.com/proti_zavedeni_covidpassu_eu_ktery_diskriminuje_neokovane_obany (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2021c: Řekněte EU, aby zastavila příchod nových migrantů z Afghánistánu; verfügbar unter: https://www.saveurope.cz/akce (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2021, 23. Februar: Vážení přátelé, toto je aktuální politické usnesení předsednictva hnutí Svoboda a přímá demokracie...; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/3959152237448925 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2021, 28. Februar: V Událostech, komentářích v ČT24 jsem okomentoval včerejší večerní rozhodnuti vlády o dalším prodloužení plošného nouzového stavu...; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/3980787525285396 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

SPD 2021, 9. März: Vážení přátelé, toto je aktuální politické usnesení předsednictva hnutí Svoboda a přímá demokracie...; Facebook Svoboda a přímá demokracie – SPD; verfügbar unter: https://www.facebook.com/937443906286455/posts/4003158813048267 (letzter Zugriff: 12.09.2021).

STEM 2021a: Dodržování a hodnocení protipandemických opatření a důvěra ve schopnost vlády zvládat pandemii covid-19; verfügbar unter: https://www.stem.cz/dodrzovani-a-hodnoceni-protipandemickych-opatreni-a-duvera-ve-schopnost-vlady-zvladat-pandemii-covid-19/ (letzter Abruf: 12.09.2021).

STEM 2021b: Volební preference STEM – srpen 2021; verfügbar unter: https://www.stem.cz/volebni-preference-stem-srpen-2021/ (letzter Abruf: 12.09.2021).
STEM 2021c: Model STEM: Týden před volbami ANO a PirSTAN ztrácí, posiluje Spolu. Kdo by neuspěl?; verfügbar unter: https://cnn.iprima.cz/model-stem-tyden-pred-volbami-ano-a-pirati-se-stan-ztraci-koalice-spolu-posiluje-34841 (letzter Abruf: 18.10.2021).

STEM/MARK 2021: National Pandemic Alarm: Češi stále vnímají ohrožení koronavirem. Zdravotníky za zvládnutí pandemie chválíme; verfügbar unter: https://www.stemmark.cz/national-pandemic-alarm-cesi-stale-vnimaji-ohrozeni-koronavirem-zdravotniky-za-zvladnuti-pandemie-chvalime/ (letzter Abruf: 12.10.2021).

SZ 2021: Pandora Papers: Neues Steueroasen-Leak belastet Hunderte Politiker; verfügbar unter: https://projekte.sueddeutsche.de/artikel/politik/pandora-papers-geheimgeschaefte-von-politikern-enttarnt-e500259/ (letzter Abruf: 12.10.2021).

Volby.cz 2021: Volby do Poslanecké sněmovny Parlamentu České republiky konané ve dnech 8.10. – 9.10.2021; verfügbar unter: https://www.volby.cz/pls/ps2021/ps2?xjazyk=CZ (letzter Abruf: 19.10.2021).

Weltbank 2021: Data. Population, total; verfügbar unter: https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL?most_recent_value_desc=true (letzter Zugriff 03.08.2021).

YouGov 2021: COVID-19: government handling and confidence in health authorities; verfügbar unter: https://yougov.co.uk/topics/international/articles-reports/2020/03/17/perception-government-handling-covid-19 (letzter Abruf: 12.09.2021).

RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN IN ZEITEN DER PANDEMIE

12 UNGARN

ENTWICKLUNG DER PANDEMIE

DREI PANDEMIEWELLEN ZWISCHEN 2020 UND 2021

Ungarn hat seit Beginn der globalen Pandemie drei Infektionswellen erlebt: im Frühjahr 2020, im Herbst desselben Jahres und Anfang des Jahres 2021 (Abb. 1). Der erste Fall einer COVID-19-Erkrankung wurde dort am 4. März 2020 registriert, der erste Todesfall am 15. März 2020. In der dritten Welle waren die Zahlen der Infektionen, Krankenhausaufenthalte und Todesfälle im Zusammenhang mit COVID-19 auf dem höchsten Stand; die Todesrate in Ungarn gehörte zeitweilig zu den höchsten der Welt (Simon/Martewicz 2021). Ab dem Frühjahr 2021 verbesserte sich die Situation dann jedoch erheblich. Die von der Fidesz-Partei geführte Regierung ergriff verschiedene Maßnahmen, um die Pandemie zu bekämpfen. Die Maßnahmen entsprachen denen in anderen europäischen Ländern (dazu gehörte etwa die Verpflichtung zum Tragen von Gesichtsmasken, das Einhalten bestimmter Abstände zu anderen Personen, das Verbot von Versammlungen in Gebäuden usw.). Je nachdem, wie sich das Infektionsgeschehen entwickelte, wurden diese neu eingeführt, verlängert oder aufgehoben.

VERHÄNGUNG DES AUSNAHMEZUSTANDS ALS EINE DER ERSTEN MASSNAHMEN

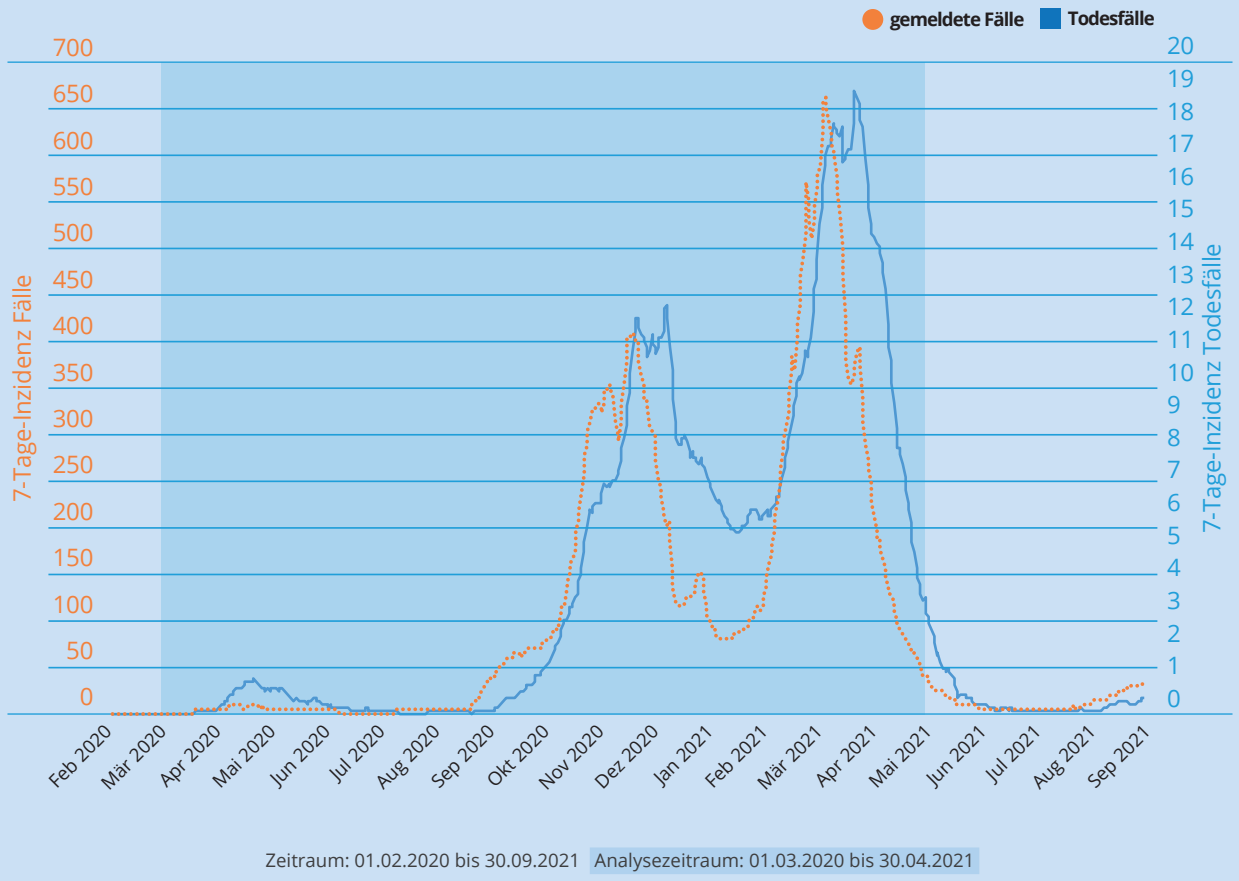
Zu den ersten Maßnahmen gehörte die Verhängung des Ausnahmezustands. Die ungarische Regierung hatte bereits am 31. Januar 2020 eine ‚Operative Gruppe' eingerichtet, nachdem sich in Italien, dem ersten europäischen Epizentrum der Pandemie, Anfang des Jahres 2020 die Lage rapide verschlechtert hatte. Geleitet wurde die Gruppe von Innenminister Sándor Pintér und dem Minister für Humanressourcen, Miklós Kásler; die übrigen Mitglieder waren Beamtinnen und Beamte aus den Bereichen Öffentliche Gesundheit, Militär, Polizei und Terrorismusbekämpfung. Sechs Wochen später, am 11. März, erklärte die Regierung dann den Notstand. Und am 30. März 2020 verabschiedete das Parlament, in dem die Partei *Fidesz -Magyar Polgári Szövetség* (Fidesz, dt.: Fidesz - Ungarische Bürgervereinigung) die Mehrheit hat, ein Gesetz, das die Regierung ermächtigt, per Dekret zu regieren. Offiziell begründet wurde dieser Schritt mit dem außerordentlichen Notstand durch die Pandemie. Er wurde jedoch weithin vor allem als Versuch der Regierung gesehen, ihre Macht auszubauen, zumal die liberal-demokratische Glaubwürdigkeit dieser Regierung ohnehin infrage steht (Kovács 2021).

COVID-19-Statistik für Ungarn (Stand: 30. September 2021)

Bevölkerungszahl	9.749.760
Bestätigte Fälle	822.705
Bestätigte Fälle pro 100.000	8.438*
Todesfälle	30.190
Todesfälle pro 100.000	310*
Fall-Verstorbenen-Anteil	3,7 %*

*Quellen: Weltbank 2021 & Dong/Du/Gardner 2020 / *Eigene Berechnung*

Abb. 1: 7-Tage-Inzidenzen der gemeldeten Fälle sowie Todesfälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Ungarn



Zeitraum: 01.02.2020 bis 30.09.2021 Analysezeitraum: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quellen: Weltbank 2021 & Dong/Du/Gardner 2020 / Eigene Berechnung

Transparenz und Informationsfreiheit waren während der gesamten Pandemie strittige Punkte. Kritische Stimmen wiesen unter anderem darauf hin, dass die Informationen der Regierung über Infektionsraten, Tests, medizinische Ressourcen, Impfstoffe usw. unvollständig und widersprüchlich waren. Im März 2020 stellte die Regierung die Verbreitung ‚irreführender Informationen' unter Strafe. Das verschärfte die Probleme in Bezug auf die Medienfreiheit im Land, die schon vor der Pandemie bestanden hatten (Spike 2020). Auf dem Höhepunkt des Pandemiegeschehens verbot die Regierung sogar dem medizinischen Personal, über die katastrophale Lage in den ungarischen Krankenhäusern offen zu sprechen, Reporterinnen und Reporter und durften nicht in die Krankenhäuser, um die Situation zu dokumentieren.

MASSNAHMEN DER REGIERUNG

Zu den Pandemiemaßnahmen der ungarischen Regierung gehörten Reise- und Einreisebeschränkungen, wirtschaftliche Erleichterungen und Massenimpfungen. Darüber hinaus wurde die Pandemie von vornherein mit dem Thema Migration verknüpft: Noch bevor überhaupt der erste COVID-19-Fall festgestellt worden war, verkündete die Regierung bereits einen unbefristeten Aufnahmestopp für ‚illegale Einwanderer' in den sogenannten Transitzonen[1] und begründete dies mit dem Infektionsrisiko (Mandiner 2020). Für alle anderen Gruppen blieben die Grenzen zunächst offen. Aber nicht nur Ausländerinnen und Ausländer wurden indirekt beschuldigt, das Virus nach Ungarn einzuschleppen und damit die Gesundheit der ungarischen Bevölkerung zu gefährden. Auch ungarische Staatsangehörige, die im Ausland

1 Diese „Transitzonen" sind de facto Haftzentren. Sie wurden eingerichtet, als in den Jahren 2015 und 2016 sehr viele Asylsuchende nach Europa kamen.

leben und/oder arbeiten, standen mitunter vor erheblichen Hürden, wenn sie nach Ungarn einreisen wollten. Unter anderem wollte die ungarische Regierung im September 2020 keine PCR-Tests mehr akzeptieren, die in anderen EU-Ländern durchgeführt worden waren. Infolge der Empörung und der Proteste, die diese Absicht auslöste, wurde sie jedoch schnell revidiert.
Zu den Maßnahmen im wirtschaftlichen Bereich gehörten die Aussetzung von Steuern, Moratorien für die Rückzahlung von Krediten und eine Flexibilisierung des Arbeitsrechts. Die Regierung konzentrierte ihre Bemühungen vor allem darauf, Arbeitsplätze zu erhalten. Außerdem verabschiedete sie einen ‚wirtschaftlichen Schutzplan', der die Folgen der Epidemie abschwächen sollte. Dieser Plan wurde scharf kritisiert, weil ein Teil der Mittel in Aktivitäten floss, bei denen kaum ersichtlich war, inwiefern sie dem Schutz der Wirtschaft dienen sollten.

Als im Frühjahr 2021 die dritte Welle begann, verschob die Regierung die Einführung strengerer Maßnahmen auf Anfang März, denn sie ging davon aus, dass das Impfprogramm Fahrt aufnehmen und entsprechende Maßnahmen überflüssig machen würde. Als sich jedoch die Bereitstellung von Impfstoffen verzögerte und diese nicht in ausreichenden Mengen zur Verfügung gestellt werden konnten, wurde das Thema Impfung selbst zu einem Streitpunkt. Die ungarische Regierung machte dafür die EU verantwortlich. Entgegen der gemeinsamen EU-Politik beschaffte sie sich auch die sogenannten Ostimpfstoffe Sputnik V und Sinopharm, die von der Europäischen Arzneimittelagentur nicht zugelassen sind. Damit erreichte Ungarn im Frühjahr 2021 deutlich höhere Impfraten als der EU-Durchschnitt.

VERTRAUEN IN REGIERUNG UND ZUFRIEDENHEIT MIT DEMOKRATIE GESUNKEN

Im Verlauf der Pandemie sind das Vertrauen in die Fidesz-Regierung wie auch die allgemeine Zufriedenheit mit der ungarischen Demokratie gesunken: In einer Umfrage des Standard-Eurobarometers, die während der dritten Corona-Welle in Ungarn stattfand, antworteten 39 Prozent der Befragten, dass sie der Regierung eher vertrauen (das entspricht in etwa dem EU-Durchschnitt von 36 Prozent); zwischen Sommer und Winter 2020 war hier ein Rückgang von 7 Prozent zu verzeichnen (Europäische Kommissi-

Tab. 1: Relevante politische Parteien in Ungarn

Parteien	Abkürzung	Zugehörigkeit zur Fraktion im EU-Parl.	Politische Ausrichtung	Ergebnisse der letzten Parlamentswahl (2018)
Magyar Szocialista Párt	MSZP	S&D	Sozialdemokratie, Mitte-links	12 %*
Demokratikus Koalíció	DK	S&D	Liberalismus	5 %
Fidesz – Magyar Polgári Szövetség	Fidesz	- (bis März 2021 EVP)	Rechtspopulismus, nationalistisch	49 %**
Jobbik Magyarországért Mozgalom	Jobbik	-	Rechtspopulismus, nationalistisch, rechtsextrem	19 %
Mi Hazánk Mozgalom	Mi Hazánk	-	Ultranationalismus	-

**Im Wahlbündnis mit Párbeszéd (Dialog)*
***Im Wahlbündnis mit Kereszténydemokrata Néppárt (Christlich-Demokratische Volkspartei, KDNP)*

on 2021: 67). Im Gegenzug stieg das Vertrauen in die EU im gleichen Zeitraum um 6 Prozentpunkte auf 59 Prozent (was wiederum deutlich über dem EU-Durchschnitt von 49 Prozent liegt) (ebd.: 71). Mit der Funktionsweise der Demokratie in ihrem Land erklärten sich in derselben Umfrage nur etwas über die Hälfte (52 Prozent) der ungarischen Befragten zufrieden, 48 Prozent waren es nicht. Die Zufriedenheit mit der Demokratie in Ungarn ist damit um 2 Prozentpunkte zurückgegangen und liegt unter dem EU-Durchschnitt von 55 Prozent (ebd.: 249).

VERÄNDERUNG IN DER POLITISCHEN LANDSCHAFT: WAHLBÜNDNIS DER OPPOSITIONSPARTEIEN

Rechtsgerichtete Parteien sind in der ungarischen Politik schon seit 2010 die stärkste Kraft. Bei den letzten Parlamentswahlen im Jahr 2018 wurde die nationalkonservative Partei Fidesz – in einem dauerhaften Bündnis mit der kleineren Partei *Kereszténydemokrata Néppárt* (KDNP, dt.: Christlich-Demokratischen Volkspartei) – für eine dritte Amtszeit in Folge wiedergewählt. Die Partei *Jobbik Magyarországért Mozgalom* (Jobbik, dt.: Bewegung für ein besseres Ungarn) gewann ebenfalls Stimmen hinzu und wurde damit die größte Oppositionspartei. Jobbik war ursprünglich rechtsradikal und vertrat eine ultranationalistische und rassistische Ideologie; inzwischen hat sie sich aber in eine gemäßigter Richtung entwickelt. Fidesz hingegen ist extremer geworden: Die Partei setzt auf ethnischen Nationalismus, Euroskepsis, Verschwörungstheorien und die Ablehnung und Verweigerung von Einwanderung. Jobbik und Fidesz haben also im Parteienspektrum quasi den Platz getauscht. Die rechtsradikale Jobbik-Splitterpartei *Mi Hazánk Mozgalom* (Mi Hazánk, dt.: unsere Heimatbewegung) pflegt das Erbe der radikalen Wurzeln von Jobbik, sie unterhält paramilitärische Verbindungen und vertritt ultranationalistische und minderheitenfeindliche Positionen. In den Umfragen liegt sie derzeit weit unter der parlamentarischen 5-Prozent-Hürde. Die nächsten Parlamentswahlen im Frühjahr 2022 könnten einen Wandel einläuten, da sich alle wichtigen Oppositionsparteien aus dem gesamten politischen Spektrum zu einem Wahlbündnis zusammenschließen wollen. Meinungsumfragen deuten darauf hin, dass ein solches Wahlbündnis die derzeitige Regierungspartei Fidesz ablösen könnte (Politico 2021).

BEITRÄGE IN SOZIAL MEDIA – CORONA UND MIGRATION IM VERGLEICH

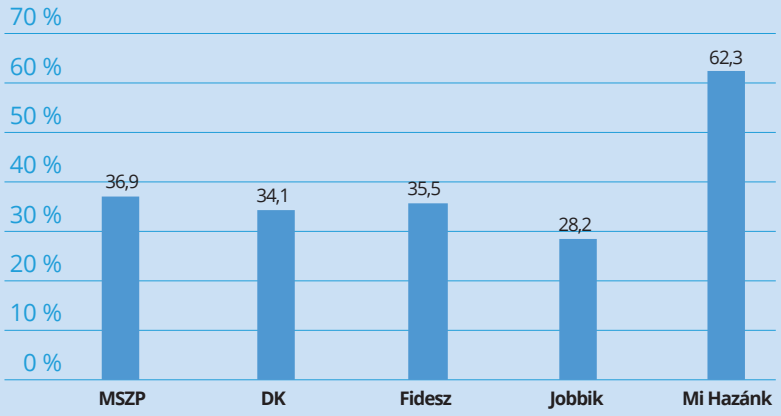
Alle großen ungarischen Parteien in Ungarn haben während der Pandemie auch die sozialen Medien als wichtige Plattform für ihre politische Kommunikation zu diesem Thema genutzt. Das zeigt eine Häufigkeitsanalyse zu coronabezogenen Schlüsselwörtern in den Beiträgen, die die Parteien ab März 2020 auf ihren offiziellen Facebook-Accounts veröffentlicht haben: Ungefähr jeder dritte Beitrag bezog sich auf COVID-19 (Abb. 2). Dabei behandelten die meisten Parteien das Thema ähnlich häufig, unabhängig davon, ob sie die Regierungsverantwortung trugen oder in der Opposition waren. Ausnahmen bilden hier die Parteien Jobbik und Mi Hazánk[2]: Erstere thematisierte COVID-19 auf ihrer Facebook-Seite mit etwa 28 Prozent der Beiträge etwas seltener als die anderen Parteien, während Mi Hazánk sich mit etwa 62 Prozent erheblich häufiger darauf bezog.

THEMA MIGRATION WENIGER STARK

Ein anderes Bild ergibt die Häufigkeitsanalyse in Bezug auf Migration (Abb. 3): Dieses Thema betonten die rechten Parteien insgesamt stärker als jene der Mitte oder des linken Spektrums, wenn auch weniger stark als vor der Pandemie. Fidesz veröffentlichte dazu mit Abstand die

2 Hier ist anzumerken, dass Facebook im Jahr 2019 die Seite des Parteivorsitzenden László Toroczkai und im Jahr 2020 die offizielle Seite der Partei mit der Begründung gelöscht hat, sie verstießen gegen ihre Gemeinschaftsstandards. Im Februar 2021 wurde eine neue offizielle Facebook-Seite für Mi Hazánk eingerichtet. Somit können für diese Partei viel weniger Beiträge in die Analyse einbezogen werden. Das Bild, das sich daraus für die Agenda der Partei ergibt, ist vermutlich weniger genau als bei den anderen untersuchten Parteien – nicht nur wegen der kleineren Stichprobe, sondern auch, weil von einer Selbstzensur auf der neuen offiziellen Seite auszugehen ist.

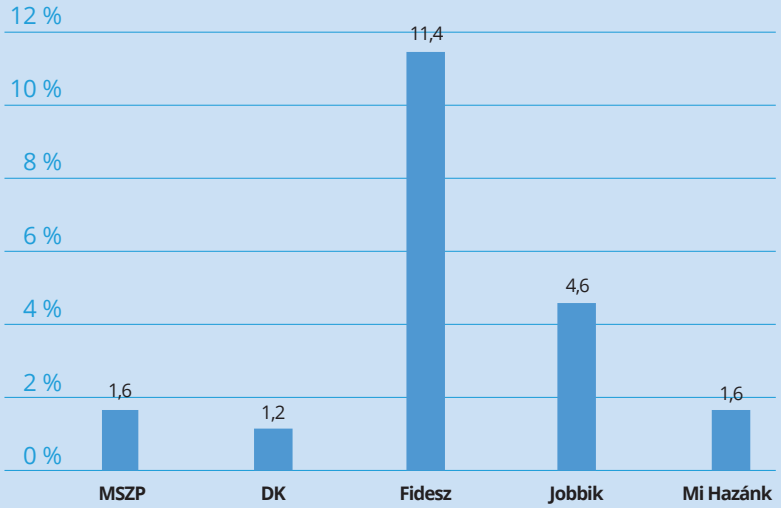
Abb. 2: Anteil coronabezogener Facebook-Beiträge nach Parteien



Analysezeitraum: 01.03.2020 bis 30.04.2021
Anmerkung: Daten für Mi Hazánk sind erst ab Februar 2021 verfügbar.
Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

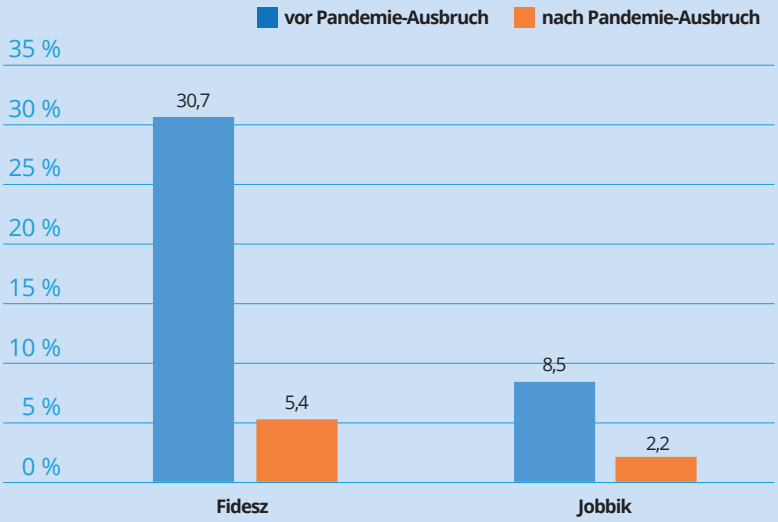
meisten Beiträge und auch deutlich mehr als Jobbik, besonders vor der Pandemie (Abb. 4). Dies war zu erwarten, denn Migration ist für die Regierungspartei ein Schlüsselthema, das sie weitgehend monopolisiert hat. Es ist ihr ‚politischer Jackpot', dessen strategische (Aus-)Nutzung zu ihrem anhaltenden Erfolg beigetragen hat (Bíró-Nagy 2021). Zugleich zeigt die Analyse, dass die relative Bedeutung dieses Themas bei beiden großen Rechtsparteien im Verlauf der COVID-19-Pandemie (also ab März 2020) gesunken ist. Bei Fidesz war dieser Rückgang aber wesentlich stärker ausgeprägt als bei Jobbik. Allerdings haben beide Parteien während der Pandemie insgesamt viel mehr Beiträge veröffentlicht als sonst. Dies deutet darauf hin, dass das Thema Migration vor allem von pandemiebezogenen Meldungen verdrängt wurde. In absoluten Zahlen widmete Fidesz dem Thema Migration aber auch während der Pandemie noch mehr Aufmerksamkeit als Jobbik und verknüpfte es auch stärker mit dem Thema COVID-19.

Abb. 3: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge nach Parteien



Beobachtungszeitraum: 01.01.2019 bis 30.04.2021
Anmerkung: Daten für Mi Hazánk sind erst ab Februar 2021 verfügbar.
Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

Abb. 4: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge von Fidesz und Jobbik vor und nach Ausbruch der Pandemie



vor Pandemie-Ausbruch: 01.01.2019 bis 29.02.2020
nach Pandemie-Ausbruch: 01.03.2020 bis 30.04.2021

Quelle: Eigene Daten auf Grundlage von Facebook

RECHTSPOPULISTISCHE DISKURSE

SOZIALE MEDIEN ALS POLITISCHES KAMPFFELD

Die politischen Parteien nutzten die sozialen Medien zur Information der Bürgerinnen und Bürger, aber auch als Bühne für Selbstdarstellung und für Angriffe auf die anderen Parteien. Wie eine genauere Betrachtung der Facebook-Seiten der wichtigsten ungarischen Parteien zeigt, dienten viele Beiträge dazu, über die Entwicklung der Pandemie, Schutz- und Hygienemaßnahmen oder die Lockerung von Beschränkungen usw. detailliert zu informieren. Zugleich wurden auf den Plattformen der sozialen Medien auch parteipolitische Debatten ausgetragen. Die Oppositionsparteien kritisierten dabei vor allem den Umgang der Regierung mit der Pandemie und schlugen alternative Lösungen vor. Je nach ihrer ideologischen Ausrichtung forderten sie strengere oder sozialverträglichere Maßnahmen, zum Beispiel mehr Unterstützung für Beschäftigte im Gesundheitswesen und für Rentnerinnen und Rentner, kostenlose Tests oder eine Anhebung des Mindestlohns.

Fidesz

MISCHUNG VON INFORMATION UND POPULISTISCHER RHETORIK

Die Kommunikation der Partei Fidesz macht von typischen populistischen Ausdrucksformen oft Gebrauch, darunter häufige Bezugnahmen auf das Volk, polarisierende Narrative (z. B. die Gegenüberstellung des ‚hart arbeitenden ungarischen Volkes' und ‚unerwünschter Minderheiten') und eine direkte Ansprache ‚des Volkes' (Bene/Boda 2021: 87-88). In der Kommunikation in den sozialen Medien verband die Partei solche populistischen mit technokratischen Elementen, was (auch) mit ihrem Status als Regierungspartei zusammenhängt: Fidesz nutzte die Plattform, um die Bürgerinnen und Bürger über die Entwicklung der Pandemie in Ungarn aufzuklären und diesbezügliche Maßnahmen anzukündigen, verlinkte dort aber auch Informationsvideos, Pressekonferenzen, die Website zur Impfregistrierung und anderes. Um sich als kompetent und effizient zu präsentieren, nannte Fidesz in diesen Beiträgen häufig genaue Daten und Zahlen, etwa zu den im Land eingetroffenen Lieferungen von persönlicher Schutzausrüstung, den verabreichten Impfungen und den geimpften Personen im Land. Um dieses Bild von Verantwortlichkeit und Kompetenz zu unterstützen, betonte die Partei außerdem ihre

Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten und Personen aus dem Gesundheitswesen sowie ihr uneingeschränktes Vertrauen in diese Fachleute und unterstützte rückhaltlos die Durchimpfung der Bevölkerung.

INDIVIDUELLE VERANTWORTUNG UND KAMPF UM ARBEITSPLÄTZE

Darüber hinaus betonte die Partei in ihren Beiträgen zur Pandemie auch die individuelle Verantwortung der Bevölkerung und pochte auf Einhaltung der Vorschriften. Im Einklang mit ihrer Ideologie des *Workfare* (welche Arbeit und Wohlfahrt gegenüberstellt) rief sie wiederholt dazu auf, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer versuchen sollten, um ihre Arbeitsplätze zu kämpfen und Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ihrerseits Arbeitsplätze wieder einrichten sollten, die durch die Pandemie verloren gegangen waren. Um die Bedeutung von Selbstverantwortung und Einhaltung der Vorschriften in Zeiten außergewöhnlicher Umstände zu unterstreichen, wurden auch Kriegsmethaphern verwendet. In einem Beitrag vom 15. März 2021, dem Nationalfeiertag zum Gedenken an den ungarischen Aufstand und den Unabhängigkeitskrieg gegen die österreichische Herrschaft im Jahr 1848, zitierte die Partei folgende Aussage eines hochrangigen Fidesz-Politikers: „Dieser Frühling ist in vielerlei Hinsicht dem März 1848 ähnlich. Unsere Soldaten sind jetzt Ärzte und Krankenschwestern, unsere Waffen sind Impfstoffe“ (Fidesz 15. März 2021).

OPPOSITION ALS FEIND DER NATION

Aus dieser vorgeblich verantwortungsvollen Haltung entwickelte Fidesz ein populistisches Narrativ, das die Opposition zum Feind der Nation erklärte, weil sie angeblich die Pandemie für ihre politischen Zwecke ausnutzte. Als Abgeordnete der Opposition sich zum Beispiel wiederholt weigerten, für die Notstandsbefugnisse der Regierung, ihre Verlängerung und später ihre Wiedereinführung zu stimmen, wurden sie als unpatriotisch und verantwortungslos gebrandmarkt: „Die heutige Parlamentsabstimmung hat wieder einmal gezeigt, dass man sich auf die Opposition nicht einmal in einem solchen Ausnahmezustand verlassen kann, um die Sicherheit des ungarischen Volkes zu schützen.“ (Fidesz 23. März 2021)

HISTORISCHER TIEFPUNKT ZWISCHEN FIDESZ-REGIERUNG UND EU

Die Behauptung, die Opposition stehe nicht auf der Seite ‚des Volkes‘, ist ein typisches populistisches Argument. In der Tat finden sich neben der technokratischen Sprache auch Beiträge, die ‚Brüssel‘ und die (hauptsächlich linke) Opposition in Ungarn kritisieren, in Kombination mit stark nativistisch geprägten und einwanderungsfeindlichen Diskursen. Diese wurden häufig auch auf die COVID-19-Krise angewendet.

In den Beziehungen zwischen der Fidesz-geführten Regierung und der EU markiert die Pandemie einen historischen Tiefpunkt. Auf die Notstandsbefugnisse der ungarischen Regierung und die Einschränkung bürgerlicher Rechte und Freiheiten reagierten die EU-Institutionen und besonders das Europäische Parlament besorgt, zumal die Mechanismen liberal-demokratischer Kontrolle in Ungarn ohnehin bereits geschwächt waren. Darüber hinaus drohte die ungarische Regierung mit einem Veto gegen den EU-Haushalt, obwohl dieser wichtige Mittel für die Pandemiebekämpfung beinhaltete, weil er an rechtsstaatliche Bedingungen geknüpft war. Zwar konnte Ministerpräsident Orbán durchsetzen, dass diese sogenannte Konditionalitätsregel erst nach den ungarischen Parlamentswahlen von 2022 angewendet wird. Für die angespannten Beziehungen zwischen Fidesz und der Europäischen Volkspartei war dies jedoch der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Orbán verließ die Fraktion schließlich, um den drohenden Sanktionen gegen seine Partei zuvorzukommen. Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen der ungarischen Regierung und der EU lässt sich an entsprechenden Äußerungen von Fidesz ablesen. Die Kommentare zur EU waren schon zu Beginn der Corona-Krise alles andere als positiv, doch Anfang 2021 wurden sie besonders kritisch. Beispielsweise nutzte die Regierung die verzögerte Bereitstellung von Impfstoffen als Gelegenheit, um die EU massiv zu attackieren. Nicht lange danach zog sie folgendes Fazit:

„Die Epidemie hat gezeigt, dass die Europäische Union nur dann effektiv ist, wenn sie nicht von einer einzigen Mitte, sondern von souveränen Nationen regiert wird. Wir glauben an ein solches Europa" (Fidesz 17. April 2021).

FIDESZ VERBINDET COVID-19 UND MIGRATION MEHR ALS JEDE ANDERE PARTEI

Fidesz beschrieb die COVID-19-Krise erwartungsgemäß als ‚eine Bedrohung der Nation' und als einen Moment für ‚nationale Einheit und Solidarität'. Zugleich verknüpfte Fidesz sie stärker als jede andere ungarische Partei auch mit dem Thema Migration. Bereits zu Beginn der Krise im März 2020, als die Fallzahlen in Ungarn noch nicht so stark stiegen wie in vielen anderen Ländern, beschrieb Fidesz Einwanderung im Zusammenhang mit COVID-19 als existenzielle Bedrohung: Die meisten illegalen Einwanderer kommen aus einem Gebiet, das auch ein Brennpunkt des Coronavirus ist. Wir sagen weiterhin Nein zur Einwanderung, wir schützen die ungarischen Grenzen!" (Fidesz 4. März 2020). Kurz nachdem in Ungarn die ersten bestätigten Fälle von COVID-19 bei iranischen Studierenden festgestellt worden waren, beschrieb Fidesz diese in mehreren Facebook-Beiträgen als gefährlich und widerspenstig und verkündete auch, dass sie möglicherweise abgeschoben würden. Danach wurde Migration in regelmäßigen Abständen als Bedrohung für die Gesundheit und die Sicherheit des Landes dargestellt; in diesem Zusammenhang wurden manchmal auch offen rassistische Formulierungen verwendet: „Alle nicht kontrollierten Migranten, die illegal einreisen und hierher kommen wollen, verstoßen nicht nur gegen ungarische Gesetze, sondern bilden auch eine biologische und gesundheitliche Gefahr für Ungarn. Deshalb dürfen sie nicht einreisen – das muss um jeden Preis verhindert werden. Denn sie stören nicht nur die Rechtsordnung, indem sie unsere Gesetze über den Haufen werfen und unsere Kultur des Zusammenlebens missachten, sondern sie stellen auch eine konkrete Infektionsgefahr dar" (Fidesz 7. August 2020).

Als Regierungspartei war sich Fidesz zugleich der geopolitischen Bedeutung der COVID-19-Pandemie besonders bewusst. Während andere Regierungen und politische Akteure China die Schuld gaben und von einem ‚chinesischen Virus' sprachen, rühmte sich die Fidesz-geführte Regierung, sie habe zwischen China und Ungarn eine ‚Luftbrücke' eingerichtet, um persönliche Schutzausrüstung zu beschaffen, während es in anderen EU-Ländern zu Engpässen kam.

Jobbik

NATIONALPOPULISMUS

Die Partei Jobbik bot eine nationalpopulistische Interpretation der Krise an. Sie hatte ihre politische Karriere am rechten Rand des politischen Spektrums begonnen; zu der Zeit vertrat sie eine faschistische Ideologie und pflegte einen entsprechenden Diskurs. Außerdem verfügte sie über einen bedeutenden paramilitärischen Arm (Kyriazi 2016). Etwa ab 2014 schlug sie dann einen gemäßigteren Kurs ein und versuchte, die nationalkonservative Partei Fidesz zu verdrängen. Im Zuge dieser Entwicklung schwächte sich der Nativismus ab, stattdessen verwendete die Partei in ihrem Diskurs und ihren politischen Vorschlägen verstärkt populistische Elemente. So versuchte sie angesichts des parallel erfolgenden Rechtsrucks der Fidesz eine eigene Position zu markieren (Borbáth/Gessler 2021).

Entsprechend beinhaltete auch die Kommunikation in den sozialen Medien in Bezug auf die COVID-19-Pandemie vielfach nationalistische Elemente. Am auffälligsten waren die unablässigen Verweise auf das ‚ungarische Volk', die ‚ungarischen Familien', die ‚ungarischen Arbeiter' usw., denen die Solidarität gelten sollte. Damit vermittelte die Partei sehr deutlich eine exklusive Vorstellung von Zugehörigkeit.

Jobbik beschrieb die Regierung – und damit insbesondere Fidesz – in Bezug auf den Umgang mit der Pandemie als korrupt und inkompetent. Die untersuchten Facebook-Beiträge beinhalten vor allem scharfe Kritik an

der ungarischen Regierung und auch an Ministerpräsident Viktor Orbán persönlich. Diese Kritik erfolgte in einer populistisch geprägten Form. Beispielsweise behauptete Jobbik, die Regierung habe ‚das Volk' – also diejenigen, die sie eigentlich vertreten soll – im Stich gelassen, und distanzierte sich von einer vermeintlich gefühllosen und korrupten Elite. Dabei waren die Facebook-Beiträge der Partei keineswegs ein Rundumschlag gegen das ‚Establishment': Es fällt auf, dass darin gerade die Kategorien fehlen, die üblicherweise als Eliten bezeichnet werden, nämlich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Beamtinnen und Beamte der EU und auch die anderen ungarischen Oppositionsparteien. Da die Partei zu den nächsten Parlamentswahlen in einem gemeinsamen Wahlbündnis mit den anderen Oppositionsparteien antreten will, kann sie ihre linken Verbündeten natürlich nur begrenzt kritisieren. Sie erwähnte aber auch die EU nur selten, und dann meist in einem neutralen oder sogar leicht positiven Ton; beispielsweise wurde die EU als Geldquelle und Hilfe in der Pandemie genannt. Als die ungarische Regierung Ende 2020 drohte, gegen den EU-Haushalt ein Veto einzulegen, obwohl er beträchtliche Mittel vorsah, um pandemiebedingte wirtschaftliche Verluste auszugleichen, kritisierte Jobbik dies als „Verrat" an Ungarn und dem ungarischen Volk (Jobbik 18. September 2020).

REGIERUNGSKRITIK

Inhaltlich reagierten die Beiträge von Jobbik während der Pandemie entweder auf die Maßnahmen, die die Regierung erlassen hatte – und die sie in der Regel kritisierten –, oder sie forderten die Regierung auf, strengere Maßnahmen zu ergreifen, um die gesundheitlichen Auswirkungen der Pandemie wie auch deren sozioökonomische Folgen zu bewältigen. So forderte die Partei zu Beginn der Pandemie in Ungarn, die Schulen zu schließen, persönliche Schutzausrüstung zu beschaffen, eine Ausgangssperre zu verhängen usw. Im Allgemeinen betonte sie die Gefahren des Virus und seine verheerenden Folgen für das Leben und die Lebensgrundlagen der Bevölkerung. Dabei fokussierte sie den Schutz der schwächsten sozialen Gruppen, indem sie zum Beispiel kostenlose Tests forderte, ebenso ein Moratorium für Zwangsräumungen und später seine Verlängerung, bezahlten Urlaub für Eltern und den Schutz der Arbeitsplätze und damit der Existenzgrundlage der Bevölkerung. Dabei verband sie diese solidarischen Maßnahmen sehr klar mit der ungarischen Nationalität. In Beiträgen wie dem folgenden wurde die Krise als ein Moment für nationale Einheit und nationalen Zusammenhalt beschrieben: „Der Schutz des ungarischen Volkes steht an erster Stelle! In der durch das Coronavirus verursachten Notlage müssen wir uns vereinen, jeder Ungar ist für jeden Ungar verantwortlich!" (Jobbik 22. März 2020).

Wann immer die Regierung versuchte, ihre Hilfe über die ungarische Bevölkerung hinaus zu erweitern – beispielsweise wollte sie im Rahmen der COVID-19-Diplomatie Ärztinnen und Ärzte in die benachbarte Slowakei entsenden, damit sie dort bei Tests helfen –, kritisierte Jobbik dies als abnormal (Jobbik 1. November 2020). Dass die Regierung während der Pandemie Notstandsbefugnisse übernahm, wurde von Jobbik ebenfalls verurteilt. „Orbán muss begreifen: Es ist Zeit, das Feld zu räumen! Der Tod von mehr als 26.000 unserer ungarischen Landsleute zeigt, dass Viktor Orbán seine außerordentliche Vollmacht zu nichts anderem als zum Diebstahl genutzt hat" (Jobbik 26. April 2021).

In mehreren Beiträgen verwies die Partei auf die ernste Notlage des ungarischen Gesundheitssystems, das bereits vor der Pandemie mit Personal- und Mittelknappheit gekämpft hatte. Ein beträchtlicher Teil ihrer Beiträge zu COVID-19 äußerte jedoch auch lediglich Kritik an der Regierung. Dieser wurde häufig vorgeworfen, sie sei zu lasch in ihren Maßnahmen, inkompetent, unpatriotisch und unzuverlässig. Ein weiterer Vorwurf war, sie belüge das ungarische Volk. Bezeichnenderweise überschrieb Jobbik die regelmäßigen Aktualisierungen der offiziellen Fallzahlen in Ungarn wieder-

holt mit „Die neuesten Daten zur Epidemie – die Frage ist natürlich, wie sehr wir ihnen vertrauen können". Jobbik kritisierte auch die Entscheidung der ungarischen Regierung, Impfstoffe zu verwenden, die von der Europäischen Arzneimittelagentur nicht zugelassen waren, bezeichnete Sputnik V spöttisch als „Putins Wunderimpfstoff" und brandmarkte den Einsatz dieses Impfstoffs an Ungarinnen und Ungarn als „Menschenversuch" (Jobbik 6. November 2020). Abgesehen von solchen Anschuldigungen und Unterstellungen finden sich jedoch keine klaren Anzeichen dafür, dass die Partei Verschwörungstheorien vertrat. Im Allgemeinen stellte sie die Autorität der Gesundheitsexpertinnen und Gesundheitsexperten nicht infrage. Sie kritisierte zwar die Beauftragte der Regierung für öffentliche Gesundheit, Cecília Müller, jedoch eher aus politischen als aus inhaltlichen Gründen. Jobbik selbst sprach sich ebenfalls für die Impfung aus und drängte die ungarische Bevölkerung, sich impfen zu lassen: [...] die Impfung ist der einzige Weg, das Coronavirus zu besiegen und unser Leben zurückzubekommen. [...] Wir fordern jeden auf, die Gelegenheit zu nutzen und sich impfen zu lassen. Auch wir lassen uns impfen!" (Jobbik 5. April 2021).

JOBBIK STELLT SICH ALS VERANTWORTUNGSVOLLER AKTEUR DAR

In Abgrenzung zu Fidesz stellte die Partei sich selbst als verantwortungsvolle Akteurin dar und warf der ungarischen Regierung immer wieder vor, sie befasse sich mit Scheinkrisen anstatt mit echten Problemen:

> *Leute wie Orbán haben sich schnell als hilflos erwiesen, wenn es um eine echte Krise geht. Sie haben Ungarn geschickt vor den nicht existierenden ‚Migrantenhorden' an der Grenze geschützt und Brüssel mit furchterregender Zuversicht aufgehalten. All dies natürlich, indem sie Tausende von Milliarden öffentlicher Gelder verbrannt und in ihre eigenen Taschen gestopft haben. Doch im Falle einer realen Gefahr ist dieser Reflex nicht mehr so zuverlässig! Es wurde sehr schnell deutlich, dass Leute wie Orbán, wenn es um das ungarische Volk geht, Dinge verzögern, falsche Entscheidungen treffen, desinformieren, ungeschickt sind, und als Folge dieser Fehler werden die Ungarn leider krank oder sterben in der Epidemie. In den letzten Wochen haben Millionen von Menschen gesehen, dass die Regierung unverantwortlich ist, während die Opposition für eine verantwortungsvolle Politik steht.* (Jobbik 20. April 2020)

MIGRATION KEIN DOMINIERENDES THEMA

Im Gegensatz zu Fidesz verknüpfte Jobbik COVID-19 nur selten mit Migration, jedenfalls ist dies auf der Facebook-Seite der Partei kein zentrales Thema. Wenn die Partei die beiden Themen jedoch in Verbindung brachte, erschien Zuwanderung auch hier in einem ungünstigen Licht. In solchen Beiträgen wurde vor allem zum Ausdruck gebracht, dass ungarische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Vorrang haben sollten, und gegen angebliche Doppelstandards und die Diskriminierung ungarischer Auswanderinnen und Auswanderer protestiert.

> *Es hat schon etwas Absurdes, dass die Ungarn, die im Ausland arbeiten, sich einem PCR-Test unterziehen oder für 14 Tage in Quarantäne gehen müssen, wenn sie aus dem Ausland zurückkommen, während Ausländer, die hier Geld verdienen wollen, sich um nichts dergleichen kümmern müssen. Sie zeigen an der Grenze einfach das Papier vor und dürfen ins Land.* (Jobbik 11. September 2020)

Mi Hazánk

GEGEN DAS ESTABLISHMENT UND DEN LOCKDOWN

Mi Hazánk, ursprünglich eine Splitterpartei von Jobbik, versteht sich als Außenseiterpartei, die die Interessen des ‚reinen Volkes' vertritt. Im Einklang mit ihrer nativistischen Ideologie setzte sie das ‚Volk' mit der ungarischen ‚Nation' gleich. In Bezug auf COVID-19 stellte sie sich sowohl gegen das Establishment als auch gegen die Ermutigung der Regierung, sich impfen zu lassen. Damit pflegte die Partei eine deutlich andere Version des rechtsra-

dikalen Diskurses und zeigte auch eine spezifische Haltung zur Pandemie. Zunächst einmal verkündete sie in mehreren Facebook-Beiträgen stolz, sie sei die einzige Partei in Ungarn, die sich gegen die Verbote ausspreche, und forderte ihre Anhängerschaft auf, eine entsprechende Petition zu unterzeichnen und sich am Protest gegen die Beschränkungen zu beteiligen. Der Antielitismus in ihren Beiträgen richtete sich gegen die politische Führungsschicht in Ungarn (und zwar sowohl die Regierungs- als auch die Oppositionsparteien), weniger gegen Expertinnen und Experten oder die EU.

Die Pandemie betrachtete sie ebenso wie die anderen rechten Parteien in erster Linie als Bedrohung für die nationale Gemeinschaft, aber auch als Gefahr für die nationale Unabhängigkeit, die durch die negativen wirtschaftlichen Folgen des Lockdowns untergraben werde. Als die Massenimpfungen in Ungarn voranschritten, setzte sich Mi Hazánk zudem verstärkt für diejenigen ein, die sich nicht impfen lassen wollten, und protestierte gegen die ‚diskriminierende Entscheidung' der Regierung, zu bestimmten Aktivitäten nur Geimpfte zuzulassen. Denjenigen, die Angst vor dem Virus hätten, stehe es schließlich frei, sich durch eine Impfung zu schützen oder zu Hause zu bleiben (Mi Hazánk 16. März 2021). Dabei setzte sich die Partei vor allem für bestimmte gesellschaftliche Gruppen ein: kleine Unternehmen, Familien und junge Menschen, deren Bedürfnisse man gegen die Interessen einiger weniger Mächtiger verteidigen müsse, nämlich „Pharmaunternehmen, Kasinos, multinationale Handelsunternehmen und Unternehmen der Kommunikationstechnologie". Sie schlug vor, von solchen Unternehmen eine Pandemie-Solidaritätssteuer zu erheben (Mi Hazánk 28. März 2021).

Auf ihrer Facebook-Seite brachte die Partei COVID-19 überhaupt nicht mit Einwanderung in Verbindung. In anderen Foren verknüpfte sie die beiden Themen aber durchaus; beispielsweise postete sie auf ihrem YouTube-Kanal eine Pressekonferenz mit dem Titel *Könnten Migranten das Virus einschleppen?*. In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, dass der Parteivorsitzende László Toroczkai seit Dezember 2013 Bürgermeister Ásotthalom, einem Dorf an der serbischen Grenze, ist. Als solcher setzte er sich während der ‚Flüchtlingskrise' schon früh dafür ein, dort einen Zaun zu errichten, um Flüchtlinge an der Einreise nach Ungarn zu hindern. Das Fehlen von Beiträgen, die COVID-19 mit Zuwanderung in Verbindung bringen, spiegelt die Position von Mi Hazánk also vermutlich nicht zutreffend wider. Höchstwahrscheinlich ist dieser Umstand eher ein Artefakt der Plattform. Er könnte zum Beispiel darauf zurückgehen, dass die Parteiseite relativ neu ist, aber auch auf Selbstzensur oder Eingriffe durch Facebook selbst.

AUSBLICK

Die Pandemie hat in Ungarn viele Menschenleben gekostet; sie hat die strukturelle Schwäche des ungarischen Gesundheitssystems offenbart und hatte auch schwerwiegende wirtschaftliche Folgen. Dennoch ist es der Fidesz-geführten Regierung insgesamt gelungen, in dieser Zeit ihre Popularität zu bewahren. Diese könnte noch weiter steigen, da die Fallzahlen derzeit niedrig sind und die Wirtschaft des Landes sich erholt. Zugleich ist die Vormachtstellung von Fidesz durch das Wahlbündnis der Oppositionsparteien zum ersten Mal seit über einem Jahrzehnt ernsthaft bedroht. In dieser unsicheren Lage findet die Partei weiterhin Sündenböcke und nationale Feindbilder, gegen die sie ihre Wählerschaft aufhetzen kann. In ihrer Kommunikation erscheint etwa der in Ungarn geborene US-Milliardär George Soros nach wie vor als Drahtzieher allen Übels in der Welt.

Migration bleibt weiterhin ein wichtiges politisches Thema, obwohl es an der südlichen Landesgrenze derzeit relativ ruhig ist. Die Befürchtung, dass durch den Abzug der USA aus Afghanistan die humanitäre Migration nach Europa zunehmen könnte, bietet eine weitere Gelegenheit, Fremdenfeindlichkeit zu schüren.

Das neueste Ziel der illiberalen Agenda der Regierung ist die LGBTQIA+-Gemeinschaft. Kürzlich hat sie ein sogenanntes ‚Kinderschutzgesetz' verabschiedet, das vorgeblich Pädophilie bekämpfen soll, tatsächlich jedoch LGBTQIA+-Personen stigmatisiert. Dieses Gesetz löste eine heftige Kontroverse aus; die EU hat deswegen rechtliche Schritte gegen Ungarn eingeleitet. Die ungarische Regierung ihrerseits hat ein Referendum angekündigt, um die Frage des Umgangs mit der LGBTQIA+-Gemeinschaft zu klären. Bemerkenswert ist auch, dass die EU sich geweigert hat, das ungarische Konjunkturprogramm in Höhe von 7,2 Milliarden Euro zu genehmigen, weil sie nicht damit einverstanden war, mit welchen Maßnahmen im Zuge der Verteilung dieser Mittel Korruption bekämpft werden sollte (Tamma 2021). Dies ist Teil einer allgemeineren Entwicklung: Die EU-Institutionen zeigen gegenüber dem Abdriften der Regierung in Richtung eines autoritären Populismus immer weniger Toleranz. Eine Eskalation könnte für Fidesz aber politisch heikel werden, denn in der ungarischen Bevölkerung ist die Zustimmung zur EU weiterhin hoch.

Für die rechte Oppositionspartei Jobbik zeigen Meinungsumfragen im Vorfeld der Wahlen 2022, dass ihre Popularität seit dem Ausbruch der Pandemie gestiegen ist. Es ist jedoch fraglich, ob und gegebenenfalls in welchem Maße dies tatsächlich auf die Pandemie zurückzuführen ist. Wenn die Partei sich damit überhaupt befasste, dann hat sie eher versucht, über die Pandemie als solche hinauszugehen, und sich auf damit verbundene soziale und wirtschaftliche Aspekte konzentriert. Im bevorstehenden Wahlkampf wird sie mehr denn je die Notwendigkeit der Erneuerung des Landes in den Mittelpunkt stellen. Sie hat immer wieder die Versäumnisse der Fidesz-Partei betont und ist insofern gut aufgestellt, um aus diesem Thema weiter Kapital zu schlagen.

Mi Hazánk ist es hingegen nicht gelungen, größere politische Unterstützung zu gewinnen. Offenbar haben Positionen und Diskurse, die sich gegen Expertise und restriktive Politikmaßnahmen richten, im ungarischen Kontext wenig Resonanz gefunden.

LITERATUR

Bene, Márton / Boda, Zsolt 2021: Hungary: Crisis as Usual—Populist Governance and the Pandemic; in: Populism and the Politicization of the COVID-19 Crisis in Europe, S. 87-100.

Bíró-Nagy, András 2021: Orbáns Political Jackpot: Migration and the Hungarian Electorate; in: Journal of Ethnic and Migration Studies; verfügbar unter: https://doi.org/10.1080/1369183X.2020.1853905 (letzter Zugriff: 13.09.2021).

Borbáth, Endre / Gessler, Theresa 2021: How Do Populist Radical Right Parties Differentiate their Appeal? Evidence from the Media Strategy of the Hungarian Jobbik Party; in: Government and Opposition: An International Journal of Comparative Politics, S. 1-22.

Dong, Ensheng / Du, Hongru / Gardner, Lauren 2020: An Interactive Web-Based Dashboard to Track COVID-19 in Real Time; in: The Lancet Infectious Diseases 20 (5), S. 533-534. doi: 10.1016/S1473-3099(20)30120-1

Europäische Kommission 2021: Standard Eurobarometer 94, Winter 2020-2021: Public Opinion in the European Union, Annex; verfügbar unter: https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=76407 (letzter Zugriff: 23.08.2021).

Fidesz 2020, 4. März: A legtöbb illegális bevándorló olyan területről érkezik... [Status update]; Facebook; verfügbar unter: https://www.facebook.com/9844779306/posts/10159360272509307 (letzter Zugriff: 23.08.2021).

Fidesz 2020, 7. August: Minden illegálisan belépni akaró... [Status update]; Facebook; verfügbar unter: https://www.facebook.com/9844779306/posts/10160013482304307 (letzter Zugriff: 23.08.2021).

Fidesz 2021, 15. März: Ez a tavasz sok tekintetben hasonlít 1848 márciusához [Status update]; Facebook; verfügbar unter: https://www.facebook.com/9844779306/posts/10160678193834307 (letzter Zugriff: 23.08.2021).

Fidesz 2021, 23. März: A mai parlamenti szavazáson ismét kiderült... [Status update]; Facebook; verfügbar unter: https://www.facebook.com/9844779306/posts/10159435624529307 (letzter Zugriff: 23.08.2021).

Jobbik 2020, 6. November: Hazárdjáték a magyar emberek életével [Status update]; Facebook; verfügbar unter: https://www.facebook.com/287770891404/posts/10158511110261405 (letzter Zugriff: 23.08.2021).

Jobbik 2020, 18. November: Gyöngyösi Márton: Egész Európa várja [Status update]; Facebook; verfügbar unter: https://www.facebook.com/287770891404/posts/10158536618921405 (letzter Zugriff: 23.08.2021).

Jobbik 2020, 22. März: A magyar emberek védelme a legfontosabb! [Status update]; Facebook; verfügbar unter: https://www.facebook.com/287770891404/posts/10157827582561405 (letzter Zugriff: 23.08.2021).

Jobbik 2020, 20. April: Orbánékról hamar kiderült [Status update]; Facebook; verfügbar unter: https://www.facebook.com/287770891404/posts/10157934089401405 (letzter Zugriff: 23.08.2021).

Jobbik 2020, 1. November: Orbánék nagyvonalúsága [Status update]; Facebook; verfügbar unter: https://www.facebook.com/287770891404/posts/10158496994961405 (letzter Zugriff: 23.08.2021).

Jobbik 2020, 11. September: Ha Magyarországra jössz [Status update]; Facebook; verfügbar unter: https://www.facebook.com/287770891404/posts/10158367989491405 (letzter Zugriff: 23.08.2021).

Jobbik 2021, 5. April: Az ellenzéki pártszövetség álláspontja egyértelmű... [Status update]; Facebook; verfügbar unter: https://www.facebook.com/287770891404/posts/10158879140941405 (letzter Zugriff: 23.08.2021).

Jobbik 2021, 26. April: Hogy Orbán is megértse... [Status update]; Facebook; verfügbar unter: https://www.facebook.com/287770891404/posts/10158928143816405 (letzter Zugriff: 23.08.2021).

Kovács, Kriszta 2021: Hungary and the Pandemic: A Pretext for Expanding Power; in: Verfassungsblog, 11. März 2021; verfügbar unter: https://verfassungsblog.de/hungary-and-the-pandemic-a-pretext-for-expanding-power/ (letzter Zugriff: 23.08.2021)

Kyriazi, Anna 2016: Ultranationalist Discourses of Exclusion: A Comparison Between the Hungarian Jobbik and the Greek Golden Dawn; in: Journal of Ethnic and Migration Studies 42 (15), S. 2528-2547.

Mandiner 2020: Bakondi: Magyarország határozatlan időre felfüggeszti az illegális migránsok beengedését a tranzitzónába; 1. März 2020; verfügbar unter: https://mandiner.hu/cikk/20200301_bakondi_magyarorszag_hatarozatlan_idore_felfuggeszti_az_illegalis_migransok_beengedeset_a_tranzitzonaba (letzter Zugriff: 23.08.2021)

Mi Hazánk 2021, 16. März: A MI HAZÁNK HAT PONTJA ... [Status update]; Facebook; verfügbar unter: https://www.facebook.com/103240651824854/posts/114829923999260 (letzter Zugriff: 23.08.2021).

Mi Hazánk 2021, 28. März: MAGYAROK SZÁZEZREI [Status update]; Facebook; verfügbar unter: https://www.facebook.com/103240651824854/posts/119390196876566 (letzter Zugriff: 23.08.2021).

Politico 2021: Poll of Polls. Polling from Across Europe. Updated Daily; verfügbar unter: https://www.politico.eu/europe-poll-of-polls/hungary/
(letzter Zugriff: 09.11.2021).

Simon, Zoltán / Martewicz, Maciej 2021: Leading EU in Vaccines, Hungary Has Highest Covid Death Rate Now; in: Bloomberg, 11. März 2021; verfügbar unter: https://www.bloomberg.com/news/articles/2021-03-24/poland-hits-daily-record-for-covid-cases-risking-stricter-curbs (letzter Zugriff: 23.08.2021).

Spike, Justin 2020: COVID Pandemic Adds to Pressure on Hungarian Media; in: Voanews, 1. Juni 2020; verfügbar unter: https://www.voanews.com/press-freedom/covid-pandemic-adds-pressure-hungarian-media
(letzter Zugriff: 23.08.2021).

Tamma, Paola 2021: Brussels withholds approval of Hungary's recovery plan; in: Politico, 7. Juli 2021; verfügbar unter: https://www.politico.eu/article/brussels-turns-down-hungarys-recovery-plan/
(letzter Zugriff: 23.08.2021).

Weltbank 2021: Data. Population, total; verfügbar unter: https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL?most_recent_value_desc=true
(letzter Zugriff 03.08.2021).

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

A Corona und Rechtspopulismus

1 Einleitung

Abb. 1: Salienz von Migration und Gesundheit S. 12

Abb. 2: Anteil coronabezogener Facebook-Beiträge rechtspopulistischer Parteien in Europa S. 13

Abb. 3: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge rechtspopulistischer Parteien in Europa vor und nach Ausbruch der Pandemie S. 15

2 Daten und Methoden

Tab.1: Übersicht der untersuchten rechtspopulistischen Parteien S. 19

B Verschwörungsdenken in der Coronakrise

1 Empirische Befunde aus Sachsen

Abb. 1: Welche politisch-kulturellen Einstellungsmuster erklären ein coronabezogenes Verschwörungsdenken? S. 26

Abb. 2: Erklärungsmodell zur Wirkung politisch-kultureller Einstellungen auf coronabezogenes Verschwörungsdenken S. 26

Abb. 3: Zustimmung zu Aussagen eines coronabezogenen Verschwörungsdenkens in Sachsen S. 29

Abb. 4: Coronabezogenes Verschwörungsdenken nach soziodemographischen Merkmalen der Befragten S. 30

Abb. 5: Coronabezogenes Verschwörungsdenken nach politischen Merkmalen der Befragten S. 30

Abb. 6: Zustimmung zu Indikatoraussagen einer Messung von Populismus S. 32

Abb. 7: Zustimmung zu Indikatoraussagen einer Messung von Autoritarismus S. 33

Abb. 8: Zustimmung zu Indikatoraussagen einer Messung von Ethnozentrismus S. 34

Abb. 9: Zustimmung zu Indikatoraussagen einer Messung von subjektiver Deprivation S. 35

Abb. 10: Zusammenhang zwischen populistischen Einstellungen und coronabezogenem Verschwörungsdenken (OLS-Regression) S. 36

Abb. 11: Zusammenhang zwischen wahrgenommener Deprivation und coronabezogenem Verschwörungsdenken (OLS-Regression) S. 37

C Rechtspopulistische Parteien in Zeiten der Pandemie

1 Dänemark

Abb. 1: 7-Tage-Inzidenzen der gemeldeten Fälle sowie Todesfälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Dänemark S. 44

Tab. 1: Relevante politische Parteien in Dänemark S. 45

Abb. 2: Anteil coronabezogener Facebook-Beiträge nach Parteien S. 46

Abb. 3: Anteil Facebook-Beiträge mit Bezug auf Migration, Integration oder Islam nach Parteien S. 47

Abb. 4: Anteil Facebook-Beiträge mit Bezug auf Migration, Integration oder Islam von Dansk Folkeparti und Nye Borgerlige vor und nach Ausbruch der Pandemie S. 47

C Rechtspopulistische Parteien in Zeiten der Pandemie

2 Deutschland

Abb. 1: 7-Tage-Inzidenzen der gemeldeten Fälle sowie Todesfälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Deutschland S. 58

Tab. 1: Relevante politische Parteien in Deutschland S. 59

Abb. 2: Anteil coronabezogener Facebook-Beiträge nach Parteien S. 60

Abb. 3: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge nach Parteien S. 60

Abb. 4: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge der AfD vor und nach Ausbruch der Pandemie S. 61

Abb. 5: Anteil migrations- und coronabezogener Facebook-Beiträge der AfD im Zeitverlauf S. 62

3 Frankreich

Abb. 1: 7-Tage-Inzidenzen der gemeldeten Fälle sowie Todesfälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Frankreich S. 74

Tab. 1: Relevante politische Parteien in Frankreich S. 75

Abb. 2: Anteil coronabezogener Facebook-Beiträge nach Parteien S. 75

Abb. 3: Anteil Facebook-Beiträge mit Bezug auf Migration, Islam oder Terrorismus nach Parteien S. 76

Abb. 4: Anteil Facebook-Beiträge mit Bezug auf Migration, Islam oder Terrorismus der Partei Rassemblement National vor und nach Ausbruch der Pandemie S. 77

4 Italien

Abb. 1: 7-Tage-Inzidenzen der gemeldeten Fälle sowie Todesfälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Italien S. 86

Abb. 2: Anzahl der politischen Maßnahmen zur Eingrenzung der Pandemie S. 87

Tab. 1: Relevante politische Parteien in Italien S. 87

Abb. 3: Anteil coronabezogener Facebook-Beiträge nach Parteien S. 88

Abb. 4: Coronabezogene Facebook-Beiträge im absoluten Vergleich nach Parteien S. 88

Abb. 5: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge nach Parteien S. 89

Abb. 6: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge von Lega und Fratelli d'Italia S. 89

5 Niederlande

Abb. 1: 7-Tage-Inzidenzen der gemeldeten Fälle sowie Todesfälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in den Niederlanden S. 98

Tab. 1: Relevante politische Parteien der Niederlande S. 99

Abb. 2: Anteil coronabezogener Facebook-Beiträge nach Parteien S. 100

Abb. 3: Anteil Facebook-Beiträge mit Bezug auf Migration, Islam oder Terrorismus nach Parteien S. 101

Abb. 4: Anteil Facebook-Beiträge mit Bezug auf Migration, Islam oder Terrorismus von Geert Wilders und FvD vor und nach Ausbruch der Pandemie S. 102

C Rechtspopulistische Parteien in Zeiten der Pandemie

6 Polen

Abb. 1: 7-Tage-Inzidenzen der gemeldeten Fälle sowie Todesfälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Polen S. 112

Tab. 1: Relevante politische Parteien in Polen S. 113

Tab. 2: Management der Pandemie – Chronik der politischen Maßnahmen S. 114

Abb. 2: Anteil coronabezogener Facebook-Beiträge nach Parteien S. 115

Abb. 3: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge nach Parteien S. 116

Abb. 4: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge von Konfederacja vor und nach Ausbruch der Pandemie S. 116

Tab. 3: Häufigkeit von Begriffen in coronabezogenen Facebook-Beiträgen von PiS und Konfederacja S. 121

7 Portugal

Abb. 1: 7-Tage-Inzidenzen der gemeldeten Fälle sowie Todesfälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Portugal S. 128

Tab. 1: Relevante politische Parteien in Portugal S. 129

Abb. 2: Anteil coronabezogener Facebook-Beiträge nach Parteien S. 130

Abb. 3: Anteil Facebook-Beiträge mit Bezug auf Migration, Roma/Minderheiten oder Rassismus nach Parteien S. 131

Abb. 4: Anteil Facebook-Beiträge mit Bezug auf Migration, Roma/Minderheiten oder Rassismus der Partei Chega vor und nach Ausbruch der Pandemie S. 131

8 Schweden

Abb. 1: 7-Tage-Inzidenzen der gemeldeten Fälle sowie Todesfälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Schweden S. 142

Tab. 1: Relevante politische Parteien in Schweden S. 143

Abb. 2: Anteil coronabezogener Facebook-Beiträge nach Parteien S. 144

Abb. 3: Anteil Facebook-Beiträge mit Bezug auf Migration, Integration, Islam oder Terrorismus nach Parteien S. 144

Abb. 4: Anteil Facebook-Beiträge mit Bezug auf Migration, Integration, Islam oder Terrorismus der Partei Sverigedemokraterna S. 145

9 Slowakei

Abb. 1: 7-Tage-Inzidenzen der gemeldeten Fälle sowie Todesfälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in der Slowakei S. 154

Tab. 1: Relevante politische Parteien in der Slowakei S. 155

Abb. 2: Anteil coronabezogener Facebook-Beiträge nach Parteien S. 156

Abb. 3: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge nach Parteien S. 157

Abb. 4: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge von Sme rodina vor und nach Ausbruch der Pandemie S. 157

C Rechtspopulistische Parteien in Zeiten der Pandemie

10 Spanien

Abb. 1: 7-Tage-Inzidenzen der gemeldeten Fälle sowie Todesfälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Spanien S. 170

Tab. 1: Relevante politische Parteien in Spanien S. 171

Abb. 2: Anteil coronabezogener Facebook-Beiträge nach Parteien S. 172

Abb. 3: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge nach Parteien S. 173

Abb. 4: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge von VOX vor und nach Ausbruch der Pandemie S. 174

11 Tschechien

Abb. 1: 7-Tage-Inzidenzen der gemeldeten Fälle sowie Todesfälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Tschechien S. 184

Tab. 1: Relevante politische Parteien in Tschechien S. 185

Abb. 2: Anteil coronabezogener Facebook-Beiträge nach Parteien S. 187

Abb. 3: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge nach Parteien S. 187

Abb. 4: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge von SPD vor und nach Ausbruch der Pandemie S. 188

Abb. 5: Anteile migrations- und coronabezogener Facebook-Beiträge von SPD im Zeitverlauf S. 188

12 Ungarn

Abb. 1: 7-Tage-Inzidenzen der gemeldeten Fälle sowie Todesfälle pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner in Ungarn S. 200

Tab. 1: Relevante politische Parteien in Ungarn S. 201

Abb. 2: Anteil coronabezogener Facebook-Beiträge nach Parteien S. 203

Abb. 3: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge nach Parteien S. 203

Abb. 4: Anteil migrationsbezogener Facebook-Beiträge von Fidesz und Jobbik vor und nach Ausbruch der Pandemie S. 204

ANNEX

1 Dänemark

Thema	Schlagwort
Coronavirus	covid*
Coronavirus	corona*
Coronavirus	pandemi*
Coronavirus	epidemi*
Coronavirus	virus*
Coronavirus	nedlukning*
Coronavirus	karantæne*
Coronavirus	vaccin*
Coronavirus	mundbind*
Coronavirus	forsamlingsloft*
Coronavirus	forsamlingsforbud*
Coronavirus	restriktion*
Coronavirus	genåbne*
Coronavirus	mink
Coronavirus	mutation*
Coronavirus	smitte*
Coronavirus	hjælpepakke*
Coronavirus	indlagte
Coronavirus	holde_afstand
Coronavirus	sundhedsstyrelsen*
Coronavirus	hjælpepakke*
Coronavirus	lønkompensation*
Migration	*migration*
Migration	*indvandring*
Migration	indvandrer*
Migration	*migrant*
Migration	asyl*
Migration	*flygtning*
Migration	udlændinge*
Migration	udvisning*
Migration	udvist*
Migration	udrejsecent*
Migration	opholdstilladelse*
Integration	integration*
Integration	stramning*
Integration	sammenhængskraft*
Integration	paradigmeskift*
Integration	efterkommer*
Integration	ghetto*
Integration	statsborgerskab*
Islam	islam*
Islam	muslim*
Islam	mosk*
Terrorism	terroris*

2 Deutschland

Thema	Schlagwort
Coronavirus	covid*
Coronavirus	*corona*
Coronavirus	pandemie*
Coronavirus	epidemi*
Coronavirus	virus*
Coronavirus	*lockdown*
Coronavirus	quarantäne*
Coronavirus	*impf*
Coronavirus	*maske*
Coronavirus	maulkorb*
Coronavirus	shutdown*
Coronavirus	ausgangssperre*
Coronavirus	*infekt*
Coronavirus	*hygien*
Coronavirus	*tests*
Coronavirus	ansteck*
Coronavirus	muta*
Coronavirus	versammlungsfreiheit
Coronavirus	astrazeneca
Coronavirus	abstand*
Coronavirus	*schränk*
Coronavirus	RKI
Migration	*migra*
Migration	asyl*
Migration	*flucht*
Migration	*flücht*
Migration	*wander*
Migration	ausländer*
Migration	*abschieb*
Migration	moria
Migration	mittelmeer*
Migration	außengrenze*
Migration	*aufenthalt*
Migration	seenotrettung*
Migration	duldung
Migration	frontex

3 Frankreich

Thema	Schlagwort
Coronavirus	*covid*
Coronavirus	corona*
Coronavirus	pandémie
Coronavirus	épidémie
Coronavirus	virus
Coronavirus	confinement*
Coronavirus	quarantaine
Coronavirus	vaccin*
Coronavirus	masque*
Coronavirus	sanitaire
Coronavirus	déconfinement
Coronavirus	reconfinement
Coronavirus	tests
Coronavirus	fermeture
Coronavirus	ouverture
Coronavirus	réouverture
Coronavirus	distanc*
Coronavirus	isolement
Coronavirus	restriction(s)
Coronavirus	couvrefeu
Coronavirus	état_urgence
Migration	*migration*
Migration	*migrant*
Migration	*migratoire*
Migration	asile*
Migration	réfugiés
Migration	clandestin*
Migration	étrangers
Migration	submersion
Migration	titres_séjour
Migration	méditerranée
Migration	frontex
Islam	islam*
Islam	musulman*
Islam	mosquée*
Islam	voile
Terrorism	terroris*
Terrorism	fichés

4 Italien

Thema	Schlagwort
Coronavirus	covid*
Coronavirus	corona*
Coronavirus	pandemi*
Coronavirus	epidemi*
Coronavirus	virus
Coronavirus	lockdown
Coronavirus	quaranten*
Coronavirus	vaccin*
Coronavirus	mascherin*
Coronavirus	sanitari*
Coronavirus	contagi*
Coronavirus	riapertur*
Coronavirus	assembrament*
Coronavirus	*coprifuoco
Coronavirus	tamponi
Coronavirus	distanziament*
Coronavirus	decreto_iorestoacasa
Coronavirus	decretorilancio
Coronavirus	decreto_curaitalia
Coronavirus	isolament*
Coronavirus	sputnik
Coronavirus	astrazeneca
Coronavirus	respiratori
Coronavirus	wuhan
Coronavirus	laboratori*
Coronavirus	variant*
Migration	*migrazion*
Migration	*migrat*
Migration	*migrant*
Migration	asilo
Migration	rifugiat*
Migration	stranier*
Migration	extracomunitari*
Migration	clandestin*
Migration	barcon*
Migration	ONG
Migration	sbarc*
Migration	rimpatri*
Migration	porti
Migration	accoglienza
Migration	open-arms
Migration	diciotti
Migration	lampedusa
Migration	scafisti
Migration	decreto_sicurezza
Migration	mediterraneo
Migration	espulsion*
Migration	soggiorno
Migration	hotspot

5 Niederlande

Thema	Schlagwort
Coronavirus	covid*
Coronavirus	corona*
Coronavirus	pandemie
Coronavirus	epidemi*
Coronavirus	virus*
Coronavirus	lockdown*
Coronavirus	quarantaine*
Coronavirus	vaccin*
Coronavirus	mondkapje*
Coronavirus	avondklok*
Coronavirus	afstand*
Coronavirus	testen
Coronavirus	besmetting*
Coronavirus	rellen*
Coronavirus	testcapaciteit
Coronavirus	testsamenleving
Migration	*migrati*
Migration	*migrant*
Migration	asiel*
Migration	vluchteling*
Migration	verblijfsvergunning*
Migration	Gelukszoekers
Migration	statushouder*
Migration	allochto*
Islam	islam*
Islam	moslim*
Islam	mosk*
Terrorism	terroris*

6 Polen

Thema	Schlagwort
Coronavirus	covid*
Coronavirus	koron*
Coronavirus	pandemi*
Coronavirus	epidemi*
Coronavirus	wirus*
Coronavirus	*lockdown*
Coronavirus	kwarantann*
Coronavirus	szczepi*
Coronavirus	masecz*
Coronavirus	obostrze*
Coronavirus	restrykc*
Coronavirus	zaostrze*
Coronavirus	sanepid*
Coronavirus	sanitarn*
Coronavirus	zachorowa*
Coronavirus	respirator*
Coronavirus	liczb*_zgonów
Coronavirus	tarcz*
Coronavirus	*antykryzysow*
Coronavirus	otworzyćpolskę
Coronavirus	otw*_gospodarkę
Coronavirus	przywr*_normalnoś*
Coronavirus	testy
Coronavirus	testów
Coronavirus	warian*
Coronavirus	astrazene*
Coronavirus	klęski
Coronavirus	hospitalz*
Migration	*migrac*
Migration	*migrant*
Migration	azyl*
Migration	uchodźc*
Migration	obcokrajow*
Migration	ukraiń*

7 Portugal

Thema	Schlagwort
Coronavirus	covid*
Coronavirus	corona*
Coronavirus	pandemi*
Coronavirus	epidemi*
Coronavirus	epidémi*
Coronavirus	virus
Coronavirus	vírus
Coronavirus	confinamento
Coronavirus	quarentena
Coronavirus	vacina*
Coronavirus	máscara*
Coronavirus	desconfinamento
Coronavirus	estado_emergência
Coronavirus	sanitári*
Coronavirus	distanciamento
Coronavirus	contágio
Coronavirus	testagem
Coronavirus	recolher_obrigatório
Coronavirus	laboratório
Coronavirus	astrazeneca
Coronavirus	infeç*
Coronavirus	infecç*
Coronavirus	infetad*
Coronavirus	infectad*
Coronavirus	higiene
Coronavirus	salvar_vidas
Coronavirus	restrições
Coronavirus	ventilador*
Coronavirus	dgs
Coronavirus	infarmed
Coronavirus	plano_recuperação
Coronavirus	reabertura
Migration	*migraç*
Migration	*migrante*
Migration	*migrar
Migration	asilo
Migration	refugiado*
Roma / Minorities	cigan*
Roma / Minorities	minorias
Racism	racismo

8 Schweden

Thema	Schlagwort
Coronavirus	covid*
Coronavirus	corona*
Coronavirus	pandemi*
Coronavirus	*epidemi*
Coronavirus	virus*
Coronavirus	nedstängning*
Coronavirus	karantän*
Coronavirus	vaccin*
Coronavirus	munskydd*
Coronavirus	spridning*
Coronavirus	skyddsutrustning*
Coronavirus	folkhälsomyndigheten
Coronavirus	smitt*
Coronavirus	restriktioner*
Coronavirus	test*
Coronavirus	*provtagning*
Coronavirus	avstånd*
Coronavirus	riskgrupp*
Migration	*migration*
Migration	*invandring*
Migration	*invandrare*
Migration	migrant*
Migration	asyl*
Migration	*flykting*
Migration	utlänning*
Migration	utländsk*
Migration	papperslös*
Migration	utvisa*
Migration	utvisning*
Migration	uppehållstillstånd*
Migration	nyanländ*
Migration	syrien
Migration	förvar
Migration	medelhavet
Integration	medborgarskap*
Integration	integration*
Integration	hedersförtryck*
Islam	Muslim*
Islam	Islam*
Islam	mosk*
Terrorism	terroris*

9 Slowakei

Thema	Schlagwort
Coronavirus	*korona*
Coronavirus	pandém*
Coronavirus	pandem*
Coronavirus	epidemi*
Coronavirus	víru*
Coronavirus	viru*
Coronavirus	lockdown*
Coronavirus	karant*
Coronavirus	vakc*
Coronavirus	*očkov*
Coronavirus	rúš*
Coronavirus	núdz*
Coronavirus	respir*
Coronavirus	test*
Coronavirus	nákaz*
Coronavirus	infek*
Coronavirus	*infik*
Coronavirus	hygi*
Migration	*migr*
Migration	azyl*
Migration	uteč*
Migration	cudzi*
Migration	neleg*

10 Spanien

Thema	Schlagwort
Coronavirus	covid*
Coronavirus	corona*
Coronavirus	pandemi*
Coronavirus	epidemi*
Coronavirus	virus
Coronavirus	confinamiento
Coronavirus	cuarentena
Coronavirus	vacuna*
Coronavirus	mascarilla*
Coronavirus	estado_alarma
Coronavirus	sanitari*
Coronavirus	contagi*
Coronavirus	salvar_vidas
Coronavirus	rebrotes
Coronavirus	desconfinamiento
Coronavirus	distancia*
Coronavirus	tests
Coronavirus	*infec*
Coronavirus	higiene
Coronavirus	restricciones
Coronavirus	respiradores
Coronavirus	ccaes
Coronavirus	recuperación_ transformación
Migration	*migraci*
Migration	*migrante*
Migration	*migrar
Migration	*migrat*
Migration	asilo
Migration	refugiado*
Migration	mena*
Migration	muro
Migration	ceuta
Migration	melilla
Migration	marruecos

11 Tschechien

Thema	Schlagwort
Coronavirus	*covid*
Coronavirus	*korona*
Coronavirus	pandemi*
Coronavirus	*epidemi*
Coronavirus	*viru*
Coronavirus	virem
Coronavirus	lockdown*
Coronavirus	karant*
Coronavirus	vakcin*
Coronavirus	vakcín*
Coronavirus	očkov*
Coronavirus	*rouš*
Coronavirus	nouzov*
Coronavirus	respir*
Coronavirus	test*
Coronavirus	nákaz*
Coronavirus	*infek*
Coronavirus	hygi*
Migration	*migra*
Migration	azyl*
Migration	uprch*
Migration	cizin*
Migration	nelegál*
Migration	sluníčk*

12 Ungarn

Thema	Schlagwort
Coronavirus	covid*
Coronavirus	korona*
Coronavirus	*járvány*
Coronavirus	pandémi*
Coronavirus	vírus*
Coronavirus	lezarás*
Coronavirus	karantén*
Coronavirus	vakcin*
Coronavirus	védőolt*
Coronavirus	olt*
Coronavirus	beolt*
Coronavirus	maszk*
Coronavirus	*teszte*
Coronavirus	kijárási_tilal*
Coronavirus	astrazeneca
Coronavirus	pfizer
Coronavirus	*fertőz*
Coronavirus	higién*
Coronavirus	veszélyhelyzet*
Coronavirus	távolság*
Coronavirus	korlátoz*
Coronavirus	lélegeztetőgép*
Coronavirus	operatív_törzs*
Coronavirus	halálozás*
Coronavirus	mentőcsomag*
Coronavirus	újranyit*
Migration	bevándor*
Migration	migráció*
Migration	migráns*
Migration	menedék*
Migration	menekült*
Migration	külföldi*
Migration	illegális
Migration	betelepít*
Migration	tranzitzón*

AUTORINNEN UND AUTOREN

Angeli, Oliviero MIDEM, TU Dresden
Corona und Rechtspopulismus

Chmelar, Kristina MIDEM, TU Dresden
Slowakei | Tschechien

de Ghantuz Cubbe, Giovanni MIDEM, TU Dresden
Italien

Herold, Maik MIDEM, TU Dresden
Empirische Befunde aus Sachsen

Joachim, Janine MIDEM, TU Dresden
Daten und Methoden

Kozłowska, Marta MIDEM, TU Dresden
Polen

Krouwel, Andre Vrije Universiteit Amsterdam
Niederlande

Kyriazi, Anna Università degli Studi di Milano Statale
Ungarn

Lorimer, Marta University of Exeter
Frankreich

Mendes, Mariana MIDEM, TU Dresden
Daten und Methoden | Portugal | Spanien

Molbæk-Steensig, Helga European University Institute
Dänemark

Otteni, Cyrill MIDEM, TU Dresden
Empirische Befunde aus Sachsen

Schäller, Steven MIDEM, TU Dresden
Deutschland

Savolainen, Anna European University Institute
Schweden

vanderWilden, Ethan University of Wisconsin-Madison
Frankreich

Vorländer, Hans MIDEM, TU Dresden
Corona und Rechtspopulismus

Yilmazel, Ender MIDEM, TU Dresden
Deutschland

Zwaan, Rogier Vrije Universiteit Amsterdam
Niederlande

Lektorat:
Ingrid Furchner
Dennis Norton
Gudrun Raether-Klünker

Mitarbeit:
Jenna Althoff, MIDEM, TU Dresden
Victoria Hasenclever, MIDEM, TU Dresden
Mathilde Rave, MIDEM, TU Dresden

ÜBER MIDEM

In den vergangenen Jahren hat das Thema Migration in den Gesellschaften Europas zu neuen Polarisierungen geführt. Die politischen und sozialen Herausforderungen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Notwendig sind Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Migration und Demokratie erforschen.

Das Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) fragt danach, wie Migration demokratische Politiken, Institutionen und Kulturen prägt und zugleich von ihnen geprägt wird. Untersucht werden Formen, Instrumente und Prozesse politischer Verarbeitung von Migration in demokratischen Gesellschaften – in einzelnen Ländern und im vergleichenden Blick auf Europa.

MIDEM untersucht:
- Zugehörigkeit, Identität und Zusammenhalt
- Politische und gesellschaftliche Polarisierung
- Nationale Governance von Migration
- Lokale Governance von Migration

MIDEM hat zur Aufgabe:
- die nationale und internationale Vernetzung sowie die interdisziplinäre Kommunikation über Migration zu fördern
- regelmäßig erscheinende Länderberichte und Querschnittsstudien zu zentralen Fragen an der Schnittstelle zwischen Migration und Demokratie Stellung zu erstellen
- gesamteuropäische Handlungsempfehlungen für den demokratischen Umgang mit Migration zu entwickeln
- Politik und Zivilgesellschaft zu beraten

Alle Texte, Bilder, Abbildungen und Grafiken unterliegen dem Urheberschutz. MIDEM ist stets bemüht, die Urheberrechte anderer zu beachten. Sollte uns dies dennoch nicht vollständig gelungen sein, möchten wir den betroffenen Rechteinhaber bitten, sich mit uns schnellstmöglich in Verbindung zu setzen.

IMPRESSUM

ISSN 2750-3461

Herausgeber:
Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden
Institut für Politikwissenschaft/
Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung
Philosophische Fakultät
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811
midem@mailbox.tu-dresden.de
www.forum-midem.de

Redaktion:
Dr. Oliviero Angeli
Johanna Haupt

Gestaltung:
Vollblut GmbH & Co. KG

© MIDEM 2021

MIDEM ist ein Forschungszentrum der Technischen Universität Dresden, gefördert durch die Stiftung Mercator.

TECHNISCHE UNIVERSITÄT DRESDEN

STIFTUNG MERCATOR

ISSN 2750-3461